A 20111 F

SOZIALISTISCHE POLITIK

Aug. 1972

Revolutionäre Übergangsphase zum Sozialismus
Sozialistische ökonomische Integration
Japans US-Abhängigkeit
Neuere Probleme der Imperialismus-Analyse (I)

Karl Marx – Ein neues Manuskript

SOZIALISTISCHE POLITIK
Herausgegeben in Westberlin
1 Berlin 41 – Postfach 270

SOZIALISTISCHE POLITIK

4. Jahrgang Nr. 19 1972

Seite

AUFSÄTZE UND ANALYSEN

Paul Boccara	Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie, der revolutionären Übergangsphase zum Sozialismus. Einige Probleme und Hypothesen	1
Kyoichi Maekawa	Die Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitals vom US-Imperialismus und die neue Phase seiner militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung	29

KURZANALYSEN UND BERICHTE

Albert Engelhardt	Sozialistische ökonomische Integration	41

DISKUSSION UND BESPRECHUNG

Ilan Reisin	Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse (Teil 1) Allgemeine Untersuchung oder bloße empirisch-historische Anwendung – Zur sogenannten Kritik der Imperialismustheorie	51
Peter Römer	Klassenkampf, Staat und allgemeines Gesetz	79

DOKUMENTATION

Ein neues Manuskript von Karl Marx		89

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH
1 Berlin 41, Postfach 270

Herausgegeben vom Redaktionskollektiv (gemeinsam verantwortlich auch für Anzeigen): Bernard Langfermann, Frank Stern, Hella Stern

Redaktion und Werbung unter der angegebenen Anschrift

Postscheckkonto Berlin West 620 10
Anzeigenpreisliste 2/70
1.-8.Tausend August 1972

Satz, Druck:

Verlag und Druck Informdienst GmbH Westberlin

Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement (Bezug nur direkt vom Verlag) beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,–.

Nachdruck und Übersetzung ist nach Rücksprache mit dem Redaktionskollektiv möglich. Sonderdrucke auf Anfrage.

Beilagenhinweis:

Dieser Ausgabe liegen ganz bei Prospekte des Nachrichten-Verlages sowie eine Bestellkarte der SOPO.

Aufsätze und Analysen

Paul Boccara

Übersicht über die Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals und die Perspektiven der fortschrittlichen Demokratie (III) *

Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie, der revolutionären Übergangsphase zum Sozialismus

Einige Probleme und Hypothesen

Im vorhergehenden Artikel – dem zweiten Teil der Untersuchung – wurden bestimmte Grundzüge eines Programmes für den Aufbau einer ökonomischen und politischen Demokratie, die zum Sozialismus führt, zusammengestellt.

Diese Demokratie ist noch nicht Sozialismus. Sie stellt zwar schon das Ende des staatsmonopolistischen Kapitalismus dar, aber sie ist erst der erste Schritt des Überganges zum Sozialismus.

Obwohl dieser Artikel vor allem die Besonderheiten der fortschrittlichen Demokratie gegenüber dem sozialistischen Stadium der Entwicklung behandelt und versucht, die verschiedenen historischen Fragen systematisch nacheinander darzustellen, soll er auch auf einige besondere nationale und internationale Bedingungen hinweisen, unter denen diese Demokratie den Weg zum entwickelten Sozialismus öffnet, einem Sozialismus, dem sich schon das Problem des Aufbaus des Kommunismus stellt.

Die Probleme der ökonomischen Regulierung (régulation) in der fortschrittlichen Demokratie, der Regulierung im Sozialismus (bis hin zum entwickelten Stadium des Sozialismus) und im Kommunismus, werden analysiert – ausgehend von der wissenschaftlichen Analyse der Regulierung im Kapitalismus. Diese Analyse ist zusammengefaßt in der marxistischen Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals, die im ersten Teil dieser Studie untersucht wurde.

Einige der Bemerkungen und verschiedenste hier zur Diskussion gestellte Arbeitshypothesen sind noch umstritten.

* Der III. Teil ist erschienen in: ECONOMIE ET POLITIQUE, Nr. 206, September 1971. Teil I und II: SOPO 16 und 18; Übersetzung: Sabine Auffermann.

1. Die sich blindwirkend durchsetzende kapitalistische Regulierung und der Übergang zur bewußten Regulierung der Wirtschaft.

a. Die Überakkumulation-Entwertung des Kapitals und die kapitalistische Regulierung.

Die Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals ist die höchste theoretische Aussage des "Kapitals" von Marx und hat eine Bedeutung, die die Analyse des Kapitalismus auf vielerlei Art übersteigt.

Erstens lenkt sie die Aufmerksamkeit auf das Grundproblem der ökonomischen Regulierung in verschiedenen historischen Produktionsverhältnissen. Sie erlaubt es weiterhin, die Regulationsbedingungen einer Produktionsweise zu bestimmen, die die Widersprüche der Ökonomie des Warenaustausches bis zu einem Maximum zugespitzt hat, wie es im Kapitalismus der Fall ist. Diese Zuspitzung betrifft auch die Antagonismen der kapitalistischen Regulierung bis hin zum staatsmonopolistischen Kapitalismus und zur Systemkonkurrenz mit dem entwickelten Sozialismus zu Beginn der wissenschaftlichen Revolution, d.h. am Anfang der wissenschaftlich-technischen Umwälzung, die den Übergang zum Kommunismus möglich und notwendig macht. Die Theorie der Überakkumulation-Entwertung kann dazu beitragen, die theoretische Grundlage für die Regulierung der kollektiven Produktionsweise der revolutionären Überwindung des Kapitalismus zu legen.

Die Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals erlaubt es, die spontane Regulierung zu analysieren, die im Kapitalismus quasi naturwüchsig wie in einem biologischen Organismus vor sich geht. Sie zeigt, wie sich die Regulierung auf der Grundlage der kapitalistischen Produktionsverhältnisse – der Zirkulations-, Verteilungs- und Konsumtionsverhältnisse –, d.h. auf der Grundlage der ökonomischen Struktur der kapitalistischen Gesellschaft durchsetzt. (1) Die Regulierung betrifft die Anregung des Fortschritts der materiellen Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität und den Kampf gegen die Schranken dieses Fortschritts. Sie betrifft die Ausgleichsmaßnahmen, die nach der Entwicklung von Unstimmigkeiten im System und formalen Disregulationen, die dieser Prozeß notwendigerweise mit sich bringt, notwendig werden. Die Wiederherstellung von relativem Gleichgewicht erfolgt in Krisen und Veränderungen, die von diesem Prozeß selbst hervorgerufen werden, sowie durch strukturelle Veränderungen des ökonomischen Organismus und gehen soweit, daß sie den Kapitalismus selbst in Frage stellen.

Die marxistische Analyse der Regulierung in den verschiedenen Etappen der Warenproduktion, die dadurch gekennzeichnet sind, daß die Beziehungen zwischen den Menschen die Form der Beziehungen ihrer *materiellen Produkte* annehmen, lenkt die Aufmerksamkeit auf den inneren Widerspruch der Ware zwischen Wert und Gebrauchswert. Der Fortschritt der Produktivität der Arbeit und der Produktivkräfte im allgemeinen provoziert die Zuspitzung des Widerspruches zwischen Wert und Gebrauchswert der Ware. So können zum Beispiel einige Warenproduzenten mit weniger Arbeit den gleichen Gebrauchswert produzieren als andere, oder auch Gebrauchswert, der gesellschaftlich höher bewertet wird, mit gleicher Menge Arbeit herstellen. Die Anregung des Fortschritts geschieht durch das blinde Spiel des Marktes und der Preise und durch Verlagerung der gesellschaftlichen Arbeit – aufgrund des Unterschiedes zwischen Wert und Tauschwert der Produkte (wobei der Tauschwert im Geldausdruck dem Preis entspricht) – in überlegene Produktionssektoren. Die Störung und Wiederherstellung des Gleichgewichtes spielt sich im gleichen Zusammenhang ab. Mit der Notwendigkeit dieses Ausweges der materiellen Produktion und der Möglichkeit von Überproduktion bilden sich neue Werte und Tauschwerte, zum Teil begleitet von mehr oder weniger starken sozialen Veränderungen, wie man es bei der Erschließung neuer Produktionssphären durch die Warenproduktion oder bei dem "Eingehen" von benachteiligten Warenproduzenten beobachten kann.

Die Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals präzisiert die marxistische Analyse der Regulierung der kapitalistischen Warenproduktion durch die Produktionspreise. Normalerweise ist der Produktionspreis bestimmt durch die Summe der Kosten des Produktes in Geld plus einem Profitanteil, der bestimmt ist durch das Verhältnis (in Geld) von Gesamt-Mehrwert zu insgesamt vorgeschossenem Kapital (Kostpreis plus prozentualer Anteil an der Durchschnittsprofitrate; d.Ü.). Mit dem tendenziellen Steigen des Anteils des konstanten Kapitals vergrößern sich die Differenzen in der organischen Zusammensetzung der verschiedenen Produktionszweige. Die Preisregulierung durch die allgemeine Profitrate, die letztendlich vom Durchschnittsprofit abhängt, erlaubt in den verschiedenen Produktionszweigen verschieden große Akkumulation von konstantem Kapital und verändert somit auch die Erhöhung der Produktivität und also auch die Erhöhung des relativen Mehrwertes.

Unabhängig von der Menge Mehrwert, die in einem Betrieb – abhängig vom variablen Kapitalanteil – wirklich geschaffen wird, kann ein Kapitalist einen Teil des gesamten Mehrwerts beanspruchen – proportional zum von ihm vorgeschossenen Kapital (konstant und variabel). Weiterhin entstehen die Produktionspreise aufgrund des kapitalistischen Geld- und Kreditsystems. Das erklärt, warum die Akkumulation des konstanten Kapitals weiter erhöht werden kann, wenn auch die Steigerung des Mehrwertes nicht in dem gleichen (oder sogar höheren) Maße erfolgt, wie die organische Zusammensetzung des gesamtgesellschaftlichen Kapitals sich vergrößert. Unter diesen Umständen provoziert die durch einen mehr und mehr nur noch nominalen (künstlich aufrechterhaltenen) Profit bewirkte inflationistische Aufblähung der Preise (gesehen in Relation zu den wertmäßigen Verhältnissen) eine Überproduktionskrise und eine Tendenz zum Absinken der Preise, weil die Nachfrage nach Konsumtionsmitteln nicht ausreicht. Diese Nachfrage wird grundsätzlich durch die im Verhältnis zum konstanten Kapital relative Senkung des variablen Kapitals (Löhne) verringert, und kann der inflationistischen Aufblähung der Produktion nicht folgen.

In diesen anarchistischen Produktions- und Zirkulationsverhältnissen kann der Produktionspreis sowohl Anzeichen des allgemeinen Fortschritts der Produktivität (der die Werte senkt) auf dem Markte sein, als auch den gesamtgesellschaftlichen Ersatz von Gebrauchswerten durch die Schaffung von neuen Produkten und die Schaffung neuer Bedürfnisse im Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse signalisieren. Das akkumulierte konstante Kapital kann den Erfordernissen des Fortschrittes der Produktivität und der Produktivkräfte im Rahmen der kapitalistischen Strukturen nur entsprechen, wenn es vor allem durch die Konkurrenz auf dem Markt periodisch entwertet wird.

---

1 Im Gegensatz zu den oft zu hörenden dogmatischen Vereinfachungen unterscheidet das KAPITAL von Marx verschiedene Typen von sozial-ökonomischen Verhältnissen: Die Produktionsverhältnisse (im engeren Sinne), die Zirkulationsverhältnisse, die Verteilungsverhältnisse, die Konsumtionsverhältnisse, die alle Teile der kapitalistischen Reproduktion sind. Vergleiche dazu vor allem: KAPITAL, Bd. III, Kapitel 51: "Distributionsverhältnisse und Produktionsverhältnisse". Hier zeigt sich der formale Fortschritt des KAPITAL gegenüber den "GRUNDRISSEN ZUR KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE" und deutet weitere Differenzierung innerhalb der vier Typen von Verhältnissen an. Zu den vier Typen und der Dialektik der (durch mannigfaltige Verhältnisse charakterisierten) kapitalistischen Strukturen und dem Fortschritt der materiellen Produktivkräfte und der Bestimmung der Stadien und Phasen des Kapitalismus bis zum staatsmonopolistischen Kapitalismus – vergleiche auch: Paul Boccara: "Developpement du Capital", in: ECONOMIE ET POLITIQUE, März/April/Mai 1961.

Der Marktmechanismus entwickelt sich im antagonistischen Zusammenhang der kapitalistischen Konsumtions- und Zirkulationsbedingungen, die auf die Ausbeutung der Lohnarbeit gegründet sind, und diktiert die Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeit zwischen den verschiedenen Sektoren. Diese Regulierung setzt sich schließlich durch ökonomische Fluktuationen und soziale Schwierigkeiten in der Konjunktur durch. Dieser Prozeß ist durch die Überproduktionskrisen gekennzeichnet. Er ist begleitet von langen Phasen mit vorherrschend depressiver Tendenz und dauerhafter und massiver Arbeitslosigkeit sowie dem Konkurs zahlreicher Unternehmen. Der natürliche Regulationsmechanismus, der sich aus einer großen Anzahl von individuellen Aktionen unter vorgegebenen Strukturbedingungen vollzieht, setzt sich quasi schicksalhaft, gesellschaftlich blindlings durch.

Wenn sich der kollektive Charakter der Produktivkräfte entwickelt hat, tritt ihr Fortschritt, d.h. die Weiterentwicklung ihres kollektiven Charakters mehr oder weniger deutlich in Widerspruch zu den kapitalistischen Strukturen. Die strukturelle Entwertung des Kapitals ist notwendig (2), um die Möglichkeit zu eröffnen, die Weiterentwicklung der materiellen Produktion wieder aufzunehmen, die Akkumulation der Produktionsmittel und die Erhöhung der Produktivität der Arbeit fortzusetzen. Die strukturelle Entwertung des Kapitals setzt also die erneute Akkumulation und Kapitalverwertung als bestimmendes Moment der Wirtschaft wieder in Gang und beschleunigt sie zunehmend. Dieses bestimmende Ziel widerspricht nun von neuem und trotz aller Entwertungen der Weiterentwicklung der Konsumtion, der Kapazitäten und der Freizeit der Arbeiter. Dieser zentrale Widerspruch bleibt so lange bestehen, wie die kapitalistische Struktur die vorherrschende bleibt, wie es in allen Entwicklungsformen des staatsmonopolistischen Kapitalismus der Fall ist. Trotzdem kann die spontane Regulierung des Kapitalismus, obwohl sie das Wesentliche nie erkennen kann, mit der relativen Veränderung der kapitalistischen Struktur, durch die strukturellen Entwertungen bestimmte, bedeutsame Veränderungen erfahren.

b. Die Regulierung und die Stadien des Kapitalismus. Der Sozialismus ist das erste Stadium des Kollektivismus.

Die kapitalistische Regulierung durch das Mittel des Produktionspreises findet man in ihrer reinsten Form im klassischen Stadium des Kapitalismus, das sich aus der industriellen Revolution des 18. Jahrhunderts und aus den bürgerlich-demokratischen Revolutionen des 17. Jahrhunderts in England und des 18. Jahrhunderts in Frankreich entwickelte.

In der (kapitalistischen!) Manufakturperiode (Mitte des 16. Jahrhunderts bis zur Mitte oder zum Ende des 18. Jahrhunderts in Westeuropa) entsprechen die materiellen Produktivkräfte noch nicht vollständig der kapitalistischen Produktionsweise, obwohl sie den Übergang zum Kapitalismus notwendig machen. Wir haben es hier mit einem ursprünglichen Stadium des Kapitalismus zu tun, einem Stadium des Überganges von den Überresten des Feudalismus oder der lehnsherrschaftlichen Wirtschaftsweise. In diesem Stadium treten die Widersprüche zwischen der ökonomischen Regulierung vom feudalistischen Typ und der sich immer klarer herauskristallisierenden kapitalistischen Regulierung bis hin zum klassischen Stadium, dem Konkurrenzkapitalismus, in Erscheinung. Dieses Stadium ist vor allem durch die absolute Vorherrschaft der allgemeinen Profitrate, die dem Durchschnittsprofit entspricht, charakterisiert (3). Die Überreste der lehnsherrschaftlichen Regulierung zeigen sich im ursprünglichen Stadium des Kapitalismus besonders darin, daß die landwirtschaftliche Produktion nicht mehr ausreichende Erträge liefert und in der Produktion nicht mit dem Bevölkerungswachstum Schritt hält, was zu Hungersnöten und massenhaften Hungertod führt. Im Gegensatz und in Ergänzung dazu bringt die kapitalistische Überproduktion von Produktionsmitteln, die letztendlich der Unzulänglichkeit der Erträge entspricht, (4) eine allgemeine Überproduktion von Waren und Arbeitslosigkeit, die zuerst vor allem in den Städten auftritt.

Die kapitalistische Regulierung – durch Überproduktion und Arbeitslosigkeit ebenfalls eine Regulierung durch anarchische Krisen – ist weder bewußt noch von der Gesellschaft beherrscht. Sie erscheint als von außen aufgegebenes Schicksal, als aufgezwungene Unterbrechung der Entwicklung. Sie bringt immer wieder mehr oder weniger starke Katastrophen hervor. Die Hungersnot ist jedoch eher zur Regulierung innerhalb eines biologischen Organismus geeignet. Die kapitalistische Überproduktionskrise entspricht einer "gesellschaftlichen" Naturkatastrophe, sie ist verbunden mit den Eingriffen zugunsten des Fortschritts der Produktivität und der strukturellen Transformation. Sie verkündet die zukünftige Möglichkeit einer bewußten und harmonisierten Beherrschung der natürlichen Widerstände und die Notwendigkeit von Umwälzungen in der sozialen Entwicklung. Im ursprünglichen Stadium erscheint die kapitalistische Regulierung zum ersten Mal, sie treibt die Entwicklung des Kapitalismus voran – unter Mißachtung der nicht-kapitalistischen Bereiche, in denen sie die kleinen Warenproduzenten abschafft, die Arbeiter in Proletarier, ihre Produktionsmittel in konstantes Kapital verwandelt.

Mit dem Übergang zum Imperialismus kann sich die weltweite Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise vollziehen. Schon zu diesem Zeitpunkt erweist sich in der strukturellen Entwertung des Kapitals die Akkumulation als Schranke der optimalen Entwicklung der Fähigkeiten der Menschen. Dies zeigt sich in den ökonomisch stärksten Ländern wie auch überall trotz der Gegenbemühungen der Monopole und des Finanzkapitals, die eine Ausdehnung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und auch der Wissenschaft, die der Produktion dient, eindämmen wollen. In der Krise des einfachen Monopolkapitalismus und im Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus deckt das Monopolkapital selbst seine Schranken auf. So zeigt sich die Notwendigkeit der Entwicklung eines staatlichen Finanz- und Industriesektors, die entscheidende Bedeutung einer staatlichen Finanzierung, sozial geplanter materieller Infrastrukturen in der Produktion, sowie der Entwicklung eines Massenerziehungssystems. Doch erweitert dieser Übergang nur die inneren und äußeren Antagonismen des Imperialismus und macht den Beginn des Überganges zum Sozialismus notwendig.

Der Sozialismus ist das ursprüngliche Stadium der neuen, kollektiven Produktionsweise, die auf das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln gründet. Wie Marx schon im Entwurf des Gothaer Programmes (1875) betont, liegt nach der sozialistischen Revolution zuerst ein "Übergangsstadium" zwischen "kapitalistischer und kommunistischer Gesellschaft" (Marx/Kritik des Gothaer Programmes, in: MEW, Bd. 19, S. 3-38). Er sieht voraus, daß es sich um eine "kommunistische Gesellschaft" handeln wird, "nicht, wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der

2 Im ersten Teil des Artikels ist der Begriff s t r u k t u r e l l e E n t w e r t u n g des Kapitals erläutert worden. Die Verringerung der Kapitalverwertung (wobei der Profit sich verringert, null oder negativ wird) tritt hier nicht vereinzelt wie bei konjunkturellen Überproduktionskrisen auf, sondern permanent, weil strukturelle Transformationen stattgefunden haben wie in dem Fall, wenn im staatsmonopolistischen Kapitalismus ein verstaatlichter Betrieb keinen Profit beansprucht, um so die Profitrate des privaten Kapitals zu erhöhen.

3 Die allgemeine Profitrate wird in der Praxis als Profitrichtlinie benutzt. Die Durchschnittsprofitrate existiert nur abstrakt.

4 Den Schwierigkeiten der Profitrate, die aus den Realisierungsschwierigkeiten erwachsen, entspricht die Erhöhung der Produktivität durch die Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, was die Überakkumulation auslöst.

kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht;* also in jeder Beziehung: ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt." (a.a.O. MEW, Bd. 19, S. 20) (5)

Mit dem Sozialismus beginnt die kollektive Produktionsweise, weil die wichtigsten Produktionsmittel in gesellschaftliches Eigentum übergehen. Dieser Übergang wird möglich aufgrund des Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte und durch die Reifung der kapitalistischen Antagonismen. Die Reifung erklärt auch das Entstehen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, des in der leninistischen Terminologie sog. "Vorzimmers (antichambre)" des Sozialismus. Besonders am Anfang ist der Sozialismus noch durch Überreste des Kapitalismus gekennzeichnet. So wird die Verteilung der Produkte nach dem Prinzip der Quantität und Qualität der Arbeit organisiert. Das ist zwar schon ein gewaltiger Fortschritt im Vergleich zur heute praktizierten Verteilung zwischen Kapitalisten und Proletariat, jedoch nicht im Verhältnis zur zentralen Bestimmung dieser Verteilungsform – der Warenproduktion. Die Aufteilung der Produkte erfolgt in dieser gesellschaftlichen Organisationsform, die im allgemeinen als Sozialismus bekannt ist und von Marx als "die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft" bezeichnet wurde, noch nicht entsprechend den Bedürfnissen der Individuen. (6)

Der relative Rückstand der Produktivkräfte und der sozialen Beziehungen in den Ländern, in denen die sozialistische Revolution stattgefunden hat, verbunden mit einer nationalen Abgrenzung gegenüber den herrschenden imperialistischen Ländern, zeigt sehr deutlich den Übergangscharakter, der dem Stadium des Sozialismus entspricht. Man versteht auch ohne weiteres, daß sich die am weitesten entwickelten, die Welt beherrschenden kapitalistischen Länder sehr viel länger den immer teurer werdenden "Luxus" der Aufrechterhaltung eines in seinem Wesen überholten Systems leisten können, da sie einen Vorsprung vor allen anderen Ländern hatten und durch ihre Weltvorherrschaft erhöhte Einnahmen (Tribute) beziehen konnten. Gleichzeitig waren sie durch ihren Reichtum besser in der Lage, einer Revolution zu widerstehen und das durch den Fortschritt der Produktivkräfte zum Untergang verurteilte System bis zu seinen äußeren Möglichkeiten zu treiben.

Aber auch die am besten entwickelten Produktivkräfte können nicht über längere Zeiträume hinweg den Übergang zum Sozialismus verhindern, einen Übergang, der durch die Umwandlung der alten Gesellschaft notwendig wird. Das Überleben der kapitalistischen Länder hängt ab von den Möglichkeiten der Veränderung innerhalb der kapitalistischen Strukturen durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus, von den materiellen Produktivkräften vor Beginn der technischen Revolution, der Automatisierung und der wissenschaftlichen Revolution, die diese ermöglicht (7). Die Überlegenheit der sozialistischen Produktionsweise zeigt sich heute schon im raschen Wachstum der Länder, in denen eine sozialistische Revolution stattgefunden hat, obwohl sie anfänglich sehr weit zurückgeblieben waren. Diese Überlegenheit treibt wiederum den Kapitalismus an, zu den Grenzen seiner Entwicklung vorzustoßen, indem er den staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Anfänge der wissenschaftlich-technischen Revolution vorantreibt und so zur Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus führt.

5 Er betont die Notwendigkeit des Weiterbestehens des bürgerlichen Rechts folgendermaßen: "Aber diese Mißstände sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft." (Karl Marx: "Kritik des Gothaer Programms", MEW, Bd. 19, S. 21).

6 Lenin: STAAT UND REVOLUTION. Lenin betont auch: "Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das 'bürgerliche Recht' n i c h t vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, d.h. lediglich im Bezug auf die Produktionsmittel. Das 'bürgerliche Recht' sieht in ihnen das Privateigentum einzelner Individuen. Der Sozialismus macht sie zum G e m e i n eigentum. I n s o f e r n – und nur insofern – fällt das bürgerliche Recht fort.
Es bleibt jedoch in seinem anderen Teil bestehen, es bleibt als Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Produkte und der Arbeit unter die Mitglieder der Gesellschaft ... Das ist jedoch noch nicht Kommunismus, und das beseitigt noch nicht das 'bürgerliche Recht' ..." (Lenin in seinem Kommentar zum o.a. Auszug aus der "Kritik des Gothaer Programms", in: STAAT UND REVOLUTION, Berlin 1970, S. 99).

c. Ausgangsbedingungen des Weges zum Sozialismus in der Etappe der fortschrittlichen Demokratie in unserem Land.

Der Beginn der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus stellt direkt die objektive Grundlage der Überlebenschancen des kapitalistischen Systems in Frage. Gleichzeitig erreichen die am weitesten entwickelten sozialistischen Länder, wie z.B. die Sowjetunion, ein Entwicklungsniveau, auf dem sie trotz aller Schwierigkeiten die Möglichkeiten der "wissenschaftlich-technischen "(révolution technique, scientifique; siehe auch Anmerkung Teil II.) Revolution ausnutzen können, um den Aufbau des Kommunismus, des klassischen Stadiums der kollektiven, entwickelten Gesellschaft, ausgehend von ihm angemessenen Grundlagen, zu beginnen. Damit fangen sie an, auf der Grundlage ihrer – auf gesellschaftlichem Eigentum beruhenden – Produktionsbedingungen, die Zirkulations-, Verteilungs- und Konsumtionsbedingungen grundlegend umzugestalten und gleichzeitig die unmittelbaren Produktionsbedingungen (8) weiter zu entwickeln und mit Veränderungen im Überbau zu beginnen.

Der richtige, revolutionäre Weg zur kollektiven Produktionsweise in einem sehr weit entwickelten kapitalistischen Land wie heute in Frankreich (9), ergibt sich nicht aus der Rückständigkeit der unmittelbaren Produktionsverhältnisse des Landes (die sich vor allem in den Besitzverhältnissen der Produktionsmittel ausdrücken), der Produktivkräfte und der anderen gesellschaftlich-ökonomischen Verhältnisse. In gewisser Hinsicht ist sogar das Gegenteil der Fall. Die Rückschrittlichkeit der unmittelbaren Produktionsverhältnisse (charakterisiert durch das Privateigentum an Produktionsmitteln in der Form des Monopolkapitals) ist relativ zu sehen zu den sich entwickelnden Produktivkräften und den anderen ökonomischen und sozialen Beziehungen des Landes. Das relative Zurückbleiben manifestiert sich in den Antagonismen der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

7 Es ist kein Zufall, daß Marx in der "Kritik des Gothaer Programms", als er die entwickelte Phase des Kommunismus beschreibt, vom "Verschwinden des Gegensatzes von körperlicher und geistiger Arbeit" spricht und davon, daß "mit dem allgemeinen Fortschritt der Individuen" sich auch die Produktivkräfte entwickeln werden. (a.a.O., "Gothaer Programm").

8 Die unmittelbaren Produktionsverhältnisse sind nicht beschränkt auf das Eigentum an Produktionsmitteln. Wir haben schon 1961 (a.a.O.) vorgeschlagen, wichtige Differenzierungen innerhalb der verschiedenen Typen von ökonomischen Beziehungen einer Produktionsweise im Sinne des Marxschen KAPITAL für die Produktionsweise des Kapitalismus zu machen.

9 Mit der Vorherrschaft der Industrie über die Landwirtschaft, dem wachsenden Ausmaß der Lohnarbeit, der geistigen Arbeit, den Anfängen der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Automation, der staatlichen Interventionen im staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner beginnenden Krise...

Die sozialistische Revolution in Frankreich wird sich unter Bedingungen vollziehen, die im internationalen Maßstab nicht nur durch die, die gesamte kapitalistische Welt betreffende Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, sondern auch durch den Aufbau des Kommunismus in den am weitesten entwickelten sozialistischen Ländern gekennzeichnet sind. In immer größerem Maße wird die weltweite Entwicklung durch die Probleme des Übergangs der sozialistischen Länder zum Kommunismus bestimmt sein (10). Deshalb kann man die These aufstellen, daß der Übergang zum Sozialismus in Frankreich von Anfang an Probleme des Aufbaus des Kommunismus aufwerfen wird. (11)

Diese besondere Situation unseres Landes wird durch die besonderen Bedingungen der revolutionären Übergangsphase zum Sozialismus, der fortschrittlichen Demokratie, verwirklicht und verstärkt. Die fortschrittliche Demokratie bereitet auf allen Ebenen den revolutionären Übergang zur Gesellschaft der Zukunft vor, sie entfernt sich von der überreifen bürgerlichen Gesellschaft, nicht nur durch deren Negierung, sondern durch die Negation dieser einfachen Negierung in einer wirklichen Überschreitung des Alten in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens.

Der innere und äußere Druck der Klassenkämpfe und der konterrevolutionären Bemühungen der Kapitalisten in der Phase der ökonomisch und politisch erneuerten Demokratie, und auch nach dem – voraussichtlich friedlichen – revolutionären Übergang zum Sozialismus, wird grundsätzlich anders sein, als der Druck, der unter den Bedingungen der revolutionären Veränderungen auf der Grundlage von gewalttätigem und bewaffnetem Umsturz ausgeübt wurde. Sicher werden die Bestrebungen der Arbeiter und anderer werktätiger Kräfte durch die Verschärfung der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der kapitalistischen Welt und durch den Fortschritt in der sozialistischen Welt unterstützt. Obwohl die politischen Bedingungen des friedlichen Überganges die sozialistische Revolution in unserem überreifen kapitalistischen Land begünstigen, machen sie jedoch auch entscheidende Fortschritte notwendig. Eine sehr klare Abgrenzung nicht nur von der vorangegangenen Lage des revolutionierten Landes selbst, sondern auch von den anderen hochentwickelten kapitalistischen Ländern ist notwendig. Der Fortschritt kann sich nur in Verbindung mit dem Fortschritt der bestehenden sozialistischen Länder durchsetzen: Hier werden wieder die Fragen wichtig, die den Aufbau des Kommunismus in unserem Land betreffen.

Besonders im Bereich der Planung und Leitung der Wirtschaft werden sich die Probleme einer nicht nur geleiteten, sondern vollständig bewußt, wissenschaftlich und demokratisch gestalteten Regulierung stellen, so wie sie sich in den Ländern mit entwickeltem Sozialismus stellen, die beginnen, den Kommunismus aufzubauen. Deshalb ist das Studium dieser Fragen für die Bewegung, die von den aktuellen Bedingungen in unserem Land ausgeht und die konkreten Probleme des praktischen Funktionierens einer von den Massen errichteten fortschrittlichen Demokratie ausgehend von der gesamten historischen Erfahrung

10 Der wachsende gesellschaftliche Charakter der Produktivkräfte bewirkt einen gesellschaftlichen Charakter der Besitzverhältnisse der Produktionsmittel. Das bedeutet nicht nur Sozialisierung des capital fixe und der Wissenschaften, sondern auch Internationalisierung des ökonomischen Lebens. Ein zentrales Problem des Überganges zum Kommunismus betrifft die Universalisierung der ökonomischen Beziehungen und die Notwendigkeit, die Ungleichheiten im Weltmaßstab zu überwinden, was besonders die Beziehungen zu den sogenannten unterentwickelten Ländern betrifft. Dieses Problem soll in diesem Zusammenhang nicht weiter besprochen werden.

11 Auch der Kapitalismus konnte n u r während seines klassischen Stadiums im Weltmaßstab existieren.

untersucht, so wichtig. Dieses Studium muß vor allem die objektiven Gesetze der Regulierung, der kapitalistischen Produktionsweise und der Verschärfung ihrer Widersprüche, die von der marxistischen Theorie wissenschaftlich ausgearbeitet und angesichts der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus weiterentwickelt wurden, einbeziehen. Die Probleme der verschiedenen bestehenden sozialistischen Länder und das Studium ihrer heutigen und zukünftigen positiven und negativen Erfahrungen, sowie der Avantgarde-Untersuchungen, die dort aufgestellt werden konnten, haben deshalb praktische und politische Bedeutung für unseren Kampf.

2. Übersicht über die Bedingungen des Problems der ökonomischen Regulierung in der fortschrittlichen Demokratie, der Phase des revolutionären Übergangs

a. Die ökonomische Regulierung in der ökonomisch und politisch fortschrittlichen Demokratie

In diesem Abschnitt werden die noch völlig offenen Fragen der zukünftigen Entwicklung behandelt werden. Es geht dabei um bestimmte Fragen der Regulierung sowie um notwendige Vorbereitungen zur Beherrschung der ökonomischen Probleme, die schon im Laufe der Entwicklung der fortschrittlichen Demokratie auftreten. Gewisse Aspekte dieser Probleme sind zu vergleichen mit Problemen, mit denen die sozialistischen Länder schon heute konfrontiert werden.

Zu Beginn der fortschrittlichen Demokratie werden diese Probleme sicher weniger bedeutungsvoll sein als in ihrer weiteren Entwicklung. Nicht nur die festgesetzten Ziele und die grundlegenden Mittel, sondern auch die Anwendung dieser Mittel in der ersten Etappe der fortschrittlichen Demokratie werden Gegenstand dieser Untersuchung sein, die auf der Grundlage der theoretischen und praktischen Kritik der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den konkreten Bedingungen Frankreichs entstanden ist. Sie wird eingehen in das gemeinsame Aktionsprogramm der Arbeiter und anderen demokratischen Kräfte. Sie ist schon Gegenstand zahlreicher Arbeiten und Diskussionen gewesen. Sie ist teilweise in das von der KPF vor kurzem vorgelegte Programm* mit eingegangen.

In diesem Rahmen und auf der Basis neuer Bedingungen, die einen Prozeß tiefgreifender ökonomischer und politischer Demokratisierung einzuleiten beginnen, wird es möglich sein, von Anfang an kritisch bestimmte alte Methoden der Wertbestimmung und bestimmte Arten des Finanzierungs- und Verwaltungsapparates der vorhergegangenen Periode zu benutzen, in bezug auf die Unternehmensleitung, die nationale Planung und die Wirtschaftspolitik des Staates. Die neue ökonomische Struktur der fortschrittlichen Demokratie, die Wertbestimmung durch die wirklichen Kosten soll dabei ausdrücklich betont werden. Das wird möglich, weil man beginnen wird, sich in allen Bereichen von der kapitalistischen Ordnung zu entfernen, während sie noch besteht. Dieser Prozeß der Entfernung von der kapitalistischen Ordnung wird vor allem durch die neue Konzeption des Staates und die Vorherrschaft des neuen, ausgedehnten verstaatlichten Sektors bewirkt.

Von Anfang an wird dennoch die Frage nach der Überwindung der alten ökonomischen Formen gestellt werden und den neuen gesellschaftlichen Inhalt und die Modalitäten der demokratischen Regulierung der Wirtschaft zum Ausdruck bringen. Diese Frage wird immer mehr an Bedeutung gewinnen. Mit dem revolutionären Übergang zum Sozialismus auf der Basis des Gemeineigentums wird sie zur entscheidenden werden.

* Vgl.: MARXISMUS-DIGEST, 2/72, S. 175f, "Auszug aus dem Programm für eine demokratische Regierung der Volkseinheit".

Hier sollen nur einige Fragen und Arbeitshypothesen aufgestellt werden, die noch der Überprüfung bedürfen. Sie befinden sich ausschließlich auf dem Niveau der ökonomischen Theorie und berücksichtigen weder die technische Realisierung noch die entsprechenden politischen Kämpfe. Um diese Fragen und Hypothesen darzustellen, werden zunächst kurz die Bedingungen, in denen die Problematik steht, und dann einige Lösungsmöglichkeiten betrachtet werden.

Die Ziele und Mittel, wie sie in dem Programm der fortschrittlichen Demokratie definiert sind, gehen von den Bestrebungen der Massen aus. Sie beziehen das Versagen und die Hindernisse des Systems mit ein, die durch die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus enthüllt werden, und sie beziehen sich auf den ökonomischen Plan zur Aufhebung der Diktatur des Profits und der monopolistischen Akkumulation. Nun sind aber die Profitrate und die Akkumulation des Kapitals, wie es die Theorie der Überakkumulation-Entwertung (die die Entwicklung des Kapitalismus erklärt) und übrigens auch die Erfahrungen der entwickelten sozialistischen Länder zeigen, nicht allein das bestimmende *Ziel* der kapitalistischen Wirtschaft, das die Interessen der Kapitaleigentümer denen der Arbeiter gegenüberstellt. Sie sind in der kapitalistischen Wirtschaft gleichzeitig das entscheidende *Instrument* für die Stimulierung des Fortschritts der Produktivkräfte und für das koordinierte Funktionieren der gesamten Wirtschaft, d.h. der wirtschaftlichen Regulierung. Diese Regulierung beruht auf dem gesellschaftlichen Widerspruch zwischen vergangener Arbeit, die von den Kapitalisten akkumuliert wurde, und lebendiger Arbeit der Arbeiterklasse, der ausgebeuteten Arbeiter. Dieser Antagonismus bricht mit der Überakkumulation periodisch hervor. Außerdem bricht mit der heutigen relativ stabilen Überakkumulation, der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der beginnenden wissenschaftlich-technischen Revolution dieser Widerspruch in dem Moment hervor, in dem in entscheidendem Maße die Existenz der kapitalistischen Wirtschaftsregulierung selbst in Frage gestellt wird. Dabei wächst die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe, die nicht mehr die Profite und die monopolistische Akkumulation, sondern den technischen Fortschritt zum Ziel haben, der sich immer stärker auf die Entwicklung der Qualifikationen aller Arbeiter stützt.

b. Der allgemeine Widerspruch der fortschrittlichen Demokratie, die den Weg zum Sozialismus eröffnet und die Notwendigkeit einer Übergangsregulierung

Dank der Verstärkung der antimonopolistischen Verstaatlichung und der Machtübertragung auf die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte öffnet die fortschrittliche Demokratie den Weg zur revolutionären Umgestaltung.

Die erstmalige Gesamtregulierung und die durch sie bestimmten ökonomischen Formen werden jedoch durch den allgemeinen Widerspruch gekennzeichnet, der zwischen dem dominierenden staatlichen Sektor und der demokratischen Ausrichtung der Wirtschaftspolitik auf der einen Seite und dem Weiterbestehen eines bedeutenden Sektors privatkapitalistischer Produktion und enger Beziehungen zur kapitalistischen Welt auf der anderen Seite besteht.

In dem Maße, in dem der private kapitalistische Sektor vollständig aufrechterhalten oder sogar vergrößert würde, statt im Laufe der Entwicklung der fortschrittlichen Demokratie abgebaut zu werden, würde dieser antagonistische Widerspruch verschärft werden. Durch den Ausbruch großer ökonomischer Schwierigkeiten oder auch nur durch schwerwiegende Hindernisse, wie z.B. durch Preissteigerungen, durch zu geringes Produktionsniveau oder

durch den unzureichenden Beschäftigungsgrad (12), könnte er zutage treten. Die Kapitalflucht ist dabei noch nicht betrachtet, die in der fortschrittlichen Demokratie auf Unternehmensebene oder durch die Vermittlung des verstaatlichten Banksystems entsprechend streng kontrolliert werden müßte. Andererseits kann dieser Widerspruch auch verringert werden: Im Bewußtsein des Widerspruchs zwischen den noch weiter bestehenden Klassen würden die Arbeiterklasse und die anderen demokratischen Kräfte versuchen, die ökonomischen Hindernisse, die der neuen demokratischen Planung entgegenstehen – und die von außen verstärkt werden können – abzubauen. Dabei würden sie, entsprechend den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution, den Weg zum Sozialismus einschlagen. Dieser systematische Abbau kann auf der Basis der verstärkten Verstaatlichung in allen Bereichen des Großkapitals sowie durch die Verwendung kooperativer Eigentumsformen in anderen Bereichen vollzogen werden, bis hin zum revolutionären Übergang zum Sozialismus.

Vor diesem Übergang stellt sich jedoch noch die Frage nach den *ökonomischen Formen* der Bewegung des Widerspruchs und seines Abbaus. Das Wesen der fortschrittlichen Demokratie besteht darin, den friedlichen Übergang zum Sozialismus durch die Entscheidung der Mehrheit des Volkes zu ermöglichen, und dadurch größere ökonomische und gesellschaftliche Schwierigkeiten, die von den reaktionären Kräften für eine Rückkehr zum staatsmonopolistischen Kapitalismus benutzt werden könnten, zu verhindern. Die Frage nach dem Sozialismus würde in einer politisch und ökonomisch fortschrittlichen Demokratie, nach der Überwindung des staatsmonopolistischen Kapitalismus (13) bald auf der Tagesordnung stehen. Die Entwicklung der fortschrittlichen Demokratie würde vom ersten Tag an in Richtung Sozialismus laufen, andernfalls wäre sie der Gefahr ausgesetzt, von den reaktionären Kräften zurückgedrängt zu werden. Im gemeinsamen Programm der demokratischen Parteien, der Gewerkschaften der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Menschen für eine Erneuerung der Demokratie sollte deshalb darüber Einigkeit herrschen, daß der nächste Schritt der Entwicklung der Aufbau des Sozialismus ist, der entsprechend den spezifischen Bedingungen unseres Landes und im Sinne der Mehrheit der Arbeiterklasse zu errichten ist.

Dennoch sollte schon im Laufe der fortschrittlichen demokratischen Zwischenphase, die auf der Verstaatlichung der Monopole der Schlüsselindustrien und der Umstrukturierung der nationalen Wirtschaft (mit dem Ziel, den verstaatlichten Sektor zum vorherrschenden zu machen) basiert, eine ökonomische Entwicklung eingeleitet werden, die auf die Bedürfnisse aller Werktätigen, insbesondere der zahlenmäßig größten Gruppe, der Arbeiterklasse, ausgerichtet wäre.

Der selbst noch nach der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien bedeutende private kapitalistische Sektor wird mit Beginn der fortschrittlichen Demokratie durch die Wirtschaftspolitik des neuen Staates und durch die demokratische Planung eingeschränkt. Die Beschränkung des privatkapitalistischen Sektors macht sich besonders die Beziehungen zwischen den verschiedenen ökonomischen Bereichen zunutze: sie stützt sich im wesentlichen auf die Verstaatlichung und die schon verstaatlichten Unternehmen, auf die Ausdehnung der Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, auf die völlige Verstaatlichung des Finanzbereiches und auf die verstaatlichte Gebrauchsgüterverteilung. Sie wird auch durch die Informationsarbeit und durch das aktive Eingreifen der Werktätigen in allen Bereichen ge-

12 Inflationistischer Druck der kapitalistischen Profitrate oder, alternativ, Ablehnung der Entwicklung der Produktion und der Beschäftigung entsprechend den Anweisungen des Plans usw.

13 Vergl.: "Thesen des 19. Kongresses der KPF" (vergl. auch: MARXISMUS-DIGEST, 2/72; d.Ü.).

fördert. In einzelnen Orten, Gebieten, Unternehmen und Industriezweigen wird das hauptsächlich durch die Vermittlung der gewählten Organe, die unter der ständigen Kontrolle der Wähler stehen, geschehen. In den Produktionsbetrieben und allen anderen Bereichen geschieht dies im wesentlichen durch die Gewerkschaften und Produktionskomitees. Aber die Beschränkung des privatkapitalistischen Sektors muß zwangsläufig einerseits von den kapitalistischen Interessen ausgehen, dann aber die kapitalistischen Bedürfnisse bekämpfen, damit die Interessen und Bedürfnisse der demokratischen Planung zu den bestimmenden werden. Man findet hier also den allgemeinen Widerspruch der fortschrittlichen Demokratie wieder, Ausdruck der kapitalistischen Widersprüche in dieser spezifischen Phase des revolutionären Überganges zum Sozialismus, das Problem der ökonomischen Gesetzmäßigkeit der Bewegung und des Abbaus dieses Widerspruches.

Unter diesen Bedingungen ist es notwendig, eine ökonomische Übergangsregulierung zu entwickeln, eine Regulierung, die den spezifischen historischen Bedingungen entspricht und die dazu beiträgt, den Kapitalismus zu überwinden. Unter Berücksichtigung der Bewegung des allgemeinen Widerspruchs der fortschrittlichen Demokratie muß die Übergangsregulierung von Anfang an dazu beitragen, daß die Interessen der Arbeiter zu den dominierenden werden und daß die Bedingungen für den Übergang zum entwickelten Sozialismus geschaffen werden. Dieser Übergang kann nicht in einer Addition sukzessiver demokratischer Reformen bestehen. Vielmehr handelt es sich um eine revolutionäre Umwälzung, die im wesentlichen durch das Gemeineigentum an allen Produktionsmitteln und durch die Staatsgewalt, die von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten ausgeübt wird, gekennzeichnet ist. Sie liefert die ökonomischen Bedingungen, die die stufenweise Entfaltung der Fähigkeiten aller Individuen erlauben. Die Frage nach der individuellen Entfaltung gewinnt immer mehr an Bedeutung. Im Kommunismus wird sie zur zentralen Frage überhaupt.

Diese Umwälzung wird unter den Bedingungen der fortschrittlichen Demokratie und entsprechend den Erfordernissen eines überreifen kapitalistischen Landes wie Frankreich stattfinden. Die einmal eingeführte fortschrittliche Demokratie, die zur sozialistischen Revolution führt und im wesentlichen auf der aktiven Teilnahme großer Massen bei der Durchsetzung des neuen Regimes beruht, würde, trotz des scharfen politischen und ideologischen Klassenkampfes, keine gewaltsamen Formen annehmen. Die Umwälzung kann unter genannten Bedingungen nicht mehr aus einer nationalen wirtschaftlichen Katastrophe hervorgehen. Der revolutionäre Kampf, in dessen Zentrum die Arbeiterklasse steht, wird sich im Gegenteil auf die positiven Ergebnisse stützen, die schon in der fortschrittlichen Demokratie in allen Lebensbereichen errungen wurden. Die kapitalistische Bourgeoisie wurde bereits isoliert und die Aufhebung des Kapitalismus gefordert, der die Entwicklung des demokratischen und gesellschaftlichen Fortschritts, der entsprechend den heute durch die wissenschaftlich-technische Revolution gegebenen Möglichkeiten behindert. Diese Möglichkeiten können aber auch in der fortschrittlichen Demokratie nur ausgenutzt werden, wenn die ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung und die Probleme der neuen Regulierung der Übergangsphase beherrscht und bewußt angewandt werden.

c. Die sozialistische Regulierung und die Regulierung in der fortschrittlichen Demokratie, die den Weg zum Sozialismus öffnet

Wie schon aufgezeigt wurde, besteht eine gewisse Ähnlichkeit zwischen den Problemen der Regulierung in der fortschrittlichen Demokratie, der Übergangsphase zum Sozialismus, und den Problemen der Regulierung im Sozialismus, der ersten Phase des Kommunismus. Der Sozialismus bildet mit der neuen Produktionsweise den Übergang vom Kapitalismus

zum Kommunismus. Gekennzeichnet ist diese Phase durch das Gemeineigentum an Produktionsmitteln und dem proletarischen Klasseninhalt des Staates. Die ökonomische Regulierung bleibt jedoch noch stark durch die Überreste des Kapitalismus und durch das bürgerliche ökonomische Recht gekennzeichnet, wie Marx in der "Kritik des Gothaer Programms" ausführte und wie es die Erfahrungen der sozialistischen Länder bestätigen (14).

In der Phase des Sozialismus ist es zum einen noch nicht möglich, die Ware-Geld-Beziehung abzuschaffen, zum anderen verschwinden Kategorien wie der Zinssatz oder selbst wie die Profitrate nicht so ohne weiteres. Objektiv handelt es sich in der Phase des Sozialismus um die *Überwindung* der kapitalistischen Warenform, d.h. die gesellschaftlich schädliche Seite dieser Form wird aufgehoben und ihre fortschrittlichen Aspekte erhalten, um dieselben grundlegenden Probleme der Regulierung (Stimulierung des gesellschaftlichen Fortschritts und Harmonisierung) auf einer höheren historischen Stufe zu lösen, die mit der Aufhebung der kapitalistischen Ausbeutung verbunden ist. Es geht objektiv nicht darum, die Warenform einfach mehr oder weniger dogmatisch oder voluntaristisch zu negieren. Dieses würde vielmehr zu einem teilweisen Rückschritt führen und zur Vernachlässigung von objektiven Zwängen, sowie auch zu einer maßlosen Unterschätzung der zentralen Bedeutung der Warenform und der durch sie implizierten gesellschaftlichen Widersprüche.

Der wirkliche Übergang oder die einfache Negation wird durch den Stand der allgemeinen Entwicklung in den kapitalistischen Ländern, in denen die sozialistische Revolution stattfindet, bestimmt. Die Notwendigkeit des Weiterbestehens der kapitalistischen Warenform mit ihrem wesentlich neuen, sozialistischen Inhalt ergibt sich aus dem Niveau der Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen in der Zirkulations-, der Verteilungs- und der Konsumtionssphäre. Die Warenform ist der konkrete historische Ausdruck für den Übergang zu unmittelbar sozialistischen Produktionsverhältnissen.

Die historische Überlegenheit des sozialistischen Systems äußert sich zum einen durch das schnellere ökonomische und kulturelle Wachstum der sozialistischen Länder, zum anderen dadurch, daß die rückständigen Länder, in denen die Revolution stattgefunden hat, die entwickelten kapitalistischen Länder einholen. Der am Anfang spezifische Rückstand der allgemeinen Entwicklung der Gesellschaft, der den Übergang zur sozialistischen Phase charakterisiert und der den damit verbundenen Schwierigkeiten Rechnung trägt, ist noch für längere Zeit spürbar. Dieser spezifische Rückstand ist durch einen relativ großen Landwirtschaftssektor, Kleinproduktion, niedriges kulturelles Niveau und die Schwäche der demokratischen Entwicklung in der bürgerlichen Gesellschaft gekennzeichnet. Trotz dieses Rückstandes übt das sozialistische System einen immer größer werdenden Einfluß auf die gesamte Entwicklung und den weltweiten Fortschritt aus. Dieser Einfluß beschränkt sich nicht nur auf die schon bekannten Bereiche wie den Kampf gegen Faschismus und für den Frieden, die entschiedene Unterstützung der nationalen Befreiungskämpfe in den vom Imperialismus beherrschten Ländern und die Unterstützung der demokratischen und sozialistischen Kämpfe und Ziele der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern, sondern er greift auch auf die gesamte gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung der hochentwickelten kapitalistischen Länder über. So trägt er in entscheidendem Maße zu ihrer staatsmonopolistischen Ausrichtung und der damit verbundenen neuen Rolle der staatlichen Interventionen bei, sowie zu dem Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution und zu der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, durch die heute die kapitalistische Welt gekennzeichnet ist.

14 Wir werden hier nicht die genauen Beziehungen dieser Prognosen und Erfahrungen berücksichtigen.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus befindet sich in der Krise aufgrund des Widerspruchs zwischen den rückständigen Produktionsverhältnissen, die auf dem kapitalistischen Privateigentum, genauer auf dem monopolistischen Eigentum, beruhen, und dem Fortschritt der Produktivkräfte, der durch den Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution gekennzeichnet ist. Aber auch die Beziehungen in der Zirkulations-, der Verteilungs- und in der Konsumtionssphäre sind besonders in den entwickelten kapitalistischen Ländern (aber nicht nur dort: vergleiche die Bedeutung des staatlichen Sektors in den vom Imperialismus beherrschten Ländern) Ausdruck der konkreten historischen Phase des überreifen staatsmonopolistischen Kapitalismus. Sie entsprechen den unmittelbaren Produktionsverhältnissen, die mit der erstmaligen systematischen Intervention des staatlichen Sektors den Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution ermöglicht haben und nun die kommunistischen Produktionsverhältnisse notwendig machen. Hat die sozialistische Revolution in den heute imperialistischen Ländern erst einmal stattgefunden, kann damitgerechnet werden, daß dort die fortschrittlichen ökonomischen Formen sehr schnell heranreifen und in kurzer Zeit denen der entwickelten sozialistischen Länder entsprechen werden. Diese Revolution wird dann in kurzer Zeit zum entwickelten Sozialismus und zu den Problemen des Aufbaus des Kommunismus führen.

In der Phase des revolutionären Übergangs der fortschrittlichen Demokratie, die den Bedingungen eines hochentwickelten kapitalistischen Landes wie Frankreich entspricht, wird die Nationalisierung der Schlüsselindustrien längerfristig zu sozialistischen Produktionsverhältnissen, die durch das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln gekennzeichnet sind, führen. Gegenüber den unmittelbaren Produktionsverhältnissen werden die Produktivkräfte und die anderen ökonomischen Beziehungen einen Vorsprung verzeichnen, der durch die völlige Verstaatlichung des Finanzwesens und durch die demokratische Planung, die zunächst vor allem die Verhältnisse in der Zirkulations- und Verteilungssphäre betrifft, noch verstärkt wird.

Von Anbeginn der fortschrittlichen Demokratie sind die Antriebskräfte der Wirtschaft andere als diejenigen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, der durch private Kapitalakkumulation und durch den privaten Profit angetrieben ist. Ohne die demokratischen Veränderungen in der Wirtschaft ergäbe sich eine mehr oder weniger "frischverputzte" Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus und nicht eine wirkliche politisch und ökonomisch fortschrittliche Demokratie, eine Phase des revolutionären Übergangs zum Sozialismus. Deshalb müssen in der einmal eingeführten fortschrittlichen Demokratie die ökonomischen Übergangsformen, entsprechend der demokratischen Regulierung auf nationaler Ebene, vorherrschen.

Wenn auch die Erfahrungen der real existierenden sozialistischen Länder für die Regulierung in der fortschrittlichen Demokratie, die den Weg zum Sozialismus öffnet, ausgesprochen stimulierend wirken, so ist es doch notwendig, auch die Bedeutung der Analyse der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus zu unterstreichen, da die fortschrittliche Demokratie die unmittelbare Lösung dieser Krise ist. So erlaubt die Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals, die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus – als den Ausdruck der neuen Erfordernisse der allseitigen Entwicklung der Menschen am Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution – als den Beginn der wirklichen Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unter den Bedingungen der kapitalistischen Warenproduktion zu erkennen. Diese Theorie kann also für die Lösung der Probleme der Bestimmung der ökonomischen Übergangsformen in der fortschrittlichen Demokratie als revolutionärer Übergangsphase herangezogen werden, sowie zur Lösung der Probleme der Entfaltung des revolutionären Inhalts dieses Überganges einschließlich des Überganges zum entwickelten Sozialismus, der schon die Probleme des Aufbaus des Kommunismus auf die Tagesordnung setzt.

Im folgenden geht es nicht um die politischen Probleme des Klassenkampfes in der fortschrittlichen Demokratie, nicht um ihre Formen und institutionellen Bedingungen. Hier sollen auch nicht die technischen Probleme der Planung, die Wirtschaftspolitik und die Leitung der Unternehmen, ihre Verbindung mit der marxistischen wissenschaftlichen Ökonomie und ihre demokratische Verbreitung im Rahmen des Kampfes um die Weiterentwicklung der fortschrittlichen Demokratie entsprechend den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung betrachtet werden. Es geht hier zunächst nur darum, die wichtigsten ökonomischen Formen und ihr Funktionieren theoretisch zu betrachten und vom marxistischen Standpunkt her die Verbindungen aufzuzeigen, die zwischen den wichtigsten Klassenbeziehungen der Gesellschaft, gegründet auf die materiellen Produktivkräfte, und den Erscheinungsformen der ökonomischen Beziehungen bestehen. Technische, empiristische oder ideologisch-mystifizierende Diskussionen über die Beziehungen von Plan und Markt, von Zentralisation und Dezentralisation des Plans werden nicht geführt. Ausgehend von den Lehren der Theorie der Überakkumulation, angewandt auf die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, werden lediglich einige Hypothesen, oft in Frageform, über die vorläufige Arbeit in den Vordergrund gestellt werden. Diese Hypothesen betreffen insbesondere die ökonomischen Formen wie die *Preise* und wie die *Profitrate* in der spezifischen Phase des revolutionären Übergangs zum Sozialismus, der Phase der fortschrittlichen Demokratie in Frankreich. Unabhängig von ihrem Inhalt kann zusammenfassend gesagt werden, daß diese Hypothesen immer von dem historischen und gesellschaftlichen Inhalt der ökonomischen Formen ausgehen: von der notwendigen Arbeit und den gesellschaftlichen Bedürfnissen sowie von den Problemen der revolutionären Überwindung der kapitalistischen Klassenwidersprüche unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution (15).

3. Hypothesen und Fragen zu einigen Formen der ökonomischen Regulierung in der fortschrittlichen Demokratie, der Übergangsphase zum entwickelten Sozialismus unter den aktuellen historischen Bedingungen

a. Kapitalistische Überreste im Gesamtkomplex der Prinzipien und Entscheidungskriterien sozialistischer Leitung. Welche Kriterien müssen in der fortschrittlichen Demokratie angewandt werden?

Im ersten Teil der Untersuchung (16) wurde analysiert, daß das Ziel – Akkumulation des Profits im Kapital und seine Verwertung durch den Profit sowie die entsprechenden Formen, die mehr oder weniger allgemeine Profitrate und der Produktionspreis der Waren – auf der historischen Stufe der materiellen Produktivkräfte basiert, die dem Gegensatz zwischen konstantem und variablem Kapital entspricht. Es wurde aufgezeigt, daß sich auf Grund der Entwicklung des gesellschaftlichen Charakters der Produktivkräfte mit der Überakkumulation des Kapitals die gesellschaftlichen Widersprüche zwischen variablem und konstantem Kapital, zwischen den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und der Entwicklung der Arbeitsproduktivität verschärfen. Trotz der revolutionären Überwindung des gesellschaftlichen Widerspruchs zwischen konstantem und variablem Kapital durch den Sozialismus, dem die ökonomisch und politisch fortschrittliche Demokratie unter den

15 Anstatt sich dogmatisch und im Endeffekt idealistisch auf die Reflexion von "Gesetzen", z.B. über das Wertgesetz, zu beschränken.

16 Vergl.: den im Mai 1971 veröffentlichten Artikel in: ECONOMIE ET POLITIQUE, Nr. 202.

heutigen Bedingungen den Weg bereitet, wird die Aufhebung der quantitativen Bedeutung und folglich der qualitativen Rolle des Widerspruchs zwischen abstrakter und konkreter Arbeit selbst nicht *unmittelbar* erfolgen. So wie die vergegenständlichte Arbeit in Waren dargestellt und in Produktionsmitteln kristallisiert ist, bezieht sich auch die lebendige Arbeit (im Lohn) auf die Warenprodukte, die von den Arbeitern konsumiert werden (17). Dieses gilt besonders für die sozialistischen Länder, die auf dem Hintergrund eines rückständigen Wirtschaftssystems entstanden sind, bevor sie durch eine beschleunigte Industrialisierung die entwickelten kapitalistischen Länder einholen konnten. Aber für kapitalistische Gesellschaften gilt dies auf keinen Fall. Das Gemeineigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln und die Machtausübung durch die Arbeiterklasse ermöglichen nicht nur einen quasi-gesellschaftlichen "Profit" und gesellschaftliches "Kapital", sowie ein gesellschaftliches Mehrprodukt und gesellschaftliche Produktionsmittel, sie hat darüber hinaus ein grundlegend anderes *Ziel* als Akkumulation und Profit, die sie beide auf ein transformiertes und untergeordnetes *Mittel* reduziert. Eben dieses Ziel erklärt die spezifische Überlegenheit des sozialistischen Systems, das trotz der schwierigen Ausgangsbedingungen keine Überproduktionskrisen kennt. Diese Überlegenheit wird durch das beschleunigte industrielle Wachstum, durch das Einholen des materiellen Lebensstandards der entwickelten kapitalistischen Länder, durch das schnelle Wachstum der militärischen Stärke und vor allem durch die systematische Demokratisierung des Erziehungswesens und mit seinen großen Fortschritten im kulturellen Bereich sichtbar (18). Die spezifische Überlegenheit des 'kollektiven' Systems kann sich erst im entwickelten Sozialismus erweisen und durch die neuen Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution bestätigen. Diese Bedingungen machen den Übergang zur klassischen Phase des 'Kollektivismus', dem Kommunismus, möglich und notwendig. Das entscheidende *Mittel* des Fortschritts ist im Kommunismus die Entwicklung aller Fähigkeiten der Menschen entsprechend dem *Ziel* des Systems (19).

Wie sieht dies nun in der fortschrittlichen Demokratie aus?

Zunächst ist diese Demokratie durch die Existenz eines bedeutenden privatkapitalistischen Sektors gekennzeichnet, dessen Ziel auch weiterhin Akkumulation und kapitalistischer Profit bleiben. Trotz der dominierenden Rolle des verstaatlichten Sektors ist der Widerspruch zwischen der in den Produktionsmitteln vergegenständlichten Arbeit und der im Lohn für die lebendige, produktive Arbeit als Indikator des Warenkonsums vergegenständlichte Arbeit für die ökonomischen Formen noch von großer Bedeutung.

Dennoch ist die fortschrittliche Demokratie, die Phase des revolutionären Übergangs zum 'Kollektivismus', der Ausweg aus der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Diese Krise ist im wesentlichen durch den Widerspruch zwischen den objektiven Möglichkeiten,

17 Es handelt sich um den Widerspruch zwischen der Menge und der Art der in den Produktionsmitteln vergegenständlichten Arbeit und der lebendigen Arbeit (indem auch sie wesentlich auf für die Konsumtion der Arbeiter notwendige abstrakte Arbeit hinweist), ein Widerspruch, der mit dem historischen Entwicklungsniveau der Produktivkräfte verbunden ist und nicht den Widerspruch zwischen materiellen Produktionsmitteln und Arbeitern, der in allen Produktionsweisen auftritt.

18 Mit einem Erziehungssystem, das von den USA nach dem sogenannten Sputnikschock fieberhaft analysiert wurde.

19 Es ist kein Zufall, daß der 9. Fünf-Jahresplan, dessen Direktiven im März 1971 auf dem 24. Parteitag der KPdSU ausgegeben wurden, zum ersten Mal in der Geschichte der sowjetischen 5-Jahrespläne eine erhöhte Wachstumsrate für den Bereich der Produktionsmittel vorsieht. Dieses entspricht der Orientierung, die sich schon am Ende des letzten 5-Jahresplanes abzeichnete.

die die wissenschaftlich-technische Revolution bietet, und der Unterordnung aller öffentlichen Einrichtungen sowie des gesamten gesellschaftlichen Lebens unter die Akkumulation des Großkapitals und seiner Profite mit Hilfe des Staates gekennzeichnet. Die genannten Möglichkeiten jedoch drücken die Bedürfnisse und Bestrebungen der Werktätigen und der Intellektuellen, deren Lage sich der der Arbeiter immer mehr annähert, aus.

In der ökonomisch und politisch fortschrittlichen Demokratie, die den Weg zum Sozialismus öffnet, wird das Ziel der gesamten gesellschaftlichen Produktion nicht mehr der Profit und die Akkumulation des Kapitals sein. Es wird eine Entwicklung der Wirtschaft geben, die sich hauptsächlich an den Interessen der arbeitenden Massen ausrichtet. Aber auch die technische Basis des Widerspruchs zwischen konstantem und variablem Kapital wird mit dem revolutionären Übergang zum 'Kollektivismus' historisch in der Weise überwunden werden, daß die Entwicklung der Fähigkeiten und der Lebensbedingungen der Arbeiter zum dominierenden Mittel des Fortschritts der materiellen Produktion wird.

Indessen enthüllt in den entwickelten sozialistischen Ländern, die mit dem Aufbau der Grundlagen des Kommunismus beginnen, die Verbesserung der sozialistischen Planung und Leitung die Bedeutung der bewußten Anwendung der Kriterien: Produktivität und Effektivität – mit den geringsten Mitteln den größtmöglichsten Erfolg – und der "Profitrate". Da es zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität immer weniger notwendig wird, massive Akkumulation zu betreiben, jedoch die allseitige Entwicklung der Menschen immer wichtiger wird, kann sich die Bedeutung einer bewußt betriebenen materiellen Akkumulation zeitweise noch verstärken. Aus rechter oder linkssektiererischer Sichtweise wird dies im allgemeinen als eine Entwicklung des Warencharakters der sozialistischen Ökonomie, die zurück zum Kapitalismus führen könne, interpretiert. Von dieser Interpretation unterscheidet sich die unsere nur in der Bewertung derselben Phänomene. Wir meinen, daß es sich um eine Annäherung an die wirkliche Überwindung der kapitalistischen Warenwirtschaft im Gegensatz zu früheren einfachen Negationen handelt – wovon natürlich die ersten tastenden Versuche und die Fehler rechter und dogmatischer Wirtschaftspolitik ausgeschlossen werden müssen.

Die wirkliche Lösung der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus kann nur in der objektiven, gründlichen Überwindung des Kapitalismus liegen. Nur mit dieser Zielsetzung kann mit der Planung der fortschrittlichen Demokratie begonnen werden; aber unter der Bedingung, daß sie theoretisch und praktisch von der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus unter den historischen Bedingungen Frankreichs ausgeht. Man kann in diesem Fall die Hypothese aufstellen, daß Kriterien, die eine gewisse Analogie zu der regulierenden Rolle der Profitrate aufweisen, im gesamten nationalen Maßstab der Wirtschaft als bewußt angewandte 'Neben'-Kriterien für den Fortschritt der Arbeitsproduktivität und Leitungseffektivität verwendet werden können, während die Ziele der Akkumulation und des Profits nicht mehr vorherrschend wären. Die Anwendung dieser Kriterien würde immer besser von der demokratischen Planung beherrscht werden, obwohl im privaten kapitalistischen Sektor der Wirtschaft diese Kriterien mit der kapitalistischen Profitrate als Ausdruck des Ziels der privaten Akkumulation und der privaten Profite verbunden wären. Der revolutionäre Übergang zum Sozialismus würde den Widerspruch zwischen den Zielen und Kriterien des kapitalistischen Sektors und den demokratischen, nationalen Zielen und Kriterien überwinden können und somit die Antagonismen aufheben, die die demokratische Verfügungsgewalt über die Wirtschaft behindern. Nach der sozialistischen Revolution würde sogar die Existenz von Kriterien wie z.B. der Rentabilität von vorgeschossenem "Kapital" (20) langfristig mit dem Übergang zum Kommunismus in Frage gestellt werden.

20 Das Verhältnis von Ertrag (Rendite) und vorgeschossenem "Kapital" entspricht der

Diese letzte Perspektive, die auf der Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution beruht, würde übrigens von Anfang an auf die dynamische Verwendung der 'Kriterien' orientieren und würde uns so vor einer rechten Verabsolutierung oder einer linkssektiererischen, utopischen Negation dieser Kriterien bewahren. In diesem Konzept sind für die Wirtschaft der fortschrittlichen Demokratie der Profitrate analoge und mit ihr verbundene Formen vorgesehen, wie z.B. der Produktionspreis und der Zinssatz, die auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen werden. Sie werden in diesem Zusammenhang ein Antrieb für den Fortschritt der Produktivität und Effektivität und des Gesamtzusammenhanges, d.h. der ökonomischen Regulierung bilden. Aber auch schon mit dem demokratischen Übergang zur bewußten Planung werden schon unter den Bedingungen der fortschrittlichen Demokratie mehrere fundamentale Änderungen notwendig.

b) Die Festlegung der Rendite in der wirtschaftlich und politisch fortschrittlichen Demokratie

Da das maßgebliche ökonomische Ziel auf sozialer Stufenleiter nicht mehr die Akkumulation und die Verwertung des Kapitals – ausgedrückt durch die kapitalistische Profitrate – ist, wird es nach und nach möglich sein, daß die *Akkumulation* des Kapitals und *die Profitrate* sich nicht mehr auf antagonistische Weise widersprechen, wie sich das in der kapitalistischen Überakkumulation manifestiert, insbesondere in der relativ dauerhaften Überakkumulation, die die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisiert (21).

Auf der Basis des Wiederaufbaus der Wirtschaft, ermöglicht durch die Verstaatlichung der Monopole der Schlüsselindustrien und des gesamten Bank- und Finanzsystems, könnte man bewußt auf demokratisch geplante Weise die notwendige Wertverminderung des konstanten Kapitals (vergegenständlichte Arbeit in den Produktionsmitteln) in Verbindung mit den neuen Bedingungen des Fortschritts der Arbeitsproduktivität organisieren. So würde man nicht mehr der beschleunigten Inflation, der Überproduktion, der Schatzbildung (Goldhortung), der Spekulation, der mehr oder weniger massiven Dauer-Arbeitslosigkeit, der Deklassierung der Werktätigen und dem Ruin der Kleinproduzenten zusehen müssen, die in immer stärkerem Maße die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus charakterisieren. Im Gegensatz dazu könnte man vergegenständlichte und lebendige Arbeit geplant auf das Niveau der fortschrittlichen Techniken bringen, um deren Fortschritt zu beschleunigen. Weiterhin könnten die Ausgaben für die Qualifikation der Arbeit (Ausbildung der Jugendlichen und Umschulung der Erwachsenen), für die Ausweitung der unproduktiven Arbeit** in den Unternehmen der materiellen Produktion und

Profitrate. Aber, im Gegensatz zur kapitalistischen Profitrate, würde dieser Zusammenhang mit der Ertragsrate der vorgeschossenen Gelder nicht der Ausdruck des Ziels der Kapitalakkumulation und seiner Verwertung, die auf der kapitalistischen Ausbeutung beruht, sein. Im Gegenteil, mit der Verstaatlichung der wichtigsten kapitalistischen Monopole würde das Ziel der Kapitalakkumulation – zumindest als dominierendes Ziel im nationalen Maßstabe – schon aufgehoben sein. Von daher ergibt sich die Möglichkeit der Verwertung der Rendite der vorgeschossenen Gelder als Leistungskriterium im Rahmen der nationalen, demokratischen Planung und der demokratischen Leitung der verstaatlichten Unternehmen.

21 Tatsächlich führt mit der relativ dauerhaften Überakkumulation der Kampf um die Erhöhung der Profitrate zu Kapitalverlusten, zu Wertverminderungen des konstanten Kapitals und zu damit einhergehender Dauer-Arbeitslosigkeit.

** Der von Boccara gebrauchte Begriff der "unproduktiven" Arbeit, scheint nicht mit dem von Marx in den GRUNDRISSEN, S. 212 übereinzustimmen (vergl. die drei markierten Fälle). Anm. d. Übersetzers.

außerhalb der materiellen Produktion (wie Forschungs- und Bildungsarbeit), für Gemeinschaftseinrichtungen für die Bedürfnisse der Arbeiter, für Ausbildungszeit und Freizeit erhöht werden.

Da das vorherrschende Ziel nicht mehr die Akkumulation ist, kann man sich vorstellen, daß die Festlegung einer Handelsrendite ebenso gut dem Niveau der Stimuli der einzelnen Arbeiter und des Produktionskollektivs dienen kann, als auch dem Niveau der Bedingungen der Finanzierungszuteilung auf Branchen- und staatlicher Ebene. Der Zusammenhang zwischen der Erhöhung der Rendite und der Wertsenkung der Produktionsmittel könnte in der Tat geplant werden in Verbindung mit der Planung sozialer Aktivitäten und ohne die Schwierigkeiten der kapitalistischen Entwertung des konstanten Kapitals verwirklicht werden.

Hier stellen sich jedoch eine gewisse Zahl von Fragen:

Zunächst wäre das maßgebliche Ziel auf nationaler Stufenleiter nicht mehr der Profit an sich, weder privat, noch kollektiv, noch die Akkumulation. Würde daher – in Widerspruch zu diesem Prinzip – die planmäßige Festlegung der Handelsrendite nicht der Gefahr ausgesetzt sein, den Versuch einer Erhöhung des Profit-Lohn-Verhältnisses nach sich zu ziehen? Das könnte durch eine Lohnbegrenzung oder eine Zunahme der lebendigen Arbeit, die für den gleichen Lohn geleistet wird, oder gar, indem man die Arbeiter keinen Nutzen aus dem Fortschritt der Produktivität ziehen läßt, geschehen, wenn man nicht den technischen Fortschritt und die Reduzierung der vergegenständlichten Arbeit pro Produkteinheit (direkte lebendige Arbeit und vergegenständlichte Arbeit der Produktionsmittel) zur Verbesserung der Lage der produktiven, werktätigen Arbeiter und aller Werktätigen nutzen würde. Um festzustellen, wie eine solche Gefahr abgewendet werden kann, ist es notwendig, die Rolle und die Funktionsbedingungen dessen, was ausschließlich ein relatives Leistungskriterium ist, näher zu betrachten.

Die Festlegung der Rendite müßte dazu benutzt werden, insbesondere für die Möglichkeit von bedeutenden Lohnerhöhungen die staatlichen Mindestnormen zu bestimmen. Im Rahmen der demokratischen Führung der verstaatlichten Unternehmen würden die Werktätigen selbst, ausgehend von den Leistungen des Unternehmens und den nationalen Vergleichs-Maßstäben – absolut und in Prozent –, ihre Löhne festsetzen. Die nationalen Maßstäbe selbst, die sich in allen verstaatlichten und nicht-verstaatlichten Unternehmen und sogar im unproduktiven Sektor, durchsetzen wie auch ihre progressive Verwirklichung müßten ausgehend von den Gesamt-Wirtschaftserträgen des Landes unter ausschlaggebender Beteiligung der Gewerkschaften demokratisch festgesetzt werden. Schließlich würde diese demokratische Festlegung der Löhne auf nationalem und Branchenniveau sowie auch immer mehr auf der Ebene der einzelnen Unternehmen selbst durch die neuen technologischen Bedingungen, die zum Fortschritt der Produktion durch die Wertverminderung der Produktionsmittel pro Produkteinheit und durch die geplante Organisation dieser Verminderung anregen, begünstigt werden.

Die Ausarbeitung differenzierter nationaler Maßstäbe zur Festlegung der Rendite und die Leistungen der Unternehmen würden es möglich machen, daß diese Festlegung von der Unternehmensebene bis hin zum nationalen Plan, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen angewand wird wie übrigens auch zur Festsetzung der Investitionsfonds und Proportionen der Entwicklung der Unternehmen und der Industriezweige zueinander, der staatlichen Abzüge (Steuern) und der Entwicklung der unproduktiven** Aktivitäten.

Eine weitere Frage mag die eventuelle Verminderung der Beschäftigung in einem Unternehmen oder in einem Zweig der materiellen Produktion betreffen, und zwar in der Hinsicht, ob diese Verminderung eine Voraussetzung für bessere Leistungen sei oder ob sie

nachträglich gesellschaftlich ungenügende Leistungen sanktioniere. Auch hier wäre es durch vorausgeplante Veränderungen und durch vereinheitlichte sukzessive Einführung dieser Veränderungen im Laufe der Verwirklichung dieser Pläne möglich, demokratisch und rationell diese Bewegungen zu organisieren. Man könnte insbesondere spezielle Fonds einrichten, durch die die Löhne garantiert, und der Deklassierung entgegengewirkt würde (und durch die somit ein allgemeiner Druck zugunsten einer Modernisierung durch Erhöhung der Qualifikationen ausgeübt würde). Auch könnten in gewissem Umfang die notwendigen neuen Ausbildungsgänge im Rahmen einer ununterbrochenen allgemein zugänglichen Ausbildung, in Teilzeit oder Ganzzeit, eingerichtet werden (22).

c) Regulierung in der Demokratie, die das unmittelbare Ende der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist, und Ziele einer tiefgreifend neuen gesellschaftlichen Rechnungsführung

Die demokratische Planung, die bewußt die Festlegung und Überwachung einer Rendite analog zur anarchisch entstandenen (Durchschnitts-)Profitrate anwendet, erfordert entsprechende ökonomische Berechnungsprinzipien. Ausgehend von der Berechnung der angestrebten Produktivität der Arbeit und den voraussichtlichen Bedürfnissen werden die maßgebenden (Norm-)Größen: die mittlere nationale Rendite und die Renditen der einzelnen Industriezweige, abgeschätzt. Die unaufhaltsame Ausweitung der ökonomischen Berechnungen der Produktion auf die Berechnung der Beschäftigungsstruktur und der verschiedenen Tätigkeiten der Arbeiter muß gesichert sein.

Hier stellt sich die Frage der eventuellen Aufstellung einer doppelten ökonomischen, nationalen Rechnungsführung der materiellen Produktion und ihrer Konsumtion: die eine in Preisverhältnissen (die vor allem den Übergang der Werte – kristallisierte gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit – zum Geld als Zahlungsmittel betrachtet) und die andere in Verhältnissen gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeiten (die vor allem den Übergang der gesellschaftlich insgesamt notwendigen Arbeitszeit zu den Zeiten verschieden qualifizierter Arbeit betrachtet). Man könnte – hypothetisch gesehen – die beiden Arten der Rechnungsführung mit der Zeit einander annähern.

Das Ziel demokratischer Beherrschung der Wirtschaft unter den Bedingungen einer *Demokratie, die in Frankreich wirklich das Ende der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus begründet* oder genauer, sein tatsächliches unmittelbares Ende, das den Weg zu seiner weiteren vollständigen Lösung eröffnet, erfordert eine qualitativ neue theoretische Präzisierung der Probleme der Regulierung im Kapitalismus – deshalb ist die Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals so wichtig. In der Tat kann ein solches Herrschaftsziel sich nicht auf eine *"verwaltungstechnische"* Planung stützen, in der physische Kriterien herrschen, weil Vergeudung und Unregelmäßigkeiten (beträchtlich vermehrt durch das notwendige Fehlen eines technischen Vorbilds) aus dem Widerspruch zwischen dieser Art Planung und der wirklich effektiven wirtschaftlichen Regulierung entstehen. Sie kann sich auch nicht unter dem Vorwand "ökonomischer" Regulierung auf eine dominierende Rolle des Binnen- und Außenhandelsmarkts stützen, da dies ähnliche Schwierigkeiten hervorrufen würde, wie sie in der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus mit Inflation und Arbeitslosigkeit auftreten, weil die gesellschaftlichen Antagonismen der kapitalistischen Regulierung der Warenproduktion auch in ihren neuen Ausprägungen nicht durch "technokratische" Interventionen aus der Welt geschafft werden können.

22 Beim Hinüberwechseln in sich in der Entwicklung befindliche Tätigkeitszweige würden die Arbeiter, die, trotz ihrer persönlichen Bemühungen, keinen Nutzen aus den Vorteilen des Leistungswachstums ihres früheren Industriezweiges gehabt hätten, unter die besten objektiven Bedingungen gestellt werden.

Abgesehen von den schweren Risiken eines eklektischen und empiristischen Kompromisses – Risiken, deren Tragweite sich aus den politischen Bedingungen der fortschrittlichen Demokratie ergibt – ist es notwendig, die Erfahrung Frankreichs und die allgemeine historische Erfahrung zu berücksichtigen, um die marxistische Theorie, ausgehend von der Analyse der anarchisch entstandenen kapitalistischen Regulierung, zu entwickeln.

Die geplanten "Preise" dürfen keine "Pseudo-Preise" sein, die als Treibriemen und als gesellschaftlicher Ausdruck der staatlich-rechtlichen Beziehungen dienen, ohne gewisse objektive Probleme bewußt zu machen. Diese Probleme bleiben dann nämlich außerhalb der bewußt erfaßten und geplanten ökonomischen Beziehungen und lösen dann mehr oder weniger wirre kompensatorische Verhältnisse aus. Aber die Preise dürften auch nicht aus einfachen Marktstudien resultieren, wodurch nur die bestimmende Rolle der eigentlich anarchischen, antagonistischen Handelsbeziehungen durch den offiziellen Charakter und die Formen ihrer Festlegung verschleiert würde (23).

Tatsächlich sollte sich eine bewußte ökonomische Regulierung darum bemühen, den wirksamen ökonomischen Inhalt, die objektive dialektische Wirklichkeit der ökonomischen Verhältnisse zu verstehen, um sich dafür einzusetzen, sie durch normative Übergangsformen zu beherrschen, die nach und nach eine tatsächliche Überwindung der eigentlichen Warenformen bewirken, und nicht z.B. durch mehr oder weniger bedeutende Konzessionen an den anarchisch entstandenen Markt, die dann später auf mehr oder weniger brutale und empiristische Art korrigiert werden müssen.

Auf der einen Seite darf man den dialektischen Charakter der fundamentalen Funktion nicht vergessen, die die historische Form des Preises in sich trägt als dem Ausdruck des Tauschwertes, aber nicht direkt des Wertes der Warenprodukte. In die Bewegung der anarchisch entstandenen Preise auf dem Markt greift nicht nur die Entwicklung der Arbeitsproduktivität ein, sondern auch – eng verbunden mit dieser Entwicklung – die der gesellschaftlichen Bedürfnisse, wie auch die gesellschaftlichen Substitutionen zwischen Gebrauchswerten, die die Verteilung der gesellschaftlichen produktiven Arbeit bestimmen. Deshalb muß die Rolle der stetigen Änderungen der Bedürfnisse und des gesellschaftlichen Verlangens der Individuen, der Unternehmen und der unproduktiven Institutionen in sehr enger Verbindung mit der Rolle des technologischen Fortschritts der Arbeitsproduktivität betrachtet werden.

Auf der anderen Seite darf die Rechnungsführung der Kosten in gesellschaftlich notwendiger Arbeit nicht die zufälligen Preisverzerrungen bezüglich der Werte verhindern, sondern muß im Gegenteil ihren in der Regel ausgeglichenen Charakter ermöglichen. Es geht hier nicht nur darum, auf diese Weise die erforschte und voraussichtliche gesellschaftliche Entwicklung der Bedürfnisse und ihrer Hierarchie mit einzubeziehen, die auf ihre Weise die "anarchisch entstandene" Abweichung des Tauschwertes vom Wert der Waren auf dem Markt enthüllt. Es geht hier auch und sogar immer mehr darum, in Verbindung mit dem wachsend kollektiven Charakter der stofflichen und menschlichen

23 Die Vertraglichkeit (contractualisation) der Preiskontrolle im staatsmonopolistischen Kapitalismus, so relativ sie auch sein mag, ist aufschlußreich für die Vertiefung der Widersprüche des kapitalistischen Marktes. Aber sie ist auch interessant für den Durchbruch brauchbarer Formen in der fortschrittlichen Demokratie mit einem anderen gesellschaftlichen Inhalt und unter bestimmten Bedingungen.

Produktivkräfte die wechselseitigen Abhängigkeiten der Kosten und der Rentabilität der Investitionen und der entsprechenden Verdienstausfälle (die in Bezug auf ein einzelnes oder auch mehrere materielle Produkte nicht festzulegen sind) auf globaler Ebene und auf lange Sicht mit einzubeziehen. Es ist deshalb notwendig, eine Strategie zu entwikkeln, die die Berechnung und Planung der qualitativ neuen Strukturen möglich macht. Sie muß die Probleme, die schon im staatsmonopolistischen Kapitalismus auf nationaler und internationaler Ebene auftreten, wie zum Beispiel die Notwendigkeit der Entwertung des Kapitals großer gesellschaftlicher Einrichtungen (Transport, Energie), die Notwendigkeit von Sozialausgaben (Bildung, Forschung) und auch Probleme der Ungleichheit in den Tauschbeziehungen zu den sogenannten unterentwickelten Ländern (24) bewältigen. Insgesamt gesehen muß sie die Probleme des wachsenden kollektiven Charakters der Produktion und der Zunahme der unproduktiven Tätigkeiten lösen, die durch die Regulierung einer Warenproduktion, die letztlich von der durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeit bestimmt wird, nicht gelöst werden können (25).

Diese Betrachtungen sollten in die Erarbeitung von Vorschlägen und in die Festsetzung von Normen und in die konkrete Anwendung der Kriterien der Verwaltung mit eingehen. So könnten auf diesen Grundlagen – ausgehend von der Feststellung einer mittleren nationalen Rendite – die Abweichungen der einzelnen Raten in der konkreten Realität bestimmt werden. Auf diese Weise könnten die Renditen als bewußt planmäßige Leistungskriterien der Verwaltung dienen, die demokratisch nutzbar gemacht werden gemäß den Möglichkeiten, die durch die antimonopolistische Verstaatlichung und noch in weit größerem Maße durch die sozialistische Kollektivierung unter den Bedingungen der neuen technischen Revolution, die heute kaum begonnen hat, eröffnet werden.

Ebenso würden die so abgewogenen Produktivitäts- und Leistungsfortschritte auf nationaler Stufenleiter, und auf Unternehmensebene, die Möglichkeit demokratischer Entscheidungen auf allen Ebenen, der Erhöhung der individuellen Einkommen, der Akkumulationsfonds, der Mittel kollektiver Konsumtion und der notwendigen unproduktiven Tätigkeiten, aber auch der Verringerung der Arbeitszeit und des Anwachsens der Freizeit bestimmen (26).

Es ist notwendig, auf den besonderen Charakter der unproduktiven** Tätigkeiten einzugehen, d.h. auf diejenigen, die außerhalb der materiellen Produktion liegen, und auf die sie betreffende Rechnungsführung. Es handelt sich dabei um nationale Berechnungen und um solche, die durch die demokratische Verwaltung der verschiedenen entsprechenden Arbeitskollektive erstellt werden.

Bereits unter den bestehenden Bedingungen der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, während die Bedeutung dieser Tätigkeiten und der entsprechenden materiellen Infrastrukturen immer weiter anwächst und sich immer enger mit den Notwendigkeiten der materiellen Produktion selbst verbindet, vergrößert sich das Bedürfnis nach "rationellen" Maßnahmen und "kollektiven" Entscheidungen, die von den Schwankungen auf dem Markt unabhängig sind. Entscheidungen und Maßnahmen bleiben im staatsmonopolistischen Kapitalismus in den Händen der Monopole und ihrer Staatsgewalt, die allerdings große Mühe bei der Festlegung von Methoden und Techniken haben, weil diesen eine große Menge an Information zugrunde liegen muß, damit sie als "rationelle" Entscheidungen ausgegeben werden können (27).

24 Und über die Strategie der beschleunigten "Aufholindustrialisierung" der rückständigen Länder hinaus, die die sozialistische Revolution erfahren haben.

25 Wir betrachten hier nicht die Rolle der wirtschaftlichen Formen, die auf der Ebene internationaler Beziehungen erwogen werden, und das Problem eventuell notwendigen Ausgleichs.

26 Der materielle Anreiz der Individuen und der Arbeitskollektive könnte mit einer Erhöhung des allgemeinen Niveaus der gesellschaftlichen Errungenschaften, durch eine demokratische Aufteilung der Ergebnisse des Fortschritts, einhergehen.

Die Herrschaft der kapitalistischen Monopole im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus und seiner Krise zieht ein allgemeines Abflauen des unausweichlichen, massiven Wachstums seiner Aktivitäten in Bezug auf Bildung, Forschung etc. nach sich und erhöht die Ausgaben für Militär etc., die in Widerspruch zu den wirklichen Erfordernissen des Fortschritts der Produktivkräfte stehen. Daraus entsteht zugleich die Notwendigkeit von Berechnungen und Entscheidungen, die sich auf die Techniken der Informatik, der Klassentrennschärfe und der Rationalisierung stützen und den Zielen der Akkumulation und der Profitabilität des Monopolkapitals und seiner imperialistischen Strategie dienen. Diese Tatsache steht in antagonistischem Widerspruch zu den notwendig demokratischen Erfordernissen (die auf den gemeinsamen Interessen der Arbeiter in langfristiger Perspektive beruhen) der Rationalität dieser Berechnungen und Entscheidungen.

Die fortschrittliche Demokratie – und dann der Sozialismus – werden im Gegensatz dazu die notwendigen Bedingungen zum Beginn und zur Entfaltung der ökonomischen Beherrschung der Entwicklung dieser Aktivitäten schaffen, und sie in die gesamte gesellschaftliche Entwicklung auf der Basis der materiellen Produktion integrieren, und zwar in dem Maße, wie sie eine bewußte kollektive Regulierung ermöglichen werden. Diese Regulierung, die auf der größtmöglichen Beteiligung der Massen auf allen Stufen des gesellschaftlichen Lebens fußt, wird die Möglichkeiten, die sich aus der Informatik und der modernen Massenkommunikation ergeben, erst vollständig anwenden können.

Es geht auch darum, bei der Durchführung notwendiger Maßnahmen die Diktatur der "Rationalität der Warenwirtschaft" zu überwinden. Diese Überwindung wird bereits durch die Bestimmung des Wertes der materiellen Produkte durch die aufgewandte gesellschaftliche Arbeitszeit – ausgehend vom Aufwand produktiver Arbeit der Menschen – antizipiert und trägt dazu bei, die Fetischisierung der Waren, ihres Tauschwertes und des Geldes zu entmystifizieren.

Über die Rechnungsführung der materiellen Produktion in gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit hinaus, die bereits erwähnt wurde – und von der übrigens bestimmte Modelle in den sozialistischen Ländern existieren – wäre es angebracht, von Beginn der fortschrittlichen Demokratie an eine Berechnung in *gesamtgesellschaftlicher Arbeitszeit* aufzustellen, die die Arbeitszeit aller Individuen der Gesellschaft und ihre Aufteilung betrifft: produktive Arbeitszeit oder Arbeitszeit außerhalb der materiellen Produktion, Ausbildungszeit der Jugendlichen, ununterbrochene Bildungszeit der Erwachsenen und Umschulung, Zeit zum Leben außerhalb der Arbeit für die verschiedenen Bedürfnisse,

27 Siehe insbesondere die Bemühungen des amerikanischen P.P.B.S. (Planing Programming and Budgeting System), das im Verteidigungswesen der Vereinigten Staaten erstmals eingeführt wurde, von 1966 bis 1967 an auf die ganze Verwaltung der Vereinigten Staaten und auf den staatlichen Sektor ausgedehnt wurde und auch im privaten Bereich angewandt wird. Siehe auch sein französisches Gegenstück, das R.C.B. (Rationalisation des Choix Budgétaires), das in Frankreich seit 1968 systematisch eingeführt wurde. Das R.C.B. entwickelt sich, indem es auf technokratische Weise den reaktionären Inhalt der neuen Etappe der Machtpolitik des monopolistischen Staates und der Monopole in Widerspruch zu den demokratischen Forderungen der Massen und auch der Wahltechniken selbst rechtfertigt.

Über das R.C.B. kann der Leser den Artikel von S. Boissy und H. Teruel zu Rate ziehen, der in der Juni-Nummer 1970 von ECONOMIE ET POLITIQUE (N.D.L.R.) erschienen ist.

Pensionszeit oder Beschäftigungszeit nach der Erreichung der Altersgrenze, Freizeit für verschiedene Beschäftigungen etc. Übrigens erfordert die Ausdehnung der Arbeit und Beschäftigungen unproduktiver Art gesellschaftliche Arbeitszeit über die Erfordernisse gesellschaftlich notwendiger abstrakter Arbeit hinaus, die in materiellen Produkten, vergegenständlicht, die privat oder im Zuge von unproduktiven Tätigkeiten konsumiert werden. Indessen würde eine solche Rechnungsführung in gesamtgesellschaftlicher Arbeitszeit die Anfänge und dann die Entfaltung einer demokratischen Planung nur auf der Basis der antimonopolistischen Strukturumwälzungen der fortschrittlichen Demokratie und des Sozialismus begünstigen.

Gewiß, unter den Bedingungen der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus, unter dem Zwang der Anfänge der technisch-wissenschaftlichen Revolution, wird das Bedürfnis nach nationaler Planung bezüglich der Beschäftigungsstruktur verschiedener Qualifikationen, der entsprechenden Ausbildungen, der Tätigkeiten jeder Art, mit der neuen Bedeutung des Problems der Ausbildung der Menschen und der Entwicklung ihrer Fähigkeiten in Verbindung mit den demokratischen Kämpfen und Forderungen bezüglich der Beschäftigungsgarantie, der Ausbildung und der Umschulung, der Freizeit, des Ruhestandes, der Organisation des Lebens außerhalb der materiellen Produktion etc. immer größer. Aber die Schwierigkeiten in der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus führen dazu, daß der illusionistische Charakter der reaktionären technokratischen Vorhaben und rechten Pläne bezüglich der Ergebnisse des technologischen Fortschritts aufgedeckt wird. Jedoch werden niemals die Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise klar ersichtlich. Wo sie zum Vorschein kommen, werden sie bagatellisiert. Umgekehrt und auf ergänzend linksradikale Weise, indem die entscheidende Beziehung der verschiedenen sozio-ökonomischen Verhältnisse zu den Produktionsverhältnissen und dem Fortschritt der Produktivkräfte vernachlässigt wird, oder auf eine weitere reaktionäre Weise kann man auf der Notwendigkeit einer "anti-produktivistischen" Zivilisation beharren, die Rücken an Rücken den Kapitalismus, Konsumgesellschaft genannt, und den bestehenden Sozialismus, "marxistisch" genannt, ablehnt.

Tatsächlich handelt es sich hier nicht nur um die Wahl zwischen grundlegend verschiedenen Lebensstilen. Gewiß, die Produktivität der gegenwärtigen materiellen Arbeit erlaubt und erfordert in wachsendem Maße immer mehr die Entwicklung von unproduktiven Selbstdarstellungen des Menschen, weil mit dem erreichten quantitativen Niveau der Produktivität menschliche Schwierigkeiten auftreten. Die allseitige Entwicklung der Fähigkeiten der Menschen und der Gestaltung ihrer freien Zeit tendiert auf entschieden bestimmende Weise dahin, die grundlegende Bedingung des Fortschritts der materiellen Produktivität zu werden. Deshalb ist die Abschaffung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und die Überwindung aller kapitalistischen "Überreste" dringend notwendig.

Wenn die Notwendigkeiten in der Sphäre der materiellen Produktion erfüllt sind, kann das Reich der Freiheit entstehen, in dem die allseitige Entwicklung der Menschen das Ziel ist. Dann wird die wirtschaftliche Regulierung kommunistischer Art vom Anwachsen der freien Zeit die Bedingung des Wachstums der freien Zeit (28) schaffen können, ein

28 Die Wirkung der Freizeit auf den Fortschritt der menschlichen Leistungen, besonders in den verschiedenen Sektoren der materiellen Produktion, und auch auf den Fortschritt der Konsumtionsleistungen und der Lebensqualität unter den Voraussetzungen einer derartigen materiellen Produktion würde sich in Verbindung mit einer Entwicklung des menschlichen S e i n s vollziehen, die nicht mehr auf antagonistische Weise der Entwicklung ihres H a b e n s in materiellen Produkten entgegengesetzt wäre, um es philosphisch auszudrücken.

wenig, wie im Kapitalismus die Akkumulation des Kapitalprofits die Bedingung des Profits für die Akkumulation ist (29).

Diese Fragen könnten sich bereits hypothetisch in bestimmter Weise in der Praxis der fortschrittlichen Demokratie zu stellen *beginnen*.

Zunächst müßte in Verbindung zu den Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Planung mit dem Maß der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit, besonders in bezug auf die Beschäftigungszeiten außerhalb der notwendigen produktiven Arbeit *wahrscheinlich* ein festes Verhältnis von *gesamtgesellschaftlicher Arbeitszeit zu notwendiger produktiver Arbeitszeit* gebildet und fixiert werden. Eine solche Rate wäre mehr als die Festlegung des Verhältnisses von Mehrarbeitszeit zu notwendiger produktiver Arbeitszeit, was der Mehrwertrate entspricht. Weiterhin müßte *wahrscheinlich* ein Verhältnis von *produktiver gesellschaftlicher Arbeit und notwendiger unproduktiver Arbeit* (in der materiellen Produktion etc.**) *zur Freizeit* festgelegt werden, das mehr als nur das Verhältnis von vergegenständlichter Arbeitszeit zur Mehrarbeitszeit – entsprechend der Profitrate – beinhaltet. Man könnte auch bereits – auf der Ebene der qualitativen Differenzierung der Gesamtarbeitszeit und gemäß der qualitativen Struktur der Bedürfnisse – den Beitrag der Freizeit zum Wachstum der Freizeit berechnen, der auf den Einfluß dieser Zeit auf den Fortschritt der menschlichen Fähigkeiten und der Ausbildung wie auch auf den Fortschritt der Reproduktion der Arbeitskraft und der Verbesserung des Konsumtions- und Tätigkeitsstils zurückzuführen ist.

Über die Arbeitsproduktivitätsberechnungen der materiellen Produktion in gesamtgesellschaftlich notwendiger abstrakter Arbeitszeit hinaus (einschließlich der vergegenständlichten Arbeit in den Produktionsmitteln und der Kosten für die notwendigen unproduktiven Arbeiten), die die disponible (Frei-)Zeitmöglichkeit darstellt (entsprechend dem Mehrwert abzüglich der notwendigen Produktionskosten) könnte man daher hier eine Ertragsrechnung der gesellschaftlichen Arbeitszeit für die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse erstellen, die die disponible gesamt-gesellschaftliche Freizeit feststellt.

Tatsächlich entwickeln sich bereits neben den Kosten in gesellschaftlichen Produkten die Kosten in gesellschaftlicher Beschäftigungszeit, anders als die, die durch die materiellen Produkte dargestellt werden. Gleichzeitig würde sich die Frage einer ganz anderen Regulierungsart stellen, auf der Grundlage der Tendenz zur Verringerung der gesellschaftlich notwendigen vergegenständlichten Arbeit in den Produktionsmitteln und zur Erhöhung der "unproduktiven" Tätigkeitsbereiche.

Dieses neue Regulierungsprinzip, dessen erste Elemente von Anbeginn der fortschrittlichen Demokratie benutzt werden könnten – verbunden mit einer grundlegend erneuerten Gesamtregulierung –, würde mit dem Übergang zum (entwickelten) Sozialismus immer größere Bedeutung gewinnen. Sie würde sich zum für den im kommunistischen Stadium charakteristischen Regulierungstyp entwickeln. Mit dem Kommunismus würden auch die Warenwirtschaft und die Wertverhältnisse vollständig verschwinden. Aber nicht die einfache Rückkehr zum Wirtschaftssystem der Urgesellschaften wird angestrebt, sondern die bewußt vorgenommene Überwindung einer Regulierung durch das Mittel der gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit.

29 Man kann sich übrigens vorstellen, daß entgegen einer gleichmacherischen mehr oder weniger kleinbürgerlichen Betrachtungsweise das Prinzip "Jeder nach seinen Fähigkeiten" in der kommunistischen Wirtschaft einer Aufteilung der gesellschaftlichen Freizeit unterschiedlich auf die verschiedenen Individuen entsprechen könnte, auch, wenn die Verteilung der materiellen Produkte sich dann "gemäß den Bedürfnissen" und nicht "gemäß der Arbeit" wie in der sozialistischen Wirtschaft vollzieht.

Die der Überprüfung unterworfenen, vorgebrachten Hypothesen und die Fragen dieses dritten Teils unserer Arbeit sind ein Ausdruck der Wirklichkeit in dem Maße, indem diese Wirklichkeit die ökonomisch und politisch fortschrittliche Demokratie, die revolutionäre Übergangsphase zum Sozialismus erfordert. Es handelt sich nicht um irreale Fragen; und nur spekulative Schemata könnten sie ignorieren. Sie betreffen nicht nur Auseinandersetzungen unter Spezialisten – trotz ihres noch sehr abstrakten Charakters. Die wissenschaftliche Erarbeitung hängt hier sehr eng zusammen mit der demokratischen Feststellung der Bedürfnisse und der Perspektiven, unter entscheidender Mitwirkung der Massen und ihrer Organisationen. Außerdem ist die Verbreitung dieser Fragen ein sehr wichtiges zusätzliches Mittel zur Mobilisierung der Arbeiter durch die großartigen Perspektiven der Entwicklung des Menschen durch den Menschen, einschließlich der Perspektive des kommunistischen Stadiums mit der zentralen Rolle der Freizeit im Gegensatz zum zu verurteilenden System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Sie kann unmittelbar den ideologischen Kampf unterstützen, der sich gegen die sogenannte "neue Gesellschaft" der Vertreter des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Krise, aber auch gegen die verschiedenen "sozialistischen" Perspektiven der Gegner des staatsmonopolistischen Kapitalismus richtet.

* *

Man versteht nun besser, warum wir am Anfang dieser Arbeit den Akzent auf den tiefgreifenden Zusammenhang der Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals mit den Problemen, die sich durch die Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus stellen, und auf die Einführung der fortschrittlichen Demokratie wie auch auf die Probleme der ökonomischen Entwicklung und Funktion im Inneren dieser Übergangsphase zum Sozialismus gesetzt haben.

Selbstverständlich liegen die praktischen gesellschaftlichen Probleme, die sich von nun an immer deutlicher stellen, weiter in der Zukunft, und die theoretische Grundlage, die ihre Lösung ermöglicht, bleibt immer noch zu erarbeiten. Dennoch gestattet die marxistische Theorie kühn, aber auf realistische Weise – dank ihres dialektisch-materialistischen Charakters – die großen Linien der ökonomischen Entwicklung vorauszusehen, um eine Handlungsanweisung zu geben, die von der Gegenwart ausgehend auf die Errichtung der Zukunft bewußter gesellschaftlicher Emanzipation abzielt.

Diese enge Verbindung zwischen den konstruktiven revolutionären Kämpfen um die gemeinsame Zukunft der Menschheit und der Entdeckung der objektiven Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung, ausgehend von der Analyse des Kapitalismus, charakterisiert umfassend die Kraft des wissenschaftlichen Sozialismus, der von Marx begründet wurde und der darauf abzielt, den Klassenkampf des Proletariats und seiner Verbündeten so bewußt wie möglich zu führen.

Der wissenschaftliche Sozialismus, der sich immer noch in der Entwicklung befindet, widersetzt sich daher dem rechten Technokratismus und dessen blinder Unterwerfung unter die kapitalistische Wirklichkeit, unter die mystifizierten kapitalistischen Formen. Er widersetzt sich auch dem linken Utopismus und seiner vergeblichen subjektiven Negation der kapitalistischen Wirklichkeit. Er widersetzt sich schließlich der falschen Vorsicht des Empirismus, der zum sterilen Eklektizismus und Dogmatismus führt und Schlag auf Schlag schwerwiegende Korrekturen notwendig macht und die Entwicklung linker und rechter Verwirrungen nicht verhindern kann. Diese Entwicklung der marxistischen Theorie, so wissenschaftlich sie auch sein mag, ist deshalb nicht nur die Angelegenheit von Spezialisten. Sie vollzieht sich vielmehr in enger Verbindung mit der Bewegung der Massen und dem Bemühen um gemeinschaftliche Reflexion in ihren Klassenorganisationen auf der Basis der tatsächlichen gesellschaftlichen Wirklichkeit. Diese Verbindung enthüllt sich mehr als jemals zuvor als eine wesentliche Bedingung des theoretischen Fortschritts überhaupt.

Die marxistische Wirtschaftstheorie, so, wie sie, ausgehend von der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus und der Theorie der Überakkumulation-Entwertung des Kapitals, von kommunistischen französischen Ökonomen in enger Verbindung mit der praktischen politischen Annäherung an die politisch und ökonomisch fortschrittlichen Demokratie, die den Weg zum Sozialismus öffnet und den Aufschwung der Massenkämpfe entwickeln wird, kann meiner Meinung nach heute allmählich in eine neue Etappe übergehen. In den Jahren 1961-1966 war in Verbindung mit den tatsächlichen Fortschritten der *Kapital*-Exegese, die im voraus die späteren widersprüchlichen Erweiterungen überwanden, die auf den subjektiven Idealismus oder den objektiven Idealismus hinzielten, die leninistische Konzeption des staatsmonopolistischen Kapitalismus theoretisch entwickelt worden. Auf der Internationalen Konferenz von Choisy-le-Roi ist sie dann vorgestellt worden.

Von 1966 bis 1971, Periode theoretischer Erarbeitung, gekennzeichnet durch die großen Kämpfe von Mai/Juni 1968 und beendet durch die marxistische politisch-ökonomische Abhandlung des staatsmonopolistischen Kapitalismus***, hat man an der Verallgemeinerung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus teil und an seiner immer engeren Verbindung mit dem Programm antimonopolistischer wirtschaftlicher und politischer Demokratie, das von der KPF vorgeschlagen wurde, an dieser neuen Demokratie, "revolutionäre Übergangsphase zum Sozialismus" gemäß dem in Choisy angewandten Ausdruck. Die Theorie wird entwickelt in Verbindung mit den neuen Massenkämpfen und der gemeinschaftlichen Reflexion in der marxistischen Partei (insbesondere der XIX. Kongreß der KPF), mit dem Beginn der Analyse der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus. So konnte das Zurückbleiben der marxistischen Wirtschaftstheorie hinter den Klassenkämpfen und der politischen Analyse der kommunistischen Partei in Frankreich allmählich verringert werden.

Eine andere Etappe öffnet sich für die Zukunft, in der die Vertiefung der Analyse der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Verbindung mit der Entwicklung der gesellschaftlichen Praxis und wissenschaftlichen Fortschritten durchgeführt werden wird. In ihr muß mit vereinten Kräften die theoretische Weiterentwicklung der bereits geleisteten Arbeiten über die fortschrittliche Demokratie (und ihres Regierungs- und Kampfprogramms) als dem einzigen wirklichen Ausweg aus der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Frankreich erfolgen. In diese Entwicklung geht – wenn man über den streng ökonomischen Bereich der Gesellschaftstheorie wissenschaftlich hinausgeht – besonders der Gesichtspunkt der gesamt-wirtschaftlichen Regulierung der Übergangsphase ein – Regulierung der fortschrittlichen Demokratie, die revolutionär in den Sozialismus, das Vorzimmer des universellen Kommunismus mündet.

*** Autorenkollektiv: LE CAPITALISME MONOPOLISTE D'ETAT, Paris 1971. Vgl. auch die Besprechung von Peter Hess in: SOPO 14/15, Dez. 1971, S. 211 ff.. Anm. der Redaktion.

Marxistische Paperbacks

Die Staaten Afrikas und Asiens
Innere Entwicklung und Außenpolitik

Autorenkollektiv unter der Gesamtredaktion von Renate Wünsche
256 Seiten, DM 10,—

Die Autoren geben einen Überblick über die politische Rolle der Staaten Süd- und Südostasiens, der arabischen Welt und des tropischen Afrikas. Es ist hier ihr Anliegen, „die Komplexität und Kompliziertheit der revolutionären Bewegung und der inneren Entwicklung der Staaten Asiens und Afrikas zu erfassen sowie die Zielstellung und die Prinzipien ihrer Außenpolitik herauszuarbeiten".

Achmed A. Iskenderow

Die nationale Befreiungsbewegung — Probleme, Gesetzmäßigkeiten, Perspektiven

415 Seiten, DM 12,50

Aus dem Inhalt: Neue Züge der nationalen Befreiungsbewegungen. Verteilung der Klassenkräfte. Die Besonderheiten der Formierung der politischen Parteien. Nationale Befreiungsbewegung und Kommunisten. Revolutionär-demokratische Parteien. Parteien der nationalen Bourgeoisie. Die neuesten neokolonialistischen Konzeptionen. Die Eigentümlichkeit der Übergangsperiode. Weg zum Sozialismus.

Parviz Khalatbari

Ökonomische Unterentwicklung – Mechanismus, Probleme, Ausweg

Einführung in die Probleme des wirtschaftlichen Wachstums der Entwicklungsländer
250 Seiten, DM 10,—

Die Arbeit versucht, die ökonomische und politische Aufgabenstellung vor allem für die Entwicklungsländer halbfeudalen Typs genauer zu umreißen. Besonders interessant sind die modelltheoretischen Ideen auf Grundlage des Marxismus-Leninismus.

Bestellungen über Buchhandel oder Verlag

Verlag Marxistische Blätter GmbH

Kyoichi Maekawa

Die Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitals vom US-Imperialismus und die neue Phase seiner militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung

Das japanische Monopolkapital ergänzte vor dem Krieg seine Nachteile gegenüber dem Monopolkapitalismus in den USA und Europa wie die rückständige Schwerindustrie, das niedrige technische Niveau, die schwach entwickelte Finanzkraft, die mangelnde Basis für Hauptrohstoffe etc. durch den Expansionismus und militärisch-feudalen Imperialismus der sich auf den parasitären Großgrundbesitz stützenden absolutistischen Kaisermonarchie. Für das japanische Monopolkapital bedeuteten deshalb die mit der Kapitulation im letzten Weltkrieg aufgezwungene Auflösung der kaiserlichen Streitkräfte und der Verlust seiner weiten Kolonial-, Halbkolonial- und Besatzungsgebiete auf China, Korea usw. einen entscheidenden Schlag. Der Schlag traf desto härter, weil der schwach entwickelte Monopolkapitalismus mit seiner Rückständigkeit – er wurde durch die Isolation während des Krieges noch rückständiger – ohne die Stütze, mit der seine Schwäche ausgeglichen werden sollte, neu anfangen mußte. Dadurch wurde es dem US-Imperialismus leichter und billiger gemacht, sein Besatzungsregime zu festigen. Gleichzeitig war es dem japanischen Monopolkapital klar, daß sich ein Monopolkapitalismus mit der bis dahin bestandenen Rückständigkeit zur Zeit der verschärften allgemeinen Krise des Kapitalismus sehr schwer zu entwickeln und auszudehnen vermag. Deswegen bestand der kategorische Imperativ für das Monopolkapital, in Japan die Kämpfe des werktätigen Volks zu unterdrücken, in Asien dem Sozialismus und der nationalen Befreiungsbewegung entgegenzutreten, zur Steigerung der Konkurrenzfähigkeit gegen die europäischen Monopole sich in Abhängigkeit und Unterordnung den USA gegenüber monopolkapitalistisch zu reorganisieren und zu festigen. Das japanische Monopolkapital wurde demnach gezwungen, nicht allein in bezug auf Rohstoffe und Markt vom US-Imperialismus abhängig zu bleiben, sondern auch technisch und finanziell unter dem Schutz des mächtigen nordamerikanischen Monopolkapitals sich wiederzubeleben, zu festigen und weiterzuentwickeln. Hierin liegt die erste Ursache, warum die Abhängigkeit von und Unterordnung zu den USA in Japan ausgeprägter ist als bei europäischen Ländern.

Die zweite Ursache der abhängigen und unterordnenden Beziehungen Japans zu den USA liegt darin, daß der US-Imperialismus in der Nachkriegslage Asiens und Japans darum bemüht war, das japanische Monopolkapital als willigen Bündnispartner wieder ins Leben zu rufen und das japanische Territorium als Militär- und Versorgungsbasis für seine Invasionspolitik in Asien maximal auszunutzen. Angesichts des Sieges der chinesischen Revolution, des raschen Fortschritts der asiatischen Volksbefreiungskämpfe in Südkorea, Vietnam etc. und des wachsenden Kampfes der japanischen Werktätigen führte der US-Imperialismus einen Invasionskrieg in Korea durch, festigte Japan als einen seiner Hauptstützpunkte für die Asienherrschaft und in der Globalstrategie und beschleunigte den Wiederbelebungsprozeß des japanischen Militarismus. Das japanische Monopolkapital verriet das Interesse des Volkes und beschritt den Weg,als Helfershelfer des US-Imperialismus für dessen Inva-

sionspolitik in Asien zu fungieren, damit der demokratischen Volksrevolution Einhalt geboten, die Ausbeutung und Ausplünderung des werktätigen japanischen Volkes aufrechterhalten und sein Invasionsplan in Asien eines Tages verwirklicht werde. Durch den Abschluß des Separatfriedens in San Franzisco sowie durch die Unterzeichnung des Sicherheitsvertrages im Jahre 1951, kraft deren Japan offen in die fernöstliche Invasionspolitik der USA eingegliedert werden sollte, wurde die totale Besetzung Japans durch die USA in einen halbokkupierten Zustand umgeändert und das sogenannte San-Franzisco-System errichtet. Außenpolitisch gesehen handelt es sich bei ihm um ein System des Krieges und der Invasion durch die reaktionären Kräfte Japans und der USA gegen den Sozialismus, den Kommunismus und die nationale Befreiungsbewegung. Innenpolitisch stellt es ein Machtsystem dar, durch welches die Selbständigkeit Japans geraubt und die Ausbeutung und Ausplünderung des japanischen Volkes aufrechterhalten werden sollte. Nach der Errichtung des San-Franzisco-Systems kam es zur raschen Wiederbelebung und Stärkung sowie Entfaltung des japanischen Monopolkapitals, dessen Grundcharakteristikum mit der abhängigen und untergeordneten Position dem US-Imperialismus gegenüber jedoch unverändert blieb. (1)

Nach dem 2. Weltkrieg wurde es als theoretisch relevantes Problem betrachtet, daß entwickelte bzw. hochentwickelte kapitalistische Länder durch andere mächtigere imperialistische Staaten militärisch, politisch, wirtschaftlich etc. in unterschiedlichem Grad untergeordnet werden. Lenin schrieb in seiner Imperialismus-Studie: "Für den Imperialismus ist gerade das Bestreben charakteristisch, nicht nur agrarische Gebiete, sondern sogar höchst entwickelte Industriegebiete zu annektieren, denn erstens zwingt die abgeschlossene Aufteilung der Erde bei einer Neuaufteilung die Hand nach jedem beliebigen Land auszustrecken, und zweitens ist für den Imperialismus wesentlich der Wettkampf einiger Großmächte in ihrem Streben nach Hegemonie, d.h. nach der Eroberung von Ländern, nicht so sehr direkt für sich, als vielmehr zur Schwächung des Gegners und Untergrabung seiner Hegemonie." (2) Er schrieb ferner: "(Es muß hinzugefügt werden, daß) der Imperialismus nicht allein in den neu erschlossenen, sondern auch in den alten Ländern zu Annexionen, zur Verstärkung der nationalen Unterdrückung und folglich auch zur Verschärfung des Widerstandes führt." (3) Dieser Leninsche Satz ist wichtig, weil er auf die Möglichkeit hindeutet, daß entwickelte kapitalistische Länder durch einen mächtigeren imperialistischen Staat "annektiert" werden. Es ist zu beachten, daß das Problem hier unter dem Gesichtspunkt der wechselseitigen Beziehungen der imperialistischen Staaten zueinander nach der bereits abgeschlossenen Aufteilung der Erde diskutiert wird. Dieser Hinweis Lenins also ist äußerst bedeutsam beim Erfassen des Problems der Abhängigkeit von entwickelten kapitalistischen Ländern nach dem 2. Weltkrieg. Denn nach dem 2. Weltkrieg wurde erstens die Aufteilung der Erde nicht nur abgeschlossen, sondern eine Reihe von Ländern befreite sich vom kapitalistischen System und bildete das sozialistische Weltsystem. Ferner ging der Zerfall des Kolonialsystems immer weiter, so daß sich das Herrschaftsgebiet des Imperialismus immer verengte. Zweitens haben imperialistische Länder heute in mehr als 50 Jahren nach der Leninschen Imperialismus-Studie eine gewaltige Akkumulation des Kapitals und der Produktion realisiert, was die Triebkraft zur Stärkung der Annexionsabsichten bildet. Drittens ist das Gefälle zwischen dem US-Imperialismus und anderen entwickelten kapitalistischen Ländern in dem wirtschaftlichen und militärischen Potential äußerst groß. (4)

1 Vgl. hierzu: DAS PROGRAMM DER KP JAPANS, Juli 1961; Oka, Masayoshi: "Die wirtschaftliche Abhängigkeit und die Wiederbelebung des Imperialismus", in: ZEN' EI, Juni-Heft 1961; Uno, Saburoo: "Die Perspektive der japanischen Revolution und die Leninsche Lehre über den Imperialismus", in: KEIZAI, Dezember-Heft 1967, u.a.m.

2 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 22, S. 273, Berlin 1960.

3 W.I. Lenin: WERKE, Bd. 22, S. 303, Berlin 1960.

4 Siehe hierzu: Ichinose, Hidebumi: "Das Abhängigkeitsproblem bei entwickelten kapitalistischen Ländern", in: KEIZAI, Dezember-Heft 1967.

Bei der Untersuchung des Problems der Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitals vom US-Imperialismus ist es notwendig, die Herrschaft des US-Imperialismus über das japanische Monopolkapital einerseits und die imperialistische Wiederbelebung und Festigung des japanischen Monopolkapitals andererseits einheitlich zu erfassen. Bekanntlich erfährt das japanische Monopolkapital unter der Herrschaft des US-Imperialismus eine rasche imperialistische Wiederbelebung und Festigung. Das japanische Monopolkapital, welches durch die Niederlage im letzten Krieg einen großen Schlag erhalten hatte, erfreute sich der amerikanischen Hilfe, verwirklichte mittels rücksichtsloser Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen Japans die Wiederherstellung der Produktion, steigerte sie, akkumulierte und konzentrierte das Kapital, verstärkte seine monopolistische Herrschaft und hat sich im schnellen Tempo wiederbelebt und gestärkt. In der Suche seines Marktes und seiner Rohstoffe in Übersee wird seine Politik der imperialistischen Invasion und Expansion in Kooperation mit dem US-Imperialismus immer deutlicher, so daß eine große Gefahr für die friedliebenden Völker Asiens von dem japanischen Monopolkapitalismus ausgeht. Dies vertieft gleichzeitig seine Widersprüche mit Monopolen in den anderen Ländern. Der Gegensatz zu seinem Herrn, dem nordamerikanischen Imperialismus, wird auch immer stärker.

Nun aber steht bei der vorliegenden Abhandlung die Frage so: Ist bei der Lagebestimmung des japanischen Monopolkapitalismus der Aspekt eines selbständigen, die anderen Völker unterdrückenden, imperialistischen Invasionsstaates überwiegend, oder ist der Zustand eines "faktisch vom US-Imperialismus abhängigen" Staates unter dem San-Franzisco-System als wesentlicher Aspekt zu betrachten? Besonders bei der neuerlichen Vertiefung der internationalen Währungskrise und somit der Widersprüche der kapitalistischen Weltwirtschaft wurden die Gegensätze zwischen dem Kapital der USA und Japans zugespitzt wie nie zuvor. Trotzdem wäre es ein voreiliger Schluß, wollte man ökonomische Widersprüche direkt mit politischen bzw. militärischen Gegensätzen verbunden sehen. Hinsichtlich der gegenwärtigen Lage bildet die Tendenz, bei aggressiver Festigung des San-Franzisko-Systems im wesentlichen die Zusammenarbeit mit den USA in Abhängigkeit von ihnen beizubehalten, vielmehr den Hauptaspekt. Im folgenden sehen wir, wie sich die vom US-Imperialismus abhängigen, untergeordneten Beziehungen des japanischen Monopolkapitals bezüglich Kapital, Technik, Markt und Rohstoffen vertieften und wie es zur weiteren Entwicklung verschiedener Aspekte in der letzten Zeit kam.

1. Die japanische Abhängigkeit von den USA in bezug auf das Kapital und die Technik

Der Reorganisations- und Verstärkungsprozeß des japanischen Monopolkapitals nach dem 2. Weltkrieg beruhte prinzipiell auf dem niedrigeren Lohn und der höheren Exploitationsrate durch die Arbeitsintensivierung als in den anderen kapitalistischen Ländern sowie auf der zusätzlichen Ausbeutung durch den Mechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Er war aber zugleich ein Prozeß, in dem die Abhängigkeit vom US-Imperialismus zunahm, denn die japanischen Monopole mußten sich auf den umfangreichen Import von Kapital und technischen Lizenzen aus den USA stützen, um die schnelle Kapitalakkumulation zu realisieren und den großen Rückstand auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts rasch zu verringern.

In wenigen Jahren nach dem Krieg, d.h. in der Periode der völligen Besetzung Japans durch die US-Truppen, spielten die Gegenleistungsmittel und die sogenannten "Korea-Sonderaufträge" während des US-Aggressionskrieges auf der koreanischen Halbinsel für die Wiederherstellung der japanischen Monopole eine große Rolle. Außerdem entwickelte sich die wirtschaftliche Bindung der japanischen Monopole mit dem US-Imperialismus dank dem "Sicherheitsvertrag" und dem "separaten Friedensvertrag" im Jahr 1951 weiter.

In den 50er Jahren, in der Periode des ersten "Sicherheitsvertrages" nämlich, wurde das US-Kapital vorwiegend in Form des Staatskapitals nach Japan ausgeführt. Das US-Staatskapital von der Weltbank und der Export-Import-Bank in Washington verstärkte die Herrschaft über die japanischen Schlüsselindustrien (Monopole der Energieerzeugung und Eisen-Stahl-Industrie).

Eine Kollektivarbeit der japanischen Wirtschaftswissenschaftler über die Monopolunternehmen des Landes – "Nihon no dokusen-kigyoo" (Die japanischen Monopolunternehmen) – führt in ihrem Einleitungskapitel "Die Monopole im modernen Japan" über die Bedeutung der Infiltration des US-Kapitals in die japanische Energieindustrie, insbesondere in ihren Kern, die Stromerzeugung, sowie in die Eisen-Stahl-Erzeugung folgendermaßen aus: Sofort nach Kriegsende beschäftigte sich der US-Imperialismus mit der japanischen Stromerzeugung, was einen Eckstein seiner wirtschaftlichen und militärischen Herrschaft über Japan darstellte. Die zwei großen Monopolgesellschaften für Stromerzeugung (NIHON HASSOODEN und NIHON KYUUHAIDEN) wurden auf Grund der Weisung der US-Besatzungstruppen im Oktober 1950 entflochten und in neun neue Gesellschaften nach jeweiligen geographischen Gebieten umgewandelt. Diese Zerteilung schuf günstige Bedingungen für die Herrschaft des US-Imperialismus über die japanische Energiewirtschaft dadurch, daß das Schwergewicht bei der Stromerzeugung vom Wasserkraftwerk auf das Wärmekraftwerk umgelegt werden sollte. Gerade bei der Gewährung der sogenannten "Wärmekraftwerke-Anleihe" durch die Weltbank und die Export-Import-Bank in Washington wurden den japanischen Monopolen diese Bedingungen diktiert. Die Rolle, die die Anleihe des US-Kapitals für die Abhängigkeitsbeziehungen gespielt hatte, wurde in den folgenden Punkten zusammengefaßt:

1. Der nacheinanderfolgende Bau der großen Wärmekraftwerke dank der ungeheuren Anleihe gab nicht nur den beiden amerikanischen Elektromonopolen (GE und WH) den japanischen Markt für Starkstromanlagen frei – denn der Kauf der amerikanischen Anlagen war in den Kredit-Bedingungen fixiert –, sondern vertiefte die Abhängigkeit der japanischen Elektromonopole (TOSHIBA, MITSUBISHI-DANKI) vom US-Imperialismus auf dem Gebiet des Kapitals und der Technik, was später auch die Erzeugung der Atomenergie beeinflussen sollte.

2. Nach diesem Anleihevertrag dürfen sich die neuen japanischen Stromerzeugungsgesellschaften ohne Einwilligung seitens der USA nicht wieder vereinen; die USA forderten von der japanischen Regierung und der japanischen Entwicklungsbank (KAIHATSU GINKOO) das japanische Staatseigentum als Pfand für die Anleihe und behielten sich das Recht vor, bei der Entscheidung über den Strompreis mitzusprechen.

3. Ferner machten die Umorientierung vom Wasserkraftwerk auf das Wärmekraftwerk und der Bau der großen Wärmekraftwerke die Änderung der Energiebasis von der Steinkohle zum Erdöl notwendig und gaben Anlaß zur neuen Abhängigkeit von den internationalen Erdölmonopolen, in denen die US-Monopole die entscheidende Rolle spielen. Diese Tatsache erhält später im Zusammenhang mit dem Bau der Erdölraffinerien an der pazifischen Küste und der direkten Investition in den japanischen Erdölgesellschaften eine besondere Bedeutung.

Unter den Anleihen von der Weltbank und der Export-Import-Bank erlangte ferner die Anleihe für den Ausbau der japanischen Eisen-Stahl-Industrie seit den 1950-er Jahren eine große Bedeutung. Für den "Zweiten Fünfjahrplan für die Rationalisierung der Eisen-Stahl-Industrie 1956-1960" wurde eine Geldsumme von 740 Mrd Yen benötigt, die Eigenfonds der japanischen Eisen-Stahl-Monopole betrugen hiervon lediglich 200 Mrd Yen. Die Weltbank und die Export-Import-Bank stellten durch Anleihe das nötige Geld bereit, wobei das Geld von der Weltbank für den Bau der neuen Hochöfen und Konverter und die von der Export-Import-Bank gewährte Anleihe für die Modernisierung der Walzwerke (mit strip-mill-Anlagen) bestimmt waren. Wegen der langfristigen Anleihe des Staatsgeldes der USA sind die japanischen Stahlmonopole finanziell unter die amerikanische Kontrolle gestellt und verpflichtet, halbjährlich den Investitionsbericht (Investment report) der Weltbank vorzulegen. Diese finanzielle Abhängigkeit der japanischen Stahlindustrie, die den fundamentalen Produktionszweig in der Schwer- und Chemieindustrie darstellt, muß im Zusammenhang mit der Abhängigkeit von den USA auf dem Gebiet der Rohstoffe (Eisenerz etc.) betrachtet werden.

Außerdem erfreut sich die japanische Staatseisenbahn (KOKUTETSU), die ein wichtiges Gefäßsystem der Volkswirtschaft bildet, auch einer riesigen Weltbank-Anleihe, die die Gefahr mit sich bringt, daß der Transporttarif erhöht wird und die Weltbank gegebenenfalls sich in den industriellen und militärischen Transport einmischt.

Nach der Erneuerung des "Sicherheitsvertrages" im Jahre 1960 nahmen die Investitionen des amerikanischen Privatkapitals in Japan in Verbindung mit der Forderung der "Liberalisierung" rasch zu. Die unmittelbaren Investitionen wie die Aktien- und Obligations-Investments und die Gründung der gemeinsamen Gesellschaften wurden besonders in dieser Periode die wesentlichen Formen des amerikanischen Kapitalexports, während die Formen des bisherigen Kapitalexports wie Finanzhilfe und Anleihen durch die Weltbank bzw. die Export-Import-Bank immer noch fortbestanden. Nach einer zusammenfassenden Statistik des japanischen Finanzministeriums in bezug auf die Einfuhr des ausländischen Kapitals betrug die Summe des eingeführten Kapitals von 1950 bis 1960 insgesamt 1,07 Mrd US-Dollar, wobei der überwiegende Teil dieses Betrags aus den USA kam. In den 60-er Jahren nahm der Kapitalimport sprunghaft zu, so daß die gesamte Summe des eingeführten ausländischen Kapitals von 1961 bis 1969 über 11 Mrd US-Dollar betrug, was sich auf das Elffache der Summe der 50-er Jahre beläuft. Bei dieser raschen Zunahme des Kapitalimports wuchs auch der Anteil des US-Kapitals besonders.

In den 50-er Jahren betrugen innerhalb der genannten Summe des ausländischen Kapitals von 1 Mrd Dollar die Anleihen allein 854 Mio US-Dollar, d.h. über 85%. Die Investitionen mittels Wertpapieren bzw. Schulden in fremden Währungen waren äußerst gering. Innerhalb der Anleihen hatten die der Weltbank bzw. der Washingtoner Export-Import-Bank ein besonders hohes Gewicht, so daß ihr Anteil in der Summe des ausländischen Kapitals sich auf 54% belief. In den 60-er Jahren hingegen nahm der absolute Betrag der Anleihen zwar zu, aber ihr Anteil zeigte eine sinkende Tendenz, was auf die Steigerung der ausländischen Kapitalinvestition durch den Kauf der japanischen Aktien zurückzuführen war. Diese Tendenz intensivierte sich, und seit dem Jahr 1968 zeichnete sich eine Wende zu ihrer sprunghaften Zunahme ab. Seit Juli 1967 wurde nämlich die Investition des ausländischen Kapitals in Japan "liberalisiert". Das rasche Wachstum der japanischen Monopole war zu erwarten, worauf die Tatsache einen starken Einfluß nahm, daß die japanische Ausfuhr nach Südostasien sowie nach den USA wegen der Zusammenarbeit und Beteiligung der japanischen Monopole an dem Aggressionskrieg der USA in Vietnam schnell erhöht wurden. Die sich in Form von Konglomeraten entwickelnden amerikanischen Weltunternehmen, welche in den 60-er Jahren in die hochentwickelten kapitalistischen Länder der EWG und in Großbritannien massiv eindrangen, bereiteten sich angesichts der oben erwähnten japanischen Lage auf die direkten Investitionen – nämlich auf die Etablierung ihrer Gesellschaften – auch in Japan vor. In einer solchen Situation kam es zum Boom der japanischen Effekten auf den ausländischen Börsenmärkten, wobei natürlich spekulative Manöver eine bestimmte Rolle mitspielten. Das spezifische Gewicht der Anleihen von der Weltbank und der Washingtoner Export-Import-Bank innerhalb der gesamten Anleihen wurde in den 60-er Jahren geringer und lag unterhalb der Eindrittelgrenze der akkumulativen Summe der ausländischen Anleihen. Dafür aber stieg der Anteil der Kredite von den Privatbanken der USA sowie der anderen Schulden auf 2/3 bzw. 3/4, was eine charakteristische Änderung in der genannten Zeitspanne darstellte. In den 50-er Jahren waren 6/7 der ausländischen Kredite für Stromerzeugung, Eisen-Stahl-Industrie, Transportwesen und

Erdölindustrie bestimmt, so daß die Anleihen für sonstige Zwecke lediglich 1/7 ausmachten. Diese "sonstigen" Bereiche der Wirtschaft übernahmen jedoch 54% der akkumulativen Summe der ausländischen Anleihen in den 60-er Jahren. Die genannten vier Industriezweige erfreuten sich lediglich der 46% von den auswärtigen Krediten. Betrachtet man die Anleihen von der Weltbank, Export-Import-Bank, amerikanischen Privatbanken und sonstigen Banken genau, so kann man Zusammenarbeit und Arbeitsteilung sowie Spezialisierungstendenzen in bezug auf die japanischen Kreditnehmer feststellen. Die Gewährung der Kredite bildet zusammen mit der technischen Kooperation seitens des amerikanischen Monopolkapitals, der Bildung der Tochtergesellschaften bzw. gemeinsamen Gesellschaften, oder auch der Beteiligung an der Leitung durch den Erwerb der Aktien eine organische Einheit in dem Vorgehen des US-Monopolkapitals. (5)

Außerdem stützt sich das japanische Monopolkapital in vielen Fällen auf die modernsten Techniken der wissenschaftlich-technischen Revolution in den USA, so daß die Abhängigkeitsbeziehungen des japanischen Kapitalismus vom US-Imperialismus auch auf dem technischen Bereich gestärkt wird. Die nach 1950 bis Ende 1968 eingeführten technischen Lizenzen der Kategorie A (die Lizenzen, deren Vertrags- bzw. Zahlungsfrist sich über ein Jahr erstreckt und deren Einfuhr laut Devisengesetz einer besonderen Genehmigung der Regierung bedarf) zählten insgesamt 5840. Hiervon fallen aber lediglich 1350 auf den Zeitraum 1950 bis 1960, was auf die sprunghafte Zunahme der ausländischen Lizenzen in den 60-er Jahren hindeutet. In den genannten 5840 Lizenzen sind 3468 (ca. 60% der gesamten Lizenzen) amerikanischen Ursprungs. Dies zeigt eindeutig, wie hoch der technische Abhängigkeitsgrad Japans von den USA ist. Die Zahl verdeutlicht nämlich, daß das Hochwachstum der japanischen Wirtschaft – die Hauptgewichtsverlagerung auf die Schwer- und Chemieindustrie – sich in hohem Maße auf die Einfuhr der technischen Lizenzen aus den USA stützte.

Die US-Abhängigkeit auf Grund der technischen Lizenzeinfuhr beschränkt sich nicht nur darauf, daß die Lizenzgebühren bezahlt werden; sondern sie äußert sich auch darin, daß man verschiedene Bedingungen in Verbindung mit der Lizenzgabe annehmen muß. Erstens erhöhte sich die Zahl solcher Verträge, nach denen die amerikanischen Lizenzgeber nur dann zur technischen Zusammenarbeit bereit sind, wenn durch Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft bzw. durch Übergabe von Aktien des japanischen Partners ihre Beteiligung an der Leitung der japanischen Gesellschaften verwirklicht wird, in den 60-er Jahren besonders. Zweitens besteht eine geographische Absatzeinschränkung der Erzeugnisse, die auf Grund der eingeführten Lizenztechnik hergestellt werden. Diese Markteinschränkung wird Jahr für Jahr strenger. Drittens werden die technisch hochentwickelten Waffensysteme der japanischen Streitkräfte, die von den Monopolen der japanischen Schwerindustrie bereitgestellt, werden fast ausschließlich an Hand der technischen Lizenzen aus den USA produziert. Eine derartige imperialistische Monopolisierung der Technik stellt die Grundlage des aggressiven Charakters des Imports von technischen Lizenzen dar.

Wie aus dem bisher Gesagten ersichtlich, war das japanische Monopolkapital bei der schnellen Entwicklung seiner Schwer- und Chemieindustrie sowie bei dem "Hochwachstum" seiner Wirtschaft zum beträchtlichen Teil von dem Kapital und der Technik aus den USA abhängig. Insbesondere ist die Tatsache zu beachten, daß die Einflüsse des amerikanischen Kapitals und der Technik aus den USA in solchen Zweigen der Energiewirtschaft wie Stromerzeugung und Erdölindustrie und auch in den fundamentalen Bereichen der Schwer- und Chemieindustrie wie Eisen-Stahl, Chemie- und Elektroindustrie hervorstechen.

5 Vgl. hierzu: Yokote, Fumio: "Die Entwicklung des japanischen Kapitalismus in den 60er Jahren und die Perspektive der 70er Jahre", 2. Teil, in: ZEN'EI, August-Heft 1970.

2. Die japanische Abhängigkeit von den USA in bezug auf den Markt und die Rohstoffe

Es wurde gezeigt, daß die entscheidenden Einflüsse des US-Imperialismus auf das japanische Monopolkapital hinsichtlich des Kapitals und der Technik ein wichtiges Mittel seiner imperialistischen Herrschaft ausmachen. Die Einflußnahme auf dem Gebiet des Marktes und der Rohstoffe bildet selbstverständlich ein genauso wichtiges Infiltrationsmittel. Das japanische Monopolkapital mußte sich im Prozeß seines "Hochwachstums" immer mehr um die Gewinnung der überseeischen Rohstoffe bemühen, wobei es sich meist auf die Finanzkraft der US-Monopole stützte, so daß sich eine führende japanische Wirtschaftszeitung zur folgenden Feststellung veranlaßt sah: "Im Gesamtimport Japans beträgt der Anteil der Einfuhr aus den USA ca. 30%. Nach einer Kalkulation soll jedoch unter Einbeziehung aller Partner, die unter Kontrolle des US-Kapitals stehen, der Grad der US-Abhängigkeit sich auf die Hälfte der gesamten Einfuhr belaufen. Dies deutet auf die Einseitigkeit bei der Wahl des Marktes hin, von dem man bezüglich der Rohstoffe abhängt. (6)

In bezug auf die Versorgung mit den Primärenergien beispielsweise überwog der Anteil der inländischen Rohstoffe bis vor dem faktischen Beginn der "Liberalisierung des Außenhandels" (1960) gegenüber dem der importierten. Im Jahre 1955 betrug der Anteil der japanischen Energierohstoffe in den gesamten Primärenergien bei Steinkohle 45% und bei Hydroenergie 21%, so daß beide zusammen mit 66% die Hauptträger der japanischen Energieversorgung darstellten. Der Anteil des Erdöls lag bei 20%, sein Anteil innerhalb der eingeführten Energien belief sich auf 21%. Mit der Liberalisierungspolitik und durch die radikale energiepolitische Umorientierung, welche zur selben Zeit durch die Liberaldemokratische Regierung praktiziert und in deren Folge die Hauptenergiebasis von der bisherigen Steinkohle auf das Erdöl verlegt wurde, sank der Anteil der inländischen Steinkohle 1965 auf 19% und der der Wasserkraft auf 11%, so daß die beiden einheimischen Energien insgesamt nur 30% – also nicht einmal ein Drittel – betrugen, während das Erdöl mit 58% – innerhalb der importierten Energien 66% – über die Hälfte der Energieversorgung übernahm. Nach einem Bericht von der Untersuchungskommission der Energieprobleme im Februar 1967 wird der Anteil im Jahre 1975 bei der japanischen Kohle 9%, der Wasserkraft 7% – die beiden zusammen 16% – und bei dem Erdöl 73% – innerhalb der ausländischen Primärenergien 82% – betragen. Wie nun verständlich ist, bedeutet die Herrschaft der US-Monopole über die japanische Erdölindustrie da, wo 60% oder gar 70% der Gesamtenergien auf der Erdölbasis bestritten werden, für die japanische Industrie etwas ganz anderes als zu der Zeit, als der Erdölanteil in den Energierohstoffen lediglich 20% betrug.

Es wird außerdem erwartet, daß durch die Energiepolitik der Liberaldemokratischen Regierung die Atomkraftwerke sehr rasch an Bedeutung gewinnen werden. In diesem neu erschlossenen Gebiet ist bereits vertraglich festgelegt, daß das angereicherte Uran nunmehr 30 Jahre lang ausschließlich von den USA geliefert werden muß. Nach dem neuen US-japanischen Atomenergieabkommen ist Japan zum Kauf von Leichtwasserreaktoren von den Firmen GE und WH verpflichtet. Hierdurch wird ermöglicht, die Herrschaft des amerikanischen Monopolkapitals über die japanische Energiewirtschaft erneut auszudehnen. (7)

Was die anderen Rohstoffe anbelangt, so ist Japan bezüglich anderer Industrierohstoffe als Erdöl auch von den USA bzw. ihrer Herrschaftssphäre abhängig. Im Jahre 1966 bei-

6 Siehe: NIHON KEIZAI SHIMBUN, Ausgabe vom 2.2.1969.
7 Vgl. Kudoo, Akira: "Der Sicherheitsvertrag und die japanische Wirtschaft", in: KEIZAI, Sondernummer, April 1969.

spielsweise wurden 76% der Eisenschrotte, 44% der Schrotte vom NE-Metall, 66% des Phosphaterzes, 43% der Steinkohle, 58% der Rohstoffe für Pflanzenöle und 27% des Holzes aus den USA eingeführt. Zum überwiegenden Teil kam das Eisenerz aus Chile, Malaysien und Peru, das Kautschuk aus Malaysien und Thailand, NE-Erze aus Kanada, den Philippinen und Peru usw. Bei den genannten Ländern handelt es sich meist um solche, welche unter dem starken Einfluß des US-Imperialismus stehen. Das Rohstoffproblem bildete bereits vor dem Krieg die Achillesferse des japanischen Kapitalismus. Nach dem Krieg aber wird diese Schwäche zusammen mit dem relativ neuen Problem der Energierohstoffe durch den US-Imperialismus ausgenutzt. (8)

Einen anderen wichtigen Aspekt der US-Abhängigkeit Japans bildet sein Marktproblem. In der Vorkriegszeit nahm für den Export von japanischen Erzeugnissen neben den USA noch der asiatische Markt mit China im Mittelpunkt eine wichtige Position ein. Nach dem Krieg blieb der Handel mit China – besonders unter den Bedingungen des US-japanischen Sicherheitsvertrages – in einem stark eingeschränkten Umfang. In der Exportstruktur der Nachkriegszeit, wo Produkte der Schwer- und Chemieindustrie Japans an der Spitze stehen, weisen die USA und deren ökonomische Gefolgsländer ein erhöhtes Gewicht auf.

Der Export nach den USA erhöhte sich von 1100 Mio US-Dollar im Jahre 1960 auf 4940 Dollar im Jahre 1969. Die Zunahme betrug also das Viereinhalbfache. Zu dem Gesamtumfang der japanischen Ausfuhr stand der Export nach den USA 1960 in einer Proportion von 27,1%, die sich 1969 auf 31.0% vergrößerte. Bei der Steigerung des Warenexports nach Amerika bildet die erhöhte Konkurrenzfähigkeit des japanischen Monopolkapitals zusammen mit der US-Abhängigkeit auf dem Exportmarkt eine komplizierte Einheit. Die japanische Außenhandelsbilanz mit den USA verzeichnete vom Anfang der 50-er Jahre bis zur Mitte der 60-er Jahre einen starken Importüberschuß, was die Hauptursache für das japanische Außenhandelsdefizit darstellte. Dieses Defizit wurde erst im Fiskaljahr 1965 überwunden. Mit Ausnahme des Jahres 1967 blieb der japanische Exportüberschuß den USA gegenüber kontinuierlich, dessen Summe Jahr für Jahr wuchs, so daß sich im Fiskaljahr 1969 ein Ausfuhrüberschuß von 870 Mio US-Dollar verzeichnete. Dabei ist der große Einfluß der "Sonderaufträge für den amerikanischen Vietnam-Krieg", die als Gegenleistung für das japanische Engagement in der Vietnam-Aggression des US-Imperialismus 700 bis 1400 Mio US-Dollar einbrachten, auf die Verbesserung der japanischen Außenhandels- und somit auch Zahlungsbilanz sowie auf die Vergrößerung des Devisengewinns nicht zu übersehen.

Betrachtet man die Warensortimente des japanischen Exports nach den USA, so hatten 1956 die Erzeugnisse der Schwer- und Chemieindustrie einen Anteil von ca. 20%. Den überwiegenden Teil der japanischen Warenausfuhr bildeten Produkte der Leichtindustrie bzw. Krämerwaren. Selbst im Jahre 1960 lag der Anteil der Erzeugnisse der Schwer- und Chemieindustrie noch bei 32%. Er steigerte sich 1966 auf 61,2% und 1967 auf 63,1%. Im selben Jahr hatten die Erzeugnisse der Eisen-Stahl-Industrie in dem gesamten japanischen Export einen Anteil von 17,7% und in der Ausfuhr der Erzeugnisse der Schwer- und Chemieindustrie 28 bis 30%, was besonders auffiel. Zugenommen hat der Export von Autos, Fernsehempfängern, Kofferradios, Haushaltselektrik bzw. -elektronik. Hierbei handelt es sich um die Erzeugnisse, die unter Ausnutzung der niedrigen japanischen Löhne mit konzentrierter Arbeit hergestellt werden. Die US-Monopole der Elektro- bzw. Elektronikindustrie beschäftigten sich hauptsächlich mit solchen Produktionsgebieten wie Flugzeugbau, Raumfahrt, Raketenwaffen etc., die auf staatlichen Aufträgen basieren und deshalb gewinnsicher sind. Der Exportzuwachs von den auf Grund niedrigerer Löhne preisgünstig hergestellten Massenbedarfsgütern der japanischen Elektro- bzw. Elektronikindustrie ist wohl als Ergänzung der hierbei entstehenden Lücke in den USA zu betrachten. Die Lieferung von Eisen-Stahl-Erzeugnissen entwickelte sich wegen der niedrigen

8 Siehe: DIE MONOPOLUNTERNEHMEN IN JAPAN, Bd. 1, Einleitungskapitel.

Preise, die wiederum von niedrigen Löhnen in Japan herrührten und in der Konkurrenz als wirksame Waffe verwendet wurden, sowie wegen der gesteigerten Nachfrage für den Indochina-Krieg, die die Eisen-Stahl-Monopole der USA allein nicht befriedigen konnten. (9)

Wie aus den bisherigen Ausführungen festzustellen ist, realisierte der japanische Monopolkapitalismus die rasche Entwicklung der Schwer- und Chemieindustrie sowie die Kapitalakkumulation dadurch, daß die Abhängigkeit von und Unterordnung unter den USA-Imperialismus auf den Gebieten des Kapitals, der Technik, der Rohstoffe und des Marktes verstärkt wurden, wodurch aber das japanische Monopolkapital in seinen Produktions- und Absatzbedingungen schwer belastet werden mußte. Angesichts des ständig sich verschärfenden internationalen Konkurrenzkampfes will das japanische Monopolkapital gerade diese Widersprüche überwinden, indem es dem US-Imperialismus weiterhin Hilfe leistet, zur Sicherstellung von Rohstoffen und Märkten aber imperialistisch in südostasiatische bzw. lateinamerikanische Länder eindringt und im eigenen Lande durch die "Rationalisierung" noch niedrigere Löhne und noch intensivere Arbeit den Arbeitern aufzwingt.

3. "Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Japan und den USA" und eine neue Phase zur militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung des japanischen Monopolkapitals

Im raschen Wiederbelebungs- und Stärkungsprozeß des japanischen Monopolkapitals, besonders beim Fortschreiten der "Liberalisierung" nach 1960 und bei der Entwicklung der einheimischen Schwer- und Chemieindustrie – Höherstrukturierung der Industrie –, verstärkte der US-Imperialismus seine Herrschaft über die japanischen Monopole dadurch, daß gerade die Bereiche, deren Gewicht mit der Entwicklung der japanischen Wirtschaft sehr schnell vergrößert wird, finanziell, technisch, rohstoff- und marktgemäß durch die USA kontrolliert werden, wie es die vorhergehenden Kapitel zeigten.

Gleichzeitig ist die Tatsache nicht zu übersehen, daß das japanische Monopolkapital mit der raschen Entfaltung seiner Wirtschaftspotenzen auch als Konkurrenz gegen die US-Monopole auf den Plan tritt. Der Umschwung der japanischen Außenhandelsbilanz mit den USA vom lang andauernden Importüberschuß der Nachkriegszeit zum Exportüberschuß nach 1965, die beträchtliche Steigerung der Lieferung von japanischen Autos und Eisen- u. Stahlerzeugnissen nach den USA, die auffällige Rolle Japans bei der neuerdings in überseeischen Ländern vorgenommenen Erschließung der Rohstoffvorräte, bei der Asiatischen Entwicklungsbank, bei der Konferenz der Gläubigerländer für Indonesien, bei der Gemeinsamen Asiatischen Gesellschaft für Privatinvestment etc. unterstreichen diese Tatsache eindeutig. Ferner kamen die verschärften Gegensätze zwischen den japanischen und den US-Monopolen bei der Diskussion über die "Liberalisierung" der Autoindustrie in Japan oder auch bei den amerikanischen Maßnahmen zur Importeinschränkung von japanischen Waren zum Ausdruck. Besonders beim Ausbruch der Dollarkrise im letzten Jahr, bei den dringenden Maßnahmen Nixons zur Rettung der amerikanischen Währung oder auch im Verlauf der internationalen währungspolitischen Koordinierungsmaßnahmen, die darauf folgten, spitzten sich die Widersprüche zwischen den USA und dem japanischen Monopolkapital wie nie zuvor zu. Die Nixonschen Maßnahmen sollten den US-Dollar auf Kosten der Werktätigen im Lande und durch die Opfer der anderen Staaten im Ausland gewaltsam über die Krise hinüberretten, wodurch Japan im Vergleich

9 Vgl. Yokote, Fumio, a.a.O.

zu den anderen betreffenden Staaten der kapitalistischen Welt besonders hart getroffen wurde. Denn erstens ist die US-Abhängigkeit der japanischen Wirtschaft durch ihre Nachkriegsentwicklung sozusagen systemimmanent fixiert. Zweitens aber stellt die sogenannte "wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den USA und Japan" einen Mechanismus dar, kraft dessen die USA Japan solche Zusammenarbeit, die sie für sich verlangen, aufzwingen.

Diese "wirtschaftliche Zusammenarbeit" ist durch § 2 des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages (1960) festgelegt, deren Prototyp allerdings im Hinweis der US-Besatzungsbehörde auf die "ökonomische Kooperation der beiden Länder" (1951) zu finden war. Unter der "Kooperation" wurden u.a. die Eingliederung der Produktionspotenzen der japanischen Industrie in den US-Plan für die nationale Verteidigung und Mobilisierung sowie die Entwicklung der südostasiatischen Länder auf Grund des Kapitals aus den USA und der Technik bzw. der Ausrüstungen aus Japan verstanden. Die gegenwärtige "amerikanisch-japanische wirtschaftliche Zusammenarbeit" ist von dem Tenor durchdrungen, daß Japan den USA seine Unterstützung gibt auf Grund der amerikanischen Forderungen an Japan, die sich aus der neuen Nixonschen Politik ergeben. Bezüglich der amerikanischen Forderungen weist Akira Kudoo (Vorsitzender der wirtschaftspolitischen Kommission beim ZK der KPJ) auf folgende Punkte hin:

1. Abwälzung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA auf die Schulter Japans; d.h. die radikale Aufwertung der japanischen Währung Yen, die Liberalisierung des japanischen Imports und die Herabsetzung der japanischen Zollgebühren, der völlige Abbau der nichtzolltechnischen Handelsbarrieren, die Eigenrestriktion der japanischen Textilien und anderer Warenlieferungen nach den USA etc.

2. Umgestaltung Japans zu einem freien, dem US-Monopolkapital völlig offenen Markt; die japanische Regierung entschied sich mit der "4. Liberalisierung des Kapitalimports" für eine beinahe vollkommene Freigabe der unmittelbaren Investition ausländischen Kapitals in Japan. Die USA geben sich damit noch nicht zufrieden und fordern die ausnahmslose Liberalisierung der direkten Investition selbst mit dem 100-prozentigen ausländischen Aktienanteil.

3. Weitere Ausnutzung der japanischen Wirtschaftskräfte im Interesse der US-Politik für Krieg und Invasion; hierbei wird von Japan erwartet, daß es sich an den Militärkosten und Auslandshilfen der USA beteiligt. Es ist beachtenswert, daß die wirtschaftlichen Forderungen der USA an Japan immer mehr eskaliert werden, während die Manöver, die zur hundertprozentigen Durchsetzung dieser Forderungen unternommen werden, immer härter und drastischer werden. (10)

Die Widersprüche zwischen dem japanischen und dem US-Monopolkapital verschärfen sich unter derartigen Bedingungen. Es ist unvermeidlich, daß dieser Prozeß weitergeht. Trotzdem kam das japanische Monopolkapital ständig auf seine Grundlinie zurück, daß es mit den USA im wesentlichen zusammenarbeitet, wie es der bisherige Verlauf der Entwicklung aufzeigt. Diese Rückfallstendenz ist auf die vielen schwachen Punkte des japanischen Monopolkapitals – die Auslandsabhängigkeit bezüglich der Energie- und Industrierohstoffe, die Abhängigkeit von den USA und den Ländern unter der Dollar-Herrschaft hinsichtlich des Warenexports, die fehlende Selbständigkeit auf dem Gebiet der Technik etc. – zurückzuführen, die trotz seiner "verstärkten internationalen Konkurrenzfähigkeit" stets vorhanden sind. Für das japanische Monopolkapital haben das Rohstoffproblem und das Problem der technischen Entwicklung in den Spitzenbereichen im Hinblick auf die künftige Wirtschaftsexpansion höchsten Dringlichkeitsgrad. Desto weniger ist das japanische Monopolkapital bereit, das abhängige Bündnis mit dem US-Monopolkapital aufzugeben. Nicht zuletzt wegen der Konkurrenz mit den EWG-Ländern müssen die japanischen Monopole ihre Bindung mit den USA festigen.

10 Vgl. AKAHATA, Ausgabe vom 9.10.1971.

Das japanische und das amerikanische Monopolkapital sind gewillt, die Widersprüche zwischen ihnen, eben weil sie ökonomisch immer schärfer werden, möglichst im Rahmen des Militärbündnisses auf Grund des US-japanischen Sicherheitsvertrages zu überwinden. Es ist diesbezüglich bedeutsam, daß die USA nicht nur dank der "wirtschaftlichen Zusammenarbeit" das japanische Kapital auf die Position eines gehorsamen Juniorpartners zwingen wollen, sondern mit Nachdruck Japan dazu stimulieren, seine wirtschaftliche Expansion weiterzutreiben, sich militaristisch-imperialistisch wiederzubeleben und zu verstärken. Die Wiederbelebung und Stärkung des Imperialismus und Militarismus bildet eine der wesentlichen Forderungen des japanischen Monopolkapitalismus, für deren Verwirklichung er sich konsequent einsetzt.

Dem japanischen Monopolkapital wurden vom US-Imperialismus "besondere Vorteile" als Gegenleistung dafür eingeräumt, daß es unter dem San-Franzisco-System die Souveränität des japanischen Staates stückweise den USA verkaufte. Die Stationierung der US-Streitkräfte in Japan und auf Okinawa glich nämlich die noch schwachen Unterdrückungsapparate des japanischen Militarismus im Lande aus. Die Präsenz der US-Truppen im Fernen Osten ersetzte die Funktion des Militarismus zur Aufrechterhaltung der eigenen "Machtsphäre" nach außen. Dies zeigte sich z.B. dadurch, daß die japanischen Militärausgaben noch auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau liegen und daß die unmittelbaren und mittelbaren Sonderaufträge für die japanische Industrie, durch welche die blutbefleckten, von den USA in Asien verteilten Dollar aufgesammelt werden, und die Gewinnung der Rohstoffe etc. ein außergewöhnliches Glied in den Akkumulationsbedingungen des japanischen Kapitalismus ausmachen. Und das war gleichzeitig der Grund, warum der japanische Monopolkapitalismus eher als wirtschaftliche und weniger als politische bzw. militärische "Großmacht" in Erscheinung trat. Unter den neuen Bedingungen jedoch, wo sich die Gegensätze soweit vertieft haben, daß der US-Imperialismus seinem japanischen Partner nicht mehr die bisherigen "besonderen Vorteile" zu gewähren vermag, wird Japan gezwungen, für die Zukunft der wirtschaftlichen "Großmacht" selbst die volle Verantwortung tragen. Daher wird der Trieb, den japanischen Imperialismus und Militarismus auf allen Linien zu festigen, im japanischen Monopolkapital heftiger als je zuvor. (11) Dieser Trieb offenbart sich zur Zeit allmählich darin, die imperialistische Expansion zu verstärken, die "Liberalisierung" des Außenhandels zu erweitern und die des Kapitals einzuführen, die sogenannten "Verteidigungskosten" zu erhöhen, die Militärproduktion zu steigern, zum Kauf der amerikanischen Waffen mehr Geld auszugeben, einen Teil der amerikanischen Militärausgaben zu übernehmen, zu diesem Zweck den Umfang des japanischen Staatshaushalts zu vergrößern und durch hohe Steuern und steil hochschnellende Inflation die werktätige Masse auszuplündern. Die japanischen Monopole beabsichtigen, an Hand des "Repatriationsabkommens für die Inselgruppe Okinawa" (1971) und entsprechend den ökonomischen Potenzen, die in der kapitalistischen Welt hinsichtlich der Industrieproduktion den zweiten Platz hinter den USA für sich beanspruchen, den Sicherheitsvertrag de facto zu revidieren, damit ihre politische und militärische Position des Haupthelfers der USA bei der Durchführung des Invasionsvorhabens des US-Imperialismus in Asien aufgebaut wird.

Konkret gesprochen geht es erstens um die Verwandlung des US-japanischen Militärbündnisses in ein nukleares Bündnis, wobei die Rückgabe Okinawas samt den dort befindlichen Kernwaffenstützpunkten unter Maßgabe, daß die Basen den USA weiterhin frei zur Verfügung stehen sollen, als Anlaß genommen wird. Zweitens handelt es sich um die enorme Steigerung und Modernisierung der japanischen Militärpotenzen, die durch den 4. Verteil-

11 Siehe Koozuki, Tooru: "Der japanische Militarismus in den 70er Jahren", in: KEIZAI, September-Heft 1971.

digungsplan mit über 5 Billionen Yen hauptsächlich zwecks der "Verteidigung" Okinawas zustande gebracht werden sollen. Drittens hängt es zusammen mit der de-facto Abschaffung der Vertragseinrichtung, daß die USA mit Japan konsultieren müssen, wenn sie ihre in Japan stationierten Streitkräfte gegen ein drittes Land einsetzen wollen. Da durch die Rückgabe Okinawas in der vorliegenden Form das ganze Japan in einen Okinawa ähnlichen Status gebracht wird, bedeutet es, daß die US-Streitkräfte von ihren japanischen Basen aus frei gegen ein drittes Land operieren dürfen und daß die Möglichkeit der militärischen Kooperation zwischen Japan und den USA im westpazifischen Raum erhöht wird. Viertens geht es darum, ein antikommunistisches Militärbündnis von den USA, Japan, Südkorea und Taiwan faktisch aufzustellen. (12)

Die Absicht des japanischen Monopolkapitals wird noch deutlicher, wenn man bedenkt, daß die Konzeption des 5. Verteidigungsplans, der den 4. Plan in der 2. Hälfte der 70er Jahre ablösen soll und eine Plansumme von 12 Billionen Yen vorsieht, für die Abänderung der pazifistischen Verfassung Japans zwecks Entsendung der japanischen Streitkräfte nach Übersee sowie nuklearer Bewaffnung des Landes spätestens während des Planzeitraums plädiert.

Der japanische Militarismus belebt sich rasch unter aggressiver Stärkung des japanisch-amerikanischen Militärbündnisses in Abhängigkeit von den USA wieder. Er befindet sich jedoch in einer schwierigen Situation, in der ihm der Weg zur Einführung der Wehrpflicht oder auch zur Entsendung der japanischen Truppen nach Übersee mit der Zielstellung auf die Unterdrückung der anderen Völker vor allem wegen der verfassungsmäßigen Einschränkungen (dank ihrer pazifistischen und demokratischen Artikel) sowie vermöge der Kämpfe der demokratischen Kräfte Japans eben noch versperrt bleibt. Im Unterschied zur Vorkriegszeit gelingt es den reaktionären Kräften Japans und der USA noch nicht, solche Bedingungen hervorzurufen, mit dem offen verkündeten Ziel auf Krieg oder Aggression die ganze Politik, das ganze gesellschaftliche Leben des Landes militaristisch zu mobilisieren.

Unter diesen Umständen wird das reaktionäre Bemühen der herrschenden Kreise Japans und der USA heftiger, die gewaltsamer denn je die politische Reaktion vorantreiben und dadurch die aggressive Festigung des japanisch-amerikanischen Militärbündnisses in Abhängigkeit von den USA sowie die totale Wiederbelebung und Stärkung des japanischen Militarismus ermöglichen wollen. Sie intensivieren ihren ideologischen Angriff gegen das japanische Volk noch mehr. Diese Umstände deuten jedoch zur gleichen Zeit darauf hin, daß eine reale Möglichkeit vorhanden ist, kraft eines geschlossenen Kampfes aller demokratischen Menschen gegen die japanisch-amerikanische Reaktion dem sich wiederbelebenden Militarismus Einhalt zu gebieten, ferner das Militärbündnis zwischen Japan und den USA zu zerschlagen, den Militarismus auszurotten und dadurch ein selbständiges, demokratisches, friedliebendes, neutrales und blühendes neues Japan aufzubauen. (13)

Die Kämpfe des japanischen Volkes in den 70er Jahren bleiben daher nicht im Rahmen einer Defensive gegen die Angriffe der japanisch-amerikanischen Reaktion. In ihrer Entwicklung wird der Charakter dieser Kämpfe immer deutlicher: Es handelt sich dabei um das Entweder-Oder zwischen den zwei Perspektiven Japans, zwischen dem Weg des japanischen Volkes und dem der reaktionären Kräfte Japans und der USA; es ist eine totale politische Konfrontation des Weges zur Unabhängigkeit, Demokratie, dem Frieden, der Neutralität und dem Wohlstand gegen den Weg des von den USA abhängigen, japanisch-amerikanischen Militärbündnisses und der militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung.

12 Vgl. Ueda, Kooichiroo: "Die Perspektive der japanisch-amerikanischen Verhandlungen und eine neue Phase in der Wiederbelebung des japanischen Militarismus und Imperialismus in Abhängigkeit von den USA", in: ZEN'EI, Juli-Heft 1969.

13 Vgl. "Besonderheiten der Lage in bezug auf das Problem des Jahres 1970 und die Politik und Orientierung der Kommunistischen Partei Japans", in: ZEN'EI, Juli-Heft 1969.

Kurzanalysen, Berichte

Sozialistische ökonomische Integration

Entwicklung, Probleme und Perspektiven der Zusammenarbeit im Rahmen des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)

Es handelt sich im folgenden um eine Zusammenfassung der wichtigsten in diesem Zusammenhang anzusprechenden Fragen. Es sollen (soweit in dieser Kürze möglich) die Entwicklungsetappen der Zusammenarbeit der RGW-Länder, der qualitativ neue Charakter der sozialistischen ökonomischen Integration, die objektiven Ursachen dieses Prozesses, sein sozialistischer Charakter und seine Formen, auftretende Probleme und Lösungswege sowie die Perspektiven dieser Politik dargestellt werden. Diese Fragen in ihrer Komplexität erschöpfend zu behandeln ist an dieser Stelle unmöglich (so wurde z.B. auf einen Vergleich RGW-EWG ebenso verzichtet wie auf die Einarbeitung empirischen Materials). Insofern sind die folgenden Bemerkungen nur als Beitrag zu einer weiterzuführenden Diskussion zu verstehen (1).

"Die sozialistische ökonomische Integration ist einerseits die natürliche Folge der bei der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der RGW-Länder erzielten Ergebnisse, andererseits verleiht sie dieser Zusammenarbeit spezifische Züge, was von einer qualitativ neuen Stufe im Prozeß der wirtschaftlichen Annäherung der RGW-Länder zeugt." (2) Die sozialistische ökonomische Integration ist also nicht als der erste Schritt in der Entwicklung der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW zu verstehen; sie fußt vielmehr auf einer mehr als zwanzigjährigen Erfahrung bezüglich der Formen und Ergebnisse dieser Zusammenarbeit. Die Entwicklungsetappen der Arbeit des RGW lassen sich, so Faddejew, wie folgt kennzeichnen: die Herausbildung der multilateralen Zusammenarbeit und die Entwicklung des Außenhandels (von der Gründung des RGW bis 1958); die Vertiefung der Zusammenarbeit in der Produktion (1958 - 1958); die Entwicklung der Plankoordinierung zur Hauptmethode der Zusammenarbeit (1962-1969); die sozialistische ökonomische Integration (gegenwärtige Etappe) (3).

1 Zur Einführung in den genannten Themenkomplex sei verwiesen auf:
a) M.W.Senin: SOZIALISTISCHE INTEGRATION, Berlin 1972;
b) O.T.Bogomolow: THEORIE UND METHODOLOGIE DER INTERNATIONALEN SOZIALISTISCHEN ARBEITSTEILUNG, Berlin 1969;
c) "Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und die Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW"; in: DOKUMENTE RGW, Berlin 1971.

Eine Zusammenfassung der historischen Entwicklung der Arbeit des RGW findet sich bei: N.W.Faddejew, "Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe – das kollektive Organ der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder"; in: SOWJETWISSENSCHAFT/GB, Heft 1/72, S. 9ff.

2 Faddejew, a.a.O., S. 24.

3 Vgl. ebenda, S. 11.

Wesentlichstes Moment und letztlich Ergebnis der ersten drei Etappen der Zusammenarbeit im Rahmen des RGW ist die Schaffung internationaler ökonomischer Beziehungen neuen, sozialistischen Typs. Sie beinhalten den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in diesen Ländern ebenso wie die Schaffung ökonomischer Systeme der Planung und Leitung als wichtige Voraussetzungen, auf Grund deren der Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration in Angriff genommen werden konnte.

In den ersten Jahren nach Gründung des RGW kam es vorrangig darauf an, Disproportionen abzubauen und die ökonomische Rückständigkeit der meisten Länder Osteuropas zu überwinden. Besonders die einseitige Orientierung ihrer Außenhandelsbeziehungen machte diese Länder in starkem Maße vom Auslandskapital abhängig. Die Überwindung dieser Schwierigkeiten war verbunden mit Problemen der Schaffung der materiell-technischen Basis des Sozialismus, die durch die feindselige Haltung der imperialistischen Staaten gegenüber den jungen Volksdemokratien nicht unwesentlich beeinflußt wurden. Es galt also, in historisch kurzer Zeit die Umorientierung der Außenwirtschaftsbeziehungen entsprechend den Erfordernissen der nationalen Wirtschaften und der gesamten Staatengemeinschaft vorzunehmen. So bildeten die Abschlüsse langfristiger Handelsabkommen die Grundlage einer ganzen Reihe ökonomischer Vorteile: Planmäßigkeit der Lieferungen von Rohstoffen und anderen für die wirtschaftliche Entwicklung der RGW-Länder notwendigen Waren sowie einen stabilen Absatzmarkt für ihre Erzeugnisse. Die Handelsabkommen wurden so auch zu Bestandteilen der Plankoordinierung der RGW-Länder, sie trugen wesentlich zur Vervollkommnung der Planung und Entwicklung der Volkswirtschaften dieser Länder bei. Die im Rahmen des RGW festgelegte Aufgabe der raschen Industrialisierung als Grundlage für die sozialistische Umgestaltung der Wirtschaft erforderte auch Maßnahmen bezüglich der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, wie z.B.: unentgeltlicher Austausch von technischen Dokumentationen und Lizenzen für Erfindungen und Weiterentwicklungen; Austausch von Wissenschaftlern, Spezialisten und Facharbeitern; Austausch von Erfahrungen auf dem Gebiet der Produktions- und Arbeitsorganisation etc..

Parallel zur Lösung der o.a. Aufgaben (Außenhandel und Austausch von Ergebnissen auf dem Gebiet von Wissenschaft und Technik) wurden in den ersten Jahren des Bestehens des RGW auch schon Fragen der Zusammenarbeit in der Produktion erörtert; wobei, nachdem die vorangegangene Tätigkeit des Rates dafür die Voraussetzungen geschaffen hätte, die engere Zusammenarbeit im Bereich der Produktion zum Schwerpunkt der Zusammenarbeit der RGW-Länder gegen Ende der 50-er und zu Anfang der 60-er Jahre wurde.

"Das Wachstum des Wirtschaftspotentials der sozialistischen Länder ließ neue Probleme von großer Tragweite entstehen. Eines der wichtigsten war die Versorgung mit Rohstoffen sowie mit Brennstoffen und Energie." (4) Zwar verfügen die im RGW zusammengeschlossenen Länder praktisch über alle Arten mineralischer Rohstoffe und nehmen hinsichtlich der Vorräte einen führenden Platz in der Welt ein, doch verlangte die Erschließung der Vorkommen große Investitionen. Dies setzte eine rationelle Arbeitsteilung zwischen den Ländern voraus, wobei mit der Entwicklung des Maschinenbaus in den RGW-Ländern Probleme der weiteren Produktionsspezialisierung und -kooperation besonders akut wurden. "Bei der Lösung all dieser Aufgaben spielte die Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien der RGW-Länder, die im Mai 1958 stattfand, eine große Rolle. Sie leitete eine neue Etappe in der Entwicklung der ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit dieser Länder ein." (5) Es wurde die Aufgabe

4 Ebenda, S. 15f.
5 Ebenda, S. 16.

gestellt, sich in den folgenden Jahren auf die Entwicklung der extraktiven Industrie und der Energiewirtschaft sowie auf die Verstärkung der Spezialisierung und Kooperation im Maschinenbau zu konzentrieren. Die gesteckten Ziele ließen sich aber nur auf der Grundlage einer konsequenten internationalen sozialistischen Arbeitsteilung erreichen. Die Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung werden im Gegensatz zu den allgemeinen Prinzipien der gegenseitigen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern durch Grundsätze bestimmt, die spezifische Eigenarten aufweisen. Diese Grundsätze zeigen vor allem den neuen sozialen Inhalt und die andersartigen Folgen der Arbeitsteilung im Sozialismus. Die Mitgliedsländer des RGW stellten sich mit der Formulierung der Grundprinzipien der Arbeitsteilung (6) die Aufgabe, die grundlegenden Thesen von der proportionalen Entwicklung der Produktion und des Austauschs innerhalb des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, von der Verbindung der internationalen Spezialisierung mit der komplexen Entwicklung der Wirtschaft der einzelnen sozialistischen Länder zu begründen. "Die 60-er Jahre waren für den RGW durch die Vertiefung der Zusammenarbeit der Länder auf dem Gebiet der Plankoordinierung als Hauptmethode seiner Tätigkeit und als Hauptmittel für die Gestaltung der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung gekennzeichnet." (7) Dieser Beitrag konnte aber nur auf der Grundlage der in Angriff genommenen Vertiefung der internationalen Spezialisierung und Kooperation der Produktion sowie der wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit geleistet werden. Die objektiven Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, die schnelle Entwicklung der Produktivkräfte und die Gemeinsamkeit der Lebensinteressen der RGW-Länder erlaubte schon zu dieser Zeit den Schluß, daß sich die einzelnen nationalen Volkswirtschaften verstärkt annähern. Das daraus resultierende objektive Erfordernis einer Vertiefung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung verlangte allerdings eine Vervollkommnung der Plankoordinierung, doch dafür waren zu jener Zeit noch nicht sämtliche nötigen Voraussetzungen gegeben. Die Zusammenarbeit im Bereich der Produktion, insbesondere ihre Spezialisierung und Kooperation, war noch ungenügend entwickelt. Erst zu Ende der 60-er Jahre, als die Entwicklung der Produktivkräfte sowie die Herausbildung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in den RGW-Ländern diese weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit einerseits ermöglichte und andererseits notwendig werden ließ, konnte der umfassende planmäßige Zusammenschluß des industriellen und technischen Potentials der RGW-Länder, konnten neue Formen der Zusammenarbeit, konnte der Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration in Angriff genommen werden.

Die sozialistische ökonomische Integration ist als eine objektive Gesetzmäßigkeit der Entwicklung des Sozialismus zu begreifen. Sie basiert auf der Entwicklung der Produktiv-

6 Die Entwicklung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung muß u.a. folgenden Anforderungen gerecht werden:
- richtige Berücksichtigung der objektiv notwendigen Proportionen der ökonomischen Entwicklung jedes Landes und des sozialistischen Weltsystems als Ganzes;
- Sicherung eines hohen ökonomischen Nutzeffekts;
- Sicherung der Verbindung der internationalen Spezialisierung der Produktion und der komplexen (mehrseitigen) Entwicklung der Wirtschaft der einzelnen sozialistischen Länder;
- die allmähliche Überwindung der historisch bedingten Unterschiede im ökonomischen Entwicklungsniveau der einzelnen Länder;

Vgl. dazu: " 'Grundprinzipien der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung', Beschluß der Vertreter der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe"; in: NEUES DEUTSCHLAND v. 17.6.62 (zit. nach: O.T.Bogomolow, a.a.O., S. 47).

7 Faddejew, a.a.O., S. 18.

kräfte (die unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution bisher nicht gekannte Intensität annimmt), auf der umfassenden Entwicklung sozialistischer Produktionsverhältnisse in den Ländern des RGW, auf der damit verbundenen Konsolidierung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in diesen Ländern und nicht zuletzt auf dem sozialistischen Internationalismus.

Die wesentlichsten Fragen, die im Zusammenhang mit der in Angriff zu nehmenden Vertiefung und Vervollkommnung der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, eben dem Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration zu erörtern sind, waren Gegenstand mehrerer Tagungen des RGW in den letzten Jahren. Die Ergebnisse dieser umfangreichen Arbeit über Grundfragen der sozialistischen ökonomischen Integration fanden ihren Niederschlag in einem, von der XXIV. Tagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (27.-29. Juli 1971 in Bukarest) verabschiedeten, Komplexprogramm (8). In diesem Dokument werden sowohl die objektiven Grundlagen und Ziele sowie die erforderlichen Hauptwege und -methoden der sozialistischen ökonomischen Integration dargelegt als auch die subjektiven Faktoren genannt, die für die Verwirklichung dieser Entwicklungstendenzen von entscheidender Bedeutung sind.

Als die drei wesentlichsten, in enger Wechselwirkung zueinander stehenden, objektiven Ursachen für die umfassendere und tiefere wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit der sozialistischen Länder sind anzusehen:

a) Die in den Mitgliedsländern des RGW vorhandenen entwickelten sozialistischen Produktionsverhältnisse ermöglichen und erfordern entsprechend ihrem Charakter den wirtschaftlichen Zusammenschluß der sozialistischen Länder. Die allgemeingültigen ökonomischen Gesetze des Sozialismus sowie die den RGW-Ländern gemeinsamen Klasseninteressen und Ziele erfordern ein stabiles System der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung und Kooperation.

b) Die Entwicklung der Produktivkräfte, gerade unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution, drängen zur internationalen Spezialisierung und Kooperation. Die Sicherung eines hohen wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Niveaus der Produktion in den einzelnen Volkswirtschaften ist nur auf der Basis einer umfassenden Zusammenarbeit möglich.

c) Der enge wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenschluß der Staaten des RGW ist als eine Notwendigkeit der internationalen Klassenauseinandersetzung des Sozialismus mit dem Imperialismus zu verstehen.

Geht man konsequent von den Grundlagen und Zielen der sozialistischen ökonomischen Integration aus, so muß gefolgert werden, daß es sich bei diesem Prozeß um einen dem Sozialismus wesenseigenen Prozeß handelt. Er entspricht voll und ganz der Leninschen Voraussicht, daß am Ende des Prozesses der Annäherung sozialistischer Nationen und Völker eine einheitliche 'Weltgenossenschaft' stehen wird (9). Es dürfte weiter richtig sein, die sozialistische ökonomische Integration als "einen bewußten, planmäßigen, regulierten Prozeß einer allseitigen wirtschaftlichen Annäherung ... (der Mitgliedsländer des RGW) ... sowie der Schaffung eines internationalen ökonomischen Komplexes" zu definieren (10).

Will man den ökonomischen Nutzen der sozialistischen ökonomischen Integration bestimmen, so muß diese bedingen:

8 Vgl. "Komplexprogramm...", a.a.O., S. 13ff.
9 Vgl. W.I.Lenin: WERKE, Bd 28, Berlin 1959, S. 336.
10 Bogomolow: "Probleme der wirtschaftlichen Integration der sozialistischen Länder"; in: PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, Heft 11/70, S. 1534.

a) die bessere Befriedigung der Bedürfnisse der einzelnen Volkswirtschaften und der Bevölkerung sowie die Vervollkommnung der materiell-technischen Basis des Sozialismus bzw. Kommunismus,

b) die Steigerung der Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit, einen maximalen Zuwachs des Nationaleinkommens und die Senkung der Selbstkosten,

c) die Herstellung richtiger Proportionen in den einzelnen Volkswirtschaften und im sozialistischen Weltsystem (z.B. zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Akkumulations- und Konsumtionsfonds, zwischen umfassender wirtschaftlicher Entwicklung und Spezialisierung der einzelnen sozialistischen Länder).

Um diesen Anforderungen gerecht werden zu können, bedurfte es der Entwicklung neuer Formen der Zusammenarbeit, konkreter Formen der sozialistischen ökonomischen Integration.

Da der Marktmechanismus unter sozialistischen Bedingungen nicht die gleiche Bedeutung und Funktion hat wie im Kapitalismus, der Ware-Geld-Mechanismus an sich noch nicht imstande ist, eine starke Erhöhung des Nutzeffekts der gesellschaftlichen Arbeit zu gewährleisten, muß der staatliche Plan als der angemessenste und wirksamste Hebel des Integrationsprozesses angesehen werden. Die Koordinierung der volkswirtschaftlichen Perspektivpläne wird dazu beitragen, ein hohes Tempo des ökonomischen Wachstums und eine effektive Struktur der Volkswirtschaft eines jeden Landes zu gewährleisten. Dabei ist davon auszugehen, daß die Koordinierung der Pläne im Prozeß ihres Entstehens erfolgt, nicht erst nach ihrer Ausarbeitung im nationalen Rahmen.

Ein weiteres wichtiges Moment des Integrationsprozesses, damit mit der Plankoordinierung in unmittelbarem Zusammenhang steht, ist die Entwicklung der Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Prognosetätigkeit. Da man davon ausgehen muß, daß eine Bestimmung der strategischen Aufgaben bezüglich der materiellen Produktion ohne eine rechtzeitige, wissenschaftlich fundierte Ausarbeitung von Prognosen unmöglich ist, die Prognostizierung im internationalen Maßstab so zu einer wesentlichen Voraussetzung gemeinsamer Planung wird, liegt die Notwendigkeit der Zusammenarbeit auf diesem Gebiet auf der Hand.

Als weitere wichtige Form der Zusammenarbeit muß die gemeinsame Durchführung von Hauptinvestitionen angesehen werden. Diese finden sich besonders in strukturbestimmenden Zweigen der Volkswirtschaften bzw. bei der Organisation gemeinsamer Projekte, die (wie z.B. die Erschließung von Rohstoff- und Energiequellen) große Investitionssummen erfordern.

Besondere Beachtung werden die Mitgliedsländer des RGW in ihrer weiteren Zusammenarbeit der Vertiefung und Vervollkommnung der Spezialisierung und Kooperation in der materiellen Produktion widmen. Die rasche Entwicklung der Produktivkräfte bedingte hier eine qualitative Veränderung der Formen der Zusammenarbeit auf dieser Ebene. Die neue Qualität liegt u.a. darin, anstelle der Spezialisierung auf eine Vielzahl von Einzelerzeugnissen mit niedrigem Nutzeffekt die Forschungs- und Produktionskooperation auf komplette, aufeinander abgestimmte Maschinensysteme mit wissenschaftlich-technischem Höchststand und auf die Entwicklung moderner Verfahren und kompletter Anlagen zu konzentrieren. Dies findet seinen Ausdruck auch darin, daß die Spezialisierung und Kooperation der Produktion nicht auf den unmittelbaren Fertigungsprozeß begrenzt ist,sondern ebenso die produktionsvorbereitenden Phasen umfaßt.

Daher steht im Prinzip die Zusammenarbeit auf den Gebieten Wissenschaft und Technik am Ausgangspunkt dieser Vorhaben. Gerade unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution wird die Vereinigung der Anstrengungen der sozialistischen Län-

der zur Durchführung gemeinsamer Forschung auf entscheidenden Gebieten der Wirtschaft erforderlich. Das Wachstum einer Reihe von Zweigen der Volkswirtschaft wirft zahlreiche Probleme auf, die sich allein über Handelsabkommen und die Koordinierung der Pläne nicht lösen lassen. Die Schaffung internationaler Produktionskomplexe sowie umfangreiche Forschungs- und Konstruktionsarbeiten werden notwendig.

Was die Entwicklung des Außenhandels der sozialistischen Länder betrifft, so soll eine stärkere Nutzung der Ware-Geld-Beziehung die Qualität der gegenseitigen ökonomischen Beziehungen erhöhen. Die Mitgliedsländer des RGW werden zu diesem Zweck den transferablen Rubel als kollektive Währung des RGW weiter stärken und das Verrechnungssystem ausbauen, um perspektivisch die gegenseitige Konvertierbarkeit der nationalen Währungen einzuführen.

Die oben gemachten Bemerkungen sollten die wesentlichsten Formen der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der Länder des RGW auf ihrer qualitativ neuen Stufe, im Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration kennzeichnen. Natürlich entspann sich bei der Erarbeitung des Komplexprogrammes eine Diskussion, die im wesentlichen drei Fragen berührte:

– **Was hat bei der Vervollkommnung und Vertiefung der Zusammenarbeit im Vordergrund zu stehen: die Sphäre der Produktion oder die der Zirkulation?**

Dazu kann noch einmal zusammengefaßt werden, daß die Sphäre der Produktion von entscheidender Bedeutung für die sozialistische ökonomische Integration ist. Für das effektive Wachstum der Volkswirtschaften ist die Spezialisierung der Produktion unter Berücksichtigung der internationalen Arbeitsteilung und der Erfordernisse der sozialistischen Staatengemeinschaft unerläßlich. Zu berücksichtigen ist weiter, daß die Arbeitsteilung zwischen den sozialistischen Ländern qualitative und quantitative Veränderungen in der Struktur der Produktivkräfte, bei der Ausnutzung der materiellen und personellen Faktoren der Produktion – der Produktionsmittel und der Arbeitskräfte – hervorruft. "Die Spezialisierung fördert deren Konzentration und die Erhöhung des Nutzeffekts." (11) Zwar muß festgehalten werden, daß Veränderungen in der Produktionssphäre Veränderungen in der Struktur des Außenhandels zur Folge haben; daß prinzipiell der Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration nicht nur die Sphäre der Produktion sondern auch die der Zirkulation umfaßt, doch ist als wesentlich anzusehen, daß sich der Schwerpunkt dieses Prozesses immer mehr in die erstere verlagert.

– **Soll der Staat die entscheidende Rolle bei der Entfaltung der sozialistischen ökonomischen Integration spielen, oder ist der Schwerpunkt auf die Zusammenarbeit der Betriebe zu verlagern?**

Was diese Frage betrifft, so läßt sich sagen, daß zur Vervollkommnung und Vertiefung der Zusammenarbeit der sozialistischen Länder natürlich gewissermaßen alle 'Ebenen' oder 'Glieder' der Wirtschaft zu aktivieren sind. Da aber im Sozialismus das gesellschaftliche Eigentum an Produktionsmitteln herrscht, können natürlich die internationalen Wirtschaftsbeziehungen nicht von der Zusammenarbeit auf Betriebsebene bestimmt werden. Die entscheidende Rolle kommt dem sozialistischen Staat zu, die 'Kommandoposten' der Entwicklung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit müssen in den Händen zentraler staatlicher Organe konzentriert sein bei gleichzeitiger Entfaltung und Festigung der Beziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten, einschließlich der Betriebe.

11 W.Iskra: "Dringende Fragen der sozialistischen Integration"; in: PROBLEME DES FRIEDENS UND DES SOZIALISMUS, Heft 11/71, S. 1544f.

– **Auf welche Beziehungen, Plan- oder Ware-Geld-Beziehungen, ist der Schwerpunkt zu legen?**

Es wird zuweilen behauptet, daß sich aus dem System der den sozialistischen Ländern in der gegenwärtigen Etappe eigenen Eigentumsverhältnissen vor allem die Notwendigkeit der Ware-Geld-Beziehungen ableite, weil die einzelnen Staaten souveräne Besitzer von Produktionsmitteln sind und zwischen ihnen vornehmlich Handels- und Kreditbeziehungen bestehen müssen. Zweifellos ist die Vervollkommnung der Ware-Geld-Beziehungen zur Festigung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Messung des Nutzeffekts der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung unerläßlich; bestimmend ist dabei aber, daß die sozialistischen Wirtschaften Planwirtschaften sind. Die Planung als entscheidender Faktor der inneren Wirtschaftsbeziehungen erstreckt sich – wenn auch in modifizierter Form – auf den gesamten Bereich der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung, also auch auf die Zusammenarbeit der sozialistischen Länder auf der Stufe der sozialistischen ökonomischen Integration.

Die Diskussion bzw. die prinzipielle Lösung dieser Fragen findet ihren Ausdruck im schon erwähnten Komplexprogramm selbst. Die in ihm gemachten programmatischen Aussagen umfassen Wesen und Gesetzmäßigkeiten, Ziele und Aufgaben des Integrationsprozesses als auch seine Hauptmethoden und -formen. Der Inhalt dieses Programmes sowie seine schon eingeleitete erfolgreiche Praktizierung in der Zusammenarbeit der RGW-Länder lassen den im Komplexprogramm selbst gezogenen Schluß zu: "Die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und der Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration fördern das Wachstum der ökonomischen Macht des sozialistischen Weltsystems und die Stärkung der Volkswirtschaft jedes Landes und sind ein wichtiger Faktor für die Festigung seiner Einheit und Überlegenheit über den Kapitalismus auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, für die Sicherung des Sieges im Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus." (12)

Es wurde schon weiter oben festgestellt, daß der Prozeß der sozialistischen ökonomischen Integration als ein objektiv bedingter anzusehen ist. Die Tatsache aber, daß die Entwicklung der Produktivkräfte, als revolutionäres Element der gesellschaftlichen Entwicklung, eine wesentliche Ursache dieses Prozesses darstellt, darf nicht zur Verabsolutierung der Produktivkraftentwicklung führen. Die Aussage, daß es sich bei der sozialistischen ökonomischen Integration um einen dem Sozialismus wesenseigenen Prozeß handelt, beinhaltet notwendigerweise die Berücksichtigung der sozialökonomischen Bestimmtheit dieses Prozesses, d.h. auch im Integrationsprozeß werden der Charakter der Produktivkräfte, das Tempo und vor allem die Resultate ihrer Entwicklung durch die gesellschaftlichen Verhältnisse, eben wesentlich durch die herrschenden sozialistischen Produktionsverhältnisse bestimmt. Die sozialistische ökonomische Integration dient den revolutionären Zielen der Arbeiterklasse und ist darauf gerichtet, das materielle und geistig-kulturelle Lebensniveau der Völker der beteiligten Länder zu heben. Davon ausgehend beruht die sozialistische ökonomische Integration auch wesentlich auf dem sozialistischen Internationalismus, auf der Achtung der staatlichen Souveränität, der Unabhängigkeit und der nationalen Interessen, der völligen Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe. Erst die Zurückführung des Integrationsprozesses auf die objektiven Entwicklungsgesetze des Sozialismus sowie die Berücksichtigung der vorstehend genannten Prämissen und Implikationen bedeutet die konsequente Anerkennung des Klassencharakters der sozialistischen ökonomischen Integration.

12 "Komplexprogramm...", a.a.O., S. 15.

Es geht im Zusammenhang mit dem Integrationsprozeß auch um die Entwicklung des sozialistischen Weltsystems überhaupt, wobei "bei der Lösung seiner inneren Widersprüche die wirtschaftliche Zusammenarbeit, die ökonomische Integration, einen zentralen Platz... (einnimmt) .... Die Lösung der Integrationsprobleme erwies sich dabei nicht nur als notwendig, um die rein wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen, sondern auch, um die sozialistischen Staaten politisch und ideologisch zusammenzuschließen sowie die Schwierigkeiten und Widersprüche, die auch in diesen Bereichen entstanden sind oder entstehen, zu überwinden bzw. zu lösen." (13) Man muß davon ausgehen, daß gerade in entwickelten sozialistischen Gesellschaften jede wissenschaftlich-technische und ökonomische Anforderung zugleich eine politisch-ideologische Anforderung bedeutet; also auch im Zusammenhang mit dem Problem der sozialistischen ökonomischen Integration die Frage nach deren politisch-ideologischer Grundlage, Funktion und Konsequenz zu stellen ist.

Sicherlich ist "für den Sieg des Sozialismus im Weltmaßstab, für den weiteren Aufschwung der sozialistischen Länder und die Verbesserung der Lebenslage ihrer Völker... die maximale Ausnutzung der großen Vorzüge des sozialistischen Weltsystems durch die internationale Zusammenarbeit und Arbeitsteilung und die Entwicklung des sozialistischen Weltmarktes von hervorragender Bedeutung..." (14), entspringt doch die Kraft der sozialistischen Staatengemeinschaft nicht aus der einfachen Summe der nationalen Kräfte ihrer einzelnen Mitglieder sondern vielmehr aus der zielgerichteten Zusammenarbeit, aus der Vereinigung aller schöpferischen Potenzen auf den verschiedensten Gebieten. Doch will man die Problematik nicht verkürzen, so ist auch die vielvertretene Auffassung: "Wie groß auch immer die Rolle der wirtschaftlichen Zusammenarbeit für den politischen und ideologischen Zusammenschluß dieser Länder (des RGW, A.E.) sein mag, sie bleibt in erster Linie ein Faktor zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der jeweiligen Volkswirtschaft, eine Quelle materieller Gewinne und Vorteile" (15) – in dieser wenig modifizierten Form abzulehnen. Versteht man unter dem Integrationsprozeß die bewußte Fortsetzung des Prozesses der Internationalisierung der Produktivkräfte und der sozialistischen Produktionsverhältnisse unter neuen Bedingungen und auf qualitativ höherem Niveau zur Stärkung der sozialistischen Staatengemeinschaft, so wäre seine Reduzierung auf rein materielle Augenblickseffekte eine prinzipiell falsche Haltung. Es ist zu berücksichtigen, daß das der sozialistischen ökonomischen Integration eigene hohe Maß an Zusammenarbeit nicht nur die weiter oben erläuterten Probleme auf 'dem Gebiet der Ökonomie' schafft, sondern es auch um einen neuen Typ sozialistischer gesellschaftlicher Verhältnisse geht, sowohl um Produktionsverhältnisse als auch um soziale und ideologische (16).

13 Senin, a.a.O., S. 334.

14 "Programm der SED"; in: REVOLUTIONÄRE DEUTSCHE PARTEIPROGRAMME, Berlin 1967, S. 319.

15 Bogomolow: THEORIE UND METHODOLOGIE..., a.a.O., S. 31.

16 Daß diese neue Qualität der Zusammenarbeit auch Probleme der philosophischen Forschung aufwirft zeigt u.a. folgendes Zitat: "Insbesondere im Zusammenhang mit der beginnenden ökonomischen Integration ergeben sich viele neue Aspekte für die philosophische Forschung. Es kommt in zunehmendem Maße darauf an, die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus nicht mehr nur in ihren historisch besonderen Existenz- und Erscheinungsformen zu betrachten, sondern auch jene Prozesse zu erforschen, die mit der Entwicklung internationaler Formen zur Durchsetzung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Sozialismus zusammenhängen." (Heyden u.a.: "Zu einigen Aspekten der Arbeit auf dem Gebiet der marxistisch-leninistischen Philosophie nach dem VIII. Parteitag der SED"; in: DEUTSCHE ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE, Heft 1/72, S. 9).

Der Erfolg des Integrationsprozesses, wie der Sieg des Sozialismus im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus überhaupt, hängt doch in hohem Maße von den sozialistischen Werktätigen, dem Grad ihres Bewußtseins und ihrem entsprechenden bewußten Handeln ab. Denn "für die erfolgreiche ökonomische Tätigkeit selbst, die von der Initiative der Werktätigen getragen sein muß, ist eine systematische Bewußtseinsbildung der Produzenten nötig, eine Bewußtseinsbildung, die über die Vermittlung wirtschaftlicher, technologischer Informationen..." (17) hinausgeht. Es geht also nicht nur um den Prozeß der Erfüllung zusammen ausgearbeiteter Pläne in seiner ökonomischen Funktion; es geht hierbei, wie schon angesprochen, ebenso um den Ausdruck der Solidarität, der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit, die der Verpflichtung gegenüber dem sozialistischen Internationalismus entspricht. Gerade weil das erreichte hohe Niveau der sozialistischen Ordnung die Möglichkeit (und die Notwendigkeit) in sich birgt, alle Werktätigen der beteiligten Länder entsprechende Maßnahmen bezüglich der ökonomischen Zusammenarbeit erkennen, verstehen und bejahen zu lassen; gerade deshalb kommt auch bei der Lösung der – im Zusammenhang mit der sozialistischen ökonomischen Integration – auftretenden Probleme der politisch-ideologischen Arbeit der gesellschaftlichen Organisationen und des sozialistischen Staates unter Führung der Partei der Arbeiterklasse große Bedeutung zu. "Nur durch das einheitliche Herangehen an die Lösung von ökonomischen, politischen und ideologischen Aufgaben kann erreicht werden, daß das Bewußtsein der Werktätigen ein solches Niveau erreicht, wie es die rasche Entwicklung der Produktivkräfte..." (18) und das höhere Niveau der sozialistischen Produktionsverhältnisse auf internationaler Ebene erfordern.

Zusammenfassend kann und muß die sozialistische ökonomische Integration angesehen werden als:

- eine aus der Produktivkraftentwicklung und der Entwicklung der sozialistischen Produktionsverhältnisse resultierende objektive Gesetzmäßigkeit der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems,
- der Prozeß der Beherrschung und Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus in ihrem komplexen und harmonischen internationalen Zusammenwirken,
- eine neue, qualitativ höhere Stufe der Zusammenarbeit der Mitgliedsländer des RGW zur schrittweisen Annäherung und Angleichung des ökonomischen Entwicklungsniveaus dieser Länder, zur Erhöhung des effektiven Wachstums der einzelnen Volkswirtschaften wie des wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Potentials der sozialistischen Staatengemeinschaft überhaupt,
- eine auf dem sozialistischen Internationalismus, den gemeinsamen Interessen und Zielen der beteiligten Länder, der konsequenten Anwendung der Prinzipien des Marxismus-Leninismus beruhende neue Form der Zusammenarbeit, die so auch zur weiteren Festigung der politischen und ideologischen Einheit der sozialistischen Staatengemeinschaft beitragen wird,
- eine aus der internationalen Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus resultierende Notwendigkeit.

17 U.Weiß: "Bemerkungen zum Verhältnis von ökonomischer Tätigkeit im Sozialismus und sozialistischer Bewußtseinsbildung"; in: PHILOSOPHEN-KONGRESS DER DDR 1970, Teil I, Berlin 1970, S. 106.

18 A. Kashnitz: GESELLSCHAFTLICHE PERSPEKTIVE – SOZIALISTISCHES BEWUSSTSEIN (Zur Leitung ideologischer Prozesse), Berlin 1971, S. 55f.

"Gegenwärtig wird die Lage an der Front des antiimperialistischen Kampfes in vieler Hinsicht durch den Verlauf des ökonomischen Wettbewerbs zwischen Sozialismus und Kapitalismus bestimmt. Man kann mit Genugtuung sagen, daß die sozialistischen Länder auf diesem Gebiet beträchtliche Errungenschaften aufzuweisen haben." (19) Die sozialistische ökonomische Integration; als eine dem internationalistischen Charakter der sozialistischen Ordnung entsprechende und qualitativ neue Entwicklungsstufe der wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit der RGW-Länder; wird dazu beitragen, diese Entwicklung zu verstärken und weiterzutreiben.

Albert Engelhardt

19 L.I.Breshnew: "Rede auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien v. 5.-17. Juni 1969 in Moskau"; in: INTERNATIONALE BERATUNG DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN – Moskau 1969, Prag 1969, S. 181.

KONSEQUENT

Beiträge zur marxistisch-leninistischen Theorie und Praxis

KONSEQUENT Nr. 11, Juli 1972

Gudopp	Für Frieden, Demokratie und Sozialismus
Keller/Scheffler/Schöttle	Aspekte staatsmonopolistischer Hochschulpolitik
Fiolka/Gündel	Imperialistische Währungskrise – Systemkrise
Ufer	Imperialistische Währungskrise und EWG
von Heiseler	Klassenkämpfe in Irland

Dokumentation

SONDERHEFT I

Erich Hahn

Materialistische Dialektik und Klassenanalyse

DM 3,– ab August 1972 im Buchhandel oder vom Verlag

KONSEQUENT wird vom Kreisvorstand Zehlendorf der Sozialistischen Einheitspartei Westberlins herausgegeben – 1 Berlin 37, Teltower Damm 23.
KONSEQUENT kostet im Jahr DM 6,– (4 Hefte); Einzelheft DM 2,–. Postscheckkonto: Heinz Thomaszik, Berlin West 26 03 19.

Diskussion, Besprechung

Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse (Teil 1)

Allgemeine Untersuchung oder bloße empirisch-historische Anwendung – Zur sogenannten Kritik der Imperialismustheorie

I

Ist es eigentlicher Gegenstand dieses Beitrages, den Diskussionsprozeß der letzten Monate sowie seine Ergebnisse um neuere Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammenfassend darzustellen, so verlangt dies natürlicherweise die Einordnung dieser Diskussion in ihren historischen Kontext. Es erfordert also einerseits die Erläuterung des theoretischen Zusammenhanges, in dem diese Diskussion geführt wird, andererseits die Betonung der unmittelbar politischen Bedeutung dieser Auseinandersetzungen, von der aus erst die untersuchten Erscheinungen ihren richtigen Stellenwert erhalten. So kann die ganze Untersuchungsarbeit nicht losgelöst betrachtet werden von den Fragestellungen und Problemen der kommunistischen Weltbewegung, wie sie ihren Niederschlag finden in den Dokumenten der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau, den Beschlüssen des XXIV. Parteitags der KPdSU, des VIII. Parteitags der SED sowie der Tagung der Gesellschaftswissenschaftler der DDR im Oktober 1971 (1). Es muß dies betont hervorgehoben werden, da der Zugang zum Verständnis der einzelnen Diskussionsbeiträge sonst enorm erschwert, ja eigentlich nicht möglich ist, will man nicht mühselig sich darauf beschränken, weiterhin so zu tun, als gäbe es kein sozialistisches Weltsystem, keine marxistisch-leninistischen Parteien, und als gelte es jetzt, krampfhaft den eigenen sogenannten "Anti-Revisionismus" zum Leitfaden seiner politischen Betätigung zu machen – schlicht weitere Geschwüre und Metastasen des Sektenwesens hervorzutreiben. Der ständige Verweis auf diesen Zusammenhang muß auch verstanden werden angesichts der hier eng begrenzten Zusammenfassung, die keine gründliche Darstellung, sondern eben nur eine grobe Strukturierung zur Aufgabe hat.

So betrachtet hat also ein Beitrag dieser Art zwei eng miteinander verknüpfte Vermittlungen zu leisten: Einerseits den Diskussionsstand, wie er in den verschiedenen Aufsätzen und Büchern der letzten Zeit sich widerspiegelt, zusammenzufassen, andererseits damit auch zugleich den Zugang zur richtigen Beurteilung der Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien zu erleichtern.

Deshalb kann sich ein solcher Beitrag, dessen spezifischer Gegenstand Begriffe wie "Anpassung", "Kräfteverhältnis", "internationaler Klassenkampf", "allgemeine Krise des Kapitalismus" oder "neuere Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus" umfaßt, nur begreifen als selbst in einem bestimmten Zusammenhang stehender. Zwar ist dieser eng begrenzt auf Diskussionen, wie sie innerhalb der SOPO zum Teil stattgefunden

1 Vgl. hierzu: INTERNATIONALE BERATUNG DER KOMMUNISTISCHEN UND ARBEITERPARTEIEN, Moskau 1969, Berlin 1969; XXIV. PARTEITAG DER KPDSU, Dokumente, Moskau-Berlin 1971; PROTOKOLL DES VIII. PARTEITAGES DER SED, Bd. 1 und 2, Berlin 1971; sowie "Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften im Sozialismus", in: SOPO Nr. 14/15, 1971, S. 177-191.

haben, andererseits scheint uns ein gewisser allgemeiner Aspekt hier wichtig: Abstrahiert man einmal von den Produkten des sich in den letzten Zuckungen befindlichen antiautoritären Studentenprotests und ihrem eigenen Amoklauf (2), so bleibt die große Mehrheit der durch die Forderung nach realer Demokratie im Hochschul- wie in anderen Gesellschaftsbereichen gekennzeichneten Intelligenz. Innerhalb dieser wiederum sind weitere Differenzierungen möglich und notwendig. So ist ein großer Teil anzusiedeln und einzuordnen im Vorfeld der kommunistischen Parteien der BRD und Westberlins, Gruppierungen und Einzelne, deren Weitblick einerseits bereits ausreicht, um zu erkennen, daß eine konsequent demokratische und sozialistische Betätigung außerhalb oder neben der realen Arbeiterbewegung und ihren Organisationen nicht stattfinden kann, die aber andererseits durch theoretische Bedenken bei der Beurteilung der konkreten Politik der Parteien an weiteren politischen Entscheidungen gehindert werden. Im Gegenteil, es liegt eine beständige (wenn natürlich auch in ihrem Rahmen beschränkte) Aufgabe der Parteien darin, diese Diskussion voranzutreiben, diese Genossen näher an die Arbeiterbewegung heranzuführen, die formulierte Kritik auf ihren Inhalt hin abzuklopfen. Dies findet sowohl statt in der täglichen konkreten Politik der Kommunisten in den verschiedenen organisatorischen Ausdrucksformen des Aktionsbündnisses von Demokraten und Sozialisten, als auch in der theoretischen Auseinandersetzung in Form von Zeitschriftenaufsätzen etc.

Eine noch dezidiertere Position findet sich innerhalb dieses Teils der Intelligenz bei denjenigen vor, die aufgrund eingehender Beschäftigung mit dem wissenschaftlichen Sozialismus an sich selbst bereits den Anspruch stellen, ihre Kritik sowie ihre politische Betätigung auf wissenschaftlicher Grundlage abzuleiten, d.h. die jeweiligen Entscheidungen oder Bedenken an der realen Bewegung zu messen. Dabei ergibt sich für viele die Schwierigkeit, ihre erworbenen theoretischen Kenntnisse in Einklang zu bringen mit den konkreten Erfordernissen des Klassenkampfes, solange es ihnen nicht gelingt, den Bogen von Marx über Lenin bis hin zur heute geführten Diskussion zu spannen und die theoretische Position der kommunistischen Parteien als konsequent marxistisch-leninistisch anzuerkennen. Benennt man diese Schwierigkeit in Kurzform, so handelt es sich im wesentlichen um Probleme beim Verständnis der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die größtenteils begründet sind in der Einschätzung der Leninschen Imperialismuskritik, was wiederum zurückzuführen ist auf ein letztendlich "problematisches" Marxverständnis. Auch um diese Vermittlung also hat sich die Diskussion von Seiten der Sozialisten her zu bemühen. Diesen Schwierigkeiten ist ebenfalls zunächst nichts Belastendes anzuhängen – ist der von den kommunistischen Parteien erhobene Anspruch, den Ableitungszusammenhang aufzei-

2 Diese Abstraktion scheint uns auch angesichts der sich kaum verändernden (nur die Form wechselnden) Bedeutungslosigkeit dieser Gruppen durchaus zulässig und geboten. Zur Verdeutlichung, betrachte man besonders in letzter Zeit gescheiterte und scheiternde Versuche von aufwandsmäßig breit angelegten "Anti-Revisionismus-Kampagnen" und Parolen, wie etwa "Sozialimperialismus der Sowjetunion" oder "Restauration des Kapitalismus in der DDR", die den Charakter ihrer ideologischen Substanz, ihre Zuordnung, zu deutlich offenbaren, um unter den zunehmend fortschrittlichen Strömungen an Bedeutung gewinnen zu können. Oder – wenn auch Quantität ein Kennzeichen für Bedeutung sein kann – Vergleiche Zahlenangaben zur 1. Mai-Demonstration 1972 in Westberlin; das Verhältnis von Teilnehmern der separaten Kundgebungen von Sekten und wirklicher Arbeiterbewegung beläuft sich dabei auf ca. 1:10 - 1:15. Auch dies nur weiteres Merkmal dafür, daß "die Entwicklung des sozialistischen Sektenwesens und die der wirklichen Arbeiterbewegung ... stets im umgekehrten Verhältnis" (zueinander stehen). Marx: "Brief an Bolte" vom 23.11.1871, MEW 33, S. 328.

gen zu können, richtig, so wird es ihnen mehr und mehr gelingen, diese überwinden zu helfen – auch und gerade in der täglichen Politik:

> "all diese Aufklärung kann nur dann erfolgreich sein, wenn der konkrete Bezug zur studentischen Praxis hergestellt wird, wenn die kommunistischen Studenten in den Hochschulgremien mitarbeiten, ... Wenn wir das vernachlässigen, dann kommt unsere Agitation von außen an die Studenten heran und das ist ein großes Handicap." (3)

Wir haben bereits betont, daß dieser Diskussionsprozeß sinnvoll und wichtig ist, solange er in solidarischer Form geführt wird, solange es nicht darum geht, verzweifelt seine eigene Existenz als dogmatische Sekte in dümmlichen Traktaten zum sogenannten "Revisionismus der traditionellen Arbeiterparteien" zu rechtfertigen. Fraglich allerdings wird die Auseinandersetzung dort, wo die formulierten Bedenken und Vorbehalte sich zu einem *Kritiksystem* zusammenzuballen drohen, das den Anspruch erhebt, die marxistisch-leninistische Grundlage der Arbeiterparteien selbst nicht also nur die Herleitung einzelner Probleme und Schritte zu hinterfragen, sondern den Ableitungszusammenhang der kommunistischen Parteien insgesamt infragezustellen. Wenn die Kritik mit der Intention formuliert wird, den Marxismus-Leninismus als unzertrennliche Grundlage der kommunistischen Parteien dahingehend infrage zu stellen, daß der Leninismus keine theoretische Weiterentwicklung des Marxismus darstelle, sondern lediglich eine richtige Anwendung auf die russischen Verhältnisse ohne weiteren Allgemeinheitsanspruch sei, gewinnt die Diskussion in der Tat einen neuen Charakter (4), auch wenn der behauptete Anspruch dem widerspricht.

Jene Konzeptionen – soweit sie nicht nur ultralinken oder reformistischen Tendenzen, sondern dem formulierten Anspruch entspringen, die Aneignung des wissenschaftlichen Sozialismus zur Grundlage der Kritik zu machen – gewinnen somit Bedeutung innerhalb der theoretischen Diskussion unter Teilen der fortschrittlichen Intelligenz und bedürfen daher einer gewissen (wenn auch wiederum zu relativierenden) Beachtung, zumal unterstellt werden kann, daß sie den Zugang zum Verständnis der Strategie und Taktik der Kommunisten beträchtlich erschweren.

Da aber, wie bereits formuliert, eine Aufgabe des hier vorliegenden Beitrages darin besteht, diesen Zugang zu erleichtern, haben uns die ausgeführten Überlegungen veranlaßt, einige allgemeine Bemerkungen zum Ansatz einer solchen Kritik vor unseren eigentlichen Gegenstand zu stellen. Dies auch unter dem Aspekt, die Diskussion um neuere Erscheinungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus leichter vermitteln zu können, wenn sie vom Leser im Zusammenhang gesehen werden kann mit den eigenen theoretisch-politischen Bedenken und Problemen. Dabei geht es – und dies sei hier nochmals betont – nicht um die generelle Zurückweisung auch umfassender Kritikpunkte, sondern um den methodischen und damit letztendlich auch politischen Ansatz; denn 'gegen die Formulierung von Kritik, Bedenken und Fragen spricht nichts, gegen die Verabsolutierung im Rahmen einer "eigenen Theorie" alles'.

Wir haben zum Gegenstand dieser allgemeinen Überlegungen die Konzeption einer Gruppierung gewählt, die an der Freien Universität Westberlin arbeitet, und die "während der Phase der Qualifikation der eigenen Arbeitskraft an der Hochschule zur Rekonstruktion

3 Gerd Hautsch: "Zur Einschätzung der linksradikalen Studentenbewegung", in: FRIEDRICH ENGELS – DENKER UND REVOLUTIONÄR, Materialien der internationalen theoretischen Konferenz zum 150. Geburtstag von Friedrich Engels, veranstaltet von der DKP am 28. und 29. November 1970 in Wuppertal, Ffm. 1970, S. 214.

4 Wir werden auf diesen neuen Charakter später noch näher eingehen.

des wissenschaftlichen Sozialismus und seiner Anwendung auf gegenwärtige gesellschaftliche Verhältnisse" einen begrenzten Beitrag liefern will (5). Die Auswahl erscheint dabei aus zweierlei Gründen sinnvoll: erstens, weil dieser Ansatz uns am klarsten und entschiedensten formuliert zu sein scheint und sich bereits in zahlreichen Arbeiten niedergeschlagen hat; zweitens, weil es gerade das "Projekt Klassenanalyse" (6) war, das in dieser Zeitschrift einen breiten Raum der Diskussion ausfüllte und sich somit auch als naheliegender 'Gegenstand' anbietet.

Allerdings muß einschränkend erklärt werden, daß bisher weder eine umfassende Kritik des Leninismus als eigenständiger Weiterentwicklung des Marxismus, noch eine Kritik der Gesamtkonzeption kommunistischer Parteien von dieser Gruppe vorliegt. Vielmehr müssen wir uns mit der unterstellten Kritik begnügen, soweit sie sich an anderen Punkten äußert; wir meinen jedoch zeigen zu können, daß grundlegende Züge sich bereits deutlich genug abzeichnen. Dies natürlich am klarsten dort, wo der Gegenstand selbst die Taktik von kommunistischen Parteien betrifft. Deshalb bildet auch die Arbeit "Zu einigen Grundfragen revolutionärer Taktik" den Ausgangspunkt unserer Überlegungen (7) . Die Kritik an der DKP wird nur betrachtet als exemplarisch für ein bestimmtes methodisches Vorgehen; die Beschäftigung mit den als Thesen formulierten Resultaten kann und soll hier nicht hauptsächlicher Gegenstand der Kritik sein. Unter diesem Gesichtspunkt dienen uns also auch die zunächst scheinbar auf die DKP beschränkten Ausführungen nur als Ansatzpunkt allgemeinerer Bedenken zu einer theoretischen Konzeption, deren Ausfluß sich ebenso – wenn auch vielleicht nicht ganz so deutlich – an Hand anderer Veröffentlichungen des "Projekts Klassenanalyse" nachzeichnen ließe.

Die Begrenztheit der hier zu machenden Ausführungen liegt klar auf der Hand: Es geht primär nicht darum, den Leninismus inhaltlich in allen Punkten als konsequente Weiterentwicklung des Marxismus nachzuweisen (8) . Vielmehr handelt es sich um einen Versuch, den Ansatz der Kritik selbst methodisch zu hinterfragen und damit, positiv gewendet, eine Überleitung zum eigentlichen Gegenstand zu gewährleisten. Auf die politischen Implikationen eines solchen Ansatzes soll dann im Anschluß an die allgemeinen Überlegungen kurz eingegangen werden.

II

Die Frage nach dem Begründungszusammenhang zur Findung von Übergangsformen des Kapitalismus zum Sozialismus stellt sich einerseits unmittelbar aus dem eigenen Anspruch der kommunistischen Parteien im jeweiligen Land bezüglich der Herleitung einer besonde-

5 Projekt Klassenanalyse: ZUR TAKTIK DER PROLETARISCHEN PARTEI – MARXSCHE KLASSENANALYSE FRANKREICHS VON 1848-1871, Westberlin 1972, S. 11, vgl. auch S. 10. Wir werden genau auf dieses Verständnis von 'Rekonstruktion' und 'Anwendung' näher einzugehen haben.

6 Im folgenden werden Arbeiten sowohl des "Projekts Klassenanalyse" selbst als auch namentlich gekennzeichnete Artikel einzelner Mitglieder als gemeinsamer Ausdruck einer bestimmten theoretischen Position behandelt. Wir halten dies für legitim bei einem Arbeitsgegenstand, dessen Erforschung wenigstens in den allgemeinen Grundzügen Gemeinsamkeit erheischt.

7 Joachim Bischoff: "Zu einigen Grundfragen revolutionärer Taktik-Thesen zur Strategie und Taktik der DKP", in: SOPO Nr. 14/15, 1971, S. 103-143. Vgl. dazu: Willi Gerns, Robert Steigerwald: "Antwort auf Kritik am Entwurf der Thesen der DKP", in: SOPO Nr. 16, 1972, S. 89-102.

8 Das ist bereits in vielfacher – wenn auch qualitativ unterschiedlicher – Weise andernorts geschehen; verwiesen sei hier besonders unter den neueren Erscheinungen

ren Form. Andererseits läßt sich diese Konkretion – und damit in der Tat "das Kernstück der Gesamtstrategie der Kommunistischen Partei im Kampf um die Revolutionierung der kapitalistischen Produktionsweise" (9) – nur losgelöst von diesem Begründungszusammenhang diskutieren und kritisieren, wenn man eben diesen zerreißt, atomisiert und methodisch verdreht. So halten wir die Erklärungsversuche für die Umgehungsmöglichkeit der Problematik des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Aufsatz von J. Bischoff für nicht stichhaltig, eher äußerlich und willkürlich. Die Stellen, an denen die Argumentation jeweils abgeschnitten wird, zeugen somit zumindest von methodischer 'Unsauberkeit', deren Konsequenz bereits ausreichend in der Replik von Gerns/Steigerwald aufgezeigt ist (10). Jedoch gilt es hier, diese 'Einschnitte und Widerlegungen' etwas genauer zu betrachten, will man die Ursachen des 'Mißverständnisses' genauer herausarbeiten.

Kurz skizziert verläuft die Ableitung der Notwendigkeit des antimonopolistischen Kampfes etwa folgendermaßen, wobei sehr wohl auf die korrekte Differenzierung von allgemein-möglichen und nur-historisch ableitbaren Formen zu achten ist: Grundlegend für die Einschätzung der Entwicklung des Kapitalverhältnisses in einem bestimmten Land (z.B. der BRD) ist die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, als die dem realen Entwicklungsprozeß adäquate *allgemeine* Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise. Der Anspruch und das Verständnis von allgemeiner Untersuchung ist dabei klar formuliert. Es handelt sich um die – durch die Analyse der mit Notwendigkeit aus den inneren Gesetzen des Kapitals hervorgehende neue Qualität des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium, sowie der wiederum notwendig aus ihm hervorgehenden Form des staatsmonopolistischen Kapitalismus – bereicherte und erweiterte von Marx im "Kapital" angelegte Untersuchung (11). So betonen Gerns/Steigerwald:

> "Bei der richtigen Einschätzung des Kapitalverhältnisses in den entwickelten kapitalistischen Ländern kommt heute jener Entwicklung entscheidende Bedeutung zu, die Lenin als Tendenz bereits in der Periode des ersten Weltkrieges entdeckte – der Vereinigung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates zum staatsmonopolistischen Kapitalismus." (12)

Diese allgemeine Untersuchung, und mit ihr die wissenschaftliche Erklärung aller notwendig hervorgehenden, im Gegensatz zu den nur mehr empirisch konstatierbaren Formen, ist überhaupt also Grundlage jeder historisch-spezifischen Untersuchung und stellt somit den Ausgangspunkt jeder Analyse dar, deren Ziel in der Herausarbeitung einer der Situation eines Landes adäquaten Taktik liegt.

Ausgehend von diesem Verständnis der Aufgaben einer allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise, d.h. der Erklärung aller notwendig hervorgehenden Formen und die Untersuchung ihrer gegenseitigen Beziehungen und Verschlingungen,

auf die in mehrfacher Hinsicht hervorragend geeignete Arbeit von H. Heininger/P. Hess: DIE AKTUALITÄT DER LENINSCHEN IMPERIALISMUSKRITIK, Ffm. 1970.

9 Joachim Bischoff: "Zu einigen ...", a.a.O., S. 104.

10 Gerns/Steigerwald: "Antwort ...", a.a.O., S. 90 f. Zu beachten ist hierbei besonders die These des unvermittelten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus bei Bischoff.

11 "Die Leninsche Theorie des Imperialismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus sind in der vorliegenden Kritik ausgeklammert. O h n e d i e s e T h e o r i e l ä ß t s i c h j e d o c h d e r h e u t i g e K a p i t a l i s m u s n i c h t v e r s t e h e n . Eine richtige Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung für unsere Periode läßt sich n u r auf der Grundlage dieser Theorie entwickeln." Gerns/Steigerwald: "Antwort ...", a.a.O., S. 89 (Hervorh. – d.Verf.).

12 Ebd., S. 90.

läßt sich auch allgemein für alle Länder kapitalistischer Entwicklung – gleich welchen Grades – konstatieren, daß es zu den vordringlichsten Aufgaben der konkreten Untersuchung zur Bestimmung der aus ihr resultierenden Taktik gehört, anzugeben, in welchen Formen der Übergang zum Sozialismus nur stattfinden kann. Es heißt dies doch "nur", angeben zu können, wie, in welchen konkreten Kampfmomenten, Schritten und Zwischenschritten die schließliche Errichtung der politischen Form der sozialen Emanzipation und damit der "Ausgangspunkt" des Sozialismus als neuer Gesellschaftsformation, vor sich geht. Auf diese Angaben verzichten zu wollen, die konkrete Form des Übergangs, die Übergangsform nicht umfassend in ihrer ökonomischen, politischen und sozialen Struktur zu beschreiben, hieße, sich eines statischen Verständnisses des Übergangs zu bedienen – letztlich ohnmächtig einer konkreten Taktikangabe – auf den qualitativen Sprung zu warten.

So läßt sich also allgemein formulieren, daß es Aufgabe jeder konkreten Untersuchung ist, die Übergangsform zu finden und zu analysieren, die dem konkreten Entwicklungsgrad des Kapitalverhältnisses in diesem Land sowie aller daraus resultierenden allgemeinen und nur-historischen Bedingungen adäquat ist. Es handelt sich in der Tat um eine besondere Wechselbeziehung zwischen allgemeiner Aussage und historisch spezifischen Formen: Allgemein gilt es, Übergangsformen zu finden, ihre Analyse und Beschreibung ist nur empirisch-historisch möglich (13).

Wenn sich nun aber aus der Betrachtung der konkreten Übergangsformen verschiedener Länder gemeinsame Grundzüge feststellen lassen, so handelt es sich keineswegs um die Konstruktion allgemeiner Taktik, die allein aus der Untersuchung des staatsmonopolistischen Kapitalismus gewonnen werden kann. Vielmehr wäre es höchst verwunderlich, wenn, angesichts der Stellung des Imperialismus im Weltmaßstab, sich keine Gemeinsamkeiten in den konkreten Strategie- und Taktikangaben finden ließen (14).

Es handelt sich bei solchen gemeinsamen Grundzügen um eine im klar begrenzten Rahmen "verallgemeinerbare Taktik", deren Möglichkeit sich nicht allein aus der allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise ableiten läßt. Wenn wichtige gemeinsame Bestimmungen der Taktik in entwickelten kapitalistischen Ländern zusammenhängen mit der Stellung des Imperialismus im Weltmaßstab, der Spaltung der Welt in zwei Systeme, mit der Krise und dem Zerfall des Kolonialsystems, so wäre es grundfalsch und einseitig, die daraus resultierenden taktischen Möglichkeiten und Schritte allein aus den inneren Gesetzen der kapitalistischen Produktion herleiten zu wollen. Zwar müssen sich alle diese, dem Kapitalismus selbst teilweise äußerlichen Momente, auf seine innere Gesetzmäßigkeit und deren Durchsetzungsform modifizierend und einschränkend auswirken, sich damit in jeder spezifisch-historischen Untersuchung auch in ihren konkreten Gestaltungen wiederfinden, jedoch liegt der Vorstellung einer lediglich aus den inneren Gesetzen der kapitalistischen Produktion ableitbaren allgemeinen Taktik eine *methodisch unhaltbare* Verkürzung zugrunde. Vielmehr geht es doch darum, herauszufinden, welche Vermittlungsglieder sich zwischen den Entwicklungsgesetzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus einerseits und der sich nicht mehr aus diesen Gesetzen erklärbaren "äußeren" Entwicklung andererseits benennen lassen (15). Ein anderes Verständnis hat entweder den Anspruch und damit zur Konsequenz, die Entwicklungsgesetze des Sozialismus im Weltmaßstab

13 Vgl. ebda. S. 94.
14 Vgl. ebda. S. 95.
15 Es ist auch gerade diese Fragestellung, die in der gegenwärtigen Diskussion einen breiten Raum einnimmt, wie aus dem zweiten Teil dieser Arbeit ersichtlich werden wird.

selbst aus den inneren Gesetzen des Kapitals ableiten zu müssen – eine Absurdität, die offen ins Gesicht schlägt –, oder aber, und wir halten dies für einen ebenso verkürzt-gefährlichen Ansatz, die Taktik der Arbeiterbewegung in den einzelnen Ländern lediglich aus den dem Kapital immanenten Bewegungsgesetzen ableiten zu wollen.

Es wird noch weiter unten auf die damit verknüpften Probleme einzugehen sein. Hier sei jedoch nur angemerkt, daß die Notwendigkeit und methodische Möglichkeit einer mehr als nur empirisch-historisch gekennzeichneten Übergangsform weder etwas mit einer plumpen Schematisierung oder Übertragung taktischer Modelle noch mit einer, für Länder mit hoch entwickeltem Kapitalverhältnis geltenden, allgemeinen Taktik gemein hat, die sich allein aus der Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise bestimmen ließe (16). Im Gegenteil, es gilt hier einerseits alle auf die allgemeine Krise des Kapitalismus einwirkenden inneren und äußeren Gesetzmäßigkeiten zu erforschen und in ihrer Bedeutung für den Klassenkampf einzuordnen; andererseits die jeweils spezifisch historischen Modifikationen und Konkretionen der Übergangsform klar und deutlich zu bestimmen und zum Kernstück jeder konkreten Gesamtstrategie auszubauen.

Deutlicher: Man kann versuchen zu zeigen, daß sowohl die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als auch überhaupt die Imperialismustheorie keine qualitative Weiterentwicklung der Marxschen Untersuchung darstelle, daher auch lediglich eine Anwendung der nurmehr um die von Marx bereits angegebenen Schritte (Staat, Weltmarkt, Krise) zu erweiternden allgemeinen Untersuchung auf die historische Situation eines Landes erheischt sei, um die Taktik abzuleiten (17). Oder man kann die Richtigkeit der Einschätzung sowohl der Entwicklung des Kapitalverhältnisses in der BRD als auch der Bedeutung der weltweiten Einflüsse auf die Taktik bestreiten – dann hätte man allerdings aufzuzeigen, in welchen Schritten die Kommunisten aufhören wissenschaftliche Erklärungen liefern zu können, an welcher Stelle ihr grundsätzlich falsches Verständnis der Marxschen Methode zu suchen sei. Oder man hält die Einschätzung für richtig, die Ableitung für falsch, die Taktik, obwohl aus der Einschätzung resultierend, auch für falsch etc. ...

In all diesen Fällen hätte man also entweder die Systematik des falschen Verständnisses aufzuzeigen, implizit die eigene methodische Ableitung zu skizzieren oder aber man muß sich – wie Bischoff – mit a priori Konstruktionen behelfen, wie z.B. dem "unvermittelten Übergang zum Sozialismus", um am Resultat Kritik zu üben, sich aber um die im Hintergrund stehenden grundsätzlichen Bedenken zur Ableitung herumzudrücken.

Auch mit Bezug auf die Verschärfung der Klassenkämpfe und der damit verbundenen Tendenz der Bourgeoisie, ihre Herrschaftsform zugunsten der Despotie zu wechseln, betonen die kommunistischen Parteien, wie auch Bischoff richtig referiert, die Notwendigkeit der Ableitung aus dem staatsmonopolistischen Kapitalismus.

> " 'Die neue Stufe der Konzentration ökonomischer Macht in den Händen des Großkapitals drängt zur politischen Reaktion, zum Abbau demokratischer Rechte, zu autoritären und diktatorischen Herrschaftsformen'. (18) Diese Ableitung stützt sich auf die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in der der Zwang zur Veränderung der Form der Klassendespotie in Ländern mit hochentwickeltem Kapitalverhältnis so formuliert ist: 'Hier handelt es sich um eine G e s e t z m ä ß i g k e i t (!)

16 Auf die Problematik der Unterscheidung von zwei Stadien der kapitalistischen Entwicklung, deren Kriterien "unentwickeltes" oder "hochentwickeltes" Kapitalverhältnis bilden, wird weiter unten einzugehen sein.
17 Hier wäre das Verständnis von 'R e - Konstruktion' einer allgemeinen Untersuchung und ihrer 'Anwendung' auf ein konkretes Stück Zeitgeschichte etwa anzusiedeln.
18 THESEN DES DÜSSELDORFER PARTEITAGS DER DKP. Entwurf, S. 9 (These 4).

der staatsmonopolistischen Entwicklung: Mit der zunehmenden ökonomischen Machtkonzentration tendiert auch die politische Entwicklung immer stärker zur Zentralisation der politischen Gewalt bei weitgehender Abschirmung gegen alle demokratischen Einflüsse.' (19)." (20)

Wenn daher versucht wird, diesen Zusammenhang zu zerreißen, indem behauptet wird, wie diese Tendenz sich ableite, sei für das dort zu behandelnde Problem gleichgültig, so ist überhaupt jeglicher weiteren Kritik die methodische Grundlage entzogen:

"In diesem Zusammenhang, wo es nur um die Erörterung der Frage geht, wie weit die DKP sich an der allgemeinen Taktik für die Metropolen des Kapitals orientiert, unterbleibt die Auseinandersetzung mit diesem Begründungszusammenhang und folglich mit der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Hier genügt die Bestimmung, daß die Bourgeoisklasse ihre allgemeine Herrschaftsform, die parlamentarische Selbstherrschaft etabliert hat, daher keine Aufgaben in bezug auf die bürgerlich-demokratische Revolution mehr anstehen kann, und daß eine Tendenz zur Veränderung dieser Herrschaftsform in Richtung auf die personale Form des Klassendespotismus feststellbar ist, gleich, ob die Erklärung für diese Tendenz aus dem der parlamentarischen Herrschaftsform eigentümlichen Widerspruch oder aus der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus abgeleitet wird." (21)

Soll herausgefunden werden, wie sich diese Tendenz weiterentwickelt, wie man ihr entgegenzutreten habe, so muß es doch elementarstes Interesse sein, zu bestimmen, woraus sie sich entwickelt, worin genau ihre Gesetzmäßigkeit begründet liegt. Es genügt doch hier keineswegs einen gewissen, selbst bei Marx gar nicht systematisch entwickelten Zusammenhang zwischen den einzelnen Herrschaftsformen der Bourgeoisie zu unterstellen, (22) ohne genauestens zu untersuchen, auf welcher Stufe der Entwicklung jeweils der Übergang stattfindet, was entgegenwirkende Ursachen sind, wie die einzelnen Zwischenschritte und -formen der Herrschaft sich allgemein bestimmen lassen etc. Gerade in diesem Zusammenhang sind nochmals die der kapitalistischen Entwicklung quasi von außen entgegenwirkenden Gesetzmäßigkeiten zu betonen, die auch mit Bezug auf die freie Entwicklung der Herrschaftsformen der Bourgeoisie einen nicht unwesentlich beschränkenden Einfluß ausüben (23). Gerade also die Frage nach der Orientierung kommunistischer Parteien in hochentwickelten Ländern an einer "allgemeinen Taktik für die Metropole" stellt den Begründungszusammenhang und seine Stringenz in den Mittelpunkt der Auseinandersetzung, ist sie doch (um es polemisch zu formulieren), solange nicht die reale Bewegung die Richtigkeit der Taktik widerlegt, der einzige Prüfstein. Daß die "Tendenz zur Veränderung dieser Herrschaftsform in Richtung auf die personale Form des Klassendespotismus feststellbar" sei, genügt bei weitem nicht, um die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung bezüglich dieser Tendenz anzugeben; vielmehr ist zu fragen, wie sich dieser allgemeine Zusammenhang notwendig auf einer bestimmten Stufe der kapitalistischen Entwicklung –

19 DER IMPERIALISMUS DER BRD, hrsg.v.Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, Frankfurt 1971, S. 182 (Hervorh. – d.Verf.).
20 Bischoff: "Zu einigen ...", a.a.O., S. 137 (Hervorh. – d.Verf.).
21 Ebd. (Hervorh. – d.Verf.).
22 Gerade das "Projekt Klassenanalyse" hat ausführlich auf die Schwierigkeiten der systematischen Verallgemeinerung der Aussagen von Marx/Engels zum 'politischen Zyklus' hingewiesen. Vgl. etwa: "Zu einigen ...", a.a.O., S. 125 f.
23 Wird dieser wichtige Aspekt nicht beachtet, so findet man z.B. weder den Ansatz einer Erklärung für die Möglichkeit einer Volksregierung in Chile (vgl. etwa Jorge Insunza: "Taktische und strategische Probleme des Kampfes in Chile", in: KONSEQUENT, Nr. 8, Westberlin 1971, S. 46 f.), noch eine Interpretation der Verträge von Moskau und Warschau bei gleichzeitiger Fortsetzung und Verschärfung des Vietnam-Krieges durch die USA. Man kann wohl schlecht die beiden letztgenannten Erscheinungen einem, seinem Wesen nach, gleichem Imperialismus zuschreiben, ohne eben nach weiteren Ursachen zu Fragen.

dem staatsmonopolistischen Kapitalismus – durchsetzt, welches die allgemeinen Formen sind, welche Tendenzen diesen Versuchen entgegenwirken etc. (24).

Noch deutlicher zeigt sich die Unmöglichkeit der Lostrennung des Ableitungsresultats von der Ableitungsmethode selbst in dem sich durchziehenden Versuch, die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus als nicht konstitutiv für die Bestimmung der Taktik, hier der Übergangsform als der Erkämpfung der antimonopolistischen Demokratie, zu betrachten:

„Die Begründung für die These von der 'notwendig vermittelnde(n) Rolle des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie' (25), von der 'vermittelnde(n) Funktion der fortschrittlichen Demokratie' (26) liegt also auf einer ganz anderen Ebene und wird keineswegs von der staatsmonopolistischen Form des heutigen Kapitalismus... abgeleitet, sondern resultiert aus einer Einschätzung des Zusammenhangs von Kapitalismus und Sozialismus überhaupt." (27).

Wenn Gerns/Steigerwald in ihrer Replik einerseits betonen, daß sich der heutige Kapitalismus ohne die Leninsche Theorie des Imperialismus und des staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht verstehen, die "richtige Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung für unserer Periode ... sich nur auf der Grundlage dieser Theorie entwickeln (läßt)," (28) andererseits aber klarstellen, daß es in der Tat um "das Problem der antimonopolistischen Demokratie und ihres Verhältnisses zum Sozialismus (geht)", (29) so liegt dem natürlich auch ein bestimmtes Verständnis des Zusammenhangs von Kapitalismus und Sozialismus zugrunde. Wie jedoch im Gegensatz zu der hier beanspruchten 'Ebene', dieser Zusammenhang " 'überhaupt' ... auf einer ganz anderen Ebene" eingeschätzt werden kann, soll im folgenden problematisiert werden.

Es läßt sich neben der von kommunistischen Parteien formulierten Methode der Ableitung eine alternative Position benennen, deren Brauchbarkeit es zu überprüfen gilt. Wenn es möglich ist, die Frage nach dem Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus 'überhaupt' zu diskutieren, unter Ausschluß der allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer realen Entwicklung, so lassen sich allgemeinste Aussagen treffen, deren Gültigkeit einerseits unbestreitbar bleibt, deren Beschränktheit andererseits sie "nur" als methodischen Leitfaden aller weiteren Untersuchungen bestimmen läßt. Ist es auf dieser Ebene möglich, gesetzmäßig die Notwendigkeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus abzuleiten, so lassen sich die dazu notwendigen Momente in allgemeinster Weise ausdrücken: das In-Widerspruch-Treten der kapitalistischen Produktionsverhältnisse mit dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte, der Kapitalismus muß aufgehört haben, historische transitorische Notwendigkeit zu besitzen; ein bestimmter Grad der Vergesellschaftung der Arbeit; die Konstitution des Proletariats von der Klasse an sich zur Klasse für sich etc. bis hin zur schließlichen Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Es läßt sich dieser Zusammenhang ebensogut resümieren in der Aussage:

"Der Kommunismus ist die aus dem Zerfallsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft hervorgehende Bewegung, die zu einer neuen Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit führt. Dieser Zerfallsprozeß, der in allen gesellschaftlichen Beziehungen seinen mehr oder minder vermittelten Ausdruck findet, ist in letzter Instanz bestimmt durch die

24 Die Alternative einer solchen Bestimmung kann nur mehr gesehen werden im tatenlosen Warten auf den '18. Brumaire des Franz-Josef Strauss'.
25 Willi Gerns: "Grundfragen der Strategie und Taktik der DKP, Diskussionsbeitrag auf der 9. Tagung des Parteivorstandes", in: UNSERE ZEIT, Nr. 30, 24. Juni 1971, S. 10.
26 DER IMPERIALISMUS ..., a.a.O., S. 564.
27 Bischoff: "Zu einigen ...", a.a.O., S. 139 f. (Hervorh. – d.Verf.).
28 Gerns/Steigerwald: "Antwort ...", a.a.O., S. 89.
29 Ebd., S. 93.

> Tendenzen der materiellen Produktion; er ist notwendiges Resultat der Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise." (30)

Soweit also – notwendigerweise hier nur angedeutet – der Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Sozialismus 'überhaupt'. Jedoch, und hierin scheint uns die wirkliche Problematik begründet zu sein, liegt der Abgrenzung der 'ganz anderen Ebene' von der Ableitung des Zusammenhanges aus der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus ein bestimmtes Verständnis von allgemeiner (überhaupt) im Gegensatz zu der von den kommunistischen Parteien beanspruchten Erklärungsebene zugrunde. Es ist dies in der Tat ein im Hintergrund stehendes (zum Teil krampfhaft im Hintergrund gehaltenes) Verständnis von Marxscher Theorie, das zwar explizit in seinen Konsequenzen, hauptsächlich bezüglich des Allgemeinheitsanspruchs der Leninschen Imperialismustheorie und der nachfolgenden marxistisch-leninistischen Literatur, noch nicht formuliert vorliegt, dessen unterstellte Richtigkeit aber gerade in der dargestellten Kritik am Entwurf der Thesen der DKP sich deutlich widerspiegelt. Wie ließe sich auch sonst erklären, daß einerseits das Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus zunächst losgetrennt wird von der Einschätzung des heutigen Entwicklungsstandes des Kapitalismus, im Nachhinein aber durch einen methodischen Schlenker die Taktik einer kommunistischen Partei gemessen wird an einer den Metropolen des Kapitals adäquaten, d.h. an der einer bestimmten *realen* Entwicklungsstufe des Kapitalverhältnisses *allgemein* entsprechenden Taktikkonzeption?

III

Die Schwierigkeiten, um die es im folgenden also geht, sind:
a) Welches Verständnis von 'allgemeiner Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise' liegt hier vor; b) wie ist die Abgrenzung gegen empirische Untersuchungen verstanden; c) wie ist daher der Übergang der beiden Ebenen – "der Umschlag von Theorie in Methode" – vorzustellen; d) welche Konsequenzen ergeben sich aus diesem Verständnis bezüglich der Leninschen Imperialismustheorie und der gesamten marxistisch-leninistischen Wissenschaftsentwicklung bis auf den heutigen Tag?

Selbstverständlich erheben wir in keiner Weise den Anspruch, die damit aufgeworfenen Probleme umfassend klären zu können. Vielmehr liegt die Betonung – der vorliegenden Arbeit entsprechend – auf der mit dieser Problematik eng verknüpften Frage nach der möglichen Weiterentwicklung und schöpferischen Anwendung der Marxschen Theorie und Methode durch Lenin, nach dem Erklärungs- und Allgemeinheitsanspruch der Imperialismustheorie und ihrer Weiterentwicklung in der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Und selbst dies nur unter dem sehr begrenzten Aspekt der Fragestellung, inwieweit überhaupt über den von Marx im "Kapital" abgesteckten Rahmen (einschließlich der in den Aufbauplänen angedeuteten weiteren Untersuchung von Staat, Weltmarkt, Krise) hinaus noch eine nicht nur quantitative Weiterentwicklung der *allgemeinen* Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise möglich und notwendig ist.

Wir glauben zeigen zu können, daß in der hier von uns zu kritisierenden Konzeption ein zum Teil verkürztes Begreifen der allgemeinen Ebene des "Kapitals" hinsichtlich der Begrenzung vorliegt, das letztendlich der von Marx vorgenommenen Untersuchung einen tendenziell ahistorischen Charakter verleiht. Sowohl die damit verbundenen Konsequenzen bezüglich der Einschätzung der Theorieentwicklung seit Marx als auch die direkten Einflüsse auf die praktisch-politische Betätigung sollen kurz angedeutet werden. Dabei gilt es nochmals zu betonen, daß die hier formulierten Bedenken hauptsächlich den Versuch darstellen, bestimmte Vermittlungsschritte – die als grundlegende jedoch weiterreichende Konsequenzen haben – in einer sachlichen Diskussion als problematisch oder unausgewiesen aufzudecken. Ist der eigene und ohne Zweifel in der theoretischen Auseinandersetzung (31) bereits bewährte Anspruch der hier kritisierten theoretischen Position, die Aneignung der Marxschen Methode zur Grundlage der eigenen theoretisch-politischen Betätigung gemacht zu haben, so kann ihnen selbst nur jeder Versuch, sie an eben diesem Anspruch zu messen, willkommene Gelegenheit zur Überprüfung sein.

Versucht man eine Linie durch die verschiedenen Arbeiten des "Projekts Klassenanalyse" zu ziehen, so fallen zunächst einmal durchgehende Begriffsbestimmungen auf, die in problematischer und widersprüchlicher Form ihre Anwendung finden. Bevor jedoch auf diese selbst eingegangen werden kann, bedarf es hier einiger Klärungen: Geht es um die Bestimmung dessen, was die Grenzen der allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise sind, und inwieweit hierin selbst der Möglichkeit nach die Unterscheidung qualitativ verschiedener Stadien der kapitalistischen Entwicklung angelegt ist, so gilt es zunächst, begrifflich präzise den Gegenstand dieser Untersuchung zu bestimmen, letztendlich auch klar abzustecken, was *den in sich differenzierten* Gegenstand des Marxschen "Kapital" ausmacht. Formuliert Marx selbst "Was ich in diesem Werk zu erforschen habe, ist die kapitalistische Produktionsweise und die ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse." (32) "... und es ist der letzte Endzweck dieses Werks, das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen ..." (33) so ist klar, welche Implikationen hierin liegen: Es geht um die Enthüllung der inneren Struktur eines bestimmten Abschnitts der Menschheitsgeschichte, um die Darstellung einer spezifischen Form der gesellschaftlichen Produktion, die in letzter Instanz bestimmend ist für alle sich aus dieser Form ableitenden gesellschaftlichen Zusammenhänge – es geht also um die Darstellung einer bestimmten Produktionsweise. Zwar wäre es einerseits höchst mißverständlich – und hierauf weist das "Projekt Klassenanalyse" zu recht wiederholt hin – die Darstellung der ökonomischen Struktur und ihrer Gesetzmäßigkeiten für eine lediglich historische in dem Sinne zu halten, daß sie die historische Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise nachzeichnet: (34)

> "Wird das 'Kapital' nicht als Darstellung der verselbständigten Formen gesellschaftlicher Arbeit begriffen, sondern zugleich zur Nachzeichnung der historischen Genesis des Kapitalverhältnisses umgedeutet, so wird damit die Marxsche Theorie und Methode völlig zum Mysterium." (35)

Andererseits – und es scheint uns trotz des zunächst tautologischen Charakters dieser Feststellung wichtig, in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen – handelt es sich letztendlich um 'nichts anderes' als die logisch-genetische Darstellung, um die, nach der dem Gegenstand adäquaten notwendigen Reihenfolge, geordneten Gesetzmäßigkeiten, eines bestimmten historischen Abschnitts der Menschheitsgeschichte, um die Darstellung einer Gesellschaftsformation in ihrer grundlegenden Struktur. Nur in diesem Sinne ist

30 Projekt Klassenanalyse: "Versuch zur Bestimmung der Aufgaben der kommunistischen Intelligenz", in: SOPO Nr. 12, 1971, S. 101.

31 Vgl. hierzu besonders die Ausführungen zum Sektenwesen in der BRD und Westberlin in: SOPO Nr. 10, S. 39 f.; SOPO Nr. 12, S. 101 f.; sowie Auseinandersetzungen mit vulgärmarxistischen Theorien in SOPO Nr. 11, S. 103 f.; SOPO Nr. 12, S. 1 f.; SOPO Nr. 14/15, S. 193 f.

32 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, MEW 23, S. 12.

33 Ebd., S. 15/16.

34 Aber es geht auch hier im folgenden faktisch um das problematische Verständnis von 'logisch' und 'historisch' – allerdings nicht mehr innerhalb der Darstellungsweise (in diesem Punkt ist den Ausführungen des "Projekts Klassenanalyse" nichts hinzuzufügen), sondern um das Verhältnis von allgemeiner Untersuchung und ihrem in sich bereits historischem Gegenstand.

35 Projekt Klassenanalyse: "Bemerkungen zu: Helmut Reichelt: ZUR LOGISCHEN STRUKTUR DES KAPITALBEGRIFFS BEI KARL MARX, in: SOPO Nr. 11, 1971, S. 96.

auch zu verstehen, was von Marx und Engels bezeichnet wird mit wissenschaftlicher "Einsicht in den *notwendigen* historischen Zusammenhang". (36)

Die Betonung dieses Sachverhalts ist aus dreierlei Gründen hier notwendig:

a) Es sind historische Voraussetzungen – nicht gesetzmäßige, sich notwendig entwickelnde Momente – die die Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise bilden. Es sind in der Tat die zur Erklärung der kapitalistischen Produktionsweise notwendigen "logischen Kategorien immer auch schon historische in dem Sinne, daß sie historisch gewordene und vergängliche sind " (37). Das Kapitalverhältnis selbst ist Resultat nicht eines naturgesetzlichen Prozesses, vielmehr entsteht es nur "wo der Besitzer von Produktions- und Lebensmitteln den freien Arbeiter als Verkäufer seiner Arbeitskraft auf dem Markt vorfindet, und diese eine historische Bedingung umschließt eine Weltgeschichte." (38) Ebenso stellt seine Ablösung durch eine höhere Gesellschaftsformation nicht einen naturnotwendigen Sachverhalt – wenn auch sein letztlicher Untergang den eigenen Gesetzen geschuldet ist: "...die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation." (39) – sondern eine bewußte historische Tat ihres Totengräbers, des Proletariats dar, die gleichzeitig damit den 'Anfangspunkt' der von Menschen bewußt gemachten Geschichte setzt.

b) Handelt es sich um die Enthüllung des allgemeinen ökonomischen Bewegungsgesetzes einer Gesellschaftsformation, so ist klar, daß diese nichr gebunden sein kann, im Gegenteil, zu abstrahieren hat von allen zufälligen, sich bloß empirisch ergebenden Formen, von der bloß erscheinenden Bewegung. Sie hat diese vielmehr auf den sich dahinter verbergenden inneren Zusammenhang zurückzuführen und sie damit als eben bloß erscheinende zu erklären.

c) Aus beiden vorangegangenen Bestimmungen ergibt sich aber: Wenn die allgemeine Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise einerseits die Untersuchung einer historischen Epoche der Menschheit ihrer Grundlage nach darstellt, andererseits aber nicht die bloß erscheinende empirisch-historische Bewegung zum Gegenstand hat, so muß sie dennoch beinhalten, *alle* Formen und Zusammenhänge, die sich notwendig, gesetzmäßig innerhalb dieser Produktionsweise entwickeln, alle Formen, deren Existenz nicht dem empirischen Zufall, sondern der inneren Struktur geschuldet sind, zu erklären.

Es bleibt die hierin ausgedrückte Wechselbeziehung äußerlich, wird der damit ausgedrückte Zusammenhang nicht auf seine Konsequenzen hin untersucht. Worum es geht, ist, zu zeigen, daß die allgemeine Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise nicht zum

36 F. Engels: "Brief an Bernstein" vom 22.9.1882, MEW 35, S. 366 (Hervorh. – d.Verf.). Wenn an dieser Stelle von J. Bischoff betont wird, daß die "Beschleunigung des materiell-ökonomischen Prozesses der Auflösung der bürgerlichen Gesellschaft ... gebunden (ist) an die wissenschaftliche Einsicht in diesen Prozeß, den das kapitalistische Privateigentum in der bürgerlichen Gesellschaft durchläuft," (SOPO Nr. 14/15, S. 106), so ist spätestens hier das Verständnis von "Rekonstruktion des wissenschaftlichen Sozialismus" und ihrer "Anwendung auf gegenwärtige Verhältnisse" an seine Grenzen gestoßen: Wenn das Privateigentum in der bürgerlichen Gesellschaft einen Prozeß durchläuft, der gekennzeichnet ist durch widersprüchliche Formen und Tendenzen der Durchsetzung, so ist nicht mehr ersichtlich, wie dieser Prozeß adäquat gefaßt werden kann mit einer wissenschaftlichen Konstruktion, die – einmal erstellt – nur mehr auf bestimmte Prozeß a b s c h n i t t e anzuwenden ist. In diesem Gebäude spiegelt sich nicht mehr das Leben des Stoffes ideell wider, sondern die Totenstarre einer bloßen Abstraktion.

37 Projekt Klassenanalyse: "Besprechung von Michael Mauke: DIE KLASSENTHEORIE VON MARX UND ENGELS, in: SOPO Nr. 11, 1971, S. 103.

38 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, MEW 23, S. 184.

39 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, MEW 23, S. 791.

alleinigen Gegenstand die begriffliche Bestimmung der spezifischen Form der Gesellschaftlichkeit der Arbeit hat, sondern darüber hinaus alle sich aus dieser Form notwendig ergebenden Beziehungen und abgeleiteten Verhältnisse beinhaltet, ja gar nicht von der begrifflichen Bestimmung selbst getrennt werden kann, zumal diese nicht ohne jene existiert. Es geht also darum, zwei Ebenen innerhalb der allgemeinen Untersuchung zu unterscheiden, die begrifflich nicht zusammenfallen, im Gegenteil, zunächst strikt zu trennen sind, will man ihre innere Unzertrennlichkeit, ihre gegenseitige Bedingtheit begreifen und sich so zum richtigen Verständnis 'emporarbeiten'. 'Dem mit der Marxschen Theorie vertrauten Leser wird auffallen', worum es sich hierbei handelt: Es geht um die Trennung der Darstellung des 'allgemeinen Begriffs des Kapitals' von der über sie hinausgehenden 'allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise', deren innersten und in der Darstellung ersten Gegenstand jene zwar bildet, mit dem letztere aber nicht aufhört und nicht gleichzusetzen ist.

Was den Begriff des Kapitals konstituiert, was es möglich und notwendig macht, vom Kapitalismus als eigenständiger Gesellschaftsformation zu sprechen, was die spezifische Differenz dieser Formation gegenüber anderen ausmacht, kann nicht identisch sein mit der allgemeinen Untersuchung dieser Produktionsweise selbst. Mag auch die begriffliche Bestimmung des Kapitals im allgemeinen letztes Resultat der Erforschung der verschiedenen Entwicklungsformen sein, es gilt gerade deshalb sie in der Darstellung zu trennen von der Untersuchung und Bestimmung dieser Formen selbst, soweit sie notwendig aus dem gewonnenen Resultat erwachsen. Es ist diese Unterscheidung auch das letztlich bestimmende Moment der Differenz von Forschungs- und Darstellungsweise im "Kapital":

> "Allerdings muß sich die Darstellungsweise formell von der Forschungsweise unterscheiden. Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiednen Entwicklungsformen zu analysieren und deren innres Band aufzuspüren. Erst nachdem diese Arbeit vollbracht, kann die w i r k l i c h e B e w e g u n g entsprechend dargestellt werden. Gelingt dies und spiegelt sich nun das Leben des Stoffs ideel wider, so mag es aussehen, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun." (40)

IV

Soll also zunächst das 'Kapital im allgemeinen' abgegrenzt werden gegen die darüber hinausgehende 'allgemeine Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise', so fällt in die erste Ebene die Bestimmung des Kapitals als gesellschaftlichem Verhältnis, als prozessierendem Wert, als eine durch Bildung von Mehrwert, durch eine endlose, maßlose Bewegung gekennzeichnete und sich damit in Kapital verwandelnde Wertsumme. Dabei ist jedoch diese Gesamtbewegung zu unterteilen in zwei Lebensabschnitte, deren spezifische Unterschiede zwar in der kontinuierlichen Bewegung als Einheit – in dem *"Bewegungsprozeß des Kapitals, als Ganzes betrachtet"* (41) – verschwinden, deren Erkenntnis aber erst die "Durchbrechung" der aus diesem Kreislauf notwendig hervorgehenden Verkehrungen ermöglicht und damit erst die Voraussetzungen einer Darstellung der gesetzmäßigen inneren Organisation bietet. So ist also die Bestimmung des unmittelbaren Produktionsprozesses als der inneren Lebenssphäre des Kapitals, als der Sphäre seines inneren organischen "gesellschaftlichen Verhältnis(ses) zur Arbeit, worin es eben Kapital ist" (42), zu unterscheiden von äußeren Lebensverhältnissen in welche das Kapital mit seinem Austritt aus der Produktion in der Warenform eintritt, vom Zirku-

40 Ebd., S. 27 (Hervorh. – d.Verf.).

41 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, MEW 25, S. 33.

42 Ebd., S. 54.

lationsprozeß des Kapitals. Zwar erfüllt das Kapital seine Bestimmung, sich selbst verwertender Wert zu sein, nur durch die vollendete Beschreibung seiner spezifischen Kreislaufform, daher also 1. durch den abgeschlossenen Durchlauf seiner beiden Lebensabschnitte, 2. aber in der kontinuierlichen beständigen Wiederholung dieses Durchlaufs. Erst so betrachtet, ist der "kapitalistische Produktionsprozeß, im ganzen betrachtet, Einheit von Produktions- und Zirkulationsprozeß" (43).

Fällt somit in die Analyse des 'Kapital im allgemeinen' die Betrachtung beider sich gegenseitig vermittelnden und bedingenden Abschnitte, deren Einheit erst den Lebensprozeß des Kapitals, seine Bewegung als sich selbst verwertender Wert konstituiert, (44) so ist klar, daß die Darstellung dieses Gegenstandes erst "vollendet" ist mit der abschließenden Aufnahme der Bestimmungen, soweit sie sich aus dem Gesamtprozeß ergeben – Kapital und Profit. Hingegen umfaßt die allgemeine Analyse der kapitalistischen Produktionsweise mehr, wobei vorher noch zu erwähnen bleibt, daß wir die Ansicht teilen, erster Schritt jeglicher Untersuchung wirklicher Verhältnisse sei die gründliche Aneignung der Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals, wie sie von Marx vorgelegt wurde. Darüber hinaus jedoch ist sowohl die Aneignung der von Marx selbst weitergetriebenen Untersuchung als auch ihre Fortsetzung unabdingbare Voraussetzung jeglicher konkret-empirischen Anwendung. Kennzeichnet man nicht den spezifischen "Umschwung" innerhalb des "Kapitals" von der Darstellung des Kapitals im allgemeinen zu weitergehenden Bestimmungen, die nicht mehr unmittelbar in seinen Rahmen fallen, so dürfte man kaum zu einem richtigen Verständnis der Marxschen Untersuchung gelangen. Daß in diesem "Umschwung" in der Tat eine enge Wechselbeziehung enthalten ist, wurde bereits angedeutet, sie selbst wird noch näher zu bestimmen sein. Zunächst jedoch gilt es mit Marx zu zeigen, daß die Trennung der Ebenen eine notwendige Voraussetzung des Verständnisses der allgemeinen Untersuchung bildet. So findet sich in fast allen Aufbauplänen für das Gesamtwerk eine klare Trennung der Gegenstände: (45)

> "Folgendes ist short outline of the first part. Die ganze Scheiße soll zerfallen in 6 Bücher: 1. Vom Kapital. 2. Grundeigentum. 3. Lohnarbeit. 4. Staat. 5. Internationaler Handel. 6. Weltmarkt.
> I. Kapital zerfällt in 4 Abschnitte. a) Kapital en général. (Dies ist der Stoff des ersten Hefts.) b) Die Konkurrenz oder die Aktion der vielen Kapitalien aufeinander. c) Kredit, wo das Kapital den einzelnen Kapitalien gegenüber als allgemeines Element erscheint. d) Das Aktienkapital als die vollendetste Form..." (46)

Hier also ist das Kapital im allgemeinen klar getrennt von der Darstellung der Konkurrenz, des Kredits und des Aktienkapitals, deren Zugehörigkeit jedoch zur allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise niemand ernsthaft wird bestreiten wollen. Ebenso ist die Unterscheidung in den mehr als vier Jahre später gemachten Bemerkungen

43 Ebd., S. 33.
44 Vgl. K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, MEW 23, S. 329: "... und der Lebensprozeß des Kapitals besteht nur in seiner Bewegung als sich selbst verwertender Wert."
45 Auf die Problematik der Veränderung der Aufbaupläne bei Karl Marx sei hier nicht näher eingegangen, vgl. hierzu: W.S. Wygodski: DIE GESCHICHTE EINER GROSSEN ENTDECKUNG, Kapitel 8, S. 117 ff., wobei zu erwähnen bleibt, daß wir die Ansicht Wygodskis, Marx habe "in den Abschnitt "Das Kapital im allgemeinen" tatsächlich viele der Probleme (eingeschlossen), die eigentlich den Inhalt der folgenden Abschnitte des ersten Buches und der anderen Bücher seines ökonomischen Werks bilden sollten," (S. 124) nicht teilen können, sondern vielmehr davon ausgehen, daß dieser 'Einschluß' dem 'eigentlichen Inhalt' geschuldet ist.
46 K. Marx: "Brief an Engels" vom 2.4.1858, MEW 29, S. 312.

zum Aufbau wiederzufinden, die die Absurdität einer Gleichsetzung des allgemeinen Begriffs des Kapitals und der allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktion noch deutlicher erkennen läßt:

> "Der zweite Teil ist nun endlich fertig, d.h. bis zum Reinschreiben und der letzten Feilung für den Druck.... Es ist die Fortsetzung von Heft I, erscheint aber selbständig unter dem Titel "Das Kapital" und "Zur Kritik der Politischen Ökonomie" nur als Untertitel. Es umfaßt in der Tat nur, was das dritte Kapitel der ersten Abteilung bilden sollte, nämlich "Das Kapital im allgemeinen". Es ist also nicht darin eingeschlossen die Konkurrenz der Kapitalien und das Kreditwesen." (47)

Auch aus den Formulierungen Marxens über den Gegenstand der Darstellung des dritten Bandes fällt unmittelbar auf, was die genannte Unterscheidung beinhaltet:

> "In solcher allgemeinen Untersuchung wird überhaupt immer vorausgesetzt, daß die wirklichen Verhältnisse ihrem Begriff entsprechen, oder was dasselbe, werden die wirklichen Verhältnisse nur dargestellt, soweit sie ihren eignen allgemeinen Typus ausdrücken." (48)

Ebenso in anderem Zusammenhang:

> "In der politischen Ökonomie wird aber unterstellt, daß sie (Nachfrage und Zufuhr, – d. Verf.) sich decken, warum? Um die Erscheinungen in ihrer gesetzmäßigen, ihrem Begriff entsprechenden Gestalt zu betrachten..." (49)

Sollen also die wirklichen Verhältnisse ihrem Begriff entsprechen, bzw. werden sie als Ausdruck ihres allgemeinen Typus dargestellt, so ist unmißverständlich klar, daß die "Begrifflichkeit" selbst bereits entwickelt sein muß. Der Unterschied im Gegenstand der Darstellung ist vielleicht am deutlichsten sichtbar aus folgendem Zitat:

> "Wenn, wie der Leser zu seinem Leidwesen erkannt hat, die Analyse der wirklichen, innern Zusammenhänge des kapitalistischen Produktionsprozesses ein sehr verwikkeltes Ding und eine sehr ausführliche Arbeit ist; wenn es ein Werk der Wissenschaft ist, die sichtbare, bloß erscheinende Bewegung auf die innere wirkliche Bewegung zu reduzieren, so versteht es sich ganz von selbst..." (50)

Das Resultat des Forschungsprozesses, die Reduktion der erscheinenden Bewegung auf den inneren Zusammenhang, das in der Darstellung den notwendigen Ausgangspunkt bildet, muß also ergänzt werden durch die stufenweise Annäherung an die Formen der Oberfläche. Was sich im Forschungsprozeß als Absteigen vom Konkreten zum Abstrakten zusammenfassen ließ, muß in der Darstellung als Aufsteigen vom Abstrakten zum Konkreten sich geltend machen. Und dieses Aufsteigen kann – um es kurz, daher leider schematisch – auszudrücken, erst dort ansetzen, wo die Darstellung des Abstrakten, Allgemeinen abgeschlossen ist. Dagegen ist klar, daß, solange das Kapital im allgemeinen selbst noch Gegenstand der Untersuchung ist, formuliert werden muß:

> "Die Art und Weise wie die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion in der äußern Bewegung der Kapitale erscheinen, sich als Zwangsgesetze der Konkurrenz geltend machen und daher als treibende Motive dem individuellen Kapitalisten zum Bewußtsein kommen, ist jetzt nicht zu betrachten, aber soviel erhellt von vornherein: Wissenschaftliche Analyse der Konkurrenz ist nur möglich, sobald die innere Natur des Kapitals begriffen ist, ..." (51)

47 K. Marx: "Brief an Kugelmann" vom 28.12.1862, MEW 30, S. 639 (Hervorh. – d.Verf.).
48 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, MEW 25, S. 152.
49 Ebd., S. 199.
50 Ebd., S. 324.
51 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, MEW 23, S. 335.

Wir haben den Zusammenhang in dieser Ausführlichkeit deshalb hier aufgenommen, weil wir meinen, daß ein verkürztes Verständnis der von Marx im Kapital angelegten Untersuchung notwendigerweise schwerwiegende Folgen hat, auch und gerade für die Einschätzung der Theorieentwicklung im 20. Jahrhundert, sowie auch für das Verständnis der Ableitungsfolge der Strategie und Taktik der kommunistischen Parteien heute.

V

Bevor auf diese jedoch selbst eingegangen werden kann, muß noch die Vermittlung der beiden hier gekennzeichneten Ebenen klar sein. Der Übergangsschritt muß verstanden werden als notwendiger, er ergibt sich bereits innerhalb der Bestimmungen des Kapitals im allgemeinen. Schon dort ist die Notwendigkeit der Besonderungen unterstellt, das Verhältnis von gesellschaftlichem Gesamtkapital und individuellem Kapital, ja das "Kapital im Allgemeinen ... selbst (als) eine *reelle* Existenz" angelegt (52). Wo daher der Übergang zur Betrachtung der Besonderungen anzusiedeln ist -- und damit auch das Hinausgehen über das "Kapital im allgemeinen" – ergibt sich bei Marx daher klar:

> "Die dritte Form des Geldes als selbständiger, negativ gegen die Zirkulation sich verhaltender Wert, ist das Kapital, das nicht als Ware aus dem Produktionsprozeß heraus wieder in den Austausch tritt, um Geld zu werden. Sondern das Kapital, das in der Form des auf sich selbst beziehenden Werts Ware wird, in die Zirkulation tritt. (K a p i t a l u n d Z i n s .) Diese dritte Form unterstellt das Kapital in den frühern und bildet zugleich den Übergang aus dem K a p i t a l in die b e s o n d r e n K a p i t a l i e n , die realen Kapitalien; da jetzt, in dieser letzten Form, das Kapital seinem Begriff nach sich schon in zwei Kapitalien von selbständigem Bestehn scheidet. Mit der Zweiheit ist dann die Mehrheit überhaupt gegeben. Such is the march of this development." (53)

Dabei ist aber bereits in der Betrachtung des Ausgleichs zur Durchschnittsprofitrate die Existenz der vielen Kapitalien Voraussetzung und somit auch das Verhältnis von Konkurrenz und inneren Gesetzen der kapitalistischen Produktion ein spezifisches. Wir werden im Folgenden etwas näher auf dieses Verhältnis eingehen um zu zeigen,

a) wie mit der Darstellung der "konkreten Formen ... welche aus dem *Bewegungsprozeß des Kapitals, als Ganzes betrachtet,* hervorwachsen" (54) und der damit angelegten schrittweisen Annäherung an die Formen der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft, die kapitalistische Produktionsweise als real existierende – nicht in ihrer empirisch zufälligen, sondern historisch notwendigen Dasein – selbst Gegenstand der Untersuchung wird, ohne damit den Allgemeinheitsgrad der Bestimmungen einzuschränken oder die analysierten Grundformen als lediglich einer bestimmten Stufe der kapitalistischen Produktionsweise angehörenden zu 'degradieren';

b) daß auch bei zunächst ausgeschlossener Analyse der wirklichen Bewegung der Konkurrenz die Marxsche Untersuchung über die Darstellung des "Kapital im allgemeinen" hinausgeht;

c) daß aus diesem Verhältnis selbst zu entwickeln ist, was unter allgemeiner Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise zu verstehen ist;

d) wie in diesem Verhältnis die bereits angesprochene Möglichkeit und Notwendigkeit einer qualitativen Unterscheidung von Stadien innerhalb der realen historischen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise selbst angelegt ist.

52 K. Marx: GRUNDRISSE DER KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE, Berlin 1953, S. 353.
53 Ebd., S. 352-353.
54 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, MEW 25, S. 33.

> "Die freie Konkurrenz ist n o c h n i e entwickelt worden von den Ökonomen... Sie ist nur negativ verstanden worden: d.h. als Negation von Monopolen, Korporation, gesetzlichen Regulationen etc.... Begrifflich ist die K o n k u r r e n z nichts als die innre N a t u r d e s K a p i t a l s , seine wesentliche Bestimmung, erscheinend und realisiert als Wechselwirkung der vielen Kapitalien aufeinander, die innre Tendenz als äußerliche Notwendigkeit.) (Kapital existiert und kann nur existieren als viele Kapitalien und seine Selbstbestimmung erscheint daher als Wechselwirkungen derselben aufeinander.)" (55)

Wenn also begrifflich die Konkurrenz die erscheinende und realisierte innere Natur des Kapitals ist, so ist klar, daß der Verzicht auf eine allgemeine Untersuchung ihrer eigenen Bewegung als aus den inneren Gesetzen notwendig hervorgehenden nur mehr das 'Kapital im allgemeinen' als fade Abstraktion übrigläßt. Dabei gilt natürlich festzuhalten:

> "Die Konkurrenz überhaupt, dieser wesentliche Lokomotor der bürgerlichen Ökonomie, etabliert nicht ihre Gesetze, sondern ist deren Exekutor. Illimited competition ist darum nicht die Voraussetzung für die Wahrheit der ökonomischen Gesetze, sondern die Folge – die Erscheinungsform, worin sich ihre Notwendigkeit realisiert.... Die Konkurrenz e r k l ä r t daher nicht diese Gesetze; sondern sie läßt sie s e h n , produziert sie aber nicht." (56)

Aber der Sachverhalt entgleitet völlig, wenn nicht gleichzeitig die Wechselwirkung beachtet wird, in der die Durchsetzungsform zur inneren Natur steht. Gilt für das nichterscheinende Wesen, daß es nur mehr erklärbar ist als ein 'Un-Wesen', so ist das Kapital im allgemeinen ohne seine reelle Entwicklung bloßes Hirngespinst.

> "Die f r e i e K o n k u r r e n z ist die Beziehung des Kapitals auf sich selbst als ein andres Kapital, d.h. das reelle Verhalten des Kapitals als Kapital. Die innern Gesetze des Kapitals – die nur als Tendenzen in den historischen Vorstufen seiner Entwicklung erscheinen – werden erst als Gesetze gesetzt; die auf das Kapital gegründete Produktion setzt sich nur in ihren adäquaten Formen, sofern und soweit sich die freie Konkurrenz entwickelt, denn sie ist die freie Entwicklung der auf das Kapital gegründeten Produktionsweise; die freie Entwicklung seiner Bedingungen und seiner als diese Bedingungen beständig reproduzierenden Prozesses. ...das Kapital ist frei gesetzt ... Die freie Konkurrenz ist die reelle Entwicklung des Kapitals. Durch sie wird als äußerliche Notwendigkeit für das einzelne Kapital gesetzt, was der Natur des Kapitals entspricht, (der) auf das Kapital gegründeten Produktionsweise, was dem Begriff des Kapitals entspricht. Der wechselseitige Zwang, den in ihr die Kapitalien aufeinander, auf die Arbeit etc. ausüben ... ist die f r e i e , zugleich r e a l e Entwicklung des Reichtums als Kapital." (57)

Weiterhin ist klar, daß wenn in der wirklichen Konkurrenz alle inneren Gesetze verkehrt erscheinen, diese Gesetze selbst in der Darstellung bereits entwickelt sein müssen, bevor überhaupt auf die Betrachtung des notwendigen Zusammenhangs von Erscheinung und innerer Gesetzmäßigkeit übergegangen werden kann.

> "(In der Konkurrenz ist das Grundgesetz, das entwickelt wird im Unterschied zu dem über den Wert und Surpluswert aufgestellten, daß er bestimmt ist nicht durch die in ihm enthaltene Arbeit, oder die Arbeitszeit, worin er produziert ist, sondern die Arbeitszeit, worin er produziert werden kann, oder die zur Reproduktion notwendige Arbeitszeit. Dadurch wird das einzelne Kapital realiter erst in die Bedingungen des Kapitals überhaupt gestellt, obgleich es den Schein hat, als ob das ursprüngliche Gesetz umgeworfen. Die n o t w e n d i g e Arbeitszeit als durch die

55 K. Marx: GRUNDRISSE ..., S. 317.
56 Ebd., S. 450.
57 Ebd., S. 543 f.

Bewegung des Kapitals selbst bestimmt, ist aber so erst gesetzt. Dies ist das Grundgesetz der Konkurrenz. Nachfrage, Zufuhr, Preis (Produktionskosten) sind weitere Formbestimmungen (!!); der Preis als Marktpreis; oder der allgemeine Preis... Kurz, hier erscheinen alle Bestimmungen u m g e k e h r t wie in dem Kapital im Allgemeinen ... Wirkung der einzelnen Kapitalien aufeinander bewirkt eben, daß sie als K a p i t a l sich verhalten müssen; das scheinbar unabhängige Wirken der Einzelnen und ihr regelloses Zusammenstoßen ist grade das Setzen ihres allgemeinen Gesetzes. Markt erhält hier noch andere Bedeutung. Das Wirken der Kapitalien als einzelner aufeinander wird so grade ihr Setzen als allgemeiner und Aufheben der scheinbaren Unabhängigkeit und selbständigen Bestehns der Einzelnen. Noch mehr findet diese Aufhebung statt im Kredit. Und die äußerste Form, wozu die Aufhebung geht, die aber zugleich das u l t i m a t e S e t z e n des Kapitals in seiner ihm adäquaten Form – das Aktienkapital.)" (58)

Also: Wird das Kapital als allgemeines erst gesetzt durch das Wirken der Kapitalien als einzelner aufeinander, so bedeutet doch der Verzicht auf die Darstellung dieser Wirkungsweise selbst innerhalb der allgemeinen Untersuchung (Der Verzicht auf die Untersuchung von Formbestimmungen!!) nur: Das Kapital im allgemeinen findet in der Darstellung nicht seine Einlösung, es bleibt un-gesetzt – was sich in der so reduzierten "allgemeinen Untersuchung" ideell widerspiegelt ist nicht das Leben des Stoffs, sondern die Leere einer nichteingelösten, eben faden Abstraktion.

Um das Verhältnis der beiden Untersuchungsebenen in knapper Weise zu umreißen, genügen hier bereits folgende beiden Bestimmungen:

"Indessen ist es 1) seine notwendige Tendenz, sich in allen Punkten die Produktionsweise zu unterwerfen, sie unter die Herrschaft des Kapitals zu bringen. Innerhalb einer bestimmten nationalen Gesellschaft ergibt sich das schon notwendig durch Verwandlung, vermittelst desselben, aller Arbeit in Lohnarbeit; 2) in bezug auf auswärtige Märkte erzwingt das Kapital diese Propaganda seiner Produktionsweise durch die internationale Konkurrenz. Die Konkurrenz ist überhaupt die Weise, worin das Kapital seine Produktionsweise durchsetzt." (59)

Es "setzt sich das innere Gesetz nur durch vermittelst ihrer Konkurrenz, ihres wechselseitigen Drucks aufeinander, wodurch sich die Abweichungen gegenseitig aufheben. Nur als inneres Gesetz, den einzelnen Agenten gegenüber als blindes Naturgesetz, wirkt hier das Gesetz des Werts und setzt das gesellschaftliche Gleichgewicht der Produktion inmitten ihrer zufälligen Fluktuationen durch." (60)

Damit ist aber auch unmißverständlich ausgedrückt, daß alle Formen und Gestaltungen, soweit sie sich aus dieser realen Entwicklung des Reichtums als Kapital notwendig ergeben auch Gegenstand der allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise zu sein haben. Und zwar gilt dies unabhängig von den einzelnen Entwicklungsstadien; denn solange die bürgerliche Gesellschaft überhaupt noch als ein Abschnitt der Menschheitsgeschichte real existiert – wenn auch nicht mehr als fortschrittlichste und damit nicht mehr als im Weltmaßstab mögliche – treibt sie mit Notwendigkeit neue Formen aus sich heraus, deren Bestimmung selbst in die allgemeine, deren jeweilige Modifikationen und Begrenzungen durch 'zahllos verschiedene empirische Umstände, Naturbedingungen, Racenverhältnisse, von außen wirkende geschichtliche Einflüsse' etc. dagegen in die konkrete empirisch-historische Untersuchung eines Landes fallen. (61)

58 Ebd., S. 549 f. (Hervorh. (!!) – d.Verf.).
59 Ebd., S. 617.
60 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, MEW 25, S. 887.
61 So lassen sich – um auf das bereits angeführte Beispiel zurückzukommen – die Verträge von Moskau und Warschau nur konkret aus der Untersuchung der bundesrepublikanischen Situation erklären; die generell notwendige Anpassung des Imperialismus an das sich beständig zu seinem Ungunsten verändernde Kräfteverhältnis ist dagegen allgemeines Kennzeichen der Krise des Kapitalismus. Ist dies aber nicht unterstellt, so muß man zu der These von der Verselbständigung der SPD-Regierung gegenüber den Kapitalinteressen gelangen.
62 Projekt Klassenanalyse: "Besprechung von Reichelt ...", a.a.O., S. 94.
63 Helmut Reichelt: ZUR LOGISCHEN STRUKTUR DES KAPITALBEGRIFFS BEI KARL MARX, Ffm. 1970, S. 85.
64 Projekt Klassenanalyse: "Besprechung von Reichelt ...", a.a.O., S. 95.
65 Bischoff, Ganßmann, Kümmel, Löhlein: "Produktive und unproduktive Arbeit als Kategorien der Klassenanalyse", in: SOPO Nr. 6/7, 1970, S. 89.

VI

Es ist hier der Punkt erreicht, an dem zurückgegangen werden kann zur Frage, worin sich nun das von uns hier zu kritisierende Verständnis vom Übergang der Untersuchungsschritte äußert – soweit dies nicht bereits in vorangegangenen Erläuterungen geklärt ist. Dabei macht sich als eine besondere Schwierigkeit geltend, daß in den verstreuten Äußerungen zum Gesamtverständnis der Marxschen Theorie und Methode sich widersprüchliche Bestimmungen finden. So wird im Zusammenhang einer Besprechung von H. Reichelts Buch "Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx" richtig festgehalten:

"Als der Hauptvorzug dieser Arbeit muß hervorgehoben werden, daß die methodische Differenz zwischen der Darstellung des allgemeinen Begriffs des Kapitals und der Darstellung des Kapitals in seiner historischen Realität prägnanter herausgearbeitet wird, als dies bei anderen Autoren bisher der Fall war ... Es gelingt ihm zu zeigen, in welcher Weise solche methodischen Prinzipien wie 'Wesen und Erscheinung', 'Begriff und historische Wirklichkeit' und 'immanentes Übersichhinausgehen' von der eigentümlichen Struktur des Gegenstandes – der bürgerlichen Gesellschaft – selbst gefordert werden; in ihm selbst vorhanden sind." (62)

Auch in der daraus sich ergebenden begrifflichen Konsequenz wird betont:

"Es muß also – wie Reichelt ausdrücklich hervorhebt – unterschieden werden zwischen zwei Aspekten im Begriff der Konkurrenz: 'das Kapital als es selbst und seine eigene Oberfläche, als prozessierende Einheit von Wesen und Erscheinung, die selber noch in der begrifflichen Darstellung zum Ausdruck kommt, und dann das Kapital in der historischen Realität.' (63)" (64)

Wo es aber dagegen darum geht, die in dieser Unterscheidung angelegten methodischen Schritte der Untersuchung selbst anzugeben, bzw. die systematische Abfolge der Ebenen sowohl im "Kapital" als auch in der notwendigen Weiterentwicklung zu skizzieren, verwischen sich die Differenzen zu einem verkürzten Begreifen. So wird an anderer Stelle, wo es um die Frage geht, welche Bedeutung die Differenzierung zwischen produktiven und unproduktiven Arbeitern für die Entstehung von Klassenbewußtsein hat, die Klärung an eine andere Stelle verwiesen mit der Begründung:

"Eine Darstellung des Problems, die über bloße Andeutungen hinausgeht, unterstellt die Aufarbeitung einer Reihe von Zwischengliedern im System der Kritik der politischen Ökonomie, die bis jetzt nicht geleistet ist. Das impliziert nicht nur die Aufarbeitung der Marx'schen Theorie, sondern auch die Untersuchung gegenwärtiger empirischer Verhältnisse." (65)

Uns scheint hier bereits die verkürzte Beschreibung deutlich zu sein: Der Aufarbeitung der Marxschen Theorie folgt unmittelbar die Untersuchung der empirischen Verhältnisse, ohne die systematisch notwendige Weiterentwicklung der Theorie selbst zu erwähnen. Zwar wird an anderer Stelle das Problem nebenbei erwähnt, aber auch dort folgt dem Studium des "Kapital" unmittelbar die Anwendung auf empirisch-historische Situationen:

"Wenn also von Anwendung der Marxschen Theorie oder der Marxschen Methode gesprochen werden kann, dann nur in dem Sinne, "ein Stück Zeitgeschichte vermittelst der materialistischen Geschichtsauffassung aus der gegebenen ökonomi-

schen Lage zu erklären, d.h. den inneren Zusammenhang zwischen politischen Begebenheiten und ökonomischen Tatsachen nachzuweisen (vom Problem der Vollendung (!!) der 'Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft' einmal ganz abgesehen)" (66). Daher kann der erste Schritt in der Anwendung der Marxschen Methode – Theorie – zur Untersuchung der realen Klassenkampfbewegung nur im gründlichen Studium der Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft bestehen, d.h. also in der systematischen Aneignung der von Marx im "Kapital" dargelegten inneren Organisation der kapitalistischen Produktionsweise." (67)

Das Verständnis ist hier klar: die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft ist nur mehr um einige Punkte zu erweitern, von denen jedoch zunächst abgesehen werden kann, dann ist die allgemeine Untersuchung beendet und kann nur mehr empirisch auf die Untersuchung eines Landes zu einem Zeitpunkt angewandt werden. Wir halten in der Tat diese Auffassung für *nicht identisch* mit der Marxschen Theorie und Methode. Noch deutlicher tritt diese Verkürzung zutage, wo explizit auf das Verhältnis von Theorie und Empirie eingegangen wird:

> "Marx gibt im 'Kapital' nur die Darstellung der kapitalistischen Produktionsweise, die die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft bildet, der ihr entsprechenden Produktions- und Verkehrsverhältnisse im allgemeinen. Bei dieser allgemeinen Untersuchung ist immer vorausgesetzt, daß die wirklichen Verhältnisse ihrem Begriff entsprechen (68), denn es handelt sich nicht um die empirisch realen Verhältnisse, um den höheren oder niederen Entwicklungsgrad der gesellschaftlichen Antagonismen, welche aus den Naturgesetzen der kapitalistischen Produktion entspringen, 'es handelt sich um diese Gesetze selbst, um diese mit eherner Notwendigkeit wirkenden und sich durchsetzenden Tendenzen' (69). Es ist klar, daß diese Gesetze in ihrer Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert werden, daher auch nur als Tendenzen zu formulieren sind, deren Analyse aber nicht in die allgemeine Untersuchung fällt." (70)

Wo ist hier die bei Reichelt gelobte Unterscheidung zweier Aspekte im Begriff der Konkurrenz noch zu erkennen? Wenn hier unter Verwirklichung der inneren Gesetze nur verstanden wird die durch empirische Umstände modifizierte, dagegen aber die dem Begriff entsprechende Verwirklichungsweise, "das Kapital als es selbst und seine eigene Oberfläche, als prozessierende Einheit von Wesen und Erscheinung, die selber noch in der begrifflichen Darstellung zum Ausdruck kommt," (71) nicht mehr in die allgemeine Untersuchung gehört, dann bleibt in der Tat die Darstellung des Kapitals im allgemeinen eine bloße a priori Konstruktion. Fassen wir die hier zitierten Aussagen zusammen, so ist klar die Identität der 'allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise' und der Darstellung des 'allgemeinen Begriffs des Kapitals' impliziert:

Die Analyse der notwendigen Formen, in denen sich die inneren Gesetze durchsetzen, die Formen, die aus diesen Gesetzen selbst, aus dem Bewegungsprozeß des Kapitals hervorgehen, fielen demnach nicht mehr in die allgemeine Untersuchung. Wir haben dagegen versucht zu zeigen, daß unter die allgemeine Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise sowohl die inneren Gesetze des Kapitals als auch die mit Notwendigkeit aus diesen Gesetzen hervorgehenden Durchsetzungsformen zu subsumieren sind. Dabei ist das Kapital schon in seiner realen Entwicklung gesetzt, nicht als empirisch zufälliges, nicht als

66 Bierbaum, Bischoff, Krätke, Menard: "Zur Aktualität der Leninschen Partei", in: SOPO Nr. 10, 1971, S. 53 (Hervorh. (!!) – d.Verf.).
67 Projekt Klassenanalyse: "Besprechung von Reichelt ...", a.a.O., S. 96.
68 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, MEW 25, S. 152.
69 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, MEW 23, S. 12.
70 Projekt Klassenanalyse: "Zur Kritik der 'Sozialstaatsillusion' (SOPO 6/7)", in: SOPO Nr. 14/15, 1971, S. 203.
71 H. Reichelt: ZUR LOGISCHEN ..., a.a.O., S. 85.

höherer oder niederer Entwicklungsgrad, sondern eben in seiner realen Existenz als viele Kapitalien, in seinen dem Begriff entsprechenden Verhältnissen. Erst unter diesem Aspekt wird doch überhaupt verständlich, was die von Marx angelegte Untersuchung z.B. des Aktienkapitals oder des Kreditwesens für einen Stellenwert haben. Will man dagegen an dem hier vorliegenden Verständnis ansetzen, so bleibt der Zusammenhang innerhalb des "Kapitals" völlig verborgen – man kommt letztlich zu der Aussage, es handle sich ab dem Übergang zu den Besonderungen des Kapitals nur mehr um bestimmte Entwicklungsstadien, die allerdings dann nur noch empirisch-historisch konstatierbar seien. Daß hier ein Widerspruch aufklafft, wird noch durch die dann folgenden Ausführungen bestärkt:

> "Denn die Aufgabe der allgemeinen Untersuchung und der begrifflich-genetischen Darstellung ist es, 'die sichtbare, bloß erscheinende Bewegung auf die innere wirkliche Bewegung zu reduzieren' (72), d.h. aber die Gesetze dieser bestimmten Produktionsform, die zugleich die Gesetze ihrer Erscheinung sind, zu finden. Marx will in dieser allgemeinen Untersuchung n i c h t n u r 'den inneren Zusammenhang im Unterschied von der Mannigfaltigkeit der Erscheinungsformen begreifen' (73), also das innere Band auffinden, was die empirischen Phänomene des materiellen Lebenserzeugungsprozesses in der bürgerlichen Gesellschaft verbindet, sondern auch in genetischer Darstellung den Zusammenhang zwischen innerer Organisation der historisch bestimmten Form des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses und seinen bestimmten Erscheinungsformen entwickeln.". (74)

Wir müssen aus diesem Zitat entnehmen, Marx habe selbst die Aufgabe der allgemeinen Untersuchung nicht verstanden, sonst hätte er diese nach der Darstellung der inneren Gesetze abzubrechen gehabt. Wie er aber den Zusammenhang zwischen innerer Organisation der *historisch bestimmten* Form des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses mit seinen bestimmten Erscheinungsformen entwickeln kann, *ohne* das Kapital in seiner realen Entwicklung selbst zum Gegenstand zu machen, bleibt rätselhaft.

Einerseits ist es also Aufgabe, von allem Konkreten zu abstrahieren, um die innere Natur des Kapitals offenzulegen. Andererseits soll auch der Zusammenhang zwischen innerer Organisation und den bestimmten Erscheinungsformen unter Abstraktion von aller Verwirklichungsform dieser Gesetze selbst aufgedeckt werden. Der Kreis schließt sich: Der Aufstieg vom Abstrakten zum Konkreten findet statt im ständigen Abstieg vom Konkreten zum Abstrakten – findet hier also gar nicht mehr statt. So ist dann auch die Untersuchung der wirklichen Bewegung der Konkurrenz identisch mit der empirisch-zufälligen Bewegung, so lassen sich sämtliche Entwicklungsformen und Verhältnisse, die die kapitalistische Produktionsweise in ihrer historischen Realität durchlaufen muß, solange sie ihrem Begriff entspricht, nur mehr konkret für ein Land, empirisch-historisch untersuchen etc.

> "Das Resultat der Marxschen Untersuchung des Kapitals im Allgemeinen ist die Bestimmung der ökonomischen Struktur der bürgerlichen Gesellschaft." (75)

Somit ist also die allgemeine Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise mit Marx abgeschlossen, was noch folgen kann, sind bestenfalls quantitative Erweiterungen und Konkretisierungen der bereits analysierten Grundformen, wo aber die von Marx selbst angedeuteten Untersuchungen bzw. "etwaige Fortsetzung ... unsers Werks" (76) anzusiedeln wären, bleibt völlig im 'Dunkel des Highgate-Friedhofs', wenn mit der Analyse des Kapitals im Allgemeinen die Anatomie der bürgerlichen Gesellschaft bereits fertig untersucht ist.

72 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, MEW 25, S. 324.
73 K. Marx: THEORIEN ÜBER DEN MEHRWERT, Teil III, MEW 26.3, S. 497.
74 Projekt Klassenanalyse: "Zur Kritik ...", a.a.O., S. 203 (Hervorh. – d.Verf.).
75 Ebd., S. 204.
76 Vgl.: K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 3, MEW 25, S. 120.

Man muß dann wiederum annehmen, Marx habe sich selbst nicht richtig verstanden, wenn er an einigen zentralen Problemen auf weitere notwendige Untersuchungen hingewiesen habe, ohne die überhaupt nicht geklärt werden könne, wie dann tatsächlich in der empirisch-historischen Situation bestimmte Phänomene einzuordnen wären. Zur Verdeutlichung:

> "Dies wird hier nur empirisch angeführt (Herunterdrücken des Arbeitslohnes unter seinen Wert als eine dem tendenziellen Fall entgegen wirkende Ursache, d.Verf.), da es in der Tat, wie manches andre, was hier auszuführen wäre, mit der allgemeinen Analyse des Kapitals nichts zu tun hat, sondern in die, in diesem Werk nicht behandelte, Darstellung der Konkurrenz gehört. Doch ist es eine der bedeutendsten Ursachen, die die Tendenz zum Fall der Profitrate aufhalten." (77)

In der Tat gehört diese Untersuchung nicht in die Analyse des Kapitals, inwieweit man sie aber damit aus der allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise (z.B. im Zusammenhang mit der Betrachtung des zyklischen Verlaufs des Reproduktionsprozesses) überhaupt entfernen kann, bleibt schleierhaft. Gleiches gilt für die "Lehre von der Konkurrenz" (78), die als Lehre also gar nicht existieren kann, sondern lediglich für einen bestimmten Zeitpunkt in einem Land feststellbar sei etc. Daß den Autoren an anderer Stelle die Notwendigkeit der allgemeinen Untersuchung bestimmter Phänomene und Formbestimmungen sich aufdrängt, sei nur nebenbei erwähnt, denn die Frage stellt sich hier nach dem Zugang zur Erklärung selbst:

> "Zwar wird keine ernstzunehmende Kritik spätkapitalistischer Verhältnisse die Bedeutung solcher Phänomene wie monopolistische Preisbildung, Staatsinterventionismus, Expansion unproduktiver Arbeit etc. bestreiten, jedoch dürfen diese Phänomene nicht aus dem Konnex des gesellschaftlichen Reproduktionszusammenhanges herausgelöst und in ihrer Bedeutung verabsolutiert werden." (79)

Uns scheint eine Ursache für skizziertes Mißverständnis in folgendem Problem zu liegen: Trennt man nicht genaustens alle Hin- und Verweise, die im "Kapital" gemacht werden nach ihrem jeweiligen Bestimmungsort, geht man nicht der von Marx aufgebauten Grundstruktur einer allgemeinen Untersuchung stringent nach, so kann man leicht in die Schwierigkeit geraten, *alle* hier nur angedeuteten und herausgelassenen Fragestellungen als der empirisch-historischen Untersuchung angehörig zu verstehen. Indessen lassen sich sehr genau mehrere Ebenen der Verweise trennen, die sich ungefähr so schematisieren ließen:

a) Verweise von Problemen und Gegenständen, deren Ort in der systematischen Abfolge des "Kapitals" noch nicht erreicht ist. Hierzu gehören besonders die Verweise auf Profit, Zins, Rente, Kredit, Aktienkapital, Produktionspreise etc. Es bereiten diese Auslassungen am wenigsten Schwierigkeiten, zumal ihre Wiederaufnahme ja innerhalb der Gesamtdarstellung noch erfolgt.

b) Verweise von Problemen, die außerhalb der Analyse des Kapitals, aber in die etwaige Fortsetzung der allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise gehören. Hierzu finden sich eine Vielzahl von Bemerkungen, deren völlige Fehlinterpretation erst zu einem Verständnis einer abgeschlossenen Konstruktion der allgemeinen Untersuchung führen kann.

c) Verweise von Problemen, die nur der spezifisch empirischen Situation eines Landes zu einem bestimmten Zeitpunkt geschuldet sind, die sich allgemein also für die kapitalistische Produktionsweise nicht mehr analysieren lassen, da sie nicht aus notwendigen inneren Gesetzmäßigkeiten erklärbar sind.

77 Ebd., S. 245 (Hervorh. – d.Verf.).
78 Ebd., S. 772.
79 Bischoff, Ganßmann u.a.: "Produktive ...", a.a.O., S. 72.

VII

Zu klären bleibt noch das Problem der Möglichkeit und Notwendigkeit der Unterscheidung qualitativ verschiedener Stadien im Laufe des Lebensprozesses der kapitalistischen Produktionsweise in ihrer realen Existenz. Nach dem bisher Dargestellten sollte bereits klar sein: Weder kann sich eine qualitative Veränderung mit den Bestimmungen und Gesetzen ergeben, wie sie im allgemeinen Begriff des Kapitals entwickelt sind – schon hier ist bereits jeder Versuch zurückzuweisen, die Marxsche Theorie für eine – bloß einer gewissen Stufe der kapitalistischen Produktion adäquate – Untersuchung erklären zu wollen. Dieser Gegenstand selbst ist ja konstituierend für die bürgerliche Gesellschaft als einer besonderen Formation der Menschheitsgeschichte. Mit diesem Inhalt kann sich also keine weitere Veränderung ergeben, als die Aufhebung der kapitalistischen Produktion selbst. Weiterhin ist aus dem dargestellten Verhältnis von innerer Natur des Kapitals und Konkurrenz klar, daß auch diese unabdingbare Bedingung der bürgerlichen Gesellschaft, selbst "die realisierte und erscheinende innere Natur", ist.

Es stellt sich die Frage, worin also überhaupt eine qualitative Unterscheidung verschiedener Stadien der kapitalistischen Entwicklung zu treffen ist. Welches sind die Kriterien, die es trotz der gegebenen Bestimmungen ermöglichen und notwendig machen, von verschiedenen Stufen der kapitalistischen Produktion zu sprechen, die sich nicht nur unterscheiden durch die 'reinere Form', in der sich die inneren Gesetze durchsetzen, gegenüber Vorformen, in denen noch zu überwindende Momente vorkapitalistischer Produktionsweisen fortexistieren? Handelte es sich dabei lediglich um weiterentwickelte Formen, deren Grundstruktur von Marx bereits im "Kapital" analysiert sind, so z.B. um die Untersuchung von Investmentgesellschaften als weiter fortgetriebene und konkretisierte Form der Verdopplung und Verdreifachung von Kapital, oder um ähnliches, so wäre unmißverständlich klar, daß es sich nur um quantitative Erweiterungen der Marxschen Untersuchung drehte, daß nur die bereits gegebenen Bestimmungen und Beziehungen zu verfolgen wären bis hin zu Spezialuntersuchungen z.B. des Kaufmanns- oder Versicherungskapitals etc. Aber es geht in der Tat um weit mehr: Rekapituliert man die Bestimmungen der Konkurrenz als "reelle Entwicklung des Kapitals", "überhaupt (als) die Weise, worin das Kapital seine Produktionsweise durchsetzt", so ist klar, daß diese selbst eine bestimmte Form annimmt, in der sie ihrer Bestimmung gerecht zu werden hat. Sich darauf zu beschränken, den Begriff der Konkurrenz lediglich dadurch zu bestimmen, daß mit ihr die Existenz der vielen Kapitalien gesetzt ist, heißt letztlich, sie nicht begrifflich zu fassen.

Die Form zu analysieren, in der die inneren Gesetze exequiert werden, die Tendenzen aus dem gegenseitigen Druck der Kapitalien aufeinander herauszufinden, die inneren Gesetze schließlich als die dem einzelnen Kapitalisten als Zwangsgesetze der Konkurrenz gegenübertretenden genauestens zu kennzeichnen, muß daher unbedingter Inhalt der allgemeinen Untersuchung sein. Der Verzicht darauf heißt, nicht angeben zu können, in welcher Form die gesellschaftliche Reproduktion gewährleistet wird, wie die proportionelle Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit sich durchsetzt, heißt auch wieder, das Wertgesetz als uneingelöste Konstruktion bestehen zu lassen. Dagegen besteht "die Wissenschaft ... eben darin, zu entwickeln, *wie* das Wertgesetz sich durchsetzt." (80) Womit auch geklärt sein dürfte, daß die Wissenschaft eine mißverstandene wäre, die nicht vermag, die Form der Durchsetzung anders anzugeben, als in der bloßen Konstatierung der vielen Kapitalien. Es bleibt so völlig verborgen, in welchem Zusammenhang z.B. bei Marx die Ausgleichung zur allgemeinen Profitrate zu sehen ist, wenn nicht in dem, eine wesentliche Tendenz zu sein, in der die vielen Kapitalien sich durch ihr gegenseitiges Einwirken als allgemeine erst

80 K. Marx: "Brief an Kugelmann" vom 11.7.1868, MEW 32, S. 553.

setzen. Aber es muß klar sein: Die Tendenz zur Ausgleichung der Profitrate, die Verwandlung des Werts in Produktionspreis, schließlich in Marktproduktionspreis, der Durchschnittsprofit, der durchschnittliche Kostpreis in einer Sphäre etc. sind bereits Bestimmungen, die eine *Form* der Konkurrenz kennzeichnen. Sie wären total mißverstanden, – und es läßt sich eine solche kausale Beziehung auch überhaupt nicht herstellen – wenn sie genommen würden, als begriffliche Bestandteile der Konkurrenz selbst, wenn sie identifiziert werden würden mit der Durchsetzungsweise der inneren Gesetze schlechthin. Es mutet merkwürdig an, wenn auf der einen Seite die Beziehung von Kapital im allgemeinen und Konkurrenz akzeptiert wird in der Bestimmung der Konkurrenz "als prozessierende Einheit von Wesen und Erscheinung, die selber noch in der begrifflichen Darstellung zum Ausdruck kommt", auf der anderen Seite aber, bei Betrachtung der Konkurrenz selbst, eine solche Wechselbeziehung ausgeschlossen bleibt. Diese nimmt demnach keine Form mehr an; da sie selbst die Existenzform des Kapitals ist, scheint es überflüssig, herauszufinden, welche Bestimmungen aus ihr als *prozessierende* Einheit hervorgehen. Somit ist sie aber dann auch nicht mehr prozessierende Einheit, sondern lediglich wieder erstarrte Abstraktion. Die richtige ideelle Widerspiegelung des lebenden Stoffes hat dagegen ganz andere Konsequenzen: Er ist nur adäquat gefaßt, wenn klar ist, daß einerseits die Konkurrenz selbst, die Existenz der vielen Kapitalien, unzertrennliches Merkmal der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt ist, andererseits aber die Art und Weise, in der sich die Konkurrenz geltend macht, wiederum eine Form darstellt, die zwar in innerer Beziehung steht zur Konkurrenz und damit auch zu den inneren Gesetzen des Kapitals, dagegen aber nicht angehbar ist als einzige Form der Konkurrenz. Allein aus der Aussage, die Konkurrenz sei überhaupt die Form, in der sich die inneren Gesetze durchsetzen, ableiten zu wollen, die Durchschnittsprofitrate z.B. sei überhaupt die Form, in der das Kapital seinem Begriff entspricht, erscheint als eine willkürliche Verlängerung der Beziehungen. Indes beinhalten die gemachten Ausführungen keineswegs eine Beliebigkeit der Form der Konkurrenz; im Gegenteil, diese ist bestimmt als notwendig aus den inneren Gesetzen des Kapitals hervorgehende, aber da diese sich selbst entwickeln, ist auch ihr letzter Ausdruck nicht stagnierend. Vielmehr gilt es zu zeigen, wie die Form der Konkurrenz, soll sie die den inneren Entwicklungsgesetzen adäquate Ausdrucksform sein, selbst ihren Charakter ändert, zunächst in rein quantitativer Entwicklung, dann aber, auf einer bestimmten Stufe, auch im qualitativen 'Umschwung'. Zunächst muß jedoch klar sein, daß eine Formveränderung der Konkurrenz nicht irgendeine beliebige, nur weiterentwickelte Konkretion bereits analysierter Grundformen darstellt, sondern tiefgreifende neue Bestimmungen notwendig macht. Dies dürfte sich bereits selbst erklären aus der Begriffsbestimmung der Konkurrenz: Ist sie "wesentlicher Lokomotor der bürgerlichen Ökonomie", "die Beziehung des Kapitals auf sich selbst als ein anderes Kapital", "die reale Entwicklung des Reichtums als Kapital", so beinhaltet ihre Formveränderung eine umfassende qualitative Wandlung innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise. Denn: erscheint die Selbstbestimmung des Kapitals nur als Wechselbeziehung der vielen Kapitalien aufeinander, so ist unmittelbar einleuchtend, daß eine grundlegende Veränderung – nicht aber Beseitigung – der Form, in der diese Wechselbeziehung vor sich geht, qualitativ die Durchsetzungsweise der inneren Gesetze modifiziert, nicht also die Konkurrenz aufhebt, sondern alle aus ihr hervorgehenden Formbestimmungen generell in neue Beziehungen setzt. So bestimmt ist auch die Einteilung der kapitalistischen Produktionsweise in zwei qualitativ unterschiedene Stadien weder festzumachen an der Aufhebung der inneren Gesetze des Kapitals – diese würde überhaupt die bürgerliche Gesellschaft als eigenständige Formation überwinden – noch an der Beseitigung der Konkurrenz, sondern an dem neuen Charakter, den diese auf einer bestimmten Stufe der gesetzmäßigen Entwicklung *notwendig* annehmen muß. Die hierin ausgedrückte doppelte Abgrenzung

muß nochmals betont werden: Weder eine theoretische Konzeption, die die Aufhebung der Konkurrenz unter Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsweise für möglich erklärt, liegt hier vor, noch ein Verständnis, das eine bestimmte Form der Konkurrenz, eine nur einer bestimmten Entwicklungsstufe adäquaten Form, verabsolutiert und identisch setzt mit der begrifflichen Bestimmung der Konkurrenz überhaupt. Die erste Position findet einerseits ihren Ausdruck in dem Begreifen der Marxschen Untersuchung als lediglich einer historischen Epoche entsprechende Analyse, andererseits in der konzipierten Möglichkeit eines absoluten Monopols, eines Generalkartells; die zweite vermag überhaupt nicht mehr anzugeben, welche Entwicklungen die kapitalistische Produktion in ihrem Lebensprozeß aus sich hervortreibt, welche Formen das kapitalistische Privateigentum in seinem materiell-ökonomischen Prozeß durchläuft, sondern muß sich darauf beschränken, beständig die reelle Entwicklung des Kapitalismus zu erklären als immer reinere Form, in der sich die inneren Gesetze durchsetzen, als zunehmende Identität von allgemeinem Begriff des Kapitals und realer Entwicklung. Das Konkrete nähert sich somit immer mehr dem Abstrakten, die Konsequenz ist letztendlich ein 'reiner Kapitalismus', von dem aus dann auch das Verhältnis von Kapitalismus und Sozialismus "überhaupt" geklärt werden kann. Daß aber ein solches Verständnis sich nicht gut auf Marx berufen kann, zeigt bereits folgende Formulierung:

> "Die freie Konkurrenz ist aber die adäquate Form des produktiven Prozesses des Kapitals ... Sobald es anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und gewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Züglung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündiger seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind." (81)

Ist die freie Konkurrenz die Form, in der das Kapital seine Produktionsweise durchsetzt, so muß es auf einer bestimmten Stufe seiner Entwicklung Zuflucht nehmen zu Formen, die eben diese als freie einschränken, letztlich aufheben, um überhaupt noch die Fortexistenz der Produktionsweise zu sichern. Um eine Kurzformel für die *qualitativ* unterschiedenen "Aufgaben" der Konkurrenz in beiden Formen zu finden, genügt also bereits die Feststellung, daß im ersten Stadium der kapitalistischen Entwicklung die freie Konkurrenz die Produktionsweise durchzusetzen, alle vorkapitalistischen Hindernisse zu beseitigen, alle Produkte dem Kapital zu unterwerfen, weiterhin durch die internationale Konkurrenz die kapitalistische Produktionsweise zu verallgemeinern hat. Im zweiten Stadium dagegen wird es zur Hauptaufgabe, Formen und Beziehungen so zu entwickeln, daß die kapitalistische Produktion, obwohl bereits nach ihren 'reinen Gesetzen' an die eigenen Schranken gestoßen, aufrechterhalten werden kann. Daß sie mit Notwendigkeit an diese Grenzen stoßen muß, sei in der 'einschlägigen Literatur' nachzulesen.

Gelingt es nun diese zweite Form der Konkurrenz zu analysieren, sie allgemein zu untersuchen als notwendig aus den inneren Gesetzen des Kapitals hervorgehend, alle sich mit dieser Veränderung ergebenden Neubestimmungen und Beziehungen aufzuzeigen, so ist klar, daß diese Analyse eine *qualitative Weiterentwicklung* und schöpferische Anwendung der Marxschen Theorie und Methode darstellt. Sie vermag ideell auszudrücken, was in der reellen Entwicklung der kapitalistischen Produktion als qualitativ unterschiedene Stadien gesetzmäßig sich entwickelt.

Ist im ersten Stadium die *freie* Konkurrenz die adäquate Durchsetzungsweise, so im zweiten Stadium die *monopolistische* Konkurrenz, wobei verstanden werden muß, daß "beide ... nur verschiedene notwendige Erscheinungsformen (sind), worin sich – um wiederum mit Marx zu sprechen – die Notwendigkeit der ökonomischen Gesetze auf verschiedenen

81 K. Marx: GRUNDRISSE ..., S. 544 f.

Stufen der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise realisiert" (82). In diesem Zusammenhang muß jedoch hervorgehoben werden:

> "Die monopolistische Konkurrenz ist aber nicht eine gradlinige Fortentwicklung der freien Konkurrenz, sie ist eine q u a l i t a t i v n e u e K a t e g o r i e, eine qualitativ neue Stufe in den gegenseitigen Beziehungen der Kapitale. Das ist ... nicht mehr ein einfacher Prozeß, der sich zwischen 'gleichberechtigten Partnern' auf dem Markt vollzieht, sondern ein Prozeß des Drucks, des Abwürgens, des Diktats, der Gewalt, der Herstellung von Herrschaftsverhältnissen und der Ausübung ökonomischer und außerökonomischer Macht." (83)

In welchem Verhältnis aber beide Formen der Konkurrenz zueinander stehen, läßt sich zusammenfassend etwa so ausdrücken:

> "Die monopolistische Konkurrenz beruht auf der Anwendung von ökonomischer und außerökonomischer Macht und Gewalt mit dem Ziel der Produktion und Realisierung von Monopolprofit – das ist die entscheidende Differenz zur vormonopolistischen freien Konkurrenz. Indem das Monopol die freie Konkurrenz aufhebt, untergräbt es den auf dem Durchschnittsprofit beruhenden Mechanismus, der die einzelnen Produzenten spontan den ökonomischen Gesetzen gemäß handeln ließ und die Verteilung des Profits entsprechend der Kapitalgröße herbeiführte. An die Stelle der freien Konkurrenz und neben sie treten eben die ökonomische und außerökonomische Macht und Gewalt der Monopole. D i e s e treten den Produzenten jetzt gegenüber, s i e bringen die inneren Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise den Produzenten gegenüber als Zwangsgesetze des Handelns zur Geltung. Die ökonomische und außerökonomische Macht und Gewalt wird so zum 'Exekutor' der ökonomischen Gesetze. Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß dies mit absoluter Willkür der Monopole im ökonomischen Bereich nicht das geringste zu tun hat, wie z.B. Mandel glaubt." (84)

Betrachtet man nun diese Ausführungen hinsichtlich ihrer Allgemeinheit, ihrer unbedingten Zugehörigkeit zur allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise, so müßte bereits einleuchten, welche Bedeutung dem Leninismus allein aus der gründlichen Analyse und Beschreibung des Imperialismus als monopolistischem Stadium des Kapitalismus zukommt. Bestreitet man dagegen die Gültigkeit der notwendigen Entwicklung des Kapitalismus aus seiner vormonopolistischen Form zum Imperialismus, so bleibt eine merkwürdige Konstruktion übrig, die gezwungen ist, das ökonomische Monopol als lediglich historisch-zufälliges, die außerökonomische Macht und Gewalt der monopolistischen Konkurrenz als dem Kapital eigentlich widersprechende, nur kurzweilige Erscheinung zu erklären etc. Auf dieser Stufe gerät dann auch die Trennung zweier "prinzipiell verschiedene(r) Stadien der kapitalistischen Entwicklung" (85) ins Schleudern, wenn einziges Kriterium der Unterscheidung 'unentwickeltes' oder 'entwickeltes' Kapitalverhältnis ist, eine sicherlich für die Taktik der proletarischen Partei wichtiger Gesichtspunkt aber doch letztlich nur quantitative Differenz, deren Aufhebung keine qualitative Weiterentwicklung erfordert:

> "Das industriell entwickeltere Land zeigt dem minder entwickelten nur das Bild der eignen Zukunft." (86)

Dagegen kann eine wirklich qualitative Differenz nur getroffen werden zwischen dem Kapitalismus der freien und dem der monopolistischen Konkurrenz, die bereits in der Kennzeichnung des Imperialismus als sterbendem Kapitalismus zum Ausdruck kommt.

Die eingangs getroffene Beschränkung der hier gemachten Bemerkungen zwingt an dieser Stelle zum Abbruch; es war hier wesentlicher Zweck, zu zeigen, daß die Notwendigkeit der Weiterentwicklung der allgemeinen Untersuchung der kapitalistischen Produktionsweise über den im "Kapital" angelegten Rahmen hinaus die Konsequenz eines richtigen Marx-Verständnisses darstellt, das Begreifen der Untersuchung als fertige, abgeschlossene Konstruktion, die es nur mehr anzuwenden gilt, dagegen eine verkürzte, methodisch unhaltbare Konzeption zur Folge hat, die ihre Unbrauchbarkeit spätestens dort erweist, wo es gilt, diese Anwendung vorzunehmen. Würde indessen der eigene formulierte Anspruch auch methodisch realisiert, so wäre diesem nichts hinzuzufügen, das Resultat würde sich durchaus decken mit dem Ableitungszusammenhang der kommunistischen Parteien, die hier kritisierte Position würde ihre Metamorphose zur konsequent marxistisch-leninistischen Theorie und Methode vollziehen, die angeführten Bemerkungen und Bedenken hätten sich erübrigt:

> "Die Darstellung der inneren Organisation der kapitalistischen Produktionsweise ist folglich dort zu Ende, wo nunmehr Modifikationen, die sich aus einer je besonderen an sich beliebigen Konjunktur der bürgerlichen Produktionsverhältnisse ergeben, wo also die Verhältnisse nurmehr im einzelnen zu betrachten sind als Verhältnisse, deren Besonderheit allein als Abweichung von den allgemeinen der bürgerlichen Produktionsform aufgrund der Einwirkung von an sich für die Konstruktion der bürgerlichen Produktionsverhältnisse zufälligen Umständen zu fassen sind." (87)

Wo aber dieser Anspruch bloße Proklamation bleibt, die theoretische Gesamtkonzeption sich wesentlich von ihm unterscheidet, muß noch auf die unmittelbaren politischen Konsequenzen kurz hingewiesen werden:

Wurde eingangs ausdrücklich betont, daß Diskussionen und Auseinandersetzungen zwischen den bestehenden kommunistischen Parteien und fortschrittlichen Teilen der Intelligenz nicht nur im Bereich des Möglichen, sondern auch wünschenswert und sinnvoll seien, so wurde auch schon auf die Grenzen einer sachlichen, solidarischen Form dieser Diskussion hingedeutet. Es bleibt kein Zweifel, daß diese dort überschritten sind, wo den Parteien generell der Anspruch streitig gemacht wird, ihre Strategie und Taktik auf Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus abzuleiten, wo gezeigt werden soll, es handele sich gar nicht um marxistisch-leninistische Parteien, in der Konsequenz auch gar nicht um den politisch-organisatorischen Ausdruck der realen Arbeiterbewegung.

Diese Kritik birgt die Gefahr, in Dogmatismus zu erstarren.

Es sollte hier in diesem Zusammenhang darauf hingedeutet werden, daß die Konzeption des "Projekts Klassenanalyse" stellvertretend für ähnliche Versuche, das sich daraus ableitende Verhältnis zu den kommunistischen Parteien der BRD und Westberlins unseres Erachtens droht, schon nicht mehr nur tendenziell sondern hart an die Grenzen einer solidarischen Diskussion zu stoßen. So läßt sich beispielsweise das anhand der 'Taktik-Kritik' skizzierte 'methodische Werkzeug' ohne weiteres auch anwenden, zu einer 'umfassenden Kritik' der Politik der friedlichen Koexistenz, auf die Mitbestimmungskonzeption, auf das Verhältnis von demokratischem und sozialistischem Kampf etc., kurz eigentlich auf die gesamte Strategie und Taktik der kommunistischen Weltbewegung. In wessen Nähe man sich damit begäbe, dürfte auch und gerade für das "Projekt Klassenanalyse" unschwer zu erkennen sein.

Davor bewahrt sie auch nicht die ständige Rückversicherung, in der immer wieder betont wird, die einzige Alternative zum nur ohnmächtigen Studentenprotest sei in den "distinkten Arbeiterparteien" zu suchen. Zwar grenzt diese Erkenntnis die Kritiker einerseits von ultralinken dogmatischen Positionen ab, hebt sie wohltuend hervor, schützt sie andererseits aber keineswegs vor Beiträgen zur Diskussion, die mehr als nur bedenklich anmuten. So läßt sich auch hier wieder eine Kluft zwischen formuliertem politischem Anspruch und eigener Betätigung konstatieren:

> "Für die Situation in der BRD bedeutet eine solche nicht-sektiererische Politik konkret: Unterstützung der Politik der DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI.

82 Heininger/Hess: DIE AKTUALITÄT ..., a.a.O., S. 34.
83 Ebd., S. 32 (Hervorh. – d.Verf.).
84 Ebd., S. 34.
85 Vgl. Bischoff: "Zu einigen ...", a.a.O., S. 109.
86 K. Marx: DAS KAPITAL, Bd. 1, MEW 23, S. 12.
87 Projekt Klassenanalyse: ZUR TAKTIK ..., a.a.O., S. 25.

Die DKP ist die einzig im nationalen Rahmen verbreitete distinkte Klassenpartei, die am Ziel der sozialen Emanzipation der Arbeiterklasse festhält und eine nicht-sektiererische Taktik in ihrer Politik befolgt ... Eine Form der Unterstützung des Konsolidierungsprozesses der proletarischen Partei in der BRD besteht darin, durch theoretische Kritik die Einsicht in die wirkliche Bewegung zu fördern...

Durch die Notwendigkeit innerhalb des Programms und der angenommenen Taktik gegen einzelne Parteischritte Opposition zu machen und zum Teil auch Programm und Taktik selbst der Kritik zu unterwerfen, darf jedoch niemals das gemeinsame Handeln zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse aus den Augen verloren werden. So wenig die Partei auf die sozialistische Wissenschaft und damit auf die Freiheit der Debatte verzichten kann, so wenig darf im Prozeß der Konsolidierung der proletarischen Partei auf gemeinsame Aktionen aller Sozialisten verzichtet werden." (88)

"Daß sich die Konsolidierung nur im Prozeß der Kritik und Korrektur der unzureichenden Teile des Programms vollziehen kann, gilt auch für die DKP und für die SEW." (89)

Wenn aber der Beitrag zur Konsolidierung eine derartige, hier teilweise aufgezeigte, Form der systematischen Kritik an der Gesamtkonzeption kommunistischer Parteien annimmt, wenn die Aufgabe in den Vordergrund tritt, die "besonders ... (nach dem zweiten Weltkrieg) einsetzende dogmatische Verzerrung der marxistischen Theorie in der kommunistischen Weltbewegung" (90) aufzuheben, so bleibt nicht mehr einsichtig, auf welcher Grundlage sich noch gemeinsames Handeln zur Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse bewerkstelligen läßt, ist nicht mehr klar trennbar, ob es sich um ernstzunehmende Unterstützung oder lediglich um belächelnd-wohlwollendes Schulterklopfen handelt. Soll ersteres zutreffen, so gilt es, sich auch der eigenen Position zu vergewissern, sich der Verantwortung kritischer Beiträge bewußt zu sein, soweit als eben möglich die eigene theoretische Konzeption zu überprüfen und zu hinterfragen, soll nicht Verwirrung, sondern weitere Klarheit Ziel der Betätigung sein. Unter diesen Gesichtspunkten sei nochmals der Versuch, die marxistisch-leninistische Grundlage der Arbeiterparteien zu spalten überdacht, die angekündigte "Auseinandersetzung mit der Leninrezeption sowohl in der Version linksradikaler Auffassungen als auch der der kommunistischen Weltbewegung" (91) auf ihre Konsequenzen hin überprüft. Man darf sonst auf sie kaum gespannt sein.

Ilan Reisin

88 Ebd., S. 9 ff.
89 Projekt Klassenanalyse: "Versuch zur Bestimmung ...", a.a.O., S. 105.
90 Projekt Klassenanalyse: ZUR TAKTIK ..., a.a.O., S. 10.
91 Vgl. Bischoff: "Zu einigen ...", a.a.O., Anmerkungen Nr. 94, s.auch Anm. 67.

Peter Brückner
Alfred Krovoza
Staatsfeinde

Innerstaatliche Feinderklärung in der BRD.
Rotbuch 40. 112 S. DM 4.50 (Abo.: DM 3.50).

Die Autoren – selbst zu den »Staatsfeinden« gezählt – versuchen die Momentaufnahme einer Bundesrepublik, in der die Unverhältnismäßigkeit der Mittel den Verhältnissen entspricht. Das Psychogramm einer kranken Gesellschaft, die Ruhe und Ordnung im Sinn hat, und das einer kriminellen Wirtschaftsstruktur, die zur Verschleierung ihrer täglichen und immer sichtbareren Gewaltausübung neue Feindbilder braucht.

Jährlich etwa 8 **neue** ROTBÜCHER. Jedes ROTBUCH im Abo 1 Mark billiger. Abonnieren Sie in Ihrer Buchhandlung oder direkt: **Verlag Klaus Wagenbach**, 1 Berlin 31, Jenaer Straße 9. Falls Sie unsere Bücher in einer Buchhandlung nicht erhalten, schreiben Sie uns bitte, wir nennen Ihnen gern eine andere Buchhandlung.

Rotbücher

Klassenkampf, Staat und allgemeines Gesetz

Zur These von der abnehmenden Rolle des Staates beim Kampf zwischen Arbeit und Kapital und dem Funktionswandel des allgemeinen Gesetzes. *

Die Diskussionsbeiträge von Müller, Schäfer in SOPO 12, 1971 und der Projektgruppe Klassenanalyse in SOPO 14/15, 1971 zu dem Aufsatz von Müller, Neusüß über die Sozialstaatsillusion vernachlässigen die eingehende Kritik an den einzelnen Argumenten, die M/N für ihre These von der abnehmenden Rolle des Staates beim Kampf zwischen Arbeit und Kapital vorbringen. Aus folgenden Gründen ist es erforderlich, auf diese These und ihre Begründung durch M/N mit einigen Bemerkungen einzugehen:

1. Die These von der abnehmenden Rolle des Staates ist entscheidend für die Bestimmung des Verhältnisses von ökonomischem und politischem Kampf.
2. Diese These enthält die Ablehnung der Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (und damit einer Theorie, die auch von denen, die ihr nicht folgen, als einer der bedeutendsten Versuche einer Theorie zur gesamtgesellschaftlichen Analyse des Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Entwicklungsphase angesehen wird), und der praktischen Folgerungen, die aus dieser Theorie gezogen werden.
3. Bei der Begründung ihrer Behauptung von der abnehmenden Rolle des Staates vollziehen M/N einen völligen Bruch mit ihrem bisherigen methodischen Ansatz (oder besser mit ihren bisherigen methodischen Ansätzen, denn von einer einheitlichen konsequenten methodischen Behandlung der angesprochenen Probleme kann in dem Aufsatz keine Rede sein), indem sie auf eine formal-juristische Argumentationsebene hinüberwechseln.
4. Der Aufsatz von M/N hat großen Widerhall in Kreisen "kritischer" Juristen gefunden, was nicht zuletzt auf die in ihm versteckt enthaltene juristische Argumentation zurückzuführen sein dürfte (so hat z.B. die Zeitschrift "Kritische Justiz" in einem in dieser Zeitschrift sonst nicht üblichen redaktionellen Hinweis auf den Artikel von M/N aufmerksam gemacht und erklärt, ohne einer Rezension (die übrigens bis jetzt noch nicht erfolgt ist) vorgreifen zu wollen, der Aufsatz sei eine gute Grundlage für die "Erarbeitung einer adäquaten Theorie des modernen bürgerlichen Staates" (KJ 1970, S. 372). In derselben Zeitschrift bezeichnet Jürgen Seifert den Aufsatz von M/N als einen "wichtigen Beitrag" (KJ 1971, S. 193, Anm. 50) und Mückenberger glaubt ein "allgemeiner Hinweis auf den ausgezeichneten Aufsatz von Wolfgang Müller und ein "allgemeiner Hinweis auf den ausgezeichneten Aufsatz von Wolfgang Müller und Christel Neusüß" genüge, um die große Bedeutung der Zirkulation für die juristische Ideologiebildung zu beleuchten (KJ 1971, S. 252).

* Kritik zu dem Aufsatz von Wolfgang Müller/Christel Neusüß: "Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital" in: SOPO 6/7, 2. Jahrgang, 1970, S. 4ff.

Die Bedeutung des Staates im Prozeß der Verschmelzung von ökonomischem und politischem Kampf

Im folgenden soll lediglich zu den Ausführungen von M/N Stellung genommen werden, die diese unter V 3 ihres Beitrags (Abnehmende Rolle des Staates beim Kampf zwischen Arbeit und Kapital –, Seite 63 ff.) gemacht haben. Dieses Vorgehen ist gerechtfertigt, weil M/N keineswegs, – wie sie zu Beginn des Abschnittes V, der das Verhältnis vom ökonomischen und politischen Kampf der Arbeiterklasse zum Gegenstand hat, behaupten, in diesem Abschnitt lediglich einige Folgerungen darlegen, die sich aufgrund der in den vorangehenden Abschnitten entwickelten Überlegungen ergeben. Vielmehr ist kennzeichnend für das methodische Vorgehen von M/N, daß die außerordentlich schwerwiegende Behauptung von der abnehmenden Rolle des Staates in den vorangegangenen breiten Ausführungen nicht behandelt worden ist. Es wurde zwar – im Ergebnis zutreffend, wenn auch nicht methodisch korrekt begründet (vgl. die Ausführungen der Projektgruppe Klassenanalyse, SOPO 14/15, 3. Jhrg., 1971, insbesondere S. 199 ff.) – dargelegt, daß die revisionistischen Sozialstaatstheorien generell die Bedeutung des Staates überbewerten und seinen Klassencharakter verkennen, aber eine Realanalyse der – angeblich abnehmenden – Funktion des Staates in den hochkapitalistischen Ländern findet sich nirgends. Im Gegenteil, es wird – wiederum im Ergebnis zutreffend – darauf hingewiesen, daß der Staat für die Existenz kapitalistischer Gesellschaften notwendig ist /57/. Durchaus richtig bemerken M/N in diesem Zusammenhang, daß "Elemente einer Zurücknahme der staatlichen Funktionen in die Gesellschaft" /58/, in der DDR deutlich erkennbar seien und daß nur in der kommunistischen Gesellschaft die öffentliche Gewalt ihren politischen Charakter verlieren könne.

Zur Begründung ihrer Behauptung von der abnehmenden Rolle des Staates stützen sich M/N zunächst auf folgendes Argument: Die Verallgemeinerung des Kampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital, also der politische Klassenkampf sei nicht mehr daran gebunden, daß "diese Allgemeinheit über den Staat als Gegner oder auch Adressat vermittelt werden muß". /63/ Sie knüpfen an zuvor zitierte /61/, bekannte Ausführungen von Marx an, wonach jede Bewegung, in der die Arbeiterklasse als Klasse den herrschenden Klassen gegenübertrete, eine politische Bewegung sei, indes der Versuch, in einer einzelnen Fabrik z.B. durch Streiks von den einzelnen Kapitalisten eine Begrenzung der Arbeitszeit zu erzwingen, eine rein ökonomische Bewegung sei; diese werde zu einer politischen erst dann, wenn die Klasse ihre Interessen in allgemeiner Form durchzusetzen versuche, in einer Form, die allgemeine gesellschaftlich zwingende Kraft besitze – also in Form eines Gesetzes. M/N erklären, durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals sei der Kampf der Lohnarbeit gegen das einzelne Kapital "nicht einfach bloß mehr ökonomischer Kampf, ... (sondern) es treten sich ... die Arbeiterklasse als Klasse und das Kapital als herrschende Klasse (sogleich) gegenüber." /63/ Ein Streik z.B. in einem Großkonzern oder einer Branche setze das Kapital politisch unter Druck und sei keine rein ökonomische Bewegung mehr /63/. Es ist richtig und auch allgemein bekannt, daß ein Streik größeren Ausmaßes, insbesondere ein Streik, der eine ganze Branche oder ein Monopolunternehmen betrifft, politische Bedeutung gewinnt und die Gesamtkräfte des Kapitals mobilisiert. Die Verschmelzung der ökonomischen Macht der Monopole mit der politischen Gewalt des Staates führt zu einer größeren Empfindlichkeit des Gesamtsystems und bewirkt, daß politischer und ökonomischer Kampf weniger denn je zuvor voneinander zu trennen sind. Bei der Feststellung dieses Sachverhaltes ist man sich von den Theoretikern des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis hin zu den intelligenteren bürgerlichen Ideologen vom Range eines Ernst Forsthoff einig. Die außerordentliche Bedeutung, die der Marxismus-Leninismus der Staatsfrage für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung zumißt, wird durch

diesen Sachverhalt nicht gemindert – wie M/N annehmen. Im Gegenteil, die Bedeutung des Staates in den Klassenauseinandersetzungen nimmt vielmehr zu, wenn die Arbeiter in ihrem Kampf um ökonomische Forderungen sogleich mit dem Staat der Monopole konfrontiert werden und der ökonomische Kampf mit dem politischen Kampf immer stärker verwächst. Die Verallgemeinerung und Politisierung des ökonomischen Kampfes durch die zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals bewirkt nicht nur, daß "die Arbeiterklasse als Klasse und das Kapital als herrschende Klasse einander gegenübertreten", sondern auch, daß der Staat bereits dann eingreift, wenn er nicht unmittelbar als Adressat angesprochen ist. In ihrer Abstraktheit ist diese Formulierung von M/N vollkommen nichtssagend, es sei denn sie wollten ernstlich behaupten, daß die Herren Quandt, Flick oder Siemens in eigener Person im Streik den Hunderttausenden von Arbeitern, die in ihren Konzernen beschäftigt sind, gegenübertreten. Selbstverständlich bedient sich das Monopolkapital seiner Werkzeuge bei der Führung des Klassenkampfes; außer Werkschutzgruppen und sonstigen direkt vom Monopolkapital selbst bezahlten Agenten ist das Hauptwerkzeug und das wesentlichste Kampfmittel des Kapitals die staatliche Gewalt in ihren verschiedenen Anwendungsformen. Es ist nichts als eine linksradikale Illusion, anzunehmen, der Staat bleibe "im wesentlichen als hilflose Gestalt im Hintergrund" und die Rolle des Staates im Spätkapitalismus werde enorm überschätzt /67/. Aus der Tatsache, daß politischer Klassenkampf nicht mehr daran gebunden ist, daß der Staat als Gegner oder Adressat unmittelbar angesprochen wird, kann nicht geschlossen werden, die Rolle des Staates werde bedeutungsloser, vielmehr ist es im Gegenteil so, daß der Staat bereits dann angesprochen wird, bereits dann zu unmittelbarem staatlichem Eingreifen gezwungen ist, wenn es sich um einen primär ökonomischen Kampf handelt. In welcher Weise der Staat eingreifen wird, ob in seiner Unterdrückungsfunktion mit Polizei, Heer, Justiz oder mehr in seiner Befriedungsfunktion als Vermittler und als Garant von Teilzugeständnissen, läßt sich abstrakt nicht bestimmen, sondern kann sich nur aus der konkreten Analyse der Situation und der Klassenkräfte ergeben. Festzuhalten bleibt aber, daß der Staat mit Sicherheit nicht im Hintergrund bleiben wird, seine instrumentale Bedeutung für das Monopolkapital ständig zunimmt.

Es kann sich im Rahmen dieser Erwiderung nicht darum handeln, im einzelnen die zunehmende Rolle des Staates bei der Regulierung ökonomischer Konflikte darzulegen; erstaunlich ist es jedenfalls, daß M/N diesen offenkundigen Sachverhalt nicht wahrnehmen und sich weder mit der marxistischen noch mit der bürgerlichen Literatur auseinandersetzen, die diesen Tatbestand ausführlich belegen und analysieren. Vorliegend sollte nur darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Argument, der ökonomische Kampf gewinne politischen Charakter, aber die Rolle des Staates nehme ab, weil er nicht unmittelbarer Adressat oder Gegner sei, nicht schlüssig ist. Der politische Charakter des Klassenkampfes zeigt sich gerade darin, daß der Staat in diesen Kampf eingreift, ohne unmittelbarer Adressat zu sein. Es darf in diesem Zusammenhang aber nicht übersehen werden, daß auch in den früheren Phasen der kapitalistischen Entwicklung der Staat eingriff, obwohl sich die Aktionen der Arbeiter nur gegen einen einzelnen Kapitalisten richteten. Die herrschende Klasse wußte sehr wohl in solchen "einzelnen" Aktionen die allgemein politische Bedeutung zu erkennen und reagierte entsprechend; in vielfältiger Weise unterstützte sie das bestreikte Unternehmen und bald wurde unmittelbar die staatliche Gewalt eingesetzt, insbesondere die Polizeigewalt. Von seiten der herrschenden Klasse wurde der Klassenkampf deshalb niemals als bloß rein ökonomischer geführt, sondern immer auch als politischer. Eben deshalb wies Marx wieder und wieder auf die Notwendigkeit hin, daß auch die Arbeiterklasse ihren Kampf zugleich als politischen Kampf begreifen müsse, und der Staatsfrage entscheidende Bedeutung zukomme.

Die Schutzfunktion des allgemein staatlichen Gesetzes

Ausführlicher wird die abnehmende Rolle des Staates beim Kampf zwischen Arbeit und Kapital durch M/N mit einem zweiten Argument begründet. Der Staat könne nicht mehr als Institution angesehen werden, die einen gewissen Schutz der Arbeitskraft herbeizuführen geeignet sei und er komme als Adressat für Forderungen der Arbeiter nicht mehr in Frage, weil ihm das allgemeine Gesetz nicht mehr zur Verfügung stehe, vielmehr entziehe sich der Arbeitsprozeß immer mehr allgemeinen Regelungen /66/. Sie behaupten, die Mehrwertgewinnung habe sich von der Gewinnung des absoluten Mehrwertes auf die Gewinnung des relativen Mehrwertes verlagert und deshalb könnten die Lohnarbeiter keinen Schutz mehr gegen die Übergriffe des Kapitals durch ein allgemeines Gesetz, das dem Kapital vom Staate aufgeherrscht werde, erwarten. Die Formen, in denen sich der Konflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital abspielen, müßten sich deshalb ändern. Der Achtstundentag habe "nichts mit der besonderen Natur der Produktionsmittel und der Organisation des Produktionsprozesses im einzelnen Unternehmen zu tun" /64/ und sei deshalb als allgemeines Gesetz durchsetzbar gewesen. Es zeigt sich hier, daß die breite Wiedergabe der Marxschen Darstellung des Kampfes der Arbeiterklasse um die Normierung des Arbeitstages durch M/N lediglich dazu dienen soll, die von Marx am Beispiel der gesetzlichen Normierung des Arbeitstages als notwendig erkannten Formen des politischen Klassenkampfes als überholt hinzustellen. M/N trennen unzulässigerweise die Gewinnung des absoluten Mehrwerts von der des relativen. Zwar unterscheiden sich die beiden Methoden der Mehrwertgewinnung, wie Marx zuerst nachgewiesen hat, wesentlich voneinander, aber gerade Marx betont andererseits, daß in der Praxis beide Methoden zugleich angewandt werden, sie miteinander verschmelzen und nur in der Theorie säuberlich geschieden werden können. Daran hat sich auch heute nichts geändert. Unterstellt selbst, daß M/N mit ihrer – empirisch nicht näher begründeten – Behauptung recht hätten, die Gewinnung des relativen Mehrwertes stände in den entwickelten kapitalistischen Industriegesellschaften im Vordergrund (eine Behauptung, die im wesentlichen zutreffend sein dürfte), so darf andererseits nicht verkannt werden, daß der Kampf um den Normalarbeitstag und also um die Begrenzung bzw. Ausdehnung der absoluten Mehrwertgewinnung nach wie vor mit äußerster Schärfe geführt wird. In der Rezession von 1966 hat der damalige Bundeskanzler Erhard gefordert, die wöchentliche Arbeitszeit um zwei Stunden auszudehnen, und die gesamte bürgerliche Presse stand voll von Klagen, daß nicht mehr genügend gearbeitet werde. Zwar bestreiten auch M/N nicht grundsätzlich die Richtigkeit der gewerkschaftlichen Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, aber ihre Grundthese, die Lohnarbeiter hätten von einem allgemeinen Gesetz nichts mehr zu erwarten, modifizieren sie deshalb keineswegs. Die unmittelbaren Übergriffe des Kapitals würden durch ein solches Gesetz nicht berührt, ja, wie sich aus weiteren Verschärfungen beispielsweise des Arbeitstempos ergebe, Gesetze über Arbeitszeitverkürzungen seien geradezu Anlaß zur weiteren Intensivierung der Arbeit. M/N fragen sich in diesem Zusammenhang (und aus ihren gesamten Ausführungen geht hervor, daß diese Frage wohl nur rhetorisch gemeint ist), ob denn die Gewerkschaften als bürokratisch organisierte Institutionen fähig seien "an spezifische Arbeitsprozesse im Betrieb gebundene Ausbeutungsform überhaupt noch wahrzunehmen" /64, Anm. 190/. Die zahlreichen – z.T. schlicht illegalen – Durchbrechungen der mannigfaltigen Vorschriften über den Arbeitszeitschutz, auf die M/N richtig hinweisen, sind ihnen weniger Anlaß, durch Schaffung weiterer Gesetze oder anderer normativer Bestimmungen z.B. in Form von Tarifverträgen, die Einhaltung der vorgeschriebenen Arbeitszeit zu garantieren und anderen Formen der Ausbeutung zu wehren, als vielmehr Grund, die Bedeutung des Kampfes um solche allgemeinen Gesetze herabzumindern und damit eine vollkommene Desorientierung der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen das Kapital herbeizuführen. Wie gehabt, dient auch in diesem Fall die dogmatisch verbrämte, anarchistisch-linkssektiererische Position objektiv den Interessen der herrschenden Klassen, die sich selbstverständlich mit großer Entschiedenheit gegen alle staatlichen Maßnahmen wehren, welche die Einhaltung der bestehenden normativen Bestimmungen garantieren und eine Ausdehnung des Arbeitszeitschutzes bewirken sollen.

Die besondere Gefährlichkeit der Argumentation von M/N für die Praxis des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die relative Mehrwertauspressung liegt in ihrem Ansinnen, der Kampf um allgemeine Regelungen zur Verminderung der Ausbeutung sei, aufgrund der Sachgesetzlichkeit des Produktionsprozesses unmöglich geworden. M/N empfehlen also nicht nur eine besondere Strategie und Taktik im Klassenkampf, sie versuchen vielmehr darzutun, daß Forderungen, die eine allgemeine Regelung bezwecken sollen, technisch unmöglich seien. Damit ist übrigens als Adressat des Kampfes nicht nur der Staat ausgeschaltet worden – ein Gesichtspunkt, der in diesem Aufsatz in den Vordergrund gerückt worden ist, – sondern auch die Tarifparteien, die in den Tarifverträgen ebenso wie der Staat das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital in allgemeiner normativer Form regeln. M/N kommen deshalb auch zu dem Ergebnis, die Kontrolle gegen die Ausbeutung in Form der Steigerung des relativen Mehrwertes ließe sich "auf jeden Fall nur noch vorstellen als direkte Kontrolle der Produzenten über den Produktionsprozeß" /65/.

Die Ausführungen, mit denen M/N ihre These begründen, sind außerordentlich knapp und dürftig. Dies erstaunt umso mehr, als die Frage nach der Bedeutung der Allgemeinheit und dem Funktionswandel des Gesetzes im Anschluß an den Aufsatz von Franz Neumann zu den Lieblingsthemen kritischer Juristen gehört (womit nicht gesagt sein soll, daß man über die Position Franz Neumanns hinausgekommen wäre). M/N behaupten zwar immer wieder, daß sich der Produktionsprozeß durch die Intensivierung der Arbeit den Regelun-

alternative

ZEITSCHRIFT FÜR LITERATUR UND DISKUSSION

76 **Proletarische Partei und bürgerliche Literatur**
Sozialdemokratische Literaturkritik vor 1914 (Mehring, Lafargue, Plechanov, Roland-Holst u. a.) — Debatte ‚Kunst und Tendenz' (1910/11) — Proletarisches Theater 1919-1921 — Aus der DKP-Diskussion zur Rolle des kulturellen Erbes u. a.

77 **Schule, Intelligenz, Kapitalismus**
Mandel: Die Rolle der Intelligenz im Klassenkampf — Münchener Kollektiv: Zum Problem der Sozialisation im Kapitalismus — Aporien bürgerlicher Pädagogik — Berliner Kollektiv: Widersprüche in der Strukturreform des Bildungssystems am Beispiel der Gesamtschule u. a.

78 **Materialistische Literaturtheorie III**
79 **Brechts Modell der Lehrstücke**
Theorie einer politisch-ästhetischen Erziehung — Fehlinterpretationen der offiziellen Germanistik — Gegeninterpretation der „Maßnahme" u. a. — Unveröffentlichte Texte Brechts zur Lehrstücktheorie u. a.

82 **Materialistische Literaturtheorie IV**
Eine Methodenkontroverse [Febr. 72]
Richter: Geschichte und Dialektik in der materialistischen Literaturtheorie — KSV-Zelle Germanistik (FU Westberlin): Thesen zum historisch-materialistischen Studium in der Literaturwissenschaft — Redaktionskollektiv Alternative: Was heißt historisch-materialistisches Verfahren für den Literaturunterricht? — KSV-Zelle Germanistik: Antwort an Alternative — Fülberth: Materialistische Literaturtheorie und politische Praxis — Günther: Tschechischer Strukturalismus und materialistische Literaturtheorie (Replik)

83 **Parteilichkeit im Grundschulunterricht**
Kanitz: Eine objektive, aber gefährliche Rechenstunde — Berliner Kollektiv: Entwürfe von Unterrichtseinheiten für die Primarstufe „Wir tauschen und kaufen", „Vater arbeitet in der Fabrik", „Wir wohnen zur Miete" (Versuch einer Explikation der Tausch-, Waren- und Besitzverhältnisse; mit beigefügten Unterrichtsmaterialien) — Analyse des Westermannschen Sprachbuchs 2 — Unterricht als Verhaltenstraining (Protokolle) u. a.

Alternative Verlag, 1 Berlin 30, Steinmetzstraße 13/V. Einzelheft 3.–, Doppelheft 5.– Abonnement 14.50 DM.

gen durch ein allgemeines Gesetz immer stärker entziehe, eine Begründung für ihre Aussage geben sie aber nur an einer Stelle /64/, wenn sie sagen, man müßte sich "ein ganz ungeheures Gesetzeswerk" vorstellen, das "solche Einschränkungen in tausenden von Paragraphen und Bestimmungen beschreiben müßte, das aber trotzdem schon im Augenblick seiner Fertigstellung überholt sein würde und neue Lücken hätte, die sogleich vom Kapital ausgenutzt werden könnten. Hinzu käme die Notwendigkeit einer ebenso ungeheuren Bürokratie, die die Einhaltung der Bestimmung an jedem Arbeitsplatz überwachen müßte." Das Gesetzbuch der Arbeit, auf das M/N hier offenbar anspielen, ist als Kodifikation des gesamten Arbeitsrechts in der BRD noch nicht geschaffen worden. Es ist und war vielmehr seit 1946 eine Forderung -- vor allem der Gewerkschaften – ein solches Arbeitsgesetzbuch zu erarbeiten, damit der Wust von Zehntausenden von Paragraphen, die sich mit der Normierung des Arbeitsprozesses befassen, nach Möglichkeit auf einige Tausend vermindert werde, um so die Rechtsunsicherheit und Rechtsunkenntnis gerade der Arbeiter nach Möglichkeit zu steuern. Die gegenwärtige Bundesregierung hat in ihrer Regierungserklärung ebenfalls versprochen, ein Gesetzbuch der Arbeit zu schaffen. Indem sie aber dem ehemaligen Ministerialdirektor im Bundesministerium für Arbeit, Prof. Herschel, zum Leiter der Kommission für die Ausarbeitung eines Arbeitsgesetzbuches bestimmte, hat sie bereits zu erkennen gegeben, wie ernst es ihr mit diesem Reformvorhaben ist. Denn gerade Prof. Herschel hat öffentlich erklärt, daß ihm eine Kodifikation des Arbeitsrechts nicht möglich erscheine. Interessant ist, daß Herschel, (vergleiche seinen Aufsatz "Gesetzbuch der Arbeit – heute?", in: "Der Betrieb", 1959, S. 1440 ff.) in anderer Diktion die gleichen Argumente wie M/N vorbringt. So wenn er sagt, eine Gesamtkodifikation des Arbeitsrechts bedeute naturgemäß festlegen, zementieren und damit abgehen "von dem organischen natürlichen Fluß der tieferen Quellen des Rechts, die gerade auf unserem Gebiet so reichlich und heilbringend fließen." Welche Interessen diese "tieferen Quellen" des Rechts speisen, dürfte doch gerade M/N nicht verborgen sein. Das ungehinderte Fließen dieser Quellen zu verhindern, gegen sie einen Damm in Gesetzesform zu errichten mit Hilfe der Organisierung der Arbeiter zur Klasse und damit zur politischen Partei ist heute weiterhin so notwendig wie zu der Zeit, als Marx diese Forderung im "Manifest der Kommunistischen Partei" erhoben hat. Wenn M/N explizit fordern, den Klassenkampf nicht zugleich auch als politischen Kampf zu führen, so betreiben sie objektiv die Geschäfte derjenigen Klasse, die diesen Kampf sehr wohl auch politisch zu führen und die Staatsmacht für ihre Zwecke einzusetzen weiß.

Dies zeigt sich gerade an dem von M/N gewählten Beispiel, der Schaffung eines Gesetzbuches der Arbeit; seine Unsinnigkeit oder Unmöglichkeit zu beweisen, galt bisher als eine der Aufgaben bürgerlicher Rechtswissenschaft, insbesondere der Arbeitsrechtswissenschaft. Nur begründen die bürgerlichen Rechtswissenschaftler ihre Thesen in der Regel sehr viel gründlicher und besser als M/N; (man vergleiche z.B. den in vieler Hinsicht sehr anregenden Aufsatz von Kübler: "Kodifikation und Demokratie", in: "Juristenzeitung" 1969, S. 645 ff.; dazu P. Römer: "Für und wider ein Gesetzbuch der Arbeit", in: "Arbeit und Recht", 1970, S. 141 ff.). Die These von M/N, ein Arbeitsgesetz solle nicht geschaffen werden, weil es notwendigerweise Lücken hätte, die vom Kapital ausgenutzt werden würden, kann man schlecht anders denn als absurd bezeichnen. Zwar hat jedes Gesetz und insbesondere jede Kodifikation Lücken, aber es wäre Vollkommenheitswahn, wollte man deshalb von vornherein darauf verzichten, den politischen Kampf für die Normierung gesetzlicher Vorschriften zu führen, die dem Schutze der Arbeiter dienen. Auf eine generelle Regelung deshalb zu verzichten, weil möglicherweise im Ausnahmefall Lücken der Regelung benützt werden, um eben diese allgemeine Regelung zu umgehen, kann schlechterdings nicht als vernünftige Handlungsanweisung für die Arbeiter im Kampf gegen das Kapital angesehen werden. Die Furcht von M/N vor dem "ungeheuren Gesetzeswerk", das bei der Kodifikation des Arbeitsrechts geschaffen werden müsse, und vor den vielen Tausenden von Paragraphen würde sich vermindern, wenn sie einen Blick in eine x-beliebige Gesetzessammlung arbeitsrechtlicher Vorschriften mit ihren Zehntausenden von Paragraphen werfen würden. Wenn M/N schließlich anführen, der Achtstundentag sei noch mit allgemeinem Gesetz durchsetzbar gewesen, da er "nichts mit der besonderen Natur der Produktionsmittel und der Organisation des Produktionsprozesses im einzelnen Unternehmen zu tun" habe /64/, so entspricht diese Behauptung wenig der Realität. Bereits die außerordentlich vielen Ausnahmen, die das geltende Arbeitszeitschutzrecht zuläßt, hätten, wenn sie von M/N zur Kenntnis genommen worden wären, diese vor einer solchen Behauptung bewahrt. Es bedarf in der Tat keiner besonderen empirischen Studien, um festzustellen, daß die Arbeitszeit entscheidend den Produktionsprozeß beeinflußt. Die Unternehmer haben – wie auch schon bei Marx nachzulesen ist – gerade diesen Gesichtspunkt stets hervorgehoben, um den Achtstundentag überhaupt zu bekämpfen. Und eben weil der Achtstundentag sehr viel mit der besonderen Natur des Produktionsprozesses zu tun hat, besteht für zahlreiche Arbeiter der Achtstundentag realiter nicht, wobei von angeblich freiwillig geleisteten Überstunden ganz abgesehen werden soll und nur jene Ausdehnungen des Achtstundentages ins Auge gefaßt werden sollen, die durch gesetzliche oder andere normative Bestimmungen, z.B. in Tarifverträgen geregelt sind. M/N mußten sich zu der unsinnigen These von der Zusammenhangslosigkeit von Arbeitszeitregelung und Produktionsprozeß offenbar versteigen, um von Marx ausgehend, die Marxsche Forderung, jeden Klassenkampf auch als politischen Kampf zu führen, aufgeben zu können. Dabei verkennen sie nicht zuletzt auch den illustrativen Charakter, den die Ausführungen von Marx über die Zehnstundenbill in England haben. (Übrigens weisen M/N selbst auf den im Text von ihnen geleugneten Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Produktionsprozeß hin /63, Anm. 187. Hier wie auch in anderen Anmerkungen 65, Anm. 191 u. 67, Anm. 194/ widersprechen die Behauptungen im Text den Feststellungen in den Anmerkungen). Was schließlich das letzte Argument von M/N angeht, nämlich die Notwendigkeit, zur Überwachung der Einhaltung allgemeiner Gesetze eine ungeheure Bürokratie einrichten zu müssen, so daß "auf jeden Fall nur noch die Form der Kontrolle die direkte Kontrolle der Produzenten über den Produktionsprozeß sein könne", so zeigt sich auch hier, daß anarchistisch-linksradikale Bürokratiefeindlichkeit sich objektiv gegen die Interessen der Arbeiter richtet. Die gesamte Geschichte des Arbeitsschutzrechts, begonnen mit der Einrichtung der Fabrikinspektoren in England, zeigt, daß alle Arbeitszeitschutzbestimmungen nur dann eine Chance der Realisierung besitzen, wenn über ihre Einhaltung auch zugleich eine staatliche Bürokratie gewacht wird. Daß dadurch die Selbstkontrolle nicht ausgeschlossen, sondern im Gegenteil gefördert wird, ist selbstverständlich.

Erscheint September
Georg Klaus und Manfred Buhr
Philosophisches Wörterbuch
ca. 1800 Stichwörter 2 Bände zusammen 1221 S. jetzt DM 22,00
verlag das europäische buch
1 Berlin 12, Knesebeckstraße 3 Tel.: 3137744

Allgemeines staatliches Gesetz und demokratische Selbstbestimmungsrechte

Da im vorliegenden Beitrag nur beabsichtigt ist, sich mit den von M/N vorgebrachten Argumenten auseinanderzusetzen, kann die Frage welche Bedeutung dem allgemeinen und abstrakten Gesetz im staatsmonopolistischen Kapitalismus zukommt, vorliegend nicht ausdiskutiert werden.

Die Behauptung von M/N aber, der Staat komme als Adressat für die Klassenauseinandersetzung nicht in Frage, weil ihm das allgemeine Gesetz nicht mehr zur Verfügung stehe, läßt sofort die Frage aufkommen, ob es der Staat dann nicht – vorausgesetzt die M/Nsche Behauptung sei richtig – wenigstens als Adressat in Frage komme, soweit es sich um den Erlaß von nicht allgemeinen, also von Maßnahme- und Einzelpersongesetzen handelt. M/N gehen mit schlichter Selbstverständlichkeit davon aus, wenn der Staat als Schöpfer allgemeiner Gesetze ausgeschieden sei, komme er für die Arbeiterklasse als Adressat überhaupt nicht mehr in Frage. Nicht angekränkelt von der Kenntnis der rechtlichen und politischen Problematik des Gesetzesbegriffs, die in der Literatur breit behandelt worden ist, stellen sich M/N auf den Standpunkt von Carl Schmitt, demgemäß der Staat lediglich allgemeine Gesetze erlassen könne. Bekanntlich werden in der Rechtswirklichkeit laufend Einzelfallgesetze erlassen, zum Teil ihrer scheinbar abstrakten Form wegen nicht ohne weiteres als solche erkennbar. Soll – um lediglich *ein* Beispiel zu nennen – die Gründung der Ruhr-Kohle-AG, die bei dieser Gründung gewährten staatlichen Bürgerschaften und Subventionen, den Arbeiter uninteressiert lassen, entfällt hier etwa der Staat als politischer Adressat, wie M/N behaupten, weil er in diesem Fall nicht per allgemeines Gesetz agiert? Es ist offensichtlich, daß der Staat, weil er neuerdings auch eine Vielzahl wirtschaftsregulierender Maßnahmen und nicht-allgemeiner Gesetze erläßt, ein umso wichtigerer Adressat in den Klassenauseinandersetzungen geworden ist.

Aber auch die Behauptung, aus technischer Sachgesetzlichkeit heraus stehe dem Staat das allgemeine Gesetz nicht mehr zu Verfügung, ist nicht richtig. Wie zuerst von Franz Neumann und ihm nachfolgend dann öfters festgestellt worden ist, sind es ökonomische und politische Gründe, derentwegen das Monopolkapital kein Interesse hat, daß allgemeine, abstrakte Gesetze und größere Kodifikationen (wie die des gesamten Arbeitsrechts) erlassen werden. Das Offenlegen der Interessenlage, die Gefahren, die für die herrschenden Interessen mit der öffentlichen und zumindest partiell rationalen Diskussion, die beim Erlaß allgemeiner Gesetze nicht zu vermeiden ist (mag diese Diskussion auch – i.d.R. erfolgreich – manipuliert und minimalisiert werden), vor allem aber das Festlegen, die teilweise Selbstbindung, die mit dem Erlaß eines allgemeinen Gesetzes verbunden ist, entsprechen nicht den Interessen derjenigen Monopole, die stark genug sind, durch Einflußnahme auf den staatlichen Apparat ihre Interessen im jeweiligen Einzelfall durchzusetzen, oder die in der Lage sind, unmittelbar und ohne Inanspruchnahme des Staates durch wirtschaftliches Diktat ihre Ziele zu verfolgen. (Inwieweit die Notwendigkeit zur immer umfassenderen und immer langfristigeren Planung im Spätkapitalismus auch die Monopole zu einer anderen Taktik zwingen wird, mag in diesem Zusammenhang dahingestellt sein).

Die Behauptung, nicht aus ökonomischen und politischen Gründen werde das allgemeine Gesetz durch Generalklauseln und Einzelfallgesetze abgelöst, sondern aus sachimmanenten, technischen Gründen, die in den Veränderungen im Produktionsprozeß zu suchen seien, verkennt, daß gerade die zunehmende Vergesellschaftung, Automatisierung und Rationalisierung des Produktionsprozesses die individuellen Maßnahmen, die der Arbeit"geber" in Ausübung seiner betrieblichen Befehlsgewalt dem Arbeit"nehmer" gegenüber trifft, zurückdrängt zu Gunsten von allgemeinen und abstrakten Regeln für den Produktionsprozeß. Das Erhöhen der Geschwindigkeit des Fließbandes z.B., eine auf den ersten

Blick individuelle, konkrete Maßnahme des Arbeit"gebers", enthält zugleich – normativ betrachtet – die generelle Anordnung an alle am Fließband Beschäftigte, ihre Arbeitsleistung pro gegebene Arbeitszeiteinheit zu erhöhen. Verglichen mit der von einem Arbeitgeber einem individuellen Arbeiter, z.B. in einem kleinen Handwerkbetrieb, erteilten konkreten Anweisung, eine bestimmte Tätigkeit in einer bestimmten Weise auszuführen, besitzt eine solche Anordnung einen beträchtlich höheren Grad an Allgemeinheit, weil sie sich an alle am Fließband Beschäftigte richtet, und einen beträchtlich höheren Grad an Abstraktheit, weil sie von der Verschiedenheit der einzelnen Arbeiten, die am Fließband ausgeführt werden, absieht. Die neueren Methoden der Arbeitsplatzbewertung, die darauf abzielen, genauer und umfassender die gesamte Arbeitleistung auf das Maß der zu ihr erforderlichen geringsten Arbeitszeit zurückzuführen, zeigen ebenfalls deutlich die Tendenz an, möglichst weitgehend von den individuellen Besonderheiten der Arbeit und des Arbeiters zu abstrahieren. Ist aber in weiten Bereichen der industriellen Produktion für die individuelle, konkrete Arbeitsanweisung, die im Handwerksbetrieb z.B. noch vorherrscht, gar kein Raum mehr und wird sie durch allgemeine Anordnungen ersetzt, die zudem häufig schriftlich niedergelegt sind und die immer mehr die Form von Betriebs"gesetzen" annehmen, so ist objektiv, im Gegensatz zur Auffassung von M/N, die Möglichkeit gestiegen, auf diese Regelungen auch durch allgemeines staatliches Gesetz einzuwirken. Das Beispiel, das M/N anführen, um ihre These, der Klassenkampf könne nur noch ökonomisch geführt werden, zu belegen – nämlich die Intensivierung der relativen Mehrwertauspressung durch Beschleunigung der Geschwindigkeit des Fließbands – läßt durchaus den Schluß zu, ein allgemeines Gesetz sei möglich und nötig, das z.B. festlegt, Veränderungen der Bandgeschwindigkeit seien als Änderungen des Inhalts des Arbeitsvertrags anzusehen und ohne Zustimmung des betroffenen Arbeiters nicht zulässig oder das bestimmt, die Geschwindigkeitsänderung bedürfe der vorherigen Zustimmung eines Gremiums, das von den Gewerkschaften und den Arbeitern des Betriebs beschickt wird und dem Arbeitsmediziner und -psychologen sowie Sicherheitsspezialisten angehören. Es soll hier nicht im einzelnen dargelegt werden, wie ein solches Gesetz aussehen könnte, sondern nur darauf aufmerksam gemacht werden, daß es juristisch abwegig ist zu behaupten, die Veränderungen im Produktionsprozeß ließen allgemeine Gesetze, die die relative Mehrwertauspressung vermindern, juristisch-technisch nicht mehr zu. Es ist auch politisch sehr sinnvoll, solche Gesetze zu formulieren und zu fordern, anstatt sich anarchosyndikalistisch auf den lediglich ökonomischen Kampf zurückzuziehen.

Aber auch für jenen Teil der Arbeiter, die komplizierte, ein hohes Maß an Selbständigkeit voraussetzende Aufgaben technischer und organisatorischer Art im Produktionsprozeß wahrnehmen (deren Zahl und prozentualer Anteil an der Arbeiterschaft steigt) trifft nicht zu, daß für die gesetzliche Normierung ihrer Tätigkeit das allgemeine Gesetz nicht mehr zur Verfügung stehe. M/N führen ihre These vom Zusammenhang zwischen allgemeinem Gesetz und dem Differenzierheits- und Kompliziertheitsgrad der durch das Gesetz zu regelnden Materie nicht näher aus; aber Sinn gewinnt ihre These nur, wenn man davon ausgeht, daß ihrer Meinung nach nur wenig differenzierte, gleichförmige Sachverhalte sich zur Normierung durch das allgemeine Gesetz eigneten. Die Allgemeinheit und Abstraktheit des Gesetzes beruht indes stets auf dem bewußten Nichtberücksichtigen – und nicht auf dem tatsächlichen Nichtvorhandensein – der Besonderheiten des Einzelfalles. Seit Max Weber wird die formale Rationalität, die Rechtssicherheits- und Kalkulierbarkeitsfunktion der allgemeinen Gesetze herausgestellt; diese Berechenbarkeit galt indes in erster Linie gegenüber der staatlichen Gewalt, insbesondere gegenüber der Exekutive; auf dem Gebiete des Privatrechts entfaltete sich unter der Herrschaft der allgemeinen Gesetze die außerordentliche Vielfalt des Inhalts der Verträge, war das allgemeine Gesetz das Medium für die Durchsetzung der Kapitalistischen Anarchie und der gesamtgesellschaftlichen Plan-

losigkeit. Der formalen Rationalität entsprach die inhaltliche Irrationalität, der Allgemeinheit des Gesetzes die beliebige Vielfalt des Vertragsinhalts, der Abstraktheit des Gesetzes das tatsächliche Unterwerfungsverhältnis, das der wirtschaftlich schwächere Vertragspartner dem stärkeren gegenüber eingehen mußte. Die Allgemeinheit des Gesetzes konnte also nur durchgeführt werden, indem die inhaltliche Ausdifferenzierung und Ausgestaltung durch staatliche Quasidelegation der Normsetzungsbefugnis an die privaten Rechtssubjekte vollzogen wurde. Diese Möglichkeit besteht auch weiterhin; sie gilt es im Interesse der Arbeiter zu nutzen, indem allgemeine Gesetze gefordert werden, die zugleich Kontroll-, Teilnahme- und Selbstbestimmungsrechte des Arbeiters und seiner Organisationen im Betrieb und am Arbeitsplatz regeln. Die dialektische Einheit des Rechtserzeugungszusammenhangs, die zwischen dem allgemeinen Gesetz und seiner inhaltlichen Ausgestaltung durch Vertrag und einseitige Anordnung besteht (eine Einheit, die in der Rechtswirklichkeit noch durch viele Zwischenstufen, wie z.B. den Tarifvertrag, die Betriebsvereinbarung, differenziert wird) widerspiegelt die Einheit von politischem und ökonomischem Kampf. Es ist eine Frage der Taktik, der konkreten Situation, des jeweiligen Kräfteverhältnisses, welche Seite dieser Einheit stärker betont wird – Ob die betriebliche und gewerkschaftliche Arbeit, der Kampf um den Inhalt der Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen in den Mittelpunkt der Anstrengungen gerückt wird oder die politische Aktivität, der Kampf um den Erlaß staatlicher Maßnahmen und Gesetze. Der bewußte Verzicht auf eine dieser Kampfformen, wie ihn M/N u.a. auch auf Grund angeblicher juristischer Sachgesetzlichkeit propagieren, muß notwendigerweise zur Schwächung der Arbeiterbewegung führen.

Peter Römer

SK **DAS SOZIALISTISCHE NACHRICHTENMAGAZIN**

Kommentare — Berichte — Analysen — Nachrichten

Die „SK — das sozialistische Nachrichtenmagazin" berichtet umfassend aus der sozialdemokratischen Bewegung des In- und Auslandes. Die SK lenkt nicht mit Belanglosem ab und orientiert nicht auf „demokratische Spielwiesen", sondern leistet durch kritische und konstruktive Information einen Beitrag zur Zurückdrängung der Macht der Monopole.

SK erscheint zweimal monatlich. Preis: 0,75 DM

SK-Extra

10 **Der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) in der Entscheidung**

- Einschätzung der Situation
- SHB — Teil der fortschrittlichen Sozialdemokratie
- Bericht von der 12. ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz 3. bis 5. 12. 71
- SHB konsolidiert sich nach Austritt einer Minderheit

8 Seiten, 30 Pfennig

12 „Kandidatenaufstellung als Chance innerparteilicher Veränderung und Mobilisierung". Wir dokumentieren die Broschüre im vollen Wortlaut und veröffentlichen gleichzeitig wesentliche Auszüge aus dem Briefwechsel zwischen dem JUSO-Bundesvorstand und dem Parteipräsidium der SPD sowie Schreiben des JUSO-Bundesvorstandes an den Bundesausschuß der Organisation und an den Parteivorstand der SPD.
16 Seiten, 50 Pfennig

W. Runge-Verlag, 2 Hamburg 26, Postfach 260546

Dokumentation

Ein neues Manuskript von Karl Marx

Vorwort und Manuskript wurden in BEITRÄGE ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG, Heft 3, 14, Jahrgang, 1972, S. 423-446, erstmals veröffentlicht.

Vor einiger Zeit erhielt das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU von Marx' Urenkel Marcel-Charles Longuet 39 Seiten eines eigenhändigen Manuskripts von Karl Marx. Es handelt sich dabei um das Fragment eines Entwurfs für einen umfangreichen Artikel, gerichtet gegen die Anschauungen des bürgerlichen Ökonomen Friedrich List, wie er sie in seinem Werk „Das nationale System der politischen Ökonomie" dargelegt hatte. Zu diesem Entwurf gehören weitere vier Handschriftenseiten von Marx, die bereits früher von dessen Enkel Edgar Longuet an das Moskauer Institut übergeben worden sind.

Friedrich Lists Buch „Das nationale System der politischen Ökonomie" erschien 1841. Es zog rasch die Aufmerksamkeit der deutschen Öffentlichkeit auf sich und erlebte innerhalb kurzer Zeit mehrere Auflagen, denn die aufstrebende deutsche Industriebourgeoisie erblickte darin die theoretische Begründung für ihren Anspruch auf europäische Geltung. Sowohl Karl Marx als auch Friedrich Engels hielten es für notwendig, dieses Buch prinzipiell zu kritisieren. Engels sprach bereits am 19. November 1844 in seinem Brief an Marx von seiner Absicht, in einer Broschüre gegen List aufzutreten. Kurze Zeit später erfuhr er durch Hermann Püttmann und Heinrich Bürgers, daß auch Marx an einem Artikel gegen List arbeitete, der in der von Püttmann geplanten Zeitschrift „Rheinische Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform" veröffentlicht werden sollte. Engels sah deshalb von der Verwirklichung seines Plans ab, setzte sich jedoch mit List, mit den *„praktischen* Folgen seines Systems" in seiner zweiten Elberfelder Rede auseinander; die im ersten Band der Püttmannschen Zeitschrift veröffentlicht wurde (K. Marx/F. Engels: Werke, Bd. 2, S. 549–557). Wie Engels' Brief an Marx vom 17. März 1845 zu entnehmen ist, hatte Marx im März 1845 bereits begonnen, die Ansichten von List vor allem auf ihre theoretischen Voraussetzungen hin kritisch zu untersuchen. Die in Angriff genommene Arbeit wurde von Marx jedoch nicht vollendet.

Bei dem vorliegenden Marxschen Manuskript handelt es sich um einen Rohentwurf für den kritischen Artikel über List. Er enthält viele Streichungen, Einfügungen und andere Korrekturen, durchweg Wortabkürzungen, bei denen teilweise ganze Silben fehlen, und manche Worte sind schwer oder überhaupt nicht lesbar. Das Manuskript ist unvollständig überliefert. Es fehlt der erste Bogen, der wahrscheinlich auch den Titel des gesamten Artikels und die Überschrift des ersten Kapitels enthält. Alle übrigen Bogen des ersten Kapitels (Bogen 2–6) sind erhalten geblieben. An das erste Kapitel, das eine allgemeine Charakteristik von List gibt, schließt sich inhaltlich ein einzelnes unnumeriertes Blatt von kleinem Format an, das auf der ersten Seite vollständig, auf der zweiten Seite nur mit zwei Zeilen beschrieben ist. Das zweite Kapitel kritisiert Lists Theorie der „Produktivkräfte" und der „Tauschwerte". Es liegt bis auf den Schluß vollständig vor (Bogen 7–9). Vom dritten Kapitel sind nur zwei Fragmente (der halbe Bogen 22 und der Bo-

gen 24) erhalten, die das Problem der Grundrente behandeln. Das vierte Kapitel, betitelt „Herr List und Ferrier", umfaßt einen unnumerierten Bogen (4 Seiten). Es ist vollständig überliefert und stellt offensichtlich das Schlußkapitel des ganzen Artikels dar.

Ungeachtet seines fragmentarischen Charakters ist der Entwurf des Artikels über Lists Buch „Das nationale System der politischen Ökonomie" nicht nur deshalb von großem Interesse, weil darin die Anschauungen des bürgerlichen Ökonomen Friedrich List kritisch untersucht werden, sondern auch deshalb, weil Marx hier seine Ansichten zu solchen grundlegenden Kategorien wie „Arbeit", „Arbeiter", „Tauschwert", „Produktivkräfte", „Industrie" sowie zum Wesen des bürgerlichen Nationalismus, zur Bedeutung und Entwicklung des Saint-Simonismus u. a. darlegt. Marx betont in diesem Entwurf, daß die kapitalistische Fabrikindustrie „das Proletariat und im Proletariat die Macht einer neuen Weltordnung schaffe". In Verbindung damit spricht er von den prinzipiellen Unterschieden zwischen dem „menschlichen Kern" der Fabrikindustrie und ihrer kapitalistischen „schmutzigen Hülle", die gesprengt werden muß, damit die Produktivkräfte der Gesellschaft von den Ketten befreit werden. Diese Gedanken wurden von Marx in seinen späteren Arbeiten weiterentwickelt und konkretisiert.

Das Manuskript über List wurde vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU in russischer Übersetzung in der Zeitschrift „Woprosy istorii KPSS", 12/1971, S. 3–27, veröffentlicht. Der anschließende Abdruck in der Originalsprache erfolgt nach einer Fotokopie der Handschrift, die uns vom Institut für Marxismus-Leninismus in Moskau zur Verfügung gestellt wurde.

Rechtschreibung und Zeichensetzung wurden modernisiert, ohne den Laut- und Silbenstand zu verändern. Offensichtliche Schreibfehler von Marx wurden ohne Nachweis korrigiert. In einzelnen Fällen sind zusätzliche Absätze angebracht worden. Von Marx unterstrichene Worte erscheinen kursiv. Redaktionelle Einfügungen stehen in eckigen Klammern. Die Marxsche Bogenpaginierung wurde jeweils in zwei senkrechte Striche eingeschlossen. In mehreren Fällen setzte Marx über ein bereits geschriebenes Wort ein Synonym oder einen anderen Ausdruck und ließ beides stehen. Entsprechend dem handschriftlichen Befund wird in der vorliegenden Veröffentlichung zunächst die jeweils zuletzt geschriebene Fassung und danach der zuerst niedergeschriebene Ausdruck in runden Klammern wiedergegeben. Die von Marx nicht konsequent durchgeführte Gliederung der Kapitel in Unterpunkte wurde nicht verändert.

Das Manuskript wurde von Jo Koch, Barbara Lietz und Hannes Skambraks unter Leitung von Richard Sperl zur Veröffentlichung vorbereitet.

Institut für Marxismus-Leninismus
beim ZK der SED

Karl Marx

(„Über Friedrich Lists Buch „Das nationale System der politischen Ökonomie")

[I. Allgemeine Charakteristik Lists]

[. . .] 121 daß das Bewußtsein von dem Tod des Bürgertums selbst schon in das Bewußtsein des deutschen Bourgeois gedrungen ist, so ist der deutsche Bourgeois naiv genug, diese „Traurigkeit" selbst zu gestehn. „Darum ist es auch *so traurig*/1/, wenn man die Übel, womit in unsern Tagen die Industrie begleitet ist, als Motiv geltend machen will, die Industrie selbst von sich abzuweisen. Es gibt weit größere Übel, als einen Stand von *Proletariern*/1/: leere Schatzkammern – National-Unmacht – National-Knechtschaft – Nationaltod" p. LXVII/2/. Es ist wahrhaft traurig, daß das Proletariat schon da ist und schon Ansprüche macht und schon Furcht einflößt, eh der deutsche Bürger noch zur Industrie gelangt ist. Was den Proletarier selbst betrifft, so wird er gewiß seinen Stand fröhlich finden, wenn die herrschende Bourgeoisie volle Schatzkammern und Nationalmacht hat. Herr List sagt nur, was für die Bourgeois *trauriger* ist. Und wir gestehn, daß es sehr traurig für ihn ist, daß er grade in dem ungeeigneten Augenblick die Industrieherrschaft aufbringen will, wo die durch sie erzeugte Knechtschaft der Mehrzahl ein allgemein bekanntes factum geworden ist. Der deutsche Bourgeois ist der *Ritter von der traurigen Gestalt*, der grade die irrende Ritterschaft einführen wollte, als die Polizei und das Geld aufkamen.

3) Ein große(s) Hindernis (Ungelegenheit), worin der deutsche Bourgeois bei seinem Streben nach industriellem Reichtum sich befindet, ist sein bisheriger *Idealismus*. Wie kommt dieses Volk des *„Geistes"* auf einmal dazu, in Calicot, Strickgarn, self-acting mule dem Materialismus der Maschinerie, in einem Haufen von Fabriksklaven, in den gefüllten Säckeln der Herren Fabrikanten die höchsten Güter der Menschheit zu finden? Der hohle, windige, sentimentale Idealismus des deutschen Bürgers, hinter dem der kleinlichste, schmutzigste Krämergeist verborgen liegt, die feigste Seele sich versteckt, ist zur Epoche gekommen, wo er notwendig sein Geheimnis verraten muß. Aber er verrät es wieder in echt deutscher, überschwenglicher Weise. Er verrät es mit idealistisch-christlicher Scham. Er verleugnet den Reichtum, indem er ihn erstrebt. Er verkleidet sich ganz idealistisch den geistlosen Materialismus, und dann erst wagt er, nach ihm zu haschen. Der ganze [. . . . .]/3/ theoretische Teil des Listschen Systems ist nichts als eine Verkleidung des industriellen Materialismus der aufrichtigen Ökonomie in ideale Phrasen. Die Sache läßt er überall bestehn, aber den Ausdruck idealisiert er. Wir werden dies im einzelnen verfolgen. Eben diese hohle idealistische Phraseologie gibt ihm darum auch die Fähigkeit, die *realen* Schranken, die sich seinen frommen Wünschen entgegensetzen, zu verkennen und sich den albernsten Phantasien hinzugeben. (Was wäre aus der englischen und französischen Bourgeoisie geworden, wenn sie erst einen hohen Adel, eine wohllöbliche Bürokratie und die angestammten Herrscherhäuser um Erlaubnis gesucht hätte, die „Industrie" mit „Gesetzeskraft" einzuführen?)

Der deutsche Bürger ist selbst religiös, wo er industriell ist. Er scheut sich, von schlechten Tauschwerten, nach denen er lungert, zu sprechen und spricht von Produktivkräften, er scheut sich, von Konkurrenz zu sprechen, und spricht von einer nationalen Konföderation der nationalen Produktivkräfte, er scheut sich, von seinem Privatinteresse zu spre-

1 Hervorhebung von Marx.
2 Hier und im folgenden zitiert Marx F. List: Das nationale System der politischen Ökonomie. Erster Band: Der internationale Handel, die Handelspolitik und der deutsche Zollverein, Stuttgart/Tübingen 1841.
3 Drei Wörter unleserlich.

chen, und spricht vom Nationalinteresse. Wenn man den offenherzigen, klassischen Zynismus betrachtet, womit die englische und französische Bourgeosie in ihren ersten, wenigstens im Beginn ihrer Herrschaft wissenschaftlichen Wortführern der Nationalökonomie den Reichtum zum Gott erhob und ihn, diesem Moloch, rücksichtslos alles, auch in der Wissenschaft, opferte, und wenn man dagegen die idealisierende, phrasenklaubende, bombastische Weise des Herrn List betrachtet, der mitten in der Ökonomie den Reichtum der „gerechten Männer" verachtet und höhre Zwecke kennt, so muß man es „auch traurig" finden, daß heutzutage kein Tag mehr ist für den Reichtum.

Herr List spricht immer in Molossus-Versmaßen/4/. Er bläht sich beständig zu einem schwerfälligen und wortreichen Pathos auf, dessen Kern in steter Wiederholung die Schutzzölle und „teutsche" Fabriken, [dessen] trübes Gewässer stets in letzter Instanz auf die Sandbank treibt. Er ist beständig sinnlich-übersinnlich.

Der deutsche idealisierende Philister, der reich werden will, muß sich natürlich vorher erst eine neue Theorie des Reichtums schaffen, die letztern würdig macht, von ihm erstrebt zu werden. Die Bürger in Frankreich und England sehn das Ungewitter herannahen, das das *wirkliche* Leben dessen, was man bisher Reichtum nannte, praktisch vernichten wird, und der deutsche Bürger, der noch nicht zu diesem schlechtern Reichtum gekommen ist, versucht eine neue „spiritualistische" Interpretation desselben. Er schafft sich eine „idealisierende" Ökonomie, die nichts gemein hat mit der profanen französischen und englischen Ökonomie, um sich vor sich und der Welt zu rechtfertigen, daß er auch reich werden will. Der deutsche Bürger beginnt seine Schaffung des Reichtums mit der Schöpfung einer überschwenglichen, heuchlerisch-idealisierenden Nationalökonomie.

3. Wie Herr List die Geschichte interpretiert und sich zu Smith und seiner Schule verhält.

So submissest Herr List gegen Adel, angestammte Herrscherhäuser, Bürokratie ist, so „frech" tritt er gegen die französische und englische Ökonomie auf, die das *Geheimnis* des „Reichtums" zynisch verraten hat und alle Illusionen über seine Natur, Tendenz und Bewegung unmöglich gemacht hat, deren Reihenführer Smith ist. Herr List faßt sie alle unter dem Namen „die Schule" zusammen. Da es sich nämlich dem deutschen Bürger um Schutzzölle handelt, so hat ihm die ganze Entwicklung der Ökonomie seit Smith natürlich keinen Sinn, weil die hervorstechendsten Vertreter derselben alle die jetzige bürgerliche Gesellschaft der Konkurrenz und Handelsfreiheit zur Voraussetzung haben.

Der deutsche Philister zeigt hier in vielfacher Weise seinen „nationalen" Charakter.

1) Er sieht in der ganzen Ökonomie nichts als Systeme, die auf den Studierstuben ausgeheckt sind. Daß die Entwicklung einer Wissenschaft wie die der Ökonomie mit der wirklichen Bewegung der Gesellschaft zusammenhängt/5/ oder nur ihr theoretischer [31] Ausdruck ist/6/, ahnt Herr List natürlich nicht. Deutscher Theoretiker.

2) Weil seine eigne Theorie (Schrift) einen geheimen Zweck verbirgt, ahnt er überall geheime Zwecke.

Als echt deutscher Philister sucht Herr List, statt die wirkliche Geschichte zu studieren, nach den geheimen schlechten Zwecken der Individuen und weiß sich viel mit seiner Pfiffigkeit, diese herauszugrübeln (herauszufinden). Er macht große Entdeckungen in der Art, daß Adam Smith mit seiner Theorie die Welt täuschen wollte und daß die

4 Versfuß der antiken Dichtung aus drei langen Silben.
5 bei Marx: zusammenhängen.
6 bei Marx: sind.

übrige Welt sich von ihm täuschen ließ, bis der große Herr List sie aus ihrem Traum erlöste, etwa in der Art, wie ein Düsseldorfer Gerichtsrat die römische Geschichte für eine Erfindung der mittelalterlichen Mönche ausgab, um die Herrschaft Roms zu begründen

Wie aber der deutsche Bürger überhaupt seinem Feinde nicht besser entgegenzutreten weiß, als indem er ihm einen moralischen Makel anheftet, seine Gesinnung verdächtigt, nach schlechten Motiven für seine Handlung sucht, kurz, indem er ihn in *üble Nachrede* bringt und persönlich verdächtigt, so verdächtigt Herr List die englischen und französischen Ökonomen, erzählt Klatschgeschichten von ihnen, und wie der deutsche Philister im Handel nicht das kleinste Profitchen und Eskamotage verschmäht, so verschmäht es Herr List nicht, Worte aus Zitaten zu eskamotieren, um sie profitlich zu machen, seinen eignen schlechten Fabrikaten das Etikett seiner Gegner aufzukleben, um sie in Verruf zu bringen, indem er sie verfälscht, oder gar entschiedne Lügen zu ersinnen, um seinen Konkurrenten um den Kredit zu bringen.

Wir geben einige Proben von der Verfahrungsweise des Herrn List.

Man weiß, daß die deutschen Pfaffen der Aufklärung keinen gründlichern Todesstoß versetzen zu können glaubten, als indem sie uns alberne Anekdote und Lüge erzählen, Voltaire habe auf seinem Todesbette seine Lehre aufgegeben. Auch Herr List führt uns an Smiths Totenbett und berichtet uns, es habe sich da gezeigt, daß er es nicht aufrichtig gemeint mit seiner Lehre. Doch man höre Herrn List selbst und sein weiteres Urteil über Smith. Wir setzen neben ihn die Quelle seiner Weisheit.

List

„In Erinnerung gebracht hatte ich aus Dugald Stewards Biographie, wie dieser große Geist nicht ruhig habe sterben können, bis alle seine Manuskripte verbrannt gewesen, womit ich [habe] zu verstehen geben wollen, wie dringend der Verdacht sei, daß diese Papiere Beweise gegen seine Aufrichtigkeit enthielten. p. LVIII. Nachgewiesen hatte ich, wie seine Theorie von den englischen Ministern benützt worden sei, um andren Nationen zum Vorteil Englands Sand in die Augen zu streuen." l.c. [LVIII, LIX] „Adam Smiths Lehre ist in Beziehung auf die nationalen und internationalen Verhältnisse eine bloße Fortsetzung des physiokratischen Systems. Gleich diesem ignoriert sie die Natur der Nationalitäten, und setzt sie den ewigen Frieden und die Universalunion als bestehend voraus". p. 475.

Ferrier, F.L.A. „Du gouvernement considéré dans ses rapports avec le commerce." Paris 1805.

„Ist es möglich, daß Smith, indem er so viel falsche Räsonnements zugunsten der Handelsfreiheit aufhäufte, aufrichtig war? . . .

Smith hatte zum geheimen Zweck, in Europa Prinzipien auszustreuen, wovon er sehr wohl wußte, daß die Adoption seinem Lande den Weltmarkt liefern würde." (p. 385, 386.)

„Man ist selbst autorisiert zu glauben, daß Smith nicht immer dieselbe Doktrin gelehrt hatte; und wie anders die Qualen erklären, die ihn auf dem Totenbett die Furcht empfinden ließen/7/, daß die Manuskripte seiner Vorlesungen ihn überleben würden." p. 386. Er wirft Smith vor, Commissaire des douanes/8/ gewesen zu sein. „Smith hat fast immer räsoniert wie die Ökonomisten (Physiokraten), ohne Rücksicht zu nehmen auf die Trennung der Interessen der verschiednen Nationen und in der Voraussetzung, wo in der

7 bei Marx: ließ.
8 Zollkommissar.

Welt nur eine Gesellschaft existieren würde. Lassen wir alle diese Projekte der Union." p. 381, p. 15.

Herr Ferrier war inspecteur des douanes/9/ unter Napoleon und liebte sein Handwerk.

J. B. *Says* Ökonomie wird als eine verunglückte Spekulation von Herrn List begriffen. Wir werden sogleich sein vollständiges Urteil über Says Leben mitteilen. Vorher noch ein Beispiel von der Art, wie er andre Schriftsteller abschreibt und im Abschreiben verfälscht, um seine Gegner zu treffen.

List

„*Say*/10/ und *MacCulloch*/10/ scheinen von diesem Buche" (des Antonio Serra aus Neapel) „nicht mehr als den Titel gesehen oder gelesen zu haben; beide werfen es vornehm auf (die) Seite mit der Bemerkung: es handle nur vom Gelde, und schon der Titel beweise, daß der Autor in dem Irrtum befangen gewesen, die edlen Metalle als alleinige Gegenstände des Reichtums zu betrachten. Hätten sie weiter gelesen" etc. p. 456.

Graf *Pecchio: „Geschichte der politischen Ökonomie in Italien"* etc., Paris 1830/11/.

„Die Fremden suchten Serra des Verdienstes zu berauben, der erste Gründer der Prinzipien dieser Wissenschaft" (der politischen Ökonomie) „gewesen zu sein. Was ich soeben sage, kann durchaus nicht auf Herrn *Say*/12/ bezogen" (appliziert) „werden, welcher, immer vorwerfend dem Serra, nur die Materie von Gold und Silber als Reichtümer betrachtet zu haben, ihm nichtsdestoweniger den Ruhm zediert, der erste gewesen zu sein, der kennen" (connaître) „ließ die produktive Macht der Industrie . . . Meine Klage adressiert sich an Herrn Mac Culloch . . . Wenn Herr MacCulloch ein wenig mehr als den Titel gelesen hätte" etc. p. 76, 77.

Man sieht, wie Herr List den Pecchio, den er abschreibt, *absichtlich* verfälscht, um Herrn Say in Verruf zu bringen. Nicht minder falsch sind die Lebensnotizen, die über Say mitgeteilt werden.

Herr List sagt von ihm: „Erst Kaufmann, dann Fabrikant, dann verunglückter Politiker, griff Say zur politischen Ökonomie, wie man zu einem neuen Unternehmen greift, wenn das alte nicht mehr gehn will. . . Haß gegen das Kontinentalsystem, das ihm seine Fabrik zerstört, und gegen dessen Urheber, der ihn aus dem Tribunat verstoßen hatte, bestimmte ihn, die Partei der absoluten Handelsfreiheit zu ergreifen." p. 488, 489.

Also Say ergriff das System der Handelsfreiheit, weil seine Fabrik durch das Kontinentalsystem ruiniert wurde! Aber wie, wenn er sein „Traité d'économie politique"/13/ geschrieben hätte, *ehe* er eine Fabrik besaß? Say ergriff das System der Handelsfreiheit,

9 Zollinspektor.
10 Hervorhebung von Marx.
11 J. Pecchio: Histoire de l'économie politique en Italie, ou Abrégé critique des économistes italiens; précédée d'une introduction. Trad. de l'italien par L. Gallois, Paris 1830.
12 Hervorhebung von Marx.
13 J.-B. Say: Traité d'économie politique ou simple exposition de la manière dont se forment, se distribuent, et se consomment les richesses, T. 1–2, Paris 1803.

weil Napoleon ihn aus dem Tribunat verstieß. Aber wie, wenn er *als Tribun* das Buch geschrieben hätte? Wie, wenn Say, der nach Herrn List ein verunglückter Geschäftsmann war, der in der Literatur nur einen Betriebszweig erblickte, von früher Jugend an eine Rolle in der französischen literarischen Welt gespielt?

Woher hat Herr List seine Neuigkeiten? Aus der dem „Cours Complet d'économie politique" vorgedruckten „Historischen Notiz über das Leben und Werke J.-B. Says" von *Charles Comte*/14/. Was berichtet diese Notiz? Diese enthält/15/ aber von allen seinen Angaben das Gegenteil. Man höre: J.-B. Say wurde von seinem Vater, einem Kaufmann, dem | 4 | Handel bestimmt. Sein Hang zog ihn jedoch zur Literatur. Er publizierte 1789 eine Broschüre für Preßefreiheit. Er schreibt seit dem Beginn der Revolution mit am „Courrier de Provence", den Mirabeau publizierte. Er wurde ebenso beschäftigt in den Büros des Ministers Clavière. Sein Hang „für die moralischen und politischen Wissenschaften" wie der Bankerott seines Vaters bestimmten ihn, den Handel ganz aufzugeben und sich die Kultur der Wissenschaften zu seiner einzigen Beschäftigung zu machen. 1794 wurde er Redacteur en chef der „Décade philosophique, littéraire et politique". Napoleon ernannte ihn 1799 zum Mitglied des Tribunats. Die Muße, die ihm seine Funktion als Tribun ließ, benutzte er, um den „Traité politique" auszuarbeiten, den er 1803 publizierte. Er wurde aus dem Tribunat verstoßen, weil er zu den wenigen gehörte, die Opposition zu machen wagten. Es wurde ihm ein lukrativer Posten in den Finanzen angetragen, er lehnt ihn ab, obgleich chargé de six enfants et n'ayant presque point de fortune . . ./16/, er hätte die angebotnen Funktionen nicht erfüllen können, ohne zur Exekution eines Systems zu konkurrieren, das er als funeste/17/ für Frankreich beurteilt hatte. Er legte eine Baumwollspinnerei an etc.

Wenn der Makel, den Herr List hier dem Say anheftet, durch Verfälschung entstanden ist, so ist es nicht minder das Lob, das er dem Bruder desselben, Louis Say, erteilt. Um zu beweisen, daß *Louis Say* die listige Ansicht teilt, verfälscht er eine Stelle desselben. Herr List sagt p. 484:

„Nach seiner" (Louis Says) „Meinung besteht der Reichtum der Nationen nicht in den materiellen Gütern und in ihrem Tauschwert, sondern in der *Fähigkeit, diese Güter fortwährend zu produzieren*"/18/. Nach Herrn List sind folgendes die eignen Worte Louis Says:

Der Louis Say des Herrn List

„La richesse ne consiste pas dans les choses qui satisfont nos besoins ou nos goûts, mais dans le pouvoir d'en jouir annuellement"/19/. „Études sur la richesse des nations"/20/ p. 10.

Der wirkliche Louis Say

„Quoique la richesse ne consiste pas dans les choses qui satisfont nos besoins ou nos goûts, mais dans le *revenu*/21/ *ou* dans le pouvoir d'en jouir annuellement . . ." /22/. [p. 9–10.]

14 Enthalten im siebenten Band; er erschien kurz nach dem Tode des Autors als Ergänzungsband unter dem Titel: Cours complet d'économie politique pratique. Volume complémentaire. Mélanges et correspondance d'économie politique: ouvrage posthume de J.-B. Say, publié par Charles Comte, son gendre, Paris 1833. – Marx gibt im folgenden eine kurze Zusammenfassung der Seiten III bis XII.
15 bei Marx: enthalten.
16 er sechs Kinder zu versorgen hatte und kaum vermögend war . . .
17 verhängnisvoll.
18 Hervorhebung von Marx.
19 „Der Reichtum besteht nicht in den Dingen, die unsere Bedürfnisse oder unsere Neigungen befriedigen, sondern in dem Vermögen, sie das ganze Jahr über genießen zu können."
20 L. Say: Études sur la richesse des nations et réfutation des principales erreurs en économie politique, Paris 1836.

Say spricht also nicht von der Fähigkeit zu produzieren, sondern von der Fähigkeit zu genießen, von der Fähigkeit, die das „Einkommen" (Revenu) einer Nation gibt. Aufs dem Mißverhältnis zwischen der anwachsenden/23/ Produktionskraft und der Revenu einer Nation im allgemeinen und aller Klassen im besondern sind grade die Herrn List feindseligsten Theorien wie z. B. die von Sismondi und Cherbuliez hervorgegangen.

Geben wir nun ein Beispiel von der Unwissenheit des Herrn List in Beurteilung der Schule. Er sagt von Ricardo (List. Zu den Produktivkräften):

„Überhaupt ist die Schule seit Adam Smith in ihren Forschungen nach der Natur der Rente unglücklich gewesen. Ricardo und nach ihm Mill, MacCulloch und andere sind der Meinung, die Rente werde für die den Grundstücken beiwohnende natürliche Produktionsfähigkeit/24/ bezahlt. Ersterer hat auf diese Ansicht ein ganzes System gegründet . . . Da er [aber] nur die englischen Zustände vor Augen hatte, so verfiel er in die irrige Ansicht, diese englischen Äcker und Wiesen, für deren angebliche natürliche Ertragsfähigkeit gegenwärtig so schöne Renten bezahlt werden, seien zu jeder Zeit die nämlichen Äcker und Wiesen gewesen." p. 360.

Ricardo sagt:

„Wenn das Mehr des Produkts, das die Grundrente bildet, ein Vorteil ist, so wäre zu wünschen, daß alle Jahre die neu konstruierten Maschinen unproduktiver würden als die alten; dies gäbe den produzierten Waren einen Mehrwert im ganzen Lande; man würde allen eine Rente zahlen, welche die produktivsten Maschinen besitzen." „Die Grundrente steigt um so schneller, je mehr die produktiven Kräfte der disponiblen Ländereien sich vermindern. Der Reichtum des Landes wächst, wo man durch die Verbesserungen in der Agrikultur ohne verhältnismäßige Vermehrung der Arbeit die Produkte vermehren kann und wo folglich das Anwachsen der Grundrente sehr langsam ist." p. 77 und 80–82. Ricardo. Von den Prinzipien der politischen Ökonomie etc., Paris 1835, T. I,/25/.

Nach Ricardos Lehre ist die Rente, weit entfernt, die Folge der dem Boden beiwohnenden natürlichen Produktionsfähigkeit zu sein, vielmehr eine Folge der immer größer werdenden Improduktivität des Bodens, Folge der Zivilisation und der fortschreitenden Population. Solange der fruchtbarste Boden noch in unbegrenzter Quantität zu Gebot steht, gibt es nach ihm noch keine. Die Rente wird also bestimmt durch das Verhältnis der Population zu den disponiblen Ländereien.

Ricardos Lehre, die der ganzen Anti-Cornlaw-League in England und der Antirent-Bewegung in den nordamerikanischen Freistaaten zur theoretischen Basis dient, mußte von Herrn List, vorausgesetzt, daß er sie mehr als vom Hörensagen kannte, schon deshalb verfälscht werden, weil sie beweist, wie sehr „freie, mächtige und reiche Bürger" [p. LXVI] geneigt sind, „emsig" an der „Grundrente" zu arbeiten und ihnen [den Grundeigentümern] den Honig vom Stock zuzuführen [p. LXIV]. Ricardos Lehre von der Grundrente ist nichts als der ökonomische Ausdruck von einem Kampfe auf Leben und Tod des industriellen Bürgers gegen den Grundeigentümer.

Herr List belehrt uns über Ricardo weiter dahin:

21 Hervorhebung von Marx.

22 „Obgleich der Reichtum nicht in den Dingen besteht, die unsere Bedürfnisse oder unsere Neigungen befriedigen, sondern im *Einkommen oder* in dem Vermögen, sie das ganze Jahr über genießen zu konnen."

23 schwer lesbar.

24 bei List: Produktivfähigkeit.

25 D. Ricardo: Des principes de l'économie politique et de l'impot. Traduit de l'anglais par Constancio avec des notes explicatives et critiques par J.-B. Say. Seconde édition, T. 1, Paris 1835. – Die zweite von Marx zitierte Stelle gibt die Worte Ricardos verkürzt wieder.

„Gegenwärtig ist die Tauschwertstheorie so sehr in Impotenz verfallen, . . . daß Ricardo . . . sagen durfte: die Gesetze zu bestimmen, nach welchen der Ertrag des Grund und Bodens auf die Grundbesitzer, Pächter und Arbeiter verteilt werde, sei Hauptaufgabe der [politischen] Ökonomie." p. 493. Die hierzu nötigen Bemerkungen am geeigneten Platz zu machen.

[5] Den Gipfel der Infamie erreicht Herr List in seiner Beurteilung Sismondis:

List	*Sismondi*
„Er" (Sismondi) „will z. B., daß dem Erfindungsgeist Zaum und Gebiß angelegt werde." p. XXIX.	„Nicht gegen die Maschinen, nicht gegen die Entdeckungen, nicht gegen die Zivilisation sind meine Einwürfe gerichtet, sie sind es gegen die *moderne Organisation der Gesellschaft*/26/, Organisation, die zugleich den Menschen der Arbeit jedes andern Eigentums, als dessen seiner Arme, beraubt und ihm keine Garantie gegen eine Konkurrenz gibt, deren notwendiges Opfer er sein wird. Unterstellt alle Menschen gleich teilnehmend unter sich am Produkt der Arbeit, wozu sie konkurriert haben, und jede Entdeckung in den Künsten wird dann in allen möglichen Fällen eine Wohltat für sie alle sein." Noveaux pricipes d'économie politique. Paris 1827, t. II/27/ [p. 433].

Wenn Herr List die Smith und Say moralisch verdächtigt, so weiß er sich Herrn Sismondis Theorie nur aus dessen *leiblichen* Gebrechen zu erklären. Er sagt:

„Herr von Sismondi sieht mit dem leiblichen Auge alles Rote schwarz, mit gleichem Fehler scheint sein geistiger Blick in Sachen der politischen Ökonomie behaftet zu sein." p. XXIX. Um die ganze Gemeinheit dieser Expektoration zu würdigen, muß man den Ort kennen, woher Herr List seine Notiz genommen hat. Sismondi in seinen „Études sur l'économie politique" sagt, wo er von der Verwüstung der Campagna von Rom spricht: „Die reichen Teinten/28/ der Campagna von Rom . . . entschwinden selbst gänzlich unsern Augen, für welche der rote Strahl nicht existiert". p. 8 (Brüsseler Nachdruck 1838 [T. II]). Er erklärt es daraus, daß „der Reiz, der alle andern Reisenden zu Rom verführt", für ihn zerstört sei, und er „daher ein um so offeneres Auge für den realen bejammernswerten Zustand der Einwohner der Campagna" habe.

Wenn Herr von Sismondi nicht die himmelroten Teinten sah, die Herrn List die ganze Industrie magisch beleuchten, so sah er dagegen den *roten Hahn* auf den Dächern (Giebeln) dieser Fabriken. Wir werden später Gelegenheit haben, Lists Urteil, daß des „Herrn von Sismondi Schriften in Beziehung auf den internationalen Handel und die Handelspolitik ohne allen Wert" [p. XXIX] seien [, zu betrachten].

Erklärt Herr List Smiths System aus dessen persönlicher Ruhmsucht (p. 476) und verstecktem englichem Krämergeist, Says System aus Rachsucht und als ein Geschäft, so

26 Hervorhebung von Marx.

27 J.-C.-L. Simonde de Sismondi: Nouveaux principes d'économie politique ou de la richesse dans ses rapports avec la population. Seconde édition, T. 2, Paris 1827.

28 Farben.

sinkt er bei Sismondi so weit, dessen System aus Gebrechen in Sismondis leiblicher Konstitution zu erklären.

4. Die Originalität des Herrn List

Höchst charakteristisch ist es für Herrn List, daß er trotz aller Renommage *keinen einzigen Satz* vorlegt, der nicht längst vor ihm nicht nur von Verteidigern des Prohibitivsystems, sondern selbst von den Schriftstellern der von Herrn List erfundnen „Schule" – wenn Adam Smith der theoretische Ausgangspunkt für die Nationalökonomie ist, so ist ihr wirklicher Ausgangspunkt, ihre wirkliche Schule die „bürgerliche Gesellschaft", deren verschiedne Entwicklungsphasen man genau in der Ökonomie verfolgen kann – aufgestellt worden wäre. Nur die Illusionen und die idealisierenden Phrasen (Sprache) gehören Herrn List.

Wir halten es für wichtig, dies im einzelnen dem Leser nachzuweisen und müssen seine Aufmerksamkeit für diese langweilige Arbeit in Anspruch nehmen. Er wird daraus die Überzeugung schöpfen, daß der deutsche Bourgeois post festum kömmt, daß es ebenso unmöglich für ihn ist, die von den Engländern und Franzosen erschöpfte Nationalökonomie weiterzuführen, als es für jene etwa wäre, noch der Bewegung der Philosophie in Deutschland irgend etwas Neues beizubringen. Der deutsche Bürger kann nur noch seine Illusionen und Phrasen zu der französischen und englischen Wirklichkeit hinzubringen. So wenig es ihm aber möglich ist, der Nationalökonomie eine neue Entwicklung zu geben, noch unmöglicher ist es ihm, die Industrie in der Praxis, die bisherige fast erschöpfte Entwicklung auf den bisherigen Grundlagen der Gesellschaft weiterzuführen.

5. Wir beschränken unsre Kritik also auf den theoretischen Teil des Listischen Buchs und zwar auch nur auf seine Hauptentdeckungen.

Welche Hauptsätze hat Herr List zu beweisen? Fragen wir nach dem Zweck, den er erreichen will.

1) Der Bourgeois will Schutzzölle vom Staat, um Staatsmacht und Reichtum an sich zu reißen. Da er aber nicht, wie in England und Frankreich, den Staatswillen zu seiner Disposition hat und ihn/29/ daher nicht willkürlich nach seinem Willen lenken kann, sondern sich aufs Bitten legen muß, so muß er den Staat, dessen Handlungsweise (Tätigkeit) er nach seinen Interessen regeln will, er muß seine Forderung an den Staat als eine *Konzession* darstellen, die er dem Staat macht, indem er *Konzessionen* von ihm verlangt. Er läßt also dem Staat durch Herrn List beweisen, daß seine Theorie von allen andern sich dadurch unterscheide, daß er dem Staat einen Eingriff und Reglung der Industrie erlaube, daß er von seiner ökonomischen Einsicht die allerhöchste Ansicht habe und ihn nur darum bitte, seiner Weisheit freien Lauf zu lassen, natürlich vorbehaltlich, daß diese Weisheit sich darauf beschränke, „kräftige" Schutzzölle zu geben. Sein Verlangen, daß der Staat seinem Interesse gemäß handle, stellt er als Anerkennung des Staats dar, daß der Staat das Recht habe, sich in die Welt der bürgerlichen Gesellschaft einzumischen.

2) Der Bürger will *reich* werden, Geld machen; er muß sich aber zugleich mit dem bisherigen Idealismus des deutschen Publici und seinem eignen Gewissen verständigen. Er beweist also, daß er nicht den ungeistigen, materiellen Gütern nachjagt, sondern einem *geistigen Wesen*, der unendlichen *Produktivkraft*, statt dem schlechten endlichen *Tauschwerte*. Dies geistige Wesen führt allerdings den Umstand mit sich, daß der *„Bürger"* seine eignen Taschen bei dieser Gelegenheit mit weltlichen Tauschwerten füllt.

29 bei Marx: sic

|6| 2) Da der Bürger nun hauptsächlich durch „Schutzzölle" reich zu werden denkt, und da die Schutzzölle ihn nur bereichern können, insofern nicht mehr die Engländer, sondern der deutsche Bürger selbst seine *Landsleute exploitiert*, ja *mehr* exploitiert, als sie von außen exploitiert worden sind, da die Schutzzölle ein Opfer von seiten der Konsumenten (meistens der Arbeiter, die durch Maschinen verdrängt werden sollen, aller derer, die ein fixes Einkommen beziehn wie Beamte, die Grundrentner etc.) an Tauschwerten verlangen, so muß der industrielle Bürger beweisen, daß er, weit entfernt vom Haschen nach materiellen Gütern, nichts andres wolle, als das Opfern von Tauschwerten, von materiellen Gütern für geistiges Wesen. Im Grunde handelt es sich also nur um *Selbstaufopferung*, um *Asketismus*, um christliche *Seelengröße*. Es ist ein reiner Zufall, daß A das Opfer bringt und B das Opfer in die Tasche steckt. Der deutsche Bürger ist viel zu uneigennützig, um dabei an seinen Privatvorteil zu denken, der sich zufällig mit dem *Opfer* verknüpft findet. Sollte es sich aber finden, daß eine Klasse, deren Erlaubnis der deutsche Bürger zu seiner Emanzipation zu bedürfen meint, mit jener geistigen Theorie nicht zusammen bestehn kann, so muß sie hier aufgegeben und im Gegensatz zur Schule grade die Theorie der Tauschwerte geltend gemacht werden.

3) Da der ganze Wunsch des Bürgertums in nuce darauf hinausläuft, das Fabrikwesen zu einer „englischen" Blüte zu bringen und den Industrialismus zum Regulator der Gesellschaft zu machen, d. h. die Desorganisation der Gesellschaft zu produzieren, so muß der Bürger beweisen, daß es ihm nur um ein Harmonieren aller gesellschaftlichen Produktion zu tun, um die gesellschaftliche Organisation zu tun ist. Den äußern Handel beschränkt er durch Schutzzölle, der Ackerbau, behauptet er, erreiche rasch seine höchste Blüte durch die Manufaktur. Die Organisation der Gesellschaft resümiert sich also in den Fabriken. Sie sind die Organisatoren der Gesellschaft, und das Regime der Konkurrenz, das sie aufbringen, ist die schönste Konföderation der Gesellschaft. Die Organisation der Gesellschaft, die das Fabrikwesen schafft, ist die *wahre Organisation der Gesellschaft*.

Gewiß hat das Bürgertum Recht, wenn es im allgemeinen seine Interessen als identisch faßt, wie der *Wolf* als *Wolf* identisches (dasselbe) Interesse mit seinen Mitwölfen hat, so sehr es das Interesse des einen ist, daß er und nicht der andre über die Beute herfalle.

6) Charakteristisch ist es endlich für Herrn Lists Theorie, wie für das ganze deutsche Bürgertum, daß sie zur Verteidigung ihrer Exploitationswünsche überall genötigt ist, zu „sozialistischen" Phrasen ihre Zuflucht zu nehmen, also gewaltsam eine Täuschung festzuhalten, die längst widerlegt ist. Wir werden stellenweise zeigen, daß Herrn Lists Phrasen, wenn die Konsequenzen gezogen werden, *kommunistisch* sind. Wir sind gewiß weit entfernt, einem Herrn List und seinem deutschen Bürgertum Kommunismus vorzuwerfen, aber es bietet uns dies den neuen Beweis von der innren Schwäche, Lüge und infamen Heuchelei des „gutmütigen", „idealistischen" Bürgers. Es bietet uns dies den Beweis, wie der Idealismus in seiner Praxis nichts andres als die gewissenlose und gedankenlose Täuschung eines widerlichen Materialismus ist. Es ist dies endlich charakteristisch, daß das deutsche Bürgertum mit der Lüge, womit das französische und englische *endet* – nachdem es in die Stellung gekommen ist, sich apologisieren, seine Existenz entschuldigen zu müssen – beginnt.

7) Da Herr List die bisherige angeblich kosmopolitische Nationalökonomie von der seinigen nationalen politischen unterscheidet, daß die eine auf den Tauschwerten, die andre auf den produktiven Kräften beruht, so haben wir mit dieser Lehre zu beginnen. Da ferner die Konförderation der produktiven Kräfte die Nation in ihrer Einheit darstellen soll, so haben wir auch diese Lehre vor jener Unterscheidung zu betrach-

ten. Diese beiden Lehren bilden die *reale* Grundlage für die von der politischen Ökonomie unterschiedne nationale Ökonomie/30/.

*

Es darf Herrn List nirgends einfallen, daß die wirkliche Organisation der Gesellschaft ein geistloser Materialismus, ein individueller Spiritualismus, Individualismus ist. Es kann ihm nirgends einfallen, daß die Nationalökonomen nur diesem gesellschaftlichen Zustand einen entsprechenden theoretischen Ausdruck gegeben haben. Er müßte sich ja sonst gegen die jetzige *Organisation der Gesellschaft*, statt gegen die Nationalökonomen wenden. Er klagt sie an, keinen beschönigenden Ausdruck für eine trostlose Wirklichkeit gefunden zu haben. Er will diese Wirklichkeit daher überall lassen, wie sie ist, und nur den Ausdruck verändern. Er kritisiert nirgends die wirkliche Gesellschaft, er kritisiert als echter Deutscher den theoretischen Ausdruck dieser Gesellschaft und wirft ihm vor, die Sache und nicht die Einbildung von der Sache auszudrücken.

Die Fabrik ist in eine Göttin verwandelt, die der Manufakturkraft.

Der Fabrikant ist der Priester dieser Kraft.

*

[7] *II. Die Theorie der produktiven Kräfte und die Theorie der Tauschwerte*

1) Die Lehre des Herrn List von den „produktiven Kräften" beschränkt sich auf folgende Hauptsätze:

a) „Die *Ursachen* des Reichtums sind etwas ganz andres als der Reichtum selbst"; „Die Kraft, Reichtümer zu schaffen, ist unendlich wichtiger als der Reichtum selbst". [p. 201.]

b) List ist weit entfernt, die Theorie der kosmopolitischen Ökonomie zu verwerfen, nur ist er der Meinung, daß auch die politische Ökonomie wissenschaftlich auszubilden sei. [vgl. p. 187.]

c) „Was denn die Ursache der Arbeit"? – „Wodurch diese Köpfe und diese Arme und Hände zur Produktion veranlaßt, und wodurch diesen Anstrengungen Wirksamkeit gegeben werde? Was kann es anders sein als der *Geist*/31/, der die Individuen belebt, als die gesellschaftliche Ordnung, welche ihre Tätigkeit befruchtet, als die Naturkräfte, deren Benutzung ihnen zu Gebote stehen/32/?" [p. 205.]

6) Smith „geriet auf den Abweg, die geistigen Kräfte aus den materiellen Verhältnissen zu erklären". [p. 207.]

7) „Diejenige Wissenschaft, die da lehrt, wie die *produktiven Kräfte* geweckt und gepflegt und wie sie unterdrückt oder vernichtet werden." [ebenda.]

8) Beispiel zwischen den 2 Familienvätern, christliche Religion, Monogamie etc./33/, [vgl. p. 208–209.]

30 In der Handschrift ist nach diesem Absatz ein Drittel der Seite unbeschrieben; es folgt eine völlig leere Seite. Die folgende, von Sternchen begrenzte, fragmentarische Passage wurde von Marx ohne Überschrift auf ein gesondertes, nichtnumeriertes Blatt geschrieben. Ihrem Inhalt nach gehört sie an diese Stelle.

31 Hervorhebung von Marx.

32 bei Marx: steht.

33 List illustriert seine Lehre von den Produktivkräften und den Tauschwerten am Beispiel zweier Familienväter, deren jeder fünf Söhne hat und ein Gut besitzt, das jährlich, nach Abzug des zum Leben Notwendigen, 1000 Taler einbringt. Der eine bringt die 1000 Taler auf die Bank, wo sie sich verzinsen, und zwingt seine Söhne, eine schwere, aber unqualifizierte Arbeit zu verrichten. Der andere verwendet die 1000 Taler für die Ausbildung seiner Söhne zu Agronomen und Ingenieuren. Nach Lists Worten nun sorgt sich der erste Familienvater um die Vermehrung der Tauschwerte und der zweite um die Vermehrung der Produktivkräfte. – Auf S. 209 spricht List über die christliche Religion und die Monogamie als den „reichen Quellen der Produktivkräfte".

9) „Man kann die Begriffe von Wert und Kapital, Profit, Arbeitslohn, Landrente festsetzen, sie in ihre Bestandteile auflösen, darüber spekulieren, was auf ihr Steigen und Fallen Einfluß haben könne usw., ohne dabei die politischen Verhältnisse der Nationen zu berücksichtigen". [p. 211.]

Übergang nach

10) Manufakturen und Fabriken, Mütter und Kinder der bürgerlichen Freiheit/34/. [vgl. p. 212.]

11) Theorie von den produktiven und unproduktiven Klassen. Erstere „produzieren Tauschwerte, diese produzieren produktive Kräfte . . ." [p. 215.]

12) Der auswärtige Handel darf nicht allein nach der Theorie der Werte beurteilt werden. [vgl. p. 216.]

13) „Die Nation muß materielle [. . .] Kräfte/35/ [. . .] aufopfern, um geistige oder gesellschaftliche Kräfte zu erwerben." [ebenda.] Schutzzölle zur Aufbringung der Manufakturkraft. [vgl. p. 217.]

14) „Wird daher durch die Schutzzölle ein Opfer an *Werten* gebracht, so wird dasselbe durch die Erwerbung von Produktivkräften/36/ vergütet, die der Nation nicht allein für die Zukunft eine unendlich größere Summe von materiellen Gütern, sondern auch industrielle Independenz für den Fall des Krieges sichert." [ebenda.]

15) „In allen diesen Beziehungen hängt jedoch das meiste von den Zuständen der Gesellschaft ab, in welchem das Individuum sich gebildet/37/, davon, ob Künste und Wissenschaften/38/ blühen . . ." p. 206.

2) Herr List ist so sehr in den ökonomischen Vorurteilen der alten Ökonomie befangen – wir werden sehn, mehr als die andern Ökonomen der Schule befangen –, daß „materielle Güter" und „Tauschwerte" ihm völlig zusammenfallen. Der Tauschwert ist aber völlig unabhängig von der spezifischen Natur der „materiellen Güter". Er ist unabhängig von der Qualität, wie von der Quantität der materiellen Güter. Der Tauschwert fällt, wenn die Quantität der materiellen Güter steigt, obgleich sie vor wie nach dieselbe Beziehung zu den menschlichen Bedürfnissen haben. Der Tauschwert hängt nicht mit der Qualität zusammen. Die nützlichsten Sachen, wie Wissen, sind ohne Tauschwert. Herr List hätte also einsehn müssen, daß die Verwandlung der materiellen Güter in Tauschwerte ein Werk der bestehnden gesellschaftlichen Ordnung, der Gesellschaft des entwickelten Privateigentums ist. Die *Aufhebung des Tauschwerts* ist die *Aufhebung* des *Privateigentums* und des *Privaterwerbs.* Herr List ist dagegen so naiv zuzugestehn, daß man mit der Theorie der Tauschwerte „die Begriffe von Wert und Kapital, Profit, Arbeitslohn, Landrente festsetzen, sie in ihre Bestandteile auflösen, darüber spekulieren" kann, „was [auf] ihr Steigen und Fallen Einfluß haben könne usw., ohne dabei die politischen Verhältnisse der Nationen zu berücksichtigen". p. 211.

Also ohne Rücksicht auf die „Theorie der produktiven Kräfte" und die „politischen Verhältnisse der Nationen" kann man/39/ dies alles „festsetzen". Was setzt man damit fest? Die Wirklichkeit. Was setzt man z. B. mit dem Arbeitslohn fest? Das Leben der Arbeiter. Man setzt weiter damit fest, daß der Arbeiter der Sklave des Kapitals, daß er eine „Ware" ist, ein Tauschwert, dessen höherer oder niedrigerer Stand, Steigen oder

34 Bei List heißt es: „Die Manufakturen und Fabriken sind die Mütter und die Kinder der bürgerlichen Freiheit, der Aufklärung, der Künste und Wissenschaften . . ."

35 bei List: Güter.

36 bei List: einer *Produktivkraft.*

37 bei List: sich gebildet hat und bewegt.

38 bei List: Wissenschaft und Künste.

39 bei Marx: muß.

Fallen, von der Konkurrenz, von der Nachfrage und Zufuhr abhängt, man setzt damit fest, daß seine Tätigkeit nicht eine freie Äußerung seines menschlichen Lebens, daß sie vielmehr ein Verschachern seiner Kräfte, eine Veräußerung (Verschacherung) einseitiger Fähigkeiten desselben an das Kapital, mit einem Wort, daß sie *„Arbeit"* ist. Man vergesse es nun. Die *„Arbeit"* ist die lebendige Grundlage des Privateigentums, das Privateigentum als die schöpferische Quelle seiner selbst. Das Privateigentum ist nichts als die *vergegenständlichte* Arbeit. Nicht allein das Privateigentum als *sachlichen Zustand*, das Privateigentum als *Tätigkeit*, als *Arbeit*, muß man angreifen, wenn man ihm den Todesstoß versetzen will. Es ist eines der größten Mißverständnisse, von freier, menschlicher, gesellschaftlicher Arbeit, von Arbeit ohne Privateigentum zu sprechen. Die *„Arbeit"* ist ihrem Wesen nach die unfreie, unmenschliche, ungesellschaftliche, vom Privateigentum bedingte und das Privateigentum schaffende Tätigkeit. Die Aufhebung des Privateigentums wird also erst zu einer Wirklichkeit, wenn sie als Aufhebung der *„Arbeit"* gefaßt wird, eine Aufhebung, die natürlich erst durch die Arbeit selbst möglich geworden ist, d. h. durch die materielle Tätigkeit der Gesellschaft möglich geworden, und keineswegs als Vertauschung einer Kategorie mit einer andern zu fassen ist. Eine „Organisation der Arbeit" ist daher ein Widerspruch. *Die* beste Organisation, welche die Arbeit erhalten kann, ist die jetzige Organisation, die freie Konkurrenz, die Auflösung aller frühern scheinbar „gesellschaftlichen" Organisationen derselben. –

Wenn also der Arbeitslohn nach der Theorie der Werte „festgesetzt" werden kann, wenn damit „festgesetzt" wird, daß der Mensch selbst ein Tauschwert, daß die unendliche Majorität der Nationen eine *Ware* ist, die man ohne Rücksicht auf die „politischen Verhältnisse der Nationen" bestimmen kann, was beweist dies andres, als daß diese unendliche Majorität der Nationen keine Rücksicht auf die „politischen Verhältnisse" zu nehmen hat, daß diese eine reine *Illusion* für sie sind, daß eine Lehre, die in der Wirklichkeit zu diesem schmutzigen Materialismus herabsteigt, die Majorität der Nationen zur „Ware", zum „Tauschwert" zu machen und sie den ganz materiellen Verhältnissen des Tauschwerts zu unterwerfen, eine infame Heuchelei und idealistische Beschönigung (Flause) ist, wenn sie andern Nationen gegenüber verächtlich auf den schlechten „Materialismus" der „Tauschwerte" herabsieht und es ihr angeblich nur um die „produktiven Kräfte" zu tun (ist)? Wenn ferner das Verhältnis von Kapital, Grundrente etc., ohne die „politischen Verhältnisse" der Nationen zu berücksichtigen, „festgesetzt" werden kann, was beweist dies andres, als daß der industrielle Kapitalist, der Grundrentner durch den Profit, durch die Tauschwerte und nicht durch die Rücksicht „auf die politischen Verhältnisse" und „Produktivkräfte" in ihren Handlungen, in ihrem wirklichen Leben bestimmt werden und daß ihr Schwatzen von Zivilisation und Produktivkräften nur eine Beschönigung borniert-egoistischer Tendenzen ist?

Der Bourgeois sagt: Nach innen hin soll natürlich der Theorie der Tauschwerte kein Abbruch getan werden, die Majorität der Nation soll ein bloßer „Tauschwert", eine „Ware" bleiben, eine Ware, die sich selbst an den Mann bringen muß, die nicht verkauft wird, sondern sich selbst verkauft. Euch Proletariern gegenüber und selbst unter uns wechselseitig betrachten wir uns als Tauschwerte, gilt das Gesetz des allgemeinen *Schachers*. Aber den andern Nationen gegenüber, da müssen wir dies Gesetz unterbrechen. Wir können uns als Nation nicht an andre verschachern. Da nun die Majorität der Nationen „ohne Rücksicht" auf die „politischen Verhältnisse der Nationen" den Gesetzen des Schachers anheimgefallen ist, so hat jener Satz also keinen andern Sinn als: wir deutschen Bourgeois wollen nicht von den englischen Bourgeois exploitiert werden in

der Weise, wie ihr deutschen Proletarier von uns exploitiert werdet/40/ und wie wir uns wechselseitig untereinander exploitieren. Wir wollen nicht uns denselben Gesetzen des Tauschwerts preisgeben, denen wir Euch preisgeben. Wir wollen nach außen hin die ökonomischen Gesetze, die wir nach innen hin anerkennen, nicht mehr anerkennen. | 8 | Was will also der deutsche Philister? Er will nach innen hin *Bourgeois*, Exploiteur sein, aber er will nach außen hin nicht exploitiert werden. Er bläht sich nach außen hin zur „Nation" auf und sagt: ich unterwerfe mich nicht den Gesetzen der Konkurrenz, das ist gegen meine nationale Würde, ich bin als Nation ein über den Schacher erhabnes Wesen. –
Die Nationalität des Arbeiters ist nicht französisch, nicht englisch, nicht deutsch, sie ist die *Arbeit*, das *freie Sklaventum*, die *Selbstverschacherung*. Seine Regierung ist nicht französisch, nicht englisch, nicht deutsch, sie ist das *Kapital*. Seine heimatliche Luft ist nicht die französische, nicht die deutsche, nicht die englische Luft, sie ist die *Fabrikluft*. Der ihm gehörige Boden ist nicht der französische, nicht der englische, nicht der deutsche Boden, er ist einige Fuß *unter der Erde*. –

Nach innen hin ist das Geld das Vaterland des Industriellen. Also der deutsche Philister will, daß die Gesetze der Konkurrenz, des Tauschwerts, des Schachers ihre Macht an den Schlagbäumen seines Landes verlieren? Er will die Macht der bürgerlichen Gesellschaft nur so weit anerkennen, als es *in seinem Interesse*, im Interesse seiner Klasse liegt? Er will einer Macht nicht zum Opfer fallen, der er andere *opfern* will, und sich selbst innerhalb seines Landes opfert? Er will sich nach außen hin als ein andres Wesen zeigen und behandelt werden, als er nach innen hin ist und selbst handelt? Er will die *Ursache* bestehn lassen und eine ihrer *Wirkungen* aufheben? Wir werden ihm beweisen, daß die Selbstverschacherung nach innen zu ihrer notwendigen Konsequenz die Verschacherung nach außen hat, daß die Konkurrenz, die nach innen hin seine Macht ist, nicht verhindern kann, nach außen hin seine Ohnmacht zu werden, daß das Staatswesen, was er nach innen hin der bürgerlichen Gesellschaft unterwirft, nach außen hin ihn nicht vor der Aktion der bürgerlichen Gesellschaft beschützen kann. –

Der Bourgeois hat, so sehr der einzelne Bourgeois gegen die andern kämpft, als *Klasse* ein gemeinschaftliches Interesse, und diese Gemeinschaftlichkeit, wie sie nach innen hin gegen das Proletariat gekehrt ist, ist nach außen hin gegen die Bourgeois andrer Nationen gekehrt. Das nennt der Bourgeois seine *Nationalität*. –

2) Es ist allerdings möglich, die Industrie unter einem ganz andern Gesichtspunkt zu betrachten, als unter dem Gesichtspunkt des schmutzigen Schacherinteresses, worunter sie nicht nur der einzelne Kaufmann, der einzelne Fabrikant, sondern die fabrizierenden und handelnden Nationen heutzutage wechselseitig betrachten. Man kann sie betrachten als die große Werkstätte, worin der Mensch sich selbst, seine eignen und die Naturkräfte erst aneignet, sich vergegenständlicht, sich die Bedingungen zu einem menschlichen Leben geschaffen hat. Wenn man sie so betrachtet, so *abstrahiert* man von den *Umständen*, innerhalb deren heute die Industrie tätig ist, innerhalb deren sie *als Industrie* existiert, man steht *nicht* in der industriellen Epoche, man steht *über* ihr, man betrachtet sie nicht nach dem, was sie heute für den *Menschen* ist, sondern nach dem, was der heutige Mensch für die *Menschengeschichte*, was er geschichtlich ist, man erkennt nicht die *Industrie* als solche, ihre heutige *Existenz* an, man erkennt vielmehr in ihr die ohne ihr Bewußtsein und wider ihren Willen in ihr liegende Macht an, die sie *vernichtet* und die Grundlage für eine *menschliche* Existenz bildet. (Daß jedes Volk in sich selbst diese Entwicklung durchmacht, wäre eine ebenso törichte Ansicht, als daß

40 bei Marx: werden.

jedes Volk die politische Entwicklung Frankreichs oder die philosophische Entwicklung Deutschlands durchmachen müßte. Was die Nationen als Nationen getan haben, haben sie für die menschliche Gesellschaft getan, ihr ganzer Wert besteht nur darin, daß eine jede [Nation] eine Hauptbestimmung (Hauptgesichtspunkt), innerhalb deren die Menschheit ihre Entwicklung durchgemacht, für die andern durchgemacht hat, und nachdem also die Industrie in England, die Politik in Frankreich, die Philosophie in Deutschland verarbeitet sind, sind sie für die Welt verarbeitet, und ihre weltgeschichtliche Bedeutung, wie die der Nationen, hat damit aufgehört.)

Die Anerkennung ist dann zugleich die Erkenntnis, daß ihre Stunde gekommen ist, abgeschafft zu werden oder die materiellen und gesellschaftlichen Bedingungen aufzuheben, innerhalb deren die Menschheit als ein Sklave ihre Fähigkeiten entwickeln mußte. Denn sobald man in der Industrie nicht mehr das Schacherinteresse, sondern die Entwicklung des Menschen sieht, macht man den Menschen statt des Schacherinteresses zum Prinzip und gibt dem, was in der Industrie nur im Widerspruch mit ihr selbst sich entwickeln konnte, die Grundlage, die im Einklang mit dem zu Entwickelnden steht.

Aber der Elende, der in dem heutigen Zustand stehn bleibt, der ihn nur zu einer Höhe erheben will, die er in seinem eignen Lande noch nicht erreicht hat, und aus [. . . .]/41/ Neid auf eine andre Nation blickt, die ihn erreicht hat, hat dieser Elende das Recht, in der Industrie etwas andres als das Schacherinteresse zu erblicken? Darf er sagen, es sei ihm nur um die Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten und die menschliche Aneignung der Naturkräfte zu tun? Es ist dieselbe *Niedertracht*, als wenn der Sklavenaufseher renommierte, die Peitsche auf seinen Sklaven zu schwingen, damit der Sklave Vergnügen habe, seine *Muskelkraft* zu üben. Der deutsche Philister ist der Sklavenaufseher, der die Peitsche der Schutzzölle schwingt, um seiner Nation den Geist der „industriellen Erziehung" zu geben und sie mit ihren Muskelkräften spielen zu lehren.

Die *saint-simonistische* Schule hat uns ein lehrreiches Beispiel gegeben, wohin es führt, wenn man die *produktive Macht*, welche die Industrie wider ihren Willen und bewußtlos schafft, der heutigen Industrie zugut schreibt und beides verwechselt, die *Industrie* und die *Mächte*, die die *Industrie* bewußtlos und willenlos ins Leben beruft, die aber erst zu menschlichen Mächten, zur Macht des Menschen werden, sobald man die Industrie abschafft. Es ist dieselbe Abgeschmacktheit, als wollte der Bourgeois sich zugute schreiben, daß *seine* Industrie das Proletariat und im Proletariat die Macht einer neuen Weltordnung schaffe. Die Naturmächte und sozialen Mächte, welche die Industrie ins Leben beschwört (ruft), stehn ganz in demselben Verhältnis zu ihr wie das Proletariat. Heute noch sind sie seine Sklaven, in denen er nichts als Träger (Werkzeuge) seiner eigennützigen (schmutzigen) Profithabsucht sieht, zerbrechen sie morgen ihre Ketten und zeigen sich als Träger einer menschlichen Entwicklung, die ihn mit seiner Industrie in die Luft sprengt, die nur die schmutzige Hülle angenommen hatte, die er für ihr Wesen hielt, bis der menschliche Kern Macht genug gewonnen hatte, sie zu sprengen und in seiner eignen Gestalt zu erscheinen; morgen zersprengen sie die Ketten, wodurch er [der Bourgeois] sie vom Menschen trennt und so aus einem wirklichen gesellschaftlichen Band in Ketten der Gesellschaft verwandelt (karikiert). –

Die saint-simonistische Schule feierte in Dithyramben die produktive Macht der Industrie. Sie warf die Mächte, welche die Industrie ins Leben ruft, zusammen mit der Industrie, d. h. den heutigen Lebensbedingungen dieser Mächte. Wir sind gewiß weit entfernt, die Saint-Simonisten mit einem Menschen wie List oder dem deutschen Philister auf eine Stufe zu stellen. Der erste Schritt, den industriellen Bann zu brechen, war es, zu abstrahieren von den Bedingungen, von den Geldketten, in denen heute ihre

41 Zwei Wörter unleserlich.

Mächte wirken, und sie für sich zu betrachten. Es war der erste Aufruf an die Menschen, ihre Industrie vom Schacher zu emanzipieren und die heutige Industrie als eine Durchgangsepoche zu begreifen. Die Saint-Simonisten blieben auch nicht bei dieser Interpretation *stehn*. Sie gingen dazu fort, den Tauschwert, die Organisation der heutigen Gesellschaft, das Privateigentum anzugreifen. Sie setzten die Assoziation an die Stelle der Konkurrenz. Aber der ursprüngliche Irrtum rächte sich an ihnen. Nicht nur, daß jene Verwechslung sie zu dem Wahn fortriß, in dem schmutzigen Bourgeois einen Priester zu erblicken, so fielen sie [9] nach den ersten äußern Kämpfen zurück in die alte Verwechslung (Wahn), aber nun, wo grade im Kampfe sich der Gegensatz der beiden Mächte, die sie verwechselt hatten, offenbarte, heuchlerisch. Ihre Feier der produktiven Kräfte der Industrie war zur Feier der Bourgeoisie geworden, und Herr Michel Chevalier, Herr Duvergier, Herr Dunoyer haben sich selbst und ihn/42/ vor ganz Europa an den Schandpfahl geheftet – wo noch die faulen Eier, die die Geschichte ihnen in das Gesicht wirft, durch die Magie der Bourgeoisie sich in goldene Eier verwandeln – indem der eine die alten Phrasen beibehalten hat, aber ihnen den Inhalt des heutigen Bourgeoisregimes gegeben, der zweite selbst den Schacher im großen treibt und der Verschacherung der französischen Journale präsidiert, der dritte aber ist der wütendste Apologet des heutigen Zustandes geworden und übertrifft an Unverschämtheit (Unmenschlichkeit) alle frühern englischen und französischen Ökonomen. – Der deutsche Bourgeois und Herr List beginnen, womit die saint-simonistische Schule aufgehört, mit der *Heuchelei*, dem *Betrug* und den *Phrasen*.

3) Englands industrielle Tyrannei über die Welt ist die Herrschaft der Industrie über die Welt. England beherrscht uns, weil die Industrie uns beherrscht. Wir können uns nur nach außen hin von England befreien, wenn wir uns nach innen hin von der Industrie befreien. Wir können seine Konkurrenzherrschaft nur töten, wenn wir innerhalb unserer Pfähle die Konkurrenz überwinden. England ist mächtig über uns, weil wir die Industrie zur Macht über uns gemacht haben.

Daß die industrielle Gesellschaftsordnung die beste Welt für den Bourgeois ist, die geeignetste Ordnung, um seine „Fähigkeiten" als Bourgeois zu entwickeln und die Fähigkeit, die Menschen wie die Natur auszubeuten, wer wird diese *Tautologie* bestreiten? Daß alles, was heutzutage „Tugend" heißt, individuelle oder gesellschaftliche Tugend, zum Profit des Bürgers ist, wer bestreitet es? Wer bestreitet, daß die politische Macht ein Mittel seines Reichtums ist, daß selbst die Wissenschaft und die geistigen Genüsse seine Sklaven sind! Wer bestreitet es? Daß für ihn alles trefflich [. . . . .]/43/ ist? Daß alles ihm zum Mittel des Reichtums, zu einer „Produktivkraft des Reichtums" geworden ist?

4) Die heutige Ökonomie geht von dem Gesellschaftszustand der Konkurrenz aus. Die freie Arbeit, d. h. die indirekte, sich selbst feilbietende Sklaverei ist ihr Prinzip. Ihre ersten Sätze sind die Teilung der Arbeit und die Maschine. Diese können aber nur zu ihrer höchsten Entfaltung in den Fabriken gebracht werden, wie die heutige Ökonomie selbst zugesteht. Die heutige Nationalökonomie geht also von den Fabriken als ihrem schöpferischen Prinzip aus. Sie unterstellt die heutigen Gesellschaftszustände. Sie braucht also keine Weitläufigkeiten über die Manufakturkraft zu machen.

Wenn die Schule der Theorie der produktiven Kräfte *neben, getrennt* von der Theorie der Tauschwerte, keine *„wissenschaftliche Ausbildung"* gegeben hat, so hat sie es getan, weil eine solche Trennung eine willkürliche Abstraktion ist, weil sie unmöglich ist und bei allgemeinen Phrasen stehnbleiben muß.

42 Schwer lesbar.
43 Zwei Wörter unleserlich.

3) „Die Ursachen des Reichtums sind etwas ganz andres als der Reichtum selbst. Die Kraft, Reichtümer zu schaffen, ist unendlich wichtiger als der Reichtum selbst." [p. 201.] Die produktive Kraft erscheint als ein unendlich erhabnes Wesen über den Tauschwert. Die Kraft nimmt die Stelle des innern Wesens in Anspruch, der Tauschwert die der vergänglichen Erscheinung. Die Kraft erscheint als unendlich, der Tauschwert als endlich, jene als immateriell, dieser als materiell, und alle diese Gegensätze finden wir bei Herrn List. In die materielle Welt der Tauschwerte tritt daher die übersinnliche Welt der Kräfte. Wenn die Gemeinheit, daß eine Nation sich für Tauschwerte aufopfert, auf der Hand liegt, das Menschenopfer für Sachen, so erscheinen dagegen Kräfte selbständige geistige Wesen – Gespenster – zu sein und pure Personifikationen, Gottheiten, und an das deutsche Volk darf man doch wohl die Forderung stellen, daß es die schlechten Tauschwerte für Gespenster aufopfert? Ein Tauschwert, Geld, scheint immer ein äußrer Zweck zu sein, aber produktive Kraft ein Zweck, der aus meiner Natur selbst hervorgeht, ein Selbstzweck. Was ich also an Tauschwerten opfre, ist etwas mir Äußerliches; was ich an Produktivkräften gewinne, ist meine Selbstgewinnung. – So *scheint* es, wenn man sich mit dem Worte begnügt oder als idealisierender Deutscher um die schmutzige Wirklichkeit, die hinter diesem hochtrabenden Worte liegt, sich nicht bekümmert.

Um den mystischen Schimmer, der die *„Produktivkraft"* verklärt, zu zerstören, hat man nur die erste beste Statistik aufzuschlagen. Da wird von Wasserkraft, Dampfkraft, Menschenkraft, Pferdekraft gesprochen. Das sind alles „produktive Kräfte". Ist es eine große Anerkennung des Menschen, daß er mit dem Pferd, dem Dampf, dem Wasser als „Kraft" figuriert? In dem jetzigen System, wenn ein krummer Rücken, eine Verrenkung der Knochen, eine einseitige Ausbildung und Kraftgewinnung gewisser Muskeln etc. dich produktiver (arbeitsfähiger) macht, so ist dein krummer Rücken, deine Verrenkung der Glieder, deine einseitige Muskelbewegung eine produktive Kraft. Wenn deine Geistlosigkeit produktiver ist als deine reiche Geistestätigkeit, so ist deine Geistlosigkeit eine produktive Kraft etc. etc. Wenn ein monotones Geschäft dich fähiger für dasselbe Geschäft macht, so ist die Monotonie eine produktive Kraft.

Ist es dem Bourgeois, dem Fabrikanten etwa darum zu tun, daß der Arbeiter alle seine Fähigkeiten entwickle, sein Produktionsvermögen betätige, sich selbst menschlich betätige und darum zugleich das Menschliche betätige?

Wir lassen darauf den englischen *Pindar* des Manufaktursystems, Herrn Ure, antworten:

„Der beständige Zweck und die Tendenz jeder Vervollkommnung im Mechanismus ist in Wirklichkeit, die Arbeit des Menschen gänzlich überflüssig zu machen oder ihren Preis zu vermindern, indem sie die Industrie der Frauen und der Kinder der Industrie des erwachsnen Arbeiters oder die Arbeit plumper (ungeschickter) Arbeiter der des geschickten Künstlers substituiert." (Philosophie des manufactures etc. Paris 1836, T. I, 44, p. 34.) „Die Schwäche der menschlichen Natur ist so groß, daß der Arbeiter, je geschickter er ist, er desto eigenwilliger und intraitabler/45/ wird und folglich minder geeignet ist für ein *mechanisches*/46/ System : : : Der große Point des heutigen Fabrikanten ist daher, durch Kombination der Wissenschaft mit seinen Kapitalien die Aufgabe seiner Arbeiter darauf zu reduzieren, ihre Aufsicht auszuüben etc." l. c., t. I., p. 30

44 A. Ure: Philosophie des manufactures, ou économie industrielle. Traduit sous les yeux de l'auteur, T. I, Paris 1836.
45 unlenkbarer.
46 Hervorhebung von Marx.

Kraft, produktive Kraft, Ursachen

„Die Ursachen des Reichtums sind etwas ganz anderes als der Reichtum selbst." [List, p. 201.] Aber wenn die Wirkung von der Ursache verschieden ist, muß nicht der Charakter der Wirkung schon inklusive in der Ursache enthalten sein? Schon die Ursache muß die Bestimmung tragen, welche die Wirkung später zeigt. Die Philosophie des Herrn List geht so weit zu wissen, daß Ursache und Wirkung „etwas ganz andres" sind. Eine schöne Anerkennung des Menschen, die ihn zu einer *„Kraft"*, Reichtum zu schaffen, herabsetzen [will]. Der Bürger sieht in dem Proletarier nicht den *Menschen*, sondern die *Kraft*, Reichtum zu schaffen, eine Kraft, die er dann auch vergleichen kann mit andern Produktivkräften, dem Tier, der Maschine, und je nachdem die Vergleichung ihm ungünstig ist, wird die Kraft, deren Träger ein Mensch ist, der Kraft Platz machen müssen, deren Träger ein Tier oder eine Maschine ist, wobei er dann immer die Ehre genießt (besitzt), als „Produktivkraft" zu figurieren.
Wenn ich den Menschen als „Tauschwert" bezeichne, so liegt schon im Ausdruck, daß die gesellschaftlichen Zustände ihn in eine „Sache" verwandelt haben. Behandle ich ihn [als] „Produktivkraft", so setze ich an die Stelle des wirklichen Subjekts ein andres Subjekt, ich schiebe ihm eine andre Person unter, er existiert nur mehr als Ursache des Reichtums.
Die ganze menschliche Gesellschaft wird nur zur Maschine, um Reichtum zu schaffen. Die Ursache ist in keiner Weise erhabner als die *Wirkung*. Die Wirkung ist nur die offen *ausgesprochne* Ursache.
List macht, als sei es ihm überall um die Produktivkräfte ihrer selbst wegen, abgesehn von den schlechten Tauschwerten, zu tun.
Einen Aufschluß über das Wesen der heutigen „Produktivkräfte" erhalten wir schon dadurch, daß in dem heutigen Zustand die Produktivkraft nicht nur darin besteht, etwa die Arbeit des Menschen wirksamer oder die Naturkräfte und sozialen Kräfte erfolgreicher zu machen, sie besteht ebensosehr darin, die Arbeit wohlfeiler oder *unproduktiver* für den Arbeiter zu machen. Die Produktivkraft ist also von vornherein durch den Tauschwert bestimmt. Es ist ebenso sehr eine Erhöhung d. [. : .]/47/.

[III. Fragmente des III. Kapitels]

[Zu Problemen der Grundrente]

[. . .] | 22 | verschwindet die Grundrente. Diese höhern Getreidepreise müssen abgezogen werden von den Profiten der Herren Industriellen – Ricardo ist so vernünftig zu unterstellen, daß der Arbeitslohn nicht mehr gedrückt werden kann. Die also erfolgende Verminderung der Profite und die Erhöhung des Arbeitslohns – indem der Arbeiter immer eine gewisse Portion Getreide, es mag so teuer sein, wie es will, verzehren muß; sein nomineller Arbeitslohn wächst daher mit dem Steigen des Getreidepreises, ohne realiter zu wachsen, ja selbst wenn er realiter abnimmt – durch das Steigen der Getreidepreise erhöht die Produktionskosten der Industriellen, erschwert ihnen [da] durch die Akkumulation und die Konkurrenz, lähmt in einem Wort die *Produktivkraft* des Landes. Der schlechte „Tauschwert", der in der Grundrente zum größten Schaden (ohne *allen Nutzen*) für die Produktivkraft des Landes in die Taschen des Grundeigentums gespielt wird, muß also auf eine oder die andere Weise – freien Getreidehandel, Verlegung aller Steuern auf die Grundrente, oder auch durch die förmliche Aneignung der Grundrente, d. h. des Grundeigentums durch den Staat (diese

47 Hier endet der Bogen 9 des Manuskripts. Die Bogen 10 bis 21 wurden bisher nicht aufgefunden. Sie enthalten wahrscheinlich den Schluß des zweiten Kapitels und das dritte Kapitel, von dem nur die Bogen 22 und 24 überliefert sind.

Konsequenz hat unter andren Mill, Hilditch, Cherbuliez gezogen) – dem allgemeinen Besten *geopfert* werden.

Diese erschreckende Konsequenz der Manufaktur-Produktivkraft für das Grundeigentum durfte Herr List natürlich dem deutschen Grundadel nicht mitteilen. Er schimpft daher auf Ricardo, der so unangenehme Wahrheiten verraten hat, und legt ihm die umgekehrte Ansicht in den Mund, die der Physiokraten, wonach die Grundrente nichts als ein Beweis von der natürlichen Produktivkraft des Bodens ist, und verfälscht ihn.

List

„Überhaupt ist die Schule seit A. Smith in ihren Forschungen nach der Natur der Rente unglücklich gewesen. Ricardo und nach ihm Mill, MacCulloch und andere sind der Meinung, die Rente [werde] für die den Grundstücken beiwohnende *natürliche Produktivfähigkeit*/48/ bezahlt. Ersterer hat auf diese Ansicht ein ganzes System gegründet : : : Da er [aber] nur die englischen Zustände vor Augen hatte, so verfiel er in die irrige Ansicht, diese englischen Äcker und Wiesen, für deren angebliche natürliche Ertragsfähigkeit gegenwärtig so schöne Renten bezahlt werden, seien zu jeder Zeit die nämlichen Äcker und Wiesen gewesen". (p. 360.)

Ricardo

„Wenn das Mehr des Produkts, das die Grundrente bildet, ein Vorteil ist, so wäre zu wünschen, daß alle Jahre die neu konstruierten Maschinen *unproduktiver*/48/ würden als die alten; dies gäbe den produzierten Waren einen Mehrwert im ganzen Lande; man würde allen eine Rente zahlen, welche die produktivsten Maschinen besitzen." („Des principes de l'économie politique" etc., Paris 1835, t. I, p. 77.)

„Der Reichtum des Landes wächst, wo man durch *Verbesserungen*/48/ in der Agrikultur ohne verhältnismäßige Vermehrung der Arbeit die Produkte vermehren kann, wo also die Grundrente nur allmählich zunimmt." (ebenda, p. 81–82.)

Herr List wagt also einem hohen Adel gegenüber das Schattenspiel der „Produktivkräfte" nicht beizubehalten. Er will sie mit „Tauschwerten" ködern und begeifert daher die Sch[ule von] Ricardo, der die Grundrente weder aus dem Standpunkt der Produktivkraft und diese weder vom Standpunkt des großen modernen Fabrikwesens aus beurteilt.

Herr List ist so ein doppelter Lügner. Wir dürfen Herrn List indessen in diesem Punkte kein Unrecht tun. In einer großen württembergischen Fabrik (wenn wir nicht irren, Köchlin) ist der König der Württemberger selbst mit einer großen Summe beteiligt. Namentlich in den württemberger und mehr oder minder auch in badischen Fabriken hat sich der Grundadel bedeutend durch Aktien beteiligt. Hier ist also der Adel nicht als Grundeigentümer, sondern als selbst Bourgeois und Fabrikant geldlich an der „Manufakturkraft" beteiligt und [. . .]

[. . .] | 24 | tivkräfte" und die „Werkfortsetzung und Stetigkeit" einer ganzen Generation entsteht – der verkappte Kommunist List lehrt dies ebenfalls – also auch der Generation *und nicht* den Herren Industriellen erbeigentümlich sei. (siehe z. B. Bray/49/.)

Die hohe Grundrente in England ist den Landlords (Eigentümern) nur gesichert worden durch den Ruin der Pächter und die Herabbringung der Lohnbauern zu einer irischen Misere (wahren Bettlern). Dies alles trotz der Korngesetze. Abgesehn davon, daß selbst die Grundrentner oft genötigt waren, die Rente zu ⅓, zur Hälfte den Pächtern zu erlassen. Seit 1815 sind 3 verschiedne Korngesetze passiert zur Hebung und Ermu-

48 Hervorhebung von Marx.

49 J. F. Bray: Labour's wrong and labour's remedy; or, the age of might and the age of right, Leeds 1839.

tigung der Pächter. Es gab während dieser Periode 5 Parlamentskomitees, niedergesetzt, um die Existenz des Agrikulturnotstandes zu beweisen und andre Ursachen desselben zu untersuchen. Einerseits der fortlaufende Ruin von Pächtern trotz der völligen oder der möglichsten Herabdrückung des Salairs (gänzlichen Exploitation der Lohnbauern), andrerseits der häufige Zwang der Grundbesitzer, auf einen Teil der Rente zu verzichten, beweisen selbst, daß nicht einmal in England – allen Manufakturen zum Trotz – große Grundrenten produziert worden sind. Denn man kann es ökonomisch nicht als Grundrente betrachten, wenn ein Teil der Produktionskosten/50/ durch Verträge und andre außerhalb der Ökonomie liegende Verhältnisse statt in die Tasche des Pächters in die Tasche des Grundrentners gezogen ist.

Bebaute der Grundeigentümer selbst sein Land, so würde er sich wohl hüten, einen Teil des gewöhnlichen Gewinns des Betriebskapitals unter der Rubrik „Grundrente" zu rangieren.

Von den Schriftstellern des 16ten, des 17ten und selbst der ersten zwei Dritteile [des] 18ten Jahrhunderts wird Englands Getreideausfuhr noch als seine Hauptreichtumsquelle betrachtet. Die alte englische Industrie – deren Hauptzweig die Schafwollindustrie bildete, deren minder wichtige Zweige die hauptsächlich von ihm selbst gelieferten Materialien bearbeiteten –, war durchaus der Agrikultur *untergeordnet.* Ihr Hauptrohstoff war englisches Agrikulturprodukt. Daß sie also die Agrikultur beförderte, versteht sich von selbst. Später, als das eigentliche Fabrikwesen aufkam, wurde auch schon in kurzer Zeit die Notwendigkeit von Kornzöllen gefühlt. Sie blieben aber nominell. Die rasche Vermehrung der Bevölkerung, vieler fruchtbarer Boden, der noch urbar zu machen war, die Erfindungen hoben natürlich zunächst auch die Agrikultur. Es kam ihr namentlich zustatten der Krieg gegen Napoleon, der ein förmliches Prohibitivsystem für sie bildete. 1815 aber zeigte sich, wie wenig die „Produktivkraft" der Agrikultur wirklich gestiegen war. Ein allgemeiner Schrei erhob sich unter Grundbesitzern und Pächtern, und die jetzigen Korngesetze wurden gegeben. Es liegt in dem Wesen der modernen Fabrikindustrie, erstens die Industrie dem einheimischen Boden zu entfremden, indem sie hauptsächlich ausländische Rohstoffe bearbeitet und auf dem auswärtigen Handel beruht. Es liegt in ihrem Wesen, die Bevölkerung wachsen/51/ zu machen in einem Verhältnis, dem unter dem Privateigentum die Exploitation des Bodens nicht entspricht. Es liegt ferner in ihrem Wesen, wenn sie die Korngesetze erzeugt, wie sie es bisher in Europa immer getan hat, durch die hohe Rente und den fabrikmäßigen Betrieb des Grundeigentums die Bauern in die allerelendsten Proletarier zu verwandeln. Gelingt es ihr dagegen, die Korngesetze zu verhindern, so setzt sie eine Masse Bodens außer Bebauung, unterwirft die Getreidepreise äußern Zufällen und entäußert das Land völlig, indem sie seine notwendigsten Lebensmittel von dem Handel abhängig macht, und löst das *Grundeigentum* als eine selbständige Eigentumsquelle auf. Letzteres ist der Zweck der Anti-Corn law-League in England und der Antirent-Bewegung in Nordamerika, denn die *Grundrente* ist der ökonomische Ausdruck des *Grundeigentums.* Die Tories machen daher beständig auf die Gefahr aufmerksam, England für seine Lebensmittel z. B. von *Rußland* abhängig zu machen.

Die große Fabrikindustrie – natürlich ganze Länder, die ungeheuer viel Land noch urbar zu machen haben, wie Nordamerika, und die Schutzzölle vermehren doch nicht gar etwa den Umfang des Bodens, zählen hier nicht – hat durchaus die Tendenz, die Produktivkraft des Grund und Bodens, sobald dessen Exploitation eine gewisse Stufe erreicht hat, zu *lähmen,* wie anderseits der fabrikmäßige Betrieb des Ackerbaus die

50 Von Marx hier gebraucht im Sinne von Wert des Produkts.

51 bei Marx: zuwachsen.

Tendenz hat, die Menschen zu verdrängen und alles – natürlich innerhalb gewisser Grenzen – in Weideland zu verwandeln, so daß an die Stelle des Menschen das Vieh tritt.

Ricardos Lehre von der Grundrente reduziert sich in wenigen Worten dahin: Die *Grundrente* trägt nichts zur Produktivität des Bodens bei. Ihr Steigen ist im Gegenteil der Beweis, daß die Produktivkraft des Bodens fällt. Sie wird bestimmt nämlich durch das Verhältnis der exploitierbaren Ländereien zur Bevölkerung und zum Zivilisationsstand überhaupt. Der Getreidepreis wird bestimmt durch die Produktionskosten des unfruchtbarsten Bodens, dessen Kultivierung (Bebauung) das Bedürfnis der Bevölkerung erheischt. Muß man zu Boden von geringerer Qualität seine Zuflucht nehmen, oder müssen Portionen des Kapitals mit minderem Ertrag auf dasselbe Grundstück verwandt werden, so verkauft der Grundeigentümer des unergiebigern Bodens sein Produkt so teuer. wie der Bebauer des schlechtesten Bodens. Er steckt die Differenz zwischen den Produktionskosten des letztern Bodens und des fruchtbarern in seine Tasche. Je unergiebigerer Boden also in Kultur gesetzt wird, oder je unproduktiver (unergiebiger) zweite, dritte Portionen des Kapitals auf dasselbe Grundstück verwandt werden, je mehr, mit einem Wort, die relative Produktivkraft des Bodens abnimmt, um so höher steigt die Rente. Die Erde allgemein fruchtbar gedacht, [. . .]

IV. Herr List und Ferrier

Ferriers, sous-inspecteur des douanes/52/ unter Napoleon, Buch: „Du gouvernement considéré dans ses rapports avec le commerce", Paris 1805, ist die Schrift, die Herr List abgeschrieben hat. Es ist kein einziger Grundgedanke in seinem Buch, der hier nicht gesagt ist und besser gesagt ist.

Ferrier war Beamter von Napoleon. Er verteidigte das Kontinentalsystem. Er spricht nicht von *Protektionssystem,* sondern von *Prohibitivsystem.* Er ist weit entfernt, Phrasen zu machen über eine *Union* aller Völker oder über den *ewigen Frieden* im Innern. Er hat natürlich auch noch keine sozialistischen Phrasen. Wir werden einen kurzen Auszug aus seinem Buch geben, um den Leser über die geheime Quelle der Listschen Weisheit aufzuklären. Wenn Herr List den *Louis Say* verfälscht, um ihn als seinen Bundesgenossen machen zu können, so zitiert er dagegen den Ferrier nirgends, den er überall abgeschrieben hat. Er wollte den Leser auf eine falsche Fährte leiten.

Wir haben schon Ferriers Urteil über Smith zitiert. Ferrier schließt sich auch noch ehrlicher dem alten Prohibitivsystem an.

Staatseinmischung. Ökonomie der Nationen/53/

„Es gibt eine Ökonomie und eine Verschwendung (prodigalité) der Nationen, aber eine Nation ist nur verschwenderisch oder ökonomisch in ihren Relationen mit *andern*/54/ Völkern." [Ferrier,] p. 143.

„Es ist falsch, daß die vorteilhafteste Anwendung eines Kapitals für den, der es besitzt, notwendig auch die vorteilhafteste sei für die Industrie . . . weit entfernt, daß das Interesse der Kapitalisten sich mit dem allgemeinen vereinigt finde, ist es fast immer mit ihm [im] Gegensatz." p. 168, 169.

„Es existiert eine Ökonomie der Nationen, aber sehr verschieden von der Smithschen. Sie besteht darin, fremde Produktionen nur zu kaufen, solange sie dieselben mit den

52 Unter-Zollinspektor.
53 Die Zwischenüberschriften dieses Abschnitts verfaßte Marx in Anlehnung an Ferrier.
54 Hervorhebung von Marx.

eignen zahlen kann. Sie besteht manchmal darin, sich ihrer absolut zu entschlagen. p. 174, 175.

Die produktiven Kräfte und der Tauschwert

„Die Prinzipien, welche Smith gegeben (gelegt, posés) hat, über die Ökonomie der Nationen haben alle zur Grundlage die Unterscheidung zwischen der produktiven und unproduktiven Arbeit . . . Diese Unterscheidung ist wesentlich falsch. Es gibt keine unproduktive Arbeit." p. 141.

„Er" (Garnier) „hat im *Silber*/55/ nur den *Wert*/55/ des Silbers gesehn, ohne auf seine *Eigenschaft*/55/ zu reflektieren, die es hat, als Silber die Zirkulation aktiver zu machen und folglich die Produkte der Arbeit zu vermehren." (p. 18.) „Wenn die Regierungen daher dem Abfluß des Geldes zu prävenieren suchen, . . . so ist dies nicht seines *Wertes*/55/ wegen . . . sondern", weil „der *Wert*/55/, der für es erstattet wird, in der Zirkulation nicht dieselben Effekte hervorbringen kann . . ., weil es nicht bei jeder Transition eine neue Schöpfung bestimmen kann." p. 22, 23. „Das Wort Reichtum, angewandt auf das Geld, welches als Geld zirkuliert, muß verstanden werden von den Reproduktionen, die es erleichtert, . . . und in diesem Sinne bereichert sich ein Land, wenn es sein Geld vermehrt, weil mit dieser Vermehrung des Geldes alle *produktiven Kräfte*/55/ der Arbeit wachsen." p. 71. „Wenn man sich sagt, daß ein Land die Revenue von zwei Milliarden ausgeben (dépenser) kann, . . . versteht man, daß es die *Mittel*/55/ hat, mit diesen 2 Milliarden eine 10mal, 20mal, 30mal größere Zirkulation in Werten zu unterhalten oder, was dasselbe ist, daß es diese Werte *produzieren*/55/ kann. Nun, diese *Produktionsmittel*/55/, die es dem Gelde schuldet, nennt man Reichtum." p. 22.

Man sieht: Ferrier unterscheidet den *Tauschwert,* den das Geld hat, von der *Produktivkraft* des Geldes. Abgesehn davon, daß er die Produktionsmittel überhaupt Reichtum nennt, war ohnehin nichts leichter, als den Unterschied, den Ferrier zwischen dem *Wert* und der *Produktivkraft* des Geldes macht, auf alle Kapitalien anzuwenden.

Aber Ferrier geht noch weiter, er verteidigt das Prohibitivsystem im allgemeinen damit, daß es den Nationen ihre *Produktionsmittel* sichre:

„So sind die Prohibitionen jedes Mal nützlich, wenn sie den Nationen die *Mittel*/55/ erleichtern, ihren Bedürfnissen zu subvenieren . . . Ich vergleiche eine Nation, welche auswärts mit ihrem Gelde Waren kauft, die sie selbst fabrizieren kann, obwohl minder gut, einem Gärtner, der, unzufrieden mit den Früchten, die er erntet, sich mehr succulents/56/ kaufen würde bei seinen Nachbarn, indem er ihnen im Austausch seine Garteninstrumente gebe." p. 288. „Der auswärtige Handel ist jedesmal vorteilhaft, wenn er die *produktiven Kapitalien*/57/ zu vergrößern strebt. Es ist ungünstig, wenn er, statt die Kapitalien zu vervielfachen, ihre Veräußerung erheischt." p. 395–396.

Agrikultur, Manufaktur, Hanael

„Das Gouvernement, muß es den Handel und die Fabriken vorzugsweise vor der Agrikultur begünstigen? Diese Frage ist noch eine deren, worüber die Gouvernements und die Schriftsteller sich nicht vereinigen können." p. 73.

„Die Fortschritte von Industrie und Handel hängen zusammen mit denen der Zivilisation, der Künste, der Wissenschaften, der Schiffahrt. Das Gouvernement, das fast nichts

55 Hervorhebung von Marx.
56 saftige.
57 Hervorhebung von Marx.

kann für die Agrikultur, kann fast alles für die Industrie. Wenn die Nation Gewohnheiten oder Geschicke hat, fähig, ihre Entwicklung aufzuhalten, muß es alle seine Mittel anwenden, um sie zu bekämpfen." p. 84.

„Das wahre Mittel, den Ackerbau zu encouragieren ist, die Manufakturen zu encouragieren." p. 225.

„Ihre Domäne" (die der Industrie, worunter Herr Ferrier die Manufaktur versteht) „ist weder begrenzt in ihren Vorschritten noch in ihren Mitteln der Vervollkommnung . . . Weit wie die Imagination, mobil und fruchtbar wie sie, hat ihre schöpferische Macht keine Grenzen, als die des menschlichen Geistes selbst, wovon sie täglich einen neuen éclat/58/ empfängt." p. 85.

„Die wahre Quelle des Reichtums für eine Agrikultur-Manufaktur-Nation ist die *Reproduktion*/59/ und die Arbeit. Sie muß ihren Kapitalien diese Anwendung geben und darauf denken, ihre eignen Waren zu transportieren und zu verkaufen, ehe sie sich damit beschäftigen kann, die der andren zu transportieren und zu verkaufen." p. 186.

„Vorzugsweise dem innern Handel, der lange dem Austausch von Volk zu Volk vorgegangen, muß man dieses Wachstum in dem Reichtum des Menschen zuschreiben." p. 145. „Nach Smith selbst gibt von 2 Kapitalien, eins im Inländischen, das andre im Ausländischen angelegt, das erste der Industrie des Landes 24 mal mehr soutien/60/ und Aufmunterung." p. 145–146. Herr Ferrier sieht aber wenigstens ein, daß der innere Handel ohne den äußern nicht bestehn kann. l.c. [p. 146.]

„Laßt einige Privatleute aus England 50 000 Stück Samt kommen lassen, und sie werden bei diesem Handel viel Geld gewinnen und sehr gut ihre Waren plazieren. Aber sie reduzieren die heimische Industrie und setzen 10 000 Arbeiter außer Brot." p. 170, cf. p. 155, 156.

Herr Ferrier macht, wie List, auf den Unterschied der Manufaktur- und Handelsstädte von den nur konsumierenden Städten aufmerksam, vgl. p. 91, ist aber wenigstens so ehrlich, dabei auf Smith selbst zu verweisen. Er verweist auf den Herrn List so beliebten *Methuenvertrag*/61/ und die bei dessen Beurteilung von Smith angewandte Subtilität. p. 159. Wir haben schon gehört, wie seine Beurteilung Smiths im allgemeinen fast wörtlich mit der Beurteilung Lists zusammenfällt. Sieh ebenso über den *Transporthandel* p. 186 et passim.

Der Unterschied von Ferrier und List ist, daß der eine zugunsten eines weltgeschichtlichen Unternehmens – des Kontinentalsystems –, der letztre zugunsten einer kleinlichen, schwachköpfigen Bourgeoisie schreibt.

Man wird zugeben, daß in nuce der ganze Herr List in den zitierten A[uszügen] Ferriers enthalten ist. Nimmt man nun noch die Phrasen hinzu, die er aus der seit Ferrier stattgefundnen Entwicklung der Nationalökonomie entlehnt, so bleibt ihm bloß das hohle *Idealisieren*, dessen Produktivkraft in Worten besteht – und die [. . . .]/62/ Heuchelei des nach der Herrschaft strebenden deutschen Bourgeois.

58 Glanz.
59 Hervorhebung von Marx.
60 Stütze.
61 Englisch-portugiesischer Handelsvertrag aus dem Jahre 1703 (benannt nach dem englischen Diplomaten Methuen), demzufolge englischen Wollerzeugnissen der portugiesische Markt geöffnet und portugiesischer Wein zu Vorzugsbedingungen nach England verkauft wurde.
62 Ein Wort unleserlich.

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion
Berichte und Dokumentation

16 (Febr. 72)

Paul Oehlke: **Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien**/Rainer Tetzlaff: **Zur kollektiven Imperialismusstrategie in Süd-Ost-Afrika.**
Rainer Lohse: "Reinhaltung des Staatsapparates"/Kurt Hartwig: Wissenschaft im Interesse des Kapitals oder der Arbeiterklasse/Walter Brusche: Zu einigen Problemen der VR-China/Klaus Pickshaus, Dieter Raulff: Klassenkämofe in Großbritannien/ Dorlies Pollmann: Zur Frage: Gleichberechtigung oder Emanzipation/ "Verfassungsfeindliche Kräfte im öffentlichen Dienst".

17 (April 72)

Paul Boccara: **Übersicht über die Theorie der Überakkumulation — Entwertung des Kapitals und die Perspektiven der fortschrittlichen Demokratie/** Karl Unger: **Der Krieg zwischen Indien und Pakistan.**
Hannes Furth: Lohnkampf der Metallarbeiter/Dorlies Pollmann, Anne Kahn: Ansätze zur Analyse und Veränderung der Situation der Frauen in der BRD/Winfried Roth: Zwei Wege der italienischen Sozialdemokratie/Sebastian Herkommer: Vom Elend der Industriesoziologie/Willi Gerns, Robert Steigerwald: Antwort auf Kritik am Entwurf der Thesen der DKP/Jupp Schmitz: Antigewerkschaftlicher Kampf in den Gewerkschaften/Günter Krause: Das neueste Stadium von Pierre Jalees Imperialismus/Burkhard Hoffmann: "... Dem mit der Marxschen Theorie vertrauten Leser wird auffallen..."

18 (Juni 72)

Kyoichi Maekawa: **Struktureigenschaften des japanischen Kapitalismus und die Herrschaft der Monopole**/Hermann Lehmann: **Zu Rosa Luxemburgs ökonomischer Erklärung des Imperialismus**/Paul Boccara: **Einige Perspektiven der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der fortschrittlichen Demokratie.**
Detlev Albers: Zur Analyse der italienischen Parlamentswahlen/Georg Landwirth: Neue Einführungsliteratur zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus/Lothar Peter: Klassenkämpfe in Westeuropa.

19 (August 72)

Paul Boccara: **Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie, der revolutionären Übergangsphase zum Sozialismus**/Kyoichi Maekawa: **Die Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitals vom US-Imperialismus und die neue Phase seiner militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung.**
Albert Engelhardt: Sozialistische ökonomische Integration/Ilan Reisin: Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse/Peter Römer: Zur These des Funktionswandels des allgemeinen Gesetzes im Aufsatz zur "Sozialstaatsillusion" (SOPO 6/7)

Ein neues Manuskript von Karl Marx

20 **erscheint im Oktober**

21 **erscheint im Dezember**

Arbeitsmaterialien des IMSF

herausgegeben
vom
Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Frankfurt/Main

Mit der Reihe "Arbeitsmaterialien des IMSF" will das Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) einem größeren Interessentenkreis wissenschaftliches Grundmaterial zum jeweiligen Thema zugänglich machen. Es handelt sich dabei in der Regel um Grundmaterial (Konferenzdokumente, Reden, statistische Materialien, Aufsätze, Artikel, Interviews usw. aus deutschen und ausländischen Quellen) zu Themen, die im IMSF bearbeitet wurden oder werden. Die der vorliegenden Veröffentlichung bzw. Übersetzung zugrundeliegende Quelle wird am Schluß des jeweiligen Dokuments angegeben.

Bisher erschienen:

Armut in der BRD

Band 1 der Reihe, 51 Seiten DIN A 4, Frankfurt/Main 1970, 2. Auflage, vergriffen.

Internationale Konzerne und Arbeiterklasse

Dokumente – Statistiken – Analysen
Band 2 der Reihe, Frankfurt/Main 1972, VI und 443 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 15.–,
2. Auflage.

1. Dokumente und Materialien einer Konferenz kommunistischer Parteien der kapitalistischen Länder Europas zum Thema: Der Kampf der Arbeiterklasse der kapitalistischen Länder Europas angesichts der Entwicklung der internationalen Konzerne, London 11.-13. Januar 1971
2. Materialien und Dokumente aus internationalen und nationalen Gewerkschaftsverbänden
3. Statistische Übersichten, sonstige Dokumente
4. Analysen zum internationalen Konzern
5. Bibliographische Angaben

Probleme des Klassenkampfes und des Kampfes um gewerkschaftliche Einheit in Italien

Dokumente – Statistiken – Analysen
Band 3 der Reihe, Frankfurt/Main 1972, VI und 381 Seiten, Format DIN A 4, Preis DM 15,–

1. Die politisch-ökonomische gesamtgesellschaftliche Situation Italiens seit 1969
2. Probleme und Aspekte der italienischen Arbeiterbewegung in den Klassenkämpfen 1969 und 1970
3. Zur Entwicklung der Gewerkschaftseinheit
4. Statut der Rechte der Arbeitnehmer
5. Bibliographie (Publikationen der italienischen Arbeiterbewegung seit 1968)
6. Interview-Anhang
7. Enrico Berlinguer, Eröffnungsrede auf dem XIII. Parteitag der PCI in Mailand, 13. März 1972.
8. Ergebnisse der Wahlen vom 7. Mai 1972.

Demnächst erscheinen:

E W G

Band 4 der Reihe, Erscheinungstermin voraussichtlich Herbst 1972.

Probleme des Kampfes um eine antimonopolistische Demokratie in Frankreich

Band 5 der Reihe, Erscheinungstermin voraussichtlich Herbst 1972.

Politische und gewerkschaftliche Kämpfe der Arbeiterklasse in Großbritannien

Band 6 der Reihe, Erscheinungstermin voraussichtlich Ende 1972.

Probleme der sozialen Lage der ausländischen Arbeiter in der BRD

Band 7 der Reihe, Erscheinungstermin voraussichtlich Anfang 1973.

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF),
D – 6000 Frankfurt/Main 1, Liebigstraße 6, Tel 06 11/72 49 14

SOZIALISTISCHE POLITIK

Politisch-ökonomische Analysen, Diskussion, Berichte und Dokumentation

16
(Febr. 72)

Paul Oehlke: **Der Bergarbeiterstreik in Großbritannien**/Rainer Tetzlaff: **Zur kollektiven Imperialismusstrategie in Süd-Ost-Afrika.**

Rainer Lohse: "Reinhaltung des Staatsapparates"/Kurt Hartwig: Wissenschaft im Interesse des Kapitals oder der Arbeiterklasse/Walter Brusche: Zu einigen Problemen der VR-China/Klaus Pickshaus, Dieter Raulff: Klassenkämpfe in Großbritannien/ Dorlies Pollmann: Zur Frage: Gleichberechtigung oder Emanzipation/ "Verfassungsfeindliche Kräfte im öffentlichen Dienst".

17
(April 72)

Paul Boccara: **Übersicht über die Theorie der Überakkumulation – Entwertung des Kapitals und die Perspektiven der fortschrittlichen Demokratie/** Karl Unger: **Der Krieg zwischen Indien und Pakistan.**

Hannes Furth: Lohnkampf der Metallarbeiter/Dorlies Pollmann, Anne Kahn: Ansätze zur Analyse und Veränderung der Situation der Frauen in der BRD/Winfried Roth: Zwei Wege der italienischen Sozialdemokratie/Sebastian Herkommer: Vom Elend der Industriesoziologie/Willi Gerns, Robert Steigerwald: Antwort auf Kritik am Entwurf der Thesen der DKP/Jupp Schmitz: Antigewerkschaftlicher Kampf in den Gewerkschaften/Günter Krause: Das neueste Stadium von Pierre Jalees Imperialismus/Burkhard Hoffmann: "... Dem mit der Marxschen Theorie vertrauten Leser wird auffallen..."

18
(Juni 72)

Kyoichi Maekawa: **Struktureigenschaften des japanischen Kapitalismus und die Herrschaft der Monopole**/Hermann Lehmann: **Zu Rosa Luxemburgs ökonomischer Erklärung des Imperialismus**/Paul Boccara: **Einige Perspektiven der Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Errichtung der fortschrittlichen Demokratie.**

Detlev Albers: Zur Analyse der italienischen Parlamentswahlen/Georg Landwirth: Neue Einführungsliteratur zur Politischen Ökonomie des Kapitalismus/Lothar Peter: Klassenkämpfe in Westeuropa.

19
(August 72)

Paul Boccara: **Entwicklung und Organisation der Wirtschaft in der fortschrittlichen Demokratie, der revolutionären Übergangsphase zum Sozialismus**/Kyoichi Maekawa: **Die Abhängigkeit des japanischen Monopolkapitals vom US-Imperialismus und die neue Phase seiner militaristisch-imperialistischen Wiederbelebung.**

Albert Engelhardt: Sozialistische ökonomische Integration/Ilan Reisin: Zur Diskussion neuerer Probleme der Imperialismus-Analyse/Peter Römer: Zur These des Funktionswandels des allgemeinen Gesetzes im Aufsatz zur "Sozialstaatsillusion" (SOPO 6/7)/Werner Goldschmidt: Klassenkämpfe in Frankreich heute.

Ein neues Manuskript von Karl Marx

20

erscheint im Oktober

21

erscheint im Dezember

Bezugsbedingungen für die SOZIALISTISCHE POLITIK

Jährlich erscheinen insgesamt 6 Nummern. Der Preis des Einzelheftes beträgt DM 4,–, der des Doppelheftes DM 8,–. Im ermäßigten Jahresabonnement beträgt der Preis des Einzelheftes DM 3,–, der des Doppelheftes DM 6,–. Das Jahresabonnement (6 Nummern) beträgt DM 18,–.

Die Lieferung der Ausgaben wird aufgenommen, sobald der Betrag für mindestens ein Kalenderjahr bezahlt wurde. Die Kündigungsfrist beträgt 6 Wochen zum Ende des Kalenderjahres. Eine ausdrückliche Verlängerung des laufenden Abonnements ist nicht notwendig.

Die Zahlung kann durch Bankscheck oder durch Überweisung auf das Postscheckkonto Verlag und Vertrieb SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH, Berlin West 62010, vorgenommen werden. Der Eingang der Zahlung wird in aller Regel nicht bestätigt. Die Aufnahme der Lieferung gilt als Zahlungsbestätigung. Gesonderte Rechnungsstellung erfolgt nur auf besonderen Wunsch.

SOPO 1 – 4, 1. Jahrgang 1969 – vergriffen
SOPO 5 – 9, 2. Jahrgang 1970 – vergriffen
SOPO 10 – 15, 3. Jahrgang 1971 – vorrätig; außer SOPO 10
SOPO 16 – 18, 4. Jahrgang 1972 – vorrätig

Hiermit bestelle ich die SOZIALISTISCHE POLITIK im Abonnement. Die Lieferung soll aufgenommen werden ab SOPO Nr.

Die Bezugsbedingungen sind mir bekannt. Den Betrag von DM 18,– / DM ..... überweise ich / lege ich als Scheck bei.

Name: Vorname:

Postleitzahl: Ort: Straße:

Datum: Unterschrift:

Verlag und Vertrieb
SOZIALISTISCHE POLITIK GmbH

1000 Berlin 41

POSTFACH 270